

Amtliches
stenographisches Bülletin
der
schweizerischen Bundesversammlung

N^o 4

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL
DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnemente: Jährlich Fr. 2.— für die Schweiz, Fr. 6.— für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 2.—, Union postale frs. 6.—. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Nationalrat — Conseil national

Sitzung vom 12. April 1915, nachmittags 4^{1/2} Uhr — Séance du 12 avril 1915, à 4^{1/2} heures de relevée

Vorsitz: }
Présidence: } M. Bonjour.

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42^{bis} in die Bundesverfassung.

Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42^{bis} à insérer dans la constitution fédérale.

(Siehe die Verhandlungen des Ständerates Seite 1 ff. — Voir les débats du Conseil des Etats page 1 et suiv.)

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Dass eine derart einschneidende und ausserordentliche Massregel, wie sie die Kriegssteuer darstellt, nicht so ohne weiteres ergriffen werden darf, sondern nur dann, wenn eine zwingende Notwendigkeit dafür vorhanden ist, liegt klar auf der Hand. Dass die Finanzlage des Bundes einer kräftigen Unterstützung bedarf, das hat uns der Bundesrat schon in seiner Botschaft zum Budget für 1915 deutlich genug zu Gemüte geführt, und er hat es neuerdings getan in der Botschaft vom 12. Februar 1915 zur Vorlage der Kriegssteuer, nur mit dem einzigen Unterschied, dass inzwischen die Zahlen bedeutend gewachsen sind, womit die Notwendigkeit einer ausserordentlichen Kriegssteuer noch deutlicher nachgewiesen wird.

Von Tag zu Tag steigen die Auslagen des Bundes naturgemäss an. Die in der Botschaft vom 12. Februar 1915 angegebenen Mobilisationskosten von 104 Millionen sind inzwischen bis Ende März bereits auf 148 Millionen Franken angestiegen. Nehmen wir dazu das Defizit von 1914 mit 25 Millionen und das voraussichtliche Defizit laut Budget für 1915, das, trotz der Sistierung der Amortisationen und einer Weniger-

ausgabe von 3^{1/2} Millionen an die Versicherungsauslagen, ca. 35 Millionen betragen wird, so macht dies zusammen schon bis heute über 200 Millionen. Ausserdem liegen zurzeit in unseren Getreidevorräten 62 Millionen zirka investiert, und wenn dieselben auch nicht eine definitive Ausgabe bedeuten, so haben sie eben doch die Mittel des Bundes in Anspruch genommen. Für wie lange lässt sich nicht sagen. Wie hoch sich zu Ende des Krieges unsere Gesamtauslagen belaufen, das wird von der Dauer des Krieges abhängen und niemand weiss darüber Gewisses zu sagen.

Einen deutlichen Beweis, welche Schädigung die schweizerische Volkswirtschaft durch den bisherigen Krieg erlitten hat und noch erleidet, liefern folgende Zahlen. Die Ziffern unseres Aussenhandels im Jahre 1914 gegenüber 1913 zeigen, dass 457 Millionen weniger eingeführt wurden; das macht einen Rückgang von ca. 24%. Die Ausfuhr beträgt 189 Millionen weniger, oder ca. 14%. Ebenso ergibt sich eine Verminderung der Zolleinnahmen für die Monate August 1914 bis Februar 1915 um 21,6 Millionen rund, also 43%, und wenn wir die Bundesbahnen, die ja nicht identisch sind mit dem Bundesfiskus, heranziehen, so mögen

Ihnen die folgenden Zahlen die Schädigungen nachweisen. Für die Monate August 1914 bis Februar 1915, also für denselben Zeitraum wie oben, stellen sich die Gesamteinnahmen auf rund 84 Millionen im Vergleich zu 114 Millionen in der gleichen Zeit des Jahres 1913/14, was einer Abnahme von 26% gleichkommt. Der Ueberschuss der Betriebseinnahmen über die Ausgaben für 1914 mit dem Betrag von 53 Millionen rund ist 25 Millionen hinter dem Resultat von 1913 zurückgeblieben, und für die sieben Kriegsmonate beläuft sich die Differenz auf 22 Millionen.

Schon die jetzige Höhe der Ausgaben lässt die Notwendigkeit einer ausserordentlichen Hilfsquelle erkennen. Selbst wenn wir heute Frieden bekämen, wäre der Finanzhaushalt aus dem Gleichgewicht gebracht. Amortisation und Zinsen würden im voraus-sichtlichen Betrage von ca. 14 Millionen (Amortisation und Zinsen zu 7% gerechnet) das Budget belasten.

Man darf sich nicht zu sehr verträsten darauf, dass nach dem Kriege ein Aufschwung kommen müsse, wenn auch zu hoffen ist, dass Handel und Industrie nach dem Krieg anziehen werden. Und wenn auch dadurch die Volkswirtschaft gewinnt, so liegt wie ein unbeschriebenes Blatt vor uns, wie die Hauptquelle unseres Finanzhaushaltes fliesen, d. h. wie die Zolleinnahmen infolge der ganz unberechenbaren Gestaltung der politischen Verhältnisse und der Handelsverträge ausfallen werden. Alles ist im Fluss, und wie sich die Dinge gestalten werden, kann niemand sagen.

Wer auch nur oberflächlich die Dinge betrachtet, kann sich der Erkenntnis nicht verschliessen, dass durch einen kräftigen Ruck geholfen werden muss. Die Ersparnisse, die in unserem Budget für 1915 eingestellt sind, reichen nicht aus, und die im Dezember beschlossenen Mehreinnahmen der eidgenössischen Betriebe vermögen ebenfalls den Ausfall nicht zu decken. Die Kriegssteuer ist als drittes Mittel vom Bundesrat vorgeschlagen worden, und es richtet der Bundesrat sein Augenmerk auch auf eine weitergehende Reform der Finanzen. Davon ist aber an dieser Stelle nicht zu sprechen.

Dieses Empfinden, dass etwas Ausserordentliches getan werden muss, geht durch das ganze Schweizer-volk. Der Wille zu einer Opfertat lebt überall im Volk, und wenn auch das Opfer für manchen in der Schweiz, da viele Werte zerstört worden sind, ein doppeltes Opfer bedeutet, so ist doch der Wille, es zu bringen, vorhanden. Dass die Last auf diejenigen Schultern hauptsächlich geladen wird, die es ertragen können, wird jeder von uns begrüssen.

Uebrigens haben wir in den letzten Jahren so oft über die Finanzlage des Bundes gesprochen, dass es Wasser in die Aare tragen hiesse, wenn wir viele Worte darüber verlieren würden. Die Tatsachen stehen fest, nun gilt es zu handeln!

Es hat, wie es bei einer ausserordentlichen Massregel natürlich ist, nicht an Meinungen gefehlt, welche eine andere Lösung als die vorgeschlagene Kriegssteuer befürwortet haben. So hat Herr Prof. Dr. Grossmann in Zürich in einer Broschüre die Ansicht ausgeführt, «dass die Kriegssteuer eine Ueberschätzung unserer wirtschaftlichen Kräfte bedeute, dass sie die durch die Kriegswirren erschöpfte Volkswirtschaft übermässig belaste und der Desorganisation des kantonalen und kommunalen Steuerwesens durch Fortsetzung der Politik, in der Steigerung des Steuerfusses den Ersatz für die unvollkommene Erfassung der Steuerobjekte

zu suchen, weiter Vorschub leistet, des Charakters einer reinen Besitzsteuer entbehrt und zur Reform der Bundesfinanzen nichts beiträgt.» Der Verfasser scheint dabei eines zu übersehen, dass der Bund nie die Kriegssteuer als eine Reform der Bundesfinanzen ausgegeben hat, sondern stets als eine einmalige Schuldverminderung durch ein ausserordentliches Opfer der Besitzenden. Die Kritik wäre berechtigt, wenn es sich nicht um eine einmalige Kriegssteuer, sondern um eine bleibende Bundessteuer handeln würde. Dass der Bundesrat nicht in den Zeiten des Krieges die Kriegssteuer erheben will, sondern erst, wenn wieder normalere Verhältnisse eingetreten sein werden, darin liegt die schonende Rücksicht auf die Volkswirtschaft unseres Landes. Was Herr Prof. Grossmann vorschlägt, ist eine bleibende eidgenössische Nachlasssteuer, er will die Erbschaftssteuer für den Bund auf die Deszendenz, die zwar in sechs Kantonen schon besteht, ausdehnen und auf etwa 1% fixieren. Dazu ist aber zu sagen, dass die Ausbildung der Nachlasssteuer etwas Nützlichendes ist, dass aber unbedingt dieses Nützliche den Kantonen und ihren Steuersystemen vorbehalten bleiben muss.

Neben den Steuern gibt es aber noch einen Weg, den der Anleihe. Grundsätzlich sollen nach der Theorie nur für produktive Ausgaben die Mittel auf dem Anleihensweg gedeckt werden. Gehören die Mobilisationskosten zu den produktiven Ausgaben? Theoretisch gesprochen gewiss nicht, aber es ist doch richtig, was Herr Dr. Nüscherer in seiner Broschüre über die Anleihen der Schweiz sagt: «Auch können die Ausgaben, welche zur Erhaltung und Vermehrung der Wehrkraft dienen, nicht einfach als unproduktiv bezeichnet werden, weil ein kriegstüchtiges Heer die Grundlage für die ungestörte wirtschaftliche Tätigkeit des Landes bildet...» Wenn irgendwie möglich, sollen aber derartige Kostendeckungen nicht ausschliesslich durch Anleihen gedeckt werden, weil dadurch zu viele Kapitalien der Volkswirtschaft entzogen werden. England hat stets seine Kriegskosten zu $\frac{2}{3}$ durch Anleihen und zu einem Drittel durch die Einkommenssteuer gedeckt, und wenn wir hier den Vergleich mit unsern Verhältnissen ziehen und annehmen, dass eine Bruttosteuer von 75 Millionen durch das vorgelegte Projekt erzielt werde, und daneben die 80 Millionen innere und die 75 Millionen im Ausland begebene Anleihe zuzählen, so kommen wir auf 230 Millionen Franken. Ungefähr ein Drittel davon wäre also auch hier der Ertrag der Kriegssteuer. Steigen die gesamten Auslagen auf 300 Millionen, dann betrüge die Steuer $\frac{1}{4}$. Die übrigen heute kriegführenden Länder haben ihre Geldbedürfnisse durch Anleihen aufgebracht, die Steuern kommen wohl nachher.

Von anderer Seite ist in sehr bemerkenswerten Ausführungen folgende Anregung gemacht worden: «Der Bund kreierte ein niedrig verzinsliches und im Laufe einer sehr langen Reihe von Jahren durch jährliche Auslosungen tilgbares Anleihen von beispielsweise 75 Millionen Franken. Bei einem Zinsfuss von 3% und einer Amortisationsdauer von 50 Jahren wäre eine Annuität von rund 4% oder 3 Millionen Franken erforderlich. Dieses Anleihen würde zu pari zur Zeichnung aufgelegt und jeder Steuerpflichtige mit einem durch die kantonalen Steuerregister ausgewiesenen Reinvermögen von mindestens 25,000 (oder 50,000) Franken würde durch Gesetz verpflichtet, für je

25,000 Franken seines Vermögens mindestens 2% gleich 500 Franken dieses Anleihsens zu übernehmen und einzuzahlen.» Die Anregung verdient gewiss Beachtung, und doch glaube ich nicht, dass der Bund damit das erreichen würde, was er haben sollte, nämlich Geld, welches nicht verzinst und nicht amortisiert werden muss, während nach der Anregung das Budget 50 Jahre lang doch eine jährliche Belastung von drei Millionen tragen müsste. Ganz besonders aber fürchte ich, dass eine derartige Zwangsanleihe — und darauf käme es eben hinaus — dem Kredite des Landes, der ein anhaltend guter ist, nicht förderlich sein würde.

Ich glaubte, den beiden Anregungen diese Worte schuldig gewesen zu sein, halte aber dafür, dass der eingeschlagene Weg der Kriegssteuer doch der richtigste und beste ist, und dass auf dessen einige Durchführung sich die Unterstützung aller konzentrieren muss und, ich hoffe sicherlich, auch wird.

In bezug auf die verfassungsrechtliche Seite der Kriegssteuer ist vorerst festzustellen, dass die Bundesverfassung die Ermächtigung zur Erhebung einer eidgenössischen Kriegssteuer, auch einer einmaligen, nicht gibt. Wenn man die Notwendigkeit einer Stärkung der Bundesfinanzen durch ein ausserordentliches Mittel einsieht und nach den vorhandenen Wegen sinnt, auf welchen sie erreicht werden kann, dann liegt als nächstliegender der Art. 42, f, vor, der Weg der Geldkontingente der Kantone. Man muss das Gefühl haben, wenn man das Mittel nicht jetzt anwendet, in dieser ernsten und schweren Zeit, dann habe der Art. 42, f, überhaupt keine Bedeutung mehr. Wenn man die Geschichte dieses Art. 42, f, nachliest, gewinnt man die Ueberzeugung, dass er eigentlich für solche Fälle, wie den heutigen, geradezu geschaffen wurde, sagt doch Blumer-Morel: «Es ist wünschbar, dass diese Quelle des Einkommens (des Bundes) für ausserordentliche Fälle aufgespart werde. Alsdann nimmt das nationale Gefühl seinen vollen Aufschwung und gebietet den örtlichen Interessen Stillschweigen.»

Dieser Artikel ist nur einmal angewendet worden. Durch Beschlüsse vom 3. und 30. Juni 1849 wurden zwei Geldkontingente von je 707,740 Franken gemäss der Geldskala vom Jahre 1838 zur Deckung der Kosten des durch den badischen Aufstand notwendig gewordenen Truppenaufgebotes erhoben. Herr Prof. W. Burckhardt, der über diese Materie vom Finanzdepartement um ein Gutachten angegangen worden war, schreibt folgendes: «Die Beiträge sind Geldleistungen der Kantone an den Bund. Die Kantone als solche sind dazu verpflichtet, und ihnen bleibt es überlassen, ihren Anteil durch Steuern oder auf andere Weise aufzubringen. Solche Beiträge können sehr wohl für ausserordentliche Ausgaben, wie die gegenwärtigen, erhoben werden; gerade in Voraussicht solcher Fälle wurde diese Einnahmequelle 1848 und 1874 beibehalten. Die Höhe der Beiträge endlich ist verfassungsmässig nicht begrenzt; das Geldkontingent der Mediationsakte, des Bundesvertrages und der späteren Gesetze war nur eine Rechnungseinheit, in welcher man den geforderten Gesamtbetrag und zugleich den von jedem Kanton zu zahlenden Anteil in kurzen Worten ausdrücken konnte; diese rechnerische Einheit diente bloss als Massstab zur Verteilung der Gesamtsumme auf die Kantone; die Höhe der Beiträge sollte damit nicht begrenzt werden.» Und an anderer Stelle sagt er: «Auch für den Fall ausserordentlicher Ausgaben für eine Grenzbesetzung. Es ist nicht anzu-

nehmen, dass die Urheber der Verfassung diese Eventualität in den Jahren 1848 und 1872—74 ausser acht gelassen haben, kurz nach dem Sonderbundskrieg und nach der Grenzbesetzung von 1870—71. Als letztes Auskunftsmittel betrachteten die Konstituenten von 1848 und 1874 offenbar die Kantonsbeiträge, und der Gedanke, dass der Bund direkte Steuern von den Bürgern erheben könnte, wäre ihnen sicher als ein viel schwererer Eingriff in die Souveränität der Kantone erschienen, als die Erhebung von Beiträgen der Kantone.»

Ich gestehe, dass ich dem Weg der Geldkontingente anfänglich auch in der Expertenkommission das Wort gesprochen habe. Wenn ich mich nachher damit einverstanden erklären konnte, den Weg der Kriegssteuer zu betreten, so haben mich im wesentlichen folgende Gründe überzeugt. Erstens die Erkenntnis, dass die Revision des Geldskalagesetzes, die natürlicherweise auch nach der Vorschrift des jetzigen Gesetzes hätte eintreten müssen, eine komplizierte und langwierige Aufgabe gewesen wäre. Die Lösung wäre auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen des Krieges schwierig geworden. Dann ist es richtig, dass das Finanzverhältnis zwischen Bund und Kantonen in den letzten Jahrzehnten sich ganz anders entwickelt hat, nicht im Sinne der Beiträge der Kantone an den Bund, sondern in der umgekehrten Weise. Wenn die Kantone ihre Kontingente nach ihrer bestehenden Steuergesetzgebung erhoben hätten, so wäre diese ausserordentliche Leistung nicht, wie es bei einer eidgenössischen Kriegssteuer möglich ist, in der Hauptsache von den Besitzenden getragen worden, und manches Steuerobjekt hätte nicht gefasst werden können, wie bei der eidgenössischen Kriegssteuer. Die Lösung wäre nicht eine befriedigende gewesen, ausser wenn die Kantone Spezialgesetze erlassen hätten. Endlich leitete mich der Gedanke, und darauf möchte ich ganz besonderes Gewicht legen, dass man in solchen Zeiten, in denen wir heute leben, den Inhalt und grossen Zweck allein und nicht die Form im Auge haben soll. Ich habe mir erlaubt, die Geldkontingente zu erwähnen um der Vollständigkeit willen einerseits und andererseits zur Rechtfertigung meines früher eingenommenen Standpunktes, den ich verlassen habe.

Wenn also die bestehende Bundesverfassung die Erhebung einer Kriegssteuer nicht gestattet, so muss hierfür erst die verfassungsmässige Grundlage geschaffen werden. Es sind zwar viele im Schweizervolk, und sie finden sich in allen Parteien und Ständen, die es mit mir am liebsten gesehen hätten, wenn der Bundesrat gestützt auf die ihm von der Bundesversammlung am 3. August 1914 erteilte Kompetenz eine Kriegssteuer erheben würde. Der betreffende Artikel lautet: «Die Bundesversammlung erteilt dem Bundesrat unbeschränkte Vollmacht zur Vornahme aller Massnahmen, die für die Behauptung der Sicherheit, Integrität und Neutralität der Schweiz und zur Wahrung des Kredites und der wirtschaftlichen Interessen des Landes erforderlich werden.»

Der Bundesrat hielt sich trotz dieser weitgehenden Vollmacht nicht für kompetent, auf dem Wege der Notverordnung eine Kriegssteuer zu dekretieren. Wie er dies begründet, zeugt von grosser Gewissenhaftigkeit, die wir ehren und schätzen. Der Bundesrat sagt darüber: «Im Falle der höchsten Not, wenn ihm keine anderen Mittel zur Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität und zur Erreichung seiner primären

Staatszwecke verfügbar blieben, glauben wir, dass der Grundsatz *salus rei publicae suprema lex esto* auch in der Beurteilung der Bundeskompetenz zur Erhebung einer direkten Steuer platzgreifen müsste. Wir sind aber glücklicherweise, solange uns unser wohlbewährter Staatskredit zur Bestreitung unserer Bedürfnisse zur Verfügung steht, nicht in einer solchen Lage. Das bedingt, dass zunächst für die Kriegssteuer eine verfassungsrechtliche Grundlage geschaffen werden muss.»

Verschiedene Wege können für die Schaffung der verfassungsmässigen Grundlage in Betracht fallen. Ich möchte sagen, zunächst das übliche, gewöhnliche Verfahren: Vorerst den grundlegenden Artikel in die Bundesverfassung aufnehmen, alsdann ein Gesetz über diesen Verfassungsartikel ausarbeiten und dasselbe dem Referendum unterstellen. Diesen Weg hielt man für zu lang, und deshalb suchte man nach andern Wegen. Etwas Aussergewöhnliches wäre das Verfahren, dass man ein Gesetz betreffend die Kriegssteuer ausarbeiten und der Abstimmung durch Volk und Stände unterbreiten würde, wie einen Verfassungsartikel. Auch dieses Vorgehen würde nach dem Gutachten von Prof. W. Burckhardt die Formen und Vorschriften der Verfassung wahren. Es ist auch der Weg geprüft worden, ob nicht ohne Verfassungsänderung, einfach durch ein Gesetz mit Referendumsvorbehalt, die Steuer eingeführt werden könnte. Der Weg ist vom Bundesrat aus konstitutionellen und opportunistischen Gründen abgelehnt worden. Endlich haben wir den Weg, dass durch Verfassungsrevision Volk und Stände die Bundesversammlung ermächtigen, endgültig einen Beschluss für die Erhebung einer Kriegssteuer aufzustellen, und das ist der Weg, den der Bundesrat uns zu gehen empfiehlt. Das Wesentliche ist nicht, dass der Text der Verfassung abgeändert werde, sondern dass der Beschluss durch die hierfür zuständigen Organe gefasst worden ist, sagt Prof. W. Burckhardt.

Eine weitere rechtliche Frage ist die gewesen, ob die Bundesversammlung den Ausführungsbeschluss endgültig oder mit dem Vorbehalt des fakultativen Referendums zu erlassen habe. Der Bundesrat ist für die endgültige Erledigung und auch der Ständerat hat zugestimmt aus folgenden wesentlichen Gesichtspunkten.

«Verfassungsbeschluss und Ausführungsgesetz gehören zusammen. Es wäre mit den Zeitläufen und dem Charakter der Kriegssteuer einfach unvereinbar, dass der Verfassungsbeschluss unausgeführt bliebe, das lässt sich politisch gar nicht denken.»

Um dem Volke aber Gelegenheit zu geben, in voller Kenntnis der Tatsachen zu entscheiden, ist der Entwurf des Bundesrates zum Verfassungsbeschluss, der ja auch schon manche Details enthielt, durch den Ständerat durch zusammenfassende Wiedergabe der wesentlichsten Steuergrundsätze noch bedeutend erweitert worden. Ich schliesse diese rechtlichen Erörterungen mit der Bitte an die in Rechtsachen besser versierten Herren Kollegen in der Kommission, mich zu ergänzen oder zu korrigieren, wo es notwendig sein sollte.

Durchgehen wir miteinander kurz die Grundzüge des vorliegenden Steuerprojektes. Wer nur einigermaßen mit dem Steuerwesen der Kantone vertraut ist, der vermag die Schwierigkeiten zu erkennen, die sich der Ausführung einer eidgenössischen Kriegs-

steuer in den Weg legen. Alle und jede Vorarbeit für ein derartiges Projekt fehlt, und wenn es schon ein Kunststück bedeutet, für einen Kanton ein Steuergesetz aufzustellen oder gar beim Volke durchzubringen, so ist es angesichts der Mannigfaltigkeit unserer kantonalen Steuergesetze ein schwer erreichbares Ziel, Grundzüge und Verfahren für eine eidgenössische Kriegssteuer festzulegen.

Es ist heute nicht der Anlass, die Ausführungsbestimmungen, wie sie dem Entwurfe beigegeben sind, im Detail zu besprechen. Das wird einer späteren Beratung der eidgenössischen Räte vorbehalten bleiben müssen. Immerhin einige wenige Bemerkungen.

Die Kriegssteuer ist als eine einmalige gedacht. Ausdrücklich muss betont werden, dass der Bund eine bleibende Bundessteuer damit nicht einführen will. Die Erhebung von direkten Steuern soll dem Bund nur in solchen Zeiten, wie der jetzigen, zukommen. In gewöhnlichen Zeiten soll das Recht den Kantonen verbleiben. Wäre dem nicht so, so wäre es um die Kantone und ihre Finanzen schlimm bestellt. Was hätte es dann noch für einen Sinn, dass der Bund den Kantonen Subventionen zu allen möglichen Zwecken verabfolgt, wenn er das Geld hierfür durch direkte Steuern von den Kantonen einzöge.

Die eidgenössische Kriegssteuer soll in erster Linie und hauptsächlich vom Vermögen erhoben werden, und zwar zunächst vom Vermögen der natürlichen Personen, unter Anwendung einer allmählich bis auf 15⁰/₁₀₀ steigenden Progression. Vermögen unter Fr. 10,000 sind steuerfrei, bei besonderen Verhältnissen kann das steuerfreie Minimum erhöht werden. Die Aktiengesellschaften und Kommanditaktiengesellschaften haben ihr Aktienkapital, ihren Reservefonds und andere offene Rückstellungen zu versteuern, und zwar zu einem zwischen 2 und 10⁰/₁₀₀ liegenden Steuersatz, je nach der Höhe der von der Gesellschaft in den letzten drei Jahren durchschnittlich ausgeschütteten Dividende, womit eigentlich auch eine Art Ertragssteuer erhoben wird, indem die Höhe der Dividende, bzw. der Ertrag des Aktienkapitals, den Massstab bildet für die Höhe der Steuerbelastung.

Unter den Genossenschaften des schweizerischen Obligationenrechts werden die Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit besonders behandelt, indem sie mit 5⁰/₁₀₀ ihrer im schweizerischen Geschäfte erhobenen Prämieinnahmen belastet werden, während die übrigen Genossenschaften nach ihrem Reinertrag gefasst werden mit der Differenzierung, dass bei den Konsumgenossenschaften, die einen Teil des Ertrages an die Bezüger in Form der Rückvergütung leisten, der Steuersatz für die Rückvergütungen 4%, beim übrigen Reinertrag 8% beträgt.

Neben dem Vermögen kommt der Erwerb zur Besteuerung, beginnend mit Fr. 2500 Reinerwerb, d. h. nach Abzug von 5% des Betriebskapitals, und als Durchschnittserwerb einiger Jahre genommen.

Befreit sind von der Kriegssteuer die in lit. b von Ziff. 6 genannten Steuerpflichtigen. Ueber die Liste dieser Befreiten bedarf es wohl keiner langen Begründung. Dass der Bund seine eigenen Betriebsanstalten im engeren und weiteren Sinne nicht besteuert, liegt ohne weiteres in der Erwägung, dass es keinen Sinn hat, einer Bundesanstalt etwas zu nehmen, um es dem Bunde zu geben. Es hat auch keinen Wert, Institutionen des Bundes, deren Ertragnis den Kantonen zugute kommt, zu belasten, weil ja damit in

Wirklichkeit die Kantone belastet würden, und diese aus der Kriegssteuer wieder einen Fünftel erhalten, den sie dazu verwenden müssten, das, was man ihnen weggenommen hat, zu decken.

Der Bundesrat hat sich auch gefragt, ob nicht zur Vereinfachung der Erwerb vollständig weggelassen und nicht besteuert werden sollte. Er sagte sich aber mit Recht, dass es nicht billig wäre, grössere Erwerbseinkommen steuerfrei ausgehen zu lassen.

Es ist auch die Anregung gemacht worden, dass diejenigen, welche nach dem vorliegenden Projekte steuerfrei ausgehen, mit einer Kopfsteuer belastet werden sollten, die dann vielleicht auch auf sämtliche Steuerpflichtigen ausgedehnt werden könnte. Es ist sicher anzunehmen, dass mancher, der sonst nicht zur Kriegssteuer herangezogen wird, willig und gern einen derartigen Betrag, sagen wir einmal von Fr. 3 bis 5, entrichten würde. Aber es will uns doch scheinen, es solle von einer Kopfsteuer abgesehen werden, weil es in jetziger Zeit doch manchem Pflichtigen gegenüber eine Härte bedeuten würde, wenn er eine Steuer bezahlen müsste, während so viele die Unterstützungen der Gemeinden und die Notunterstützung der Wehrmänner bezogen haben. Und zudem leitete uns die Erwägung, dass es eigentlich dem sozialen Zuge, der in diesem Gesetze niedergelegt wird, schwer Eintrag täte, wenn auch alle und jeder eine Steuer entrichten müssten.

Eine Frage, die der Kommission Anlass zu einer langen Diskussion gegeben hat, ist die, ob nicht, wie in den meisten modernen Steuergesetzen, in den unteren Erwerbsklassen Abstufungen nach der Kinderzahl gemacht werden sollten. Die Kommission hat nicht einen Augenblick die Billigkeit einer derartigen Differenzierung bestritten. Wäre die Kriegssteuer nicht nur eine einmalige, sondern würde sie auch regelmässig in der Zukunft erhoben, so hätte man auch ohne Zweifel diesen modernen Grundsatz in das Steuergesetz aufgenommen. Aber man fürchtete nicht nur die Kompliziertheit, welche dieser Artikel haben könnte, sondern man sagte sich, dass bei der Erwerbsklasse von Fr. 2500 bis 2700, die als unterste zur Steuer herangezogen wird, es nur Fr. 12.50 treffe, und dass diese Fr. 12.50 ja in zwei Raten, voraussichtlich in zwei Jahren, bezahlt werden müssen, so dass die Leistung pro Jahr für den Steuerpflichtigen nur Fr. 6.25 betrage. Nun hat der Ständerat die Möglichkeit gestattet, auf kinderreiche Familien weitergehende Rücksicht zu nehmen, und unsere Kommission ist noch etwas weiter gegangen, indem sie das Alter der Kinder von 16 auf 18 Jahre erhöhte und indem sie nicht nur die Möglichkeit, Rücksicht nehmen zu können, schuf, sondern die Forderung aufstellte, dass auf solche Familien Rücksicht genommen werden muss.

Gegen den Grundsatz der Progression wird kaum jemand Einwand erheben, sie hat sich ja überall in den modernen Steuergesetzen Eingang verschafft, und zwar gerade deswegen, weil durch sie der Grundsatz der Besteuerung nach der wirklichen Leistungsfähigkeit am besten zum Ausdruck gelangt. Meinungsverschiedenheit kann nur darüber bestehen, wie stark dieselbe sein soll.

Die Progression geht beim Vermögen von 1 bis 15‰, beim Erwerb von 1/2 bis 8‰, eine kräftige Progression, namentlich beim Vermögen, das ist nicht zu leugnen, aber nicht zu stark, wenn tatsächlich etwas

Erkleckliches dabei herauskommen soll. Jeder, den es trifft, weiss, dass es ausserordentliche Verhältnisse sind, die von ihm ein Opfer fordern, und dass diese Steuer, dass muss immer wieder betont werden, eine einmalige ist.

Denjenigen, welche die Belastung der höheren Vermögen noch zu gering finden, ist zu bedenken zu geben, dass die deutsche Wehrsteuer in den unteren und mittleren Klassen höher geht als unser Entwurf, dagegen in den höheren Steuerklassen nicht so hoch wie wir. Dabei fällt massgebend ins Gewicht, dass die deutsche Wehrsteuer, wenigstens zu 2/3, in einer Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur erhoben worden ist, während unsere Steuer, wenn auch nicht während des Krieges, so doch zu einer Zeit erhoben wird, in welcher noch die schlimmen Folgen des Krieges sich bei allen und überall geltend machen werden.

Was den Ertrag der Kriegssteuer anbelangt, so kann man in der Tat nur von einem «mutmasslichen» Ertrag sprechen, dies nicht nur, weil die Grundlage für eine Ertragsberechnung, die auf Genauigkeit Anspruch machen könnte, nicht vorhanden ist, sondern auch weil es selbst da, wo die kantonalen Angaben genau gemacht worden und vollständig sind, infolge des Krieges wieder ganz wesentliche Aenderungen geben kann. Denn es sind eben viele Werte zerstört, manch ein Vermögen hat Schaden gelitten und manch ein Erwerbseinkommen ist bedenklich gesunken. Herr Prof. Steiger hat in Verbindung mit dem statistischen Bureau das Verdienst, bestmöglich eine Berechnungsbasis geschaffen zu haben, die wenigstens gestattet, sich einigermaßen zu orientieren. Es ist darum nicht möglich, den Ertrag der Kriegssteuer auch nur einigermaßen sicher anzugeben, wesentlich aus zwei Gründen: Die Ausführungsbestimmungen zu dem Verfassungsartikel sind noch nicht definitiv. Ist dieser von dem Volke und den Ständen angenommen, so fällt der Bundesversammlung die Aufgabe zu, diese definitiv zu machen, auch der Bundesrat wird sie noch einmal unter die Lupe nehmen, und die Räte werden wohl auch dies und jenes noch daran zu ändern haben. Dann sind auch die von den Kantonen angegebenen Zahlen die Zahlen aus dem Jahre 1913, dürfen also nicht ohne weiteres auch für die Jetztzeit oder für die folgenden Jahre zur Grundlage der Berechnung gemacht werden. Es kann sich also nur um eine ungefähre Schätzung handeln, welche im Bericht von Prof. Steiger niedergelegt ist und dahin lautet, dass das Total der Besteuerung der physischen Personen ca. 63 1/2 Millionen ausmachen werde, dazu Aktiengesellschaften 15—18 Millionen, Genossenschaften 1 1/2 bis 2 Millionen, total 80—83 Millionen. Davon zieht er ab einen mutmasslichen Minderwert von 20%, weil eben die Zahlen aus dem Jahre 1913 stammen. Ob diese Schätzung richtig ist oder nicht, das wird mit Gewissheit nicht beurteilt werden können. Nehmen wir an, es seien 20%, also rund 16 Millionen aus diesem Titel abzuziehen, dazu 20% Anteil der Kantone, gleich 12,8 bis 13,4 Millionen, so dürften mutmasslich total für den Bund 51—53 1/2 Millionen verbleiben.

Wegen der Entlastung der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und der Konsumgenossenschaften wird der Steuerertrag etwas geringer werden, welcher Wenigerertrag von der genannten Summe wird abgezogen werden müssen. Wie gross bei den Aktiengesellschaften, welche Niederlassungen im Aus-

lande haben, nach Art. 14 der Ausführungsbestimmungen die «dem Umfange dieser ausländischen Niederlassungen entsprechende Minderung des Steuerbetrages» sein wird, darüber sind Berechnungen im Gange.

Dass den Kantonen 20% überlassen werden, lässt sich folgendermassen begründen. Vorerst muss der Bund, da er für die Erhebung der Bundessteuer keine eigenen Organe besitzt — er müsste ja alles neu schaffen — die Mitwirkung der Kantone anrufen. So ist also die Gewährung einer Beteiligung zunächst eine Art Provision. Wenn auch die Mühe der Kantone keine geringe sein wird, da für viele Kantone manches in diesem Entwurf neu ist, so würden doch unter dem Titel Provision 20% zuviel sein. Allein die Kantone sind durch die Mobilisation und durch die Folgen des Krieges in bezug auf die Erwerbstätigkeit und auch durch das Ausbleiben mancher Steuerzahlungen in die Lage versetzt, ebenfalls vermehrte Mittel für ihren Staatshaushalt zu suchen. Gleichzeitig mit der eidgenössischen Kriegssteuer eine kantonale Kriegssteuer zu erheben, wäre wohl eine zu starke Belastung vieler Steuerpflichtigen und würde seine gefährliche Rückwirkung auf die eidgenössische Steuer ausüben.

Ueber die finanzielle Belastung der Kantone hat Sie der Bericht des Herrn Prof. Steiger auf S. 15 ff. orientiert. Ich will nicht wiederholen, was dort gesagt ist, um so weniger, als ja wohl die meisten meiner Herren Kollegen in ihren kantonalen Parlamenten ein Lied darüber haben singen hören, und manche von Ihnen als kantonale Finanzminister dieses Liedlein selbst gesungen haben. Der Umstand, dass der Bund durch diese einmalige Kriegssteuer das Recht der Erhebung direkter Steuern für sich beansprucht, während dies sonst das alleinige Recht der Kantone ist, legt es ihm nahe, die Verhältnisse der Kantone zu berücksichtigen und sie am Ertrag partizipieren zu lassen. Ueber das Mass der Beteiligung kann man verschiedener Meinung sein. Dass die kantonalen Finanzdirektoren mit überwiegender Mehrheit sich für $\frac{1}{5}$ ausgesprochen haben, entgegen dem aufgestellten Begehren auf $\frac{1}{4}$ und dem Antrage von vier opferbereiten Herren kantonalen Finanzdirektoren, welche sich mit $\frac{1}{10}$ begnügen wollten, konstatiere ich gerne als Entgegenkommen, allerdings ohne eine Bescheidenheitsmedaille auszuteilen. Ich halte $\frac{1}{5}$ für durchaus genügend. Denn in erster Linie wird die Kriegssteuer doch erhoben, um dem Bunde neue Finanzen zuzuführen, um ihm in dieser Situation an die Hand zu gehen. Die Kommission ist mit den 20% einverstanden, obwohl mehr als ein Mitglied die ketzerische Meinung hat, die Kantone kommen hier wieder einmal nicht zu kurz.

Der Gesamtbetrag, den sie erhalten, das haben Sie gehört, wird ca. 13 bis 14 Millionen ausmachen. In bezug auf die Verwendung dieser Gelder will der Bundesrat den Kantonen keine Vorschriften machen und auch keine Kontrolle ausüben.

Ich komme zum Schlusse. Ich erfülle eine angenehme Pflicht, wenn ich an dieser Stelle dem Bundesrat und insbesondere dem Herrn Bundespräsidenten Motta für seine tatkräftige Initiative in dieser Angelegenheit und für die eminente Arbeit, die er dabei zu bewältigen hatte, Dank und Anerkennung ausspreche. Möge der Erfolg hier im Rat und draussen im Volke ihm seine Mühe lohnen.

Besten Dank gebührt auch Herrn Prof. Speiser, dem gewandten «Steuermann» (Heiterkeit) und Herrn Prof. Steiger, der die Statistik ausgearbeitet hat, für treue und gewissenhafte Mitarbeit.

Und nun eine Bitte an Sie, meine verehrten Herren Kollegen. Ich bitte Sie, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen ans Herz lege, diese heutige Vorlage von einer hohen Warte aus zu behandeln. Sie wissen, wir haben es genügend konstatieren können, dass der Nationalrat mit seinen vielen Reden im Monat Dezember in den breitesten Schichten unseres Volkes nicht gerade eine gute Note bekommen hat. Das Volk hätte uns auch damals lieber einig handeln gesehen, als viel reden gehört. Wir müssen hier ans Werk gehen mit einem auf das Ganze gerichteten weiten Blick, mit einer starken Hand und mit Entschlossenheit und Einigkeit. Einig wollen wir sein in dieser ersten und schweren Zeit. Wir fühlen es, es ist unser aller Pflicht, hier aufrichtig und ernstlich mitzutun. Unsere wackeren Truppen sind draussen gestanden an der Grenze, ein Teil steht noch jetzt an der Grenze, das Vaterhaus zu schirmen. Wenn auch zurzeit die Gefahr vielleicht weniger gross ist, mit in den kriegerrischen Strudel hineingerissen zu werden, so wollen wir uns der ersten Augusttage erinnern, da ein angstvolles Beben durch das Schweizervolk ging. Im Gedanken an die wackere Wehr unserer Armee an den Landesmarken und in dankbarem Vertrauen zum Bundesrat, der das Regiment in diesen Monaten mit starker Hand und gut geführt hat, wollen wir ihm auch die Mittel einmütig in die Hand geben, deren er in dieser Zeit bedarf. Was sind die Geldopfer, die man uns zumutet, gegenüber den Blutopfern, welche die Völker um uns her tagtäglich bringen müssen! Und wie heldenmütig tragen diese Völker die schwere Last! Der Schweizer ist so stolz auf seine Heimatliebe, aber diese Liebe soll eine Liebe der Tat sein und nicht der Worte. Die Abstimmung im Volke über die Kriegssteuer wird ein Prüfstein sein für die Demokratie unseres Volkes, und ich zweifle keinen Augenblick, dass das Volk diese Probe bestehen wird. Aber in erster Linie müssen die Räte, müssen wir vorausgehen. Das Volk wird uns, den Führern, die Heeresfolge nicht versagen.

Die grosse Zeit, in der wir leben, erfüllt uns mit gesteigertem Pflichtbewusstsein gegen unser Vaterland. Wir spüren es alle, dass wirtschaftlich und politisch in der Erhaltung der Integrität unseres Landes das Wohl des einzelnen Gemeinwesens, das Wohl jedes Bürgers ruht, und wir wollen zeigen, dass die Tatkraft und der Opfersinn in uns noch leben. Und in allen Gefahren und bei allen Schäden, die der Krieg uns schon zugefügt hat, halten wir fest, unentwegt fest, den Glauben an die Kraft des guten, altbewährten Schweizergeistes! (Beifall.)

M. Musy, rapporteur français de la commission: Lorsque en août la guerre européenne se déclara, la catastrophe trouva le peuple suisse prêt à tous les sacrifices. Il ne recula point devant les frais énormes d'une mobilisation générale de l'armée parce qu'une seule préoccupation absorbait la nation tout entière: assurer l'intégrité du sol de la patrie et conserver entier le précieux héritage de nos libertés helvétiques.

La mobilisation générale devait occasionner une dépense énorme dont le chiffre a été calculé par avance dans un ouvrage très intéressant publié à Zurich en 1905. Son auteur, le Dr Jör, avait prévu déjà l'inéluctable nécessité de lever simultanément les trois bans en cas de conflit européen ce qui entraîne pour la Suisse une dépense journalière de plus d'un million. Cet effort gigantesque absorba en quelques jours les possibilités de notre trop modeste trésor de guerre qui comptait tout juste 10 millions.

Dès le début des hostilités les événements laissèrent entrevoir que la guerre serait longue. Ce fut par conséquent une lourde tâche pour le Conseil fédéral et spécialement pour le chef du Département des finances de faire face à une dépense énorme qu'il s'agissait de couvrir chaque jour. La Banque nationale fut mise à contribution, on eut recours à l'emprunt. Ce sont là moyens de parer momentanément aux impérieuses et urgentes exigences créées par la crise. Mais il faut dès maintenant songer à rembourser ces avances et à l'amortissement de ces emprunts. Parce qu'il importe que nous retrouvions le plutôt possible notre équilibre budgétaire afin que le crédit de la Confédération n'en souffre point.

Les grosses diminutions de recettes et les extraordinaires dépenses conséquences de la guerre vont peser d'autant plus lourdement sur notre budget fédéral que notre équilibre financier était déjà sérieusement compromis avant la crise actuelle. Depuis plusieurs années en effet la Confédération est entrée dans l'ère des déficits. Le mouvement de notre compte annuel et celui de notre bilan indiquent certainement que la situation financière s'aggrave. Elle sera rendue plus difficile encore par l'application intégrale de certaines lois dont il est difficile de mesurer aujourd'hui les conséquences financières. Il est dès lors nécessaire que l'on réduise par un moyen exceptionnel la dépense extraordinaire occasionnée par la mobilisation. C'est un moyen pratique d'alléger le service en intérêts et amortissements de la nouvelle dette et de dégrever d'autant notre budget annuel.

La Confédération a fait un effort financier énorme. Le peuple a compris déjà qu'il faudra lui créer une recette nouvelle. Il reste à s'entendre sur le choix du moyen. On a songé dans certains milieux à l'extinction de cette dette par la voie d'un emprunt soumis à un amortissement plus ou moins rapide. Je voudrais à cet égard dire qu'il ne s'agit point dans le cas particulier de résoudre un simple problème de consolidation, mais bien de trouver une recette nécessaire au remboursement d'une dette existante. Il faut absolument trouver la solution qui réalise un allègement de nos charges budgétaires déjà trop lourdes, en réduisant la nouvelle dette. On sait maintenant que la guerre européenne aura comme conséquence d'augmenter de plus de 300 millions la dette de la Confédération. Les frais de mobilisation atteindront à eux seuls 200 millions.

On a songé au remboursement de cette somme considérable par la voie d'une contribution extraordinaire. Ce fut l'origine de l'impôt de guerre que le Conseil fédéral nous demande aujourd'hui de voter. La constitution fédérale met à la disposition de la Confédération un moyen extraordinaire dont elle peut faire usage dans les cas exceptionnels pour équilibrer son budget: c'est le contingent d'argent à fournir par les cantons. Il paraît tout d'abord surprenant que

dans les circonstances économiques extraordinaires où nous sommes l'on n'ait pas songé sérieusement à faire usage de ce moyen constitutionnel pour renflouer notre situation financière.

Le Conseil fédéral a certainement ses raisons pour croire que le système des contingents soit suranné et dès lors inapplicable. J'ai eu cependant quelque peine à me persuader de l'excellence de ces motifs et je m'obstine à croire que l'ancienne institution avait pour elle plus d'un avantage. Je reconnais volontiers que l'échelle des contingents ne répond plus aux situations financières réciproques des cantons. Mais ce n'est point là une raison péremptoire condamnant irrévocablement un système certainement moins suranné qu'on l'a bien voulu dire. Il eut été facile en effet de substituer à l'échelle actuelle les conclusions statistiques de M. Steiger qui indique approximativement l'appoint que chaque canton sera appelé à fournir par la voie de l'impôt de guerre. Les possibilités contributives globales de la Confédération sont constituées en effet par la somme finale des possibilités fiscales cantonales. Quand la somme reste la même, il importe guère au contribuable de la verser en tant qu'impôt cantonal ou à titre d'impôt de guerre. Mais ce qui le touchera c'est le mode de perception. Il ne faut pas oublier que chaque canton a un système fiscal spécial et que l'impôt que l'on paie le plus aisément sera toujours celui auquel on est habitué. Ce n'est donc pas sans quelques hésitations que je me suis rallié au système nouveau proposé par le Conseil fédéral. Je l'ai fait pour un motif invoqué à l'occasion de la réunion des directeurs de finances. Dans certains cantons, particulièrement éprouvés par la crise, le referendum financier pourrait, dans les circonstances économiques actuelles, paralyser l'action du législateur cantonal et mettre le fisc dans l'impossibilité de réunir la somme nécessaire au paiement d'un contingent important. Il fallait donc fournir à ces cantons le moyen, c'est-à-dire, l'instrument fiscal indispensable. Le système proposé résoud cette grosse difficulté et c'est par esprit de solidarité confédérale que je me rallie au projet du Conseil fédéral. Il s'agit du reste d'une mesure exceptionnelle c'est-à-dire extraordinaire et unique puisqu'on nous a promis qu'elle ne constituerait point un précédent. Ce qui ne nous empêche pas de regretter la disparition d'une institution qui eut sa place déjà dans les anciens pactes. Il ne s'agit en réalité de rien moins que de cela puisque créer exclusivement en vue de circonstances extraordinaires nous admettons que l'article 42 f, de la constitution fédérale est inapplicable dans les circonstances actuelles.

Nous tenons à rappeler et à souligner que le droit de percevoir des contributions directes est resté jusqu'ici l'apanage exclusif de la souveraineté cantonale. Nous prenons à cet égard acte de la déclaration du Conseil fédéral qui affirme que l'impôt de guerre est une mesure extraordinaire ne diminuant en rien la portée et la signification de ce principe fondamental. Si l'impôt de guerre devait être le premier pas dans la voie de l'impôt direct au profit de la Confédération, je n'en serais point partisan parce qu'il constituerait une atteinte profondément préjudiciable à la souveraineté cantonale.

Jusqu'ici, en effet, les cantons ont organisé toute leur administration financière en lui donnant la forme la mieux appropriée à leurs besoins, à leurs moeurs

et à leur condition économique locale. On comprend aisément pourquoi les Etats confédérés ont toujours attribué une importance capitale aux questions fiscales. C'est qu'elles sont en relation intime avec le problème de l'indépendance économique et financière qui intéresse au plus haut point la souveraineté de l'Etat. Le jour, en effet, où la Confédération viendra puiser aux sources qui alimentent la caisse cantonale c'est la perturbation de tout le système fiscal des cantons. Cette confusion du ménage fédéral avec celui des cantons aboutirait bientôt à réduire les Etats confédérés aux rôles de simples circonscriptions administratives. Et l'on finirait bientôt par confondre dans un Etat fédératif centralisé les cantons qui se sont alliés surtout dans le but de défendre, par un effort commun, leur intégrité, leur souveraineté et leur individualité respectives. Notre patrie aura cessé alors d'être ce qu'elle doit rester, un Etat fédératif décentralisé et une Suisse toujours plus unie pour assurer à jamais l'existence intégrale de la Confédération et le développement d'entité politique destinée par leur nature, par leur histoire et par leurs aspirations à demeurer des Etats distincts.

Il est donc bien entendu que si nous acceptons l'impôt de guerre c'est parce qu'il se caractérise comme une mesure extraordinaire, une perception unique et parce qu'il ne crée point, en faveur de la Confédération, une nouvelle compétence durable dans le domaine fiscal.

Et pour bien marquer le caractère transitoire de cette nouvelle constitutionnelle, on nous a fait la promesse formelle qu'elle ne serait point insérée dans le texte de la constitution fédérale.

La réalisation du projet du Conseil fédéral exige en effet rien moins qu'une revision préalable de la constitution dans le but de conférer à la Confédération une compétence passagère, il est vrai, dont le principe vital s'épuisera par l'usage unique en vue duquel elle est créée, mais compétence qu'il faut lui attribuer tout de même pour faire à l'impôt de guerre une base constitutionnelle. Il ne manquera pas de juristes pour trouver un peu étrange le procédé qui consiste à élargir momentanément notre sphère constitutionnelle pour la ramener immédiatement après à sa mesure antérieure. Il faut reconnaître toutefois que pratiquement il n'y a pas là grosse difficulté.

On a songé dans certains milieux à contourner la difficulté en suggérant au Conseil fédéral d'ordonner la levée d'un impôt de guerre en vertu des pouvoirs extraordinaires qui lui ont été conférés en août dernier. L'opinion publique n'a pas réservé un accueil favorable à cette idée. Elle a voulu voir immédiatement dans cette procédure anticonstitutionnelle et antidémocratique surtout le désir inavoué d'éviter la consultation populaire. Je crois que le peuple a vu juste. Gardons-nous bien de nous laisser entraîner dans cette voie et de donner au peuple des raisons de croire que le Conseil fédéral et les Chambres n'ont plus confiance en lui. Ce serait à l'heure actuelle plus qu'une faute de mettre en doute son esprit de sacrifice et de solidarité. Ce serait avouer d'emblée que notre organisation politique démocratique, suffisante dans les circonstances ordinaires, ne l'est plus dans les heures difficiles et les circonstances périlleuses. Ce n'est pas à la plus vieille république du monde qu'il appartient de prononcer la faillite de l'idée démocratique. Les pouvoirs que les Chambres exercent par voix de délégation lui

viennent tous sans exception du peuple qui dans notre pays est seul souverain. L'autorité qui s'arrogerait un pouvoir qui ne lui a pas été conféré par lui commettrait une usurpation et une violation de la constitution à moins qu'elle ne puisse invoquer pour se couvrir ce qu'on appelle le «Notrecht». Il ne fait aucun doute que les pouvoirs extraordinaires conférés au Conseil fédéral ne l'autorisent point à lever un impôt de guerre. En lui confiant la mission spéciale de veiller à la sécurité de l'Etat, les Chambres se sont inspirées de la devise qui doit rester la loi suprême de tous les gouvernements aux heures de danger «Salus rei publicae suprema lex esto». Il va de soi que le Conseil fédéral s'est du reste loyalement tenu à cette règle qu'il n'avait le droit d'user de moyens extraordinaires que dans les cas d'extrême urgence et pour autant que le salut de la république ne pouvait être assuré par les moyens constitutionnels. Personne ne tenterait avec succès d'établir que l'impôt de guerre est une mesure dont l'application soit urgente au point que le Conseil fédéral n'ait pas le moyen d'en référer aux Chambres et au peuple. Il suffit de rappeler à cet égard que depuis des mois, experts, commissions, journalistes s'occupent de cette question. C'est la preuve tangible que cette mesure extraordinaire n'a point le caractère de brûlante urgence qui seule pouvait justifier la compétence exceptionnelle du Conseil fédéral. Il ne s'agit pas en effet d'une perception tendant à mettre de suite à la disposition du Conseil fédéral des sommes d'argent immédiatement nécessaires, mais bien de trouver le moyen d'éteindre la dette créée pour couvrir les frais de mobilisation.

La formule très détaillée de la nouvelle constitutionnelle qu'on nous propose contient tous les principes essentiels et les grandes lignes du projet d'impôt, ce qui permettra, tout en respectant l'esprit de l'article 89 de la constitution fédérale d'éviter une seconde votation populaire sur l'arrêté d'exécution.

Abordons maintenant l'examen du projet tant au point de vue économique qu'au point de vue de la technique fiscale. Le Conseil fédéral pose en principe que la contribution de guerre doit être payée par la classe économiquement privilégiée. Cette idée principale est fiscalement et économiquement juste en raison des circonstances extraordinaires actuelles. Nous concédons qu'à première vue il constitue une dérogation au principe fondamental généralement admis et suivant lequel la charge de l'impôt doit être répartie entre tous et atteindre même l'ouvrier rémunéré par un salaire surtout quand il est muni du droit de vote. Mais n'oublions pas tout d'abord qu'il s'agit dans le cas particulier d'une contribution extraordinaire à percevoir une seule fois et dans des circonstances très spéciales. Il apparaît en outre comme très certain qu'en temps de crise surtout, c'est le superflu qu'il faut imposer. Ce serait une erreur profonde d'alourdir encore les charges déjà si considérables qui pèsent sur la classe peu fortunée. Il importe avant tout que l'ensemble du peuple traverse la crise actuelle sans trop souffrir et c'est le devoir des pouvoirs publics de veiller qu'il en sorte sans être économiquement épuisé.

Dans les circonstances actuelles c'est en premier lieu aux privilégiés de la fortune à faire un sacrifice. C'est une occasion pour la richesse de justifier son utilité, j'allais dire sa nécessité économique. Le sacrifice que les citoyens riches feront sur l'autel de la

patrie ne les privera pas du nécessaire ni même du confort qui rend la vie agréable et ce sera une belle manifestation de la solidarité qui existe chez nous entre les différentes classes sociales. J'ai entendu dire que les riches devraient à eux seuls faire tout l'appoint financier dont la Confédération a besoin parce qu'ils ont spécialement profité de la mobilisation qui a protégé leurs biens. Je ne vois point dans cet argument la justification du principe à la base du projet. La mobilisation nous a profité à tous pauvres et riches puisqu'elle a contribué avant tout à conserver le bien le plus précieux qui nous est commun à tous: l'indépendance politique et la liberté. Trésor qui pour tous les Suisses restés vraiment patriotes est autrement précieux que tous les avantages économiques et matériels. A cet égard, il serait désirable que tous et chacun fasse un modeste appoint à la création de l'oeuvre de solidarité que nous voulons édifier. La raison de la différence que l'on établit dans le cas particulier entre les riches et les pauvres réside ailleurs. Elle est toute entière dans le fait que, vu les circonstances actuelles, il faut demander cette contribution extraordinaire à ceux qui peuvent la payer.

Ce principe n'exclut point du reste la perception d'un modeste droit de captation par les classes moins fortunées, mais à la condition expresse qu'il ne constitue point une charge trop onéreuse. J'ai cependant personnellement la conviction qu'il vaut encore mieux en rester au mode proposé par le Conseil fédéral qui veut exonérer de toute contribution ceux qui possèdent moins de 10,000 francs ou dont le gain annuel n'atteint pas frs. 2500.

Puis, en matière d'impôt il importe avant tout de rester pratique. Un droit de captation payé par les gens peu fortunés ne constituerait pas un appoint considérable. Il frapperait en outre certaines gens qui manquant actuellement du nécessaire, ont dû recourir au bénéfice de l'assistance publique. N'oublions pas non plus que c'est dans la classe de citoyens exonérés de l'impôt de guerre que se recrute le gros des bataillons qui pendant des mois ont, l'arme au pied courageusement monté la garde à nos frontières. Tenons compte également que toutes ces petites gens sont atteintes par des charges fiscales communales, cantonales, par des taxes personnelles auxquelles n'échappent pas même les domestiques. Et puis si parmi les exonérés quelques-uns peuvent disposer d'un certain superflu, ils en auront autour d'eux utile emploi. Surtout en ce moment où souvent tout près de nous il est tant de gens qui manquent du nécessaire. Ce sera au point de vue général et national, la meilleure utilisation de leur modeste superflu. Ces mêmes raisons nous disent également de ne point exagérer l'imposition des privilégiés de la fortune. Ils souffrent aussi de la grave crise économique actuelle et rappelons-nous également qu'ils contribuent largement par ce temps de misère à l'assistance des classes pauvres. L'échelle de progression très rapide qu'on nous propose est par conséquent un maximum au delà duquel il n'est pas possible d'aller. Nous préconisons pour ces mêmes motifs d'étendre le bénéfice de l'exonération à tous les biens propriétés des communes, corporations de droits publics et ecclésiastiques, instituts hospitaliers dont le produit est affecté à des services publics. Toutes ces institutions ont été mises à contribution depuis des mois dans une mesure extraordinaire. Il n'est pas moins nécessaire qu'à travers les temps de

misère qui nous attendent, il puisse encore compter sur leur appui.

On prévoit avec raison un dégrèvement spécial en faveur de la veuve chargée de famille quand elle n'exerce point une profession lucrative. Exception essentiellement humanitaire et que nous recommandons à votre bienveillante attention. Sera frappé en outre le produit du travail quand il atteint frs. 2500. La commission du Conseil national propose un traitement de faveur pour le contribuable marié et père d'une nombreuse famille. Nous espérons que cet amendement rencontrera chez vous un accueil bienveillant.

Les sociétés anonymes, les coopératives et les autres personnes morales paieront un impôt calculé suivant un mode qui convient particulièrement à la nature toute spéciale de ces entités juridiques. Il est équitable que ces créations financières puissantes de notre vie industrielle et commerciale moderne participent dans une importante mesure à l'impôt de guerre.

Nous voulons relever en passant que les critiques formulées au sujet du système d'imposition des sociétés anonymes sont en tous cas exagérées. Il ne faut pas oublier, en effet, que la société par actions fournit au capitaliste un moyen très pratique de participer aux bénéfices réalisés par une activité industrielle ou commerciale à laquelle il peut rester personnellement étranger. Nous nous réservons d'examiner, quand le moment sera venu, l'intéressante question que l'on appelle à tort «la double imposition». Cependant pour dissiper un peu dès à présent la confusion qui pèse sur cette question, disons qu'au lieu de discuter un problème de portée plutôt théorique, il faudra envisager cette question sous son côté pratique. En d'autres termes il s'agira de savoir si l'impôt réclamé au porteur de l'action, en tant que propriétaire de ce titre, constitue une taxation exagérée. Nous croyons, pour des motifs que nous exposerons plus tard, que cette question doit être résolue négativement. En d'autres termes, la solution proposée par le projet nous paraît constituer une imposition équitable. Nous faisons par contre toutes nos réserves en ce qui concerne l'imposition du capital non versé.

La coopérative, elle, paiera l'impôt sur son bénéfice. Le mode d'imposition convient parfaitement à la nature spéciale de cette forme économique dont la puissance productive réside beaucoup moins dans le capital engagé que dans son organisation.

En résumé, le projet actuel constitue dans son ensemble un système fiscal bien construit et bien équilibré.

Nous voudrions encore avant de conclure présenter une double remarque en ce qui concerne la perception de l'impôt. Le Conseil fédéral propose avec raison de la confier aux cantons. Il serait, en effet, beaucoup trop onéreux de créer de toutes pièces et pour n'être utilisé qu'une fois un service fédéral de contribution. Utilisons les organisations fiscales cantonales existantes; ce sera pour la Confédération une grosse économie et en outre les cantons mettront volontiers à sa disposition un personnel plus ou moins bien formé, il est vrai, mais connaissant tout de même déjà les rouages assez compliqués de la machine fiscale. En compensation des frais considérables de perception, les cantons sont autorisés à prélever le cinquième du produit brut de l'impôt. Nous voudrions, enfin, puisqu'il n'y a pas urgence immédiate, prier le Conseil fédéral de

renvoyer la perception de l'impôt de guerre en 1917. Les travaux préparatoires compliqués des commissions de taxation, la mise au point des rôles, ne sera du reste pas terminée avant fin 1916.

En outre, une perception, au moment où la crise aurait encore un caractère aigu, aggraverait considérablement le sacrifice imposé aux contribuables.

Suivant les prévisions statistiques, c'est soixante millions environ que l'impôt de guerre fournira à la Confédération. L'examen du tableau synoptique construit par M. Steiger révèle que les cantons y contribueront dans une mesure qui est loin d'être proportionnelle à leur population respective. Il y a lieu de rappeler à cet égard que les cantons les moins imposés sont par contre ceux qui ont fourni en hommes les contingents proportionnellement les plus forts. Il s'établit ainsi une certaine compensation et il en sera dans notre pays comme dans toute société bien organisée où chacun fera sur l'autel de la patrie l'apport de ce qu'il a. Les uns ont mis au service de leur pays leurs bras, les autres, proportionnellement moins riches en capital vivant, lui apporteront leur argent.

Je voudrais en terminant attirer l'attention de la majorité du parlement sur le fait que dans les circonstances graves que nous traversons, les groupes de minorité ont placé plus haut que toutes considérations, le bien de la commune patrie. Après le vote unanime du Conseil des Etats, le Conseil national adoptera certainement le projet de l'impôt de guerre et nous osons espérer que, pénétré de la gravité de la situation, le peuple ne désavouera pas ses représentants aux Chambres fédérales. Il comprendra comme nous qu'une mesure extraordinaire s'impose et que s'il rejetait le moyen proposé il en faudrait trouver un autre qui ne vaudrait probablement pas mieux. Lorsque, le 1er août, la foule saluait, émue, les bataillons en marche, personne ne se demandait comment on couvrirait les frais de mobilisation. Pour la liberté et l'honneur de la patrie, la nation était prête à tous les sacrifices; elle aurait même donné s'il l'eût fallu le meilleur de son sang. Maintenant que le danger d'une invasion semble écarté, ses enfants ne peuvent lui refuser le sacrifice pécunier qu'elle leur demande. Et quand le moment sera venu, s'il arrivait à quelques-uns de ne pas s'en sentir le courage, qu'ils songent à la détresse et aux effrayantes misères qui transitent tous les jours à travers notre pays et qui, de Schaffhouse à Genève, soulèvent partout de magnifiques et irrésistibles élans de compassion et de charité. Et que le peuple suisse se souvienne que le sort de ces malheureuses et innocentes victimes de la grande guerre, auxquelles il ne reste rien, aurait pu être le nôtre.

(Bravos.)

von Streng: Nach den gründlichen Auseinandersetzungen der Herren Berichterstatter gestatte ich mir als Mitglied der Kommission und im Einverständnis mit meinen politischen Freunden einige kurze Ausführungen zu der Vorlage.

Wie Ihnen bekannt ist, ist die Kommission mit bezug auf das Wesentliche der Vorlage einig und die Anträge unserer Kommission decken sich auch — einige untergeordnete Punkte vorbehalten — mit den Beschlüssen des Ständerates. Es liegt daher — darf man sagen — ein fertiges Kompromisswerk vor, welches auch in den Beratungen unseres Rates eine

wesentliche Aenderung wohl nicht erfahren wird. Bei dieser Sachlage ist zu erwarten, es werde die Diskussion in unserem Rate sich auf das Notwendige beschränken und die Annahme der Vorlage werde erfolgen mit derjenigen Entschlossenheit und Geschlossenheit, welche einer ausserordentlichen Massnahme in ausserordentlichen Zeiten auch im Volke die richtige Aufnahme sichert.

Die Kriegssteuer, welche wir zu beschliessen im Begriffe sind, ist eine Steuerauflage zu Lasten des Besitzes, unter möglichster Schonung der ökonomisch Schwachen. Die entschiedene Mehrheit der Schweizerbürger wird zu dieser Kriegssteuer nichts leisten. Die Mitglieder der eidgenössischen Räte gehören zu derjenigen Volksklasse, welche von den Steuern betroffen werden, und es ist nun wohl ein Gebot des Taktes und der Klugheit, dasjenige, was wir aus eigener Entschliessung uns als Opfer auferlegen, mit rascher Hand und guter Miene zu beschliessen. Auch hier gilt, wenigstens in moralischer Beziehung, der Satz: Wer rasch gibt, gibt doppelt.

Ich könnte mich daher auf die einfache Erklärung beschränken, dass wir von unserem Standpunkte aus dem Bundesbeschluss betr. Revision des Art. 42 bis der Bundesverfassung vorbehaltlos zustimmen werden. Aber zur Beseitigung einiger Bedenken, welche seinerzeit gegen die Vorlage geltend gemacht worden sind, gestatte ich mir, doch noch einige Erläuterungen und Vorbehalte anzubringen.

Es ist wohl auch für unseren Rat heute ausser Frage, dass die Kriegssteuer nur auf dem ordentlichen Wege der Verfassungsrevision eingeführt werden soll, unter Zulassung der Abstimmung des Volkes und der Stände. Unter dieser Voraussetzung und nachdem das Wesentliche im Verfassungsartikel selbst vorgesehen worden ist, sind wir dann auch einverstanden, dass die nachfolgenden Ausführungsbestimmungen durch einen Beschluss der Bundesversammlung festgesetzt werden.

Sodann gestatte ich mir, mit allem Nachdrucke zu betonen, dass die Einführung dieser Kriegssteuer für die Zukunft keinerlei Präjudiz bilden darf für ein Postulat einer direkten Bundessteuer. Nach der heutigen Bundesverfassung und dem geltenden Bundesrecht ist die Erhebung direkter Steuern ein Reservatrecht der Kantone und damit auch der Gemeinden, welche eine Schwächung dieser Steuerquellen überhaupt gar nicht ertragen würden. Die bestehende Ausmarchung zwischen direkten Steuern für die Kantone und indirekten Steuern für den Bund betrachten wir als unverrückbar. Wir geben damit aber auch zu, dass mit Rücksicht auf die nunmehr grossen Lasten des Bundes andere Finanzquellen für den Bund geschaffen werden müssen, welche aber nur auf dem Gebiete der indirekten Steuern liegen können. Diese neuen Finanzquellen jetzt zu bezeichnen, liegt keine Veranlassung vor. Persönlich aber neige ich zu der Ansicht, dass es wohl ohne die Einführung eines Monopols nicht gehen werde.

Die Erhebung einer direkten Kriegssteuer zu Handen des Bundes soll ferner eine einmalige sein und sich als eine nur durch die heutige Notlage des Bundes zu rechtfertigende Ausnahme qualifizieren. Hieraus folgt des weitern, dass diese Steuer auch steuertechnisch ganz für sich zu betrachten ist mit ihren Vorzügen und mit ihren Mängeln. Man kann daher auch solche Bestimmungen mit in den Kauf nehmen, welche

man bei Schaffung einer festen Steuergesetzgebung aus materiellen oder auch nur aus mehr technischen Gründen beanstanden würde. Es gilt hier der Satz: Einmal ist keinmal.

Aus dem transitorischen Charakter dieser Steuer folgt ebenso, dass die Annahme und Billigung derselben auch nicht steuerrechtlich als ein Präjudiz für gewisse kontroverse Fragen im Steuerrecht des Bundes und der Kantone aufgefasst werden darf. Es erübrigt sich daher nach meiner Auffassung die Behandlung einiger Streitfragen hier im Plenum, welche im Schosse der Kommission erörtert worden sind, z. B. der sogenannten Doppelbesteuerung der Aktien. Was für diese Steuer gilt, das braucht nicht zu gelten für andere bereits bestehende oder zukünftige Steuern.

Das sind die Vorbehalte, die ich anzubringen mir erlaube. Wir stimmen der Vorlage zu in der Meinung, in diesen ausserordentlichen Zeitläufen für die Unabhängigkeit und die sichere Zukunft unseres Landes ein ausserordentliches Opfer zu bringen und wir sind der Hoffnung, es werde einem geschlossenen und entschlossenen Zusammenwirken aller Parteien gelingen, nicht nur — was wir als selbstverständlich erachten —

eine Mehrheit des Volkes und der Stände für die Vorlage herbeizuführen, sondern eine solche Mehrheit, welche einem entschlossenen Willen unseres Volkes Ausdruck verleiht und den demokratischen Einrichtungen des Landes zur Ehre gereichen wird. Gerade das ist, wie unser verehrter Herr Kommissionspräsident bereits angedeutet hat, von besonderer Wichtigkeit. Das Entstehen und der bisherige Verlauf des Weltkrieges haben — wir dürfen das ohne Ueberhebung konstatieren — das internationale Ansehen der Schweiz kräftig gefördert und es ist auch anzunehmen, dass die demokratische Weiterentwicklung in den Nachbarstaaten ohne Rücksicht auf die jeweilige Staatsform nach dem Friedensschluss neue Nahrung finden werde. Sorgen wir deshalb dafür, dass unser Freistaat in diesem kritischen Moment die eigene Kraftprobe gut besteht. Ich erlaube mir ebenfalls, Eintreten auf die Vorlage zu empfehlen.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

**Kriegssteuer. Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42bis in die
Bundesverfassung. BB vom 15. April 1915**

**Impôt de guerre. Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42bis à insérer dans la
Constitution fédérale. AF du 15 avril 1915**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1915_002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	12.04.1915 - 16:30
Date	
Data	
Seite	47-57
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 329

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amtliches
stenographisches Bülletin
der
schweizerischen Bundesversammlung



BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL
DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

N^o 5

Abonnemente: Jährlich Fr. 2.— für die Schweiz, Fr. 6.— für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 2.—, Union postale frs. 6.—. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Nationalrat — Conseil national

Sitzung vom 13. April 1915, vormittags 8 Uhr — Séance du 13 avril 1915, à 8 heures du matin

Vorsitz: }
Présidence: } M. Bonjour.

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42^{bis} in die Bundesverfassung.

Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42^{bis} à insérer dans la constitution fédérale.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 47 hievor. — Voir page 47 ci-devant.)

Antrag der Herren Nationalräte Calame, de Meuron und Vassalli.

9. April 1915.

A². Die natürlichen Personen haben diese Steuer zu entrichten von ihrem Vermögen und ihrem Erwerb. Sie sind aber ermächtigt, von ihrem steuerpflichtigen Vermögen den Wert von Aktien oder von Stammanteilen abzuziehen, für welche die Aktiengesellschaften und die Kommanditaktiengesellschaften die Steuer bezahlen. Die Steuerpflicht beginnt...

Antrag des Herrn Nationalrat de Meuron.

9. April 1915.

A². ... die Steuer bezahlen. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das fünftausend Franken und bei einem Erwerb, der zweitausendfünfhundert Franken übersteigt; ...

Proposition de MM. Calame, de Meuron et Vassalli, conseillers nationaux.

9 avril 1915.

A². Les personnes physiques acquittent cet impôt sur leur fortune et sur le produit de leur travail. Elles sont toutefois autorisées à défalquer de leur fortune imposable la valeur d'actions ou de parts sociales sur lesquelles les sociétés anonymes et les sociétés en commandite par actions paient l'impôt. L'impôt est dû sur toute fortune...

Proposition de M. de Meuron, conseiller national.

9 avril 1915.

A². ... paient l'impôt. L'impôt est dû sur toute fortune excédant cinq mille francs et sur tout produit du travail supérieur à deux mille cinq cents francs. La fortune exonérée de l'impôt...

**Antrag der Herren Nationalräte Calame,
Maillefer und de Meuron.**

9. April 1915.

A³. (5. und 6. Zeile.) Die Worte «... und eins bis fünf vom Tausend des nicht einbezahlten Aktienkapitals» sind zu streichen.

**Abänderungsantrag zu Tabelle I als wesentlicher Teil
des Verfassungsbeschlusses.**

**Antrag
des Herrn Nationalrat de Meuron.**

9. April 1915.

Tabelle I.

Klassifizierung der Vermögenssteuer.

Klasse	Vermögen		Steuersatz pro Mille	Steuerbetrag
	von über	bis zu		
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1	5000	10,000	1	5

**Antrag
des Herrn Nationalrat Schmid-Zürich.**

12. April 1915.

A². (2. Zeile.) Die Steuerpflicht beginnt bei einem Erwerb, der zweitausendfünfhundert Franken und bei einem Vermögen, das bei Personen mit Erwerb fünftausend Franken und bei Personen ohne Erwerb zehntausend Franken übersteigt; ...

**Antrag
der sozialdemokratischen Gruppe.**

12. April 1915.

A². (5. Zeile.) ... für Witwen ohne Erwerb mit Kindern wird das steuerfreie Vermögen erhöht. Für Familien ohne Vermögen wird der steuerfreie Erwerb um hundert Franken für jedes Kind unter achtzehn Jahren erhöht.

Schenkel.
Sigg-Zürich.

**Antrag
des Herrn Nationalrat Weber-St. Gallen.**

13. April 1915.

A². Die natürlichen Personen haben für ein Vermögen von nicht mehr als 10,000 Franken und für einen Erwerb von nicht mehr als 3000 Franken keine Steuer zu entrichten. Für Witwen und Waisen kann das steuerfreie Vermögen erhöht werden.

**Proposition de MM. Calame, Maillefer et de Meuron,
conseillers nationaux.**

9 avril 1915.

A³. (5^e et 6^e ligne.) Supprimer les mots: «et d'un pour mille à cinq pour mille sur le capital actions non versé.»

**Proposition de modification au tableau I considéré
comme partie intégrante de l'Arrêté constitutionnel:**

**Proposition
de M. de Meuron, conseiller national.**

9 avril 1915.

Tableau I.

Classement de l'impôt sur la fortune.

Classe	Fortune		Taux par mille	Montant de l'impôt
	de plus de	jusqu'à		
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1	5000	10,000	1	5

**Proposition
de M. Schmid-Zürich, conseiller national.**

12 avril 1915.

A². (2^e ligne.) L'impôt est dû sur tout produit du travail supérieur à deux mille cinq cent francs et sur toute fortune excédant cinq mille francs pour les personnes qui exercent une profession lucrative et dix mille francs pour les personnes qui n'exercent pas de profession lucrative. La fortune exonérée ...

**Proposition
du groupe socialiste.**

12 avril 1915.

A². (4^e ligne.) La fortune exonérée de l'impôt sera fixée à un chiffre plus élevé pour les veuves qui ont des enfants et n'exercent aucune profession lucrative. De même le produit du travail exonéré de l'impôt sera élevé pour les familles sans fortune de cent francs par enfant de moins de dix-huit ans. Le taux de l'impôt ...

Schenkel.
Sigg-Zürich.

**Proposition
de M. Weber-St-Gall, conseiller national.**

13 avril 1915.

A². Les personnes physiques dont la fortune n'excède pas dix mille francs et le produit du travail trois mille francs sont exonérées de l'impôt. La fortune exonérée de l'impôt peut être fixée à un chiffre plus élevé pour les veuves et les orphelins.

M. de Meuron: Lorsque le projet du Conseil fédéral a été connu, il a provoqué dans l'opinion publique une certaine émotion, bien naturelle en présence des conséquences du projet et de sa nature même. Il a donné lieu à diverses critiques qui ont trouvé leur écho au sein même des commissions des Chambres. Les uns trouvaient prématuré l'impôt qui nous est proposé et auraient préféré attendre la fin de la crise afin de mieux connaître l'étendue du déficit à couvrir et l'importance de la carte à payer. D'autres estimaient que l'impôt direct fédéral qui nous est proposé est injuste et inutile en tant que pesant sur une seule génération; ils auraient préféré le système de l'emprunt qui engage non seulement la génération actuelle, mais les générations à venir. D'autres enfin, tout en admettant la nécessité de ressources nouvelles et immédiates, auraient voulu recourir aux contingents cantonaux. Ces derniers observent, non sans raison, que les contingents cantonaux sont prévus et organisés par la Constitution et par la loi et qu'il eût été préférable d'y recourir plutôt que d'aller chercher une solution nouvelle et inconnue dans notre droit public. Enfin il y a une quatrième catégorie d'opposants qui estiment qu'il n'est pas nécessaire de recourir immédiatement à des mesures exceptionnelles et qu'il faut se contenter des ressources fournies par les impôts indirects, les emprunts et les économies à réaliser, sauf à voir plus tard si ces ressources étaient insuffisantes.

Après un examen approfondi de la question, nous sommes arrivés, mes amis politiques et moi, car je parle non seulement en mon nom personnel, mais au nom du petit groupe auquel j'ai l'honneur d'appartenir au sein de cette assemblée, nous sommes arrivés à partager, non sans quelques scrupules et non sans quelques objections, l'opinion du Conseil fédéral et à accepter l'idée de ressources immédiates et exceptionnelles. Nous sommes partis de l'idée que la Confédération avait été appelée à faire dans l'intérêt de tous des dépenses considérables, déjà très élevées, mais dont nous ne connaissons pas encore le montant total. Ces dépenses ne pourront pas être couvertes par une seule espèce de recettes, de ressources; elles appellent un ensemble de mesures financières. M. le Président de la Confédération, chef du département des finances, nous a déjà exposé à plusieurs reprises que l'impôt de guerre qu'il nous propose n'est point une mesure isolée, mais qu'il fait partie d'un plan général, d'un ensemble de mesures destinées à faire face à la situation.

Il y a tout d'abord les ressources que nous avons votées dans notre session de décembre dernier sous forme d'augmentation d'une série de taxes: Taxes postales, taxes téléphoniques et taxes d'exemption militaire. Il y a ensuite les impôts indirects actuellement à l'étude, soit l'impôt sur le tabac (qu'il s'agisse du monopole ou de l'impôt) et l'impôt sur la bière ou sur d'autres matières. Enfin il y a les économies à réaliser dans notre ménage fédéral, dans les nombreuses fonctions qui sont dévolues à la Confédération et en particulier dans les trop nombreuses subventions dont bénéficient les cantons et diverses associations dues à l'initiative privée. Convient-il d'ajouter à ces diverses ressources celles à se procurer par des mesures exceptionnelles et occasion-

nelles autres que l'emprunt? Nous répondons affirmativement à cette question. Les circonstances exceptionnelles que nous traversons appellent aussi des mesures exceptionnelles. Les dépenses militaires qui ont contribué à la protection de notre pays, de nos biens, de nos usines, de nos fabriques, de nos entreprises, doivent être supportées par ceux qui en ont bénéficié directement. Il est juste que ceux-là supportent leur part des dépenses exceptionnelles qui en sont la conséquence et l'impôt de guerre pèsera sur la génération actuelle. Cela ne veut pas dire que les générations futures seront épargnées; elles auront à participer aux emprunts déjà contractés et à contracter encore dans l'avenir et qui pèseront sur les générations futures comme sur la génération actuelle. Quant à l'objection qui consiste à dire que toutes ces mesures sont prématurées; que rien ne presse; qu'on peut attendre encore avant de prendre une décision, nous ne pouvons pas nous y arrêter sérieusement. Nous savons en effet que nous aurons en tous cas besoin d'argent; nous savons que notre dette atteindra environ 300 millions de francs. Il n'y a pas de motif dès lors, selon nous, pour attendre. Nous pensons au contraire que sous l'impression du danger couru et évité, les intéressés accepteront plus facilement que plus tard le sacrifice qui leur est demandé. Il importe de profiter du moment actuel pour étudier les mesures à prendre, pour les décider et pour les faire ratifier par qui de droit.

Une fois le principe des ressources nouvelles et exceptionnelles admis, se posait la question de forme. Sous quelles formes voulons-nous recourir à ces nouvelles ressources? Voulons-nous les demander à l'impôt direct fédéral, comme le propose le Conseil fédéral, ou bien voulons-nous faire appel aux contingents cantonaux? La question est discutable, chacune des solutions proposées présentant des avantages et des inconvénients. On peut dire en faveur des contingents cantonaux que ce système est prévu et institué par la Constitution fédérale; qu'il est connu.

On peut se demander s'il est bien nécessaire de reviser la Constitution alors qu'elle renferme un article qui nous fournit les moyens de nous procurer les ressources dont nous avons besoin. L'article 42 de la Constitution fédérale prévoit et organise les contingents cantonaux. Seulement il les organise de telle façon qu'il faudrait reviser la loi qui met en pratique le principe. La loi de 1875 avait fixé la procédure des contingents cantonaux; elle a été révisée ou plutôt confirmée en 1895. Les Chambres n'ont pas voulu adopter les bases nouvelles pour les contingents cantonaux; elles se sont bornées à confirmer le système de la loi de 1875. Il y aurait donc lieu de nous livrer actuellement à une nouvelle fixation et répartition des contingents cantonaux. Vous voyez d'ici les discussions auxquelles une semblable question donnerait lieu et les inconvénients que présenterait en ce moment une discussion publique à ce sujet. Le système des contingents cantonaux est d'ailleurs peu pratique, puisqu'en appliquant les coefficients prévus par la loi de 1875 au dernier recensement fédéral nous arrivons à une somme totale de 1,700,000 frs., tandis que l'impôt de guerre doit rapporter à la Confédération de 60 à 65 millions. Il faudrait donc avec le système des

contingents cantonaux ou bien mettre à la charge de chaque canton une somme suffisante pour que le total représentât une somme équivalente à celle qu'on demande à l'impôt, ou bien répéter pendant une longue série d'années la perception des contingents cantonaux réduits à un ou deux millions. Il en résulterait pour le contribuable une lourde et double charge, puisqu'il aurait à supporter pendant bien des années et parallèlement à l'impôt fédéral payé sous forme de contingent cantonal, l'impôt cantonal ordinaire qu'il doit payer chaque année à son canton respectif. On peut dire par contre en faveur des contingents cantonaux qu'ils laissent aux cantons une très grande liberté d'allure, une très grande souplesse, chaque canton ayant à aviser dans sa compétence, librement et souverainement, aux mesures propres à procurer à la Confédération les ressources nécessaires, soit par les emprunts grevant les générations actuelle et future, soit de toute autre manière. Chaque canton aurait sous sa responsabilité et dans les limites de sa souveraineté à remplir ses obligations vis-à-vis de la Confédération, sauf à répartir ensuite sur l'ensemble des citoyens les charges résultant de ces engagements nouveaux. Le système des contingents cantonaux présente donc ses avantages et ses inconvénients. Nous ne disons pas que ce système eût été préférable, mais nous voulons exprimer — et en ce moment nous parlons en notre nom personnel — tout de même le regret que le système des contingents cantonaux n'ait pas été étudié d'un peu plus près et d'une façon un peu plus complète. Il y avait là peut-être quelque chose de plus pratique, de plus commode que l'impôt direct fédéral, qui cadrerait mieux avec notre droit public et constitutionnel. Mais on a abandonné d'emblée ce système; on nous a dit qu'il était impossible de l'appliquer. On nous présente aujourd'hui un projet de toutes pièces basé non pas sur les contingents cantonaux, mais sur un impôt direct et personnel payé par tous les citoyens à la Confédération. Il est très difficile d'opposer à un système semblable, un contre-projet partant de l'idée si contraire et si différente des contingents cantonaux. Il n'est pas possible d'amender le projet actuel par une proposition basée sur l'article 42 de la Constitution fédérale. Il faut choisir entre ces deux systèmes absolument différents. Toutes les études faites jusqu'ici par le Conseil fédéral et par les experts; tous les calculs auxquels on s'est livré ayant été faits sur la base d'un impôt direct et non pas sur celles des contingents cantonaux, il paraît trop tard aujourd'hui pour revenir à l'idée des contingents. Il n'y a plus qu'une seule chose à faire, c'est de se rallier au projet présenté. Nous acceptons donc ce projet; nous l'acceptons par patriotisme et par nécessité; nous l'acceptons malgré ses imperfections et ses rigueurs; nous l'acceptons malgré le système de la progressivité qui y a été poussée à ses dernières limites et qui arrive à des conséquences et à des chiffres très rigoureux. Nous l'acceptons non pas comme une loi stable et permanente; non pas comme un système pouvant servir de base à une législation fédérale, mais comme une loi exceptionnelle et d'occasion. Jamais une loi fédérale permanente et stable ne pourrait être assise sur des bases semblables et aussi rigoureuses. Ce caractère exceptionnel et occasionnel constitue pour nous une condition

sine qua non de notre acceptation. Il est bien entendu qu'il s'agit d'un impôt prélevé une seule fois, une fois pour toutes, sans que jamais les prescriptions qui sont à la base de l'arrêté constitutionnel puissent servir à l'élaboration d'une législation fédérale durable. Voilà, Messieurs, dans quelles conditions nous acceptons cette mesure toute exceptionnelle, tout en exprimant quelques regrets que l'on soit parti trop tôt dans cette direction unique de l'impôt direct fédéral sans avoir étudié d'une façon plus complète et plus définitive le système constitutionnel des contingents cantonaux.

Mais il est une seconde condition que nous mettons à notre adhésion: c'est l'observation des formalités constitutionnelles. Dans ce débat la question de procédure joue un grand rôle. Comment faut-il procéder pour simplifier le plus possible, pour éviter des longueurs inutiles, tout en respectant les prescriptions formelles de droit public et en observant une juste répartition des compétences entre la Confédération, l'Assemblée fédérale, le peuple et les cantons? Messieurs, nous entendons dire autour de nous par quelques-uns de nos collègues membres des commissions que cela serait bien compliqué, bien difficile et qu'il y aurait un moyen beaucoup plus simple, celui de nous en remettre au seul Conseil fédéral, qui pourrait prélever cet impôt et prendre les mesures dictées par les circonstances en vertu même de ses pleins pouvoirs et en s'inspirant des circonstances exceptionnelles que nous traversons. Pour ce qui nous concerne nous n'aurions jamais pu accepter une semblable théorie et nous remercions M. le Président de la Confédération d'avoir pris lui-même l'initiative de la combattre, de la combattre énergiquement. Lorsque nous avons donné au mois d'août 1914, dans une heure solennelle et grave, des pleins pouvoirs au Conseil fédéral, ces pleins pouvoirs ne s'étendaient pas à toutes espèces de mesures, à tous les domaines, à toutes les matières. Notre but a été d'autoriser le Conseil fédéral à prendre les mesures nécessaires à la protection de la sûreté extérieure de notre pays, à la défense de sa neutralité, de son territoire. Il s'agissait de mesures politiques, telles que la déclaration de neutralité par exemple et de mesures militaires, telles que la mobilisation de l'armée. Mais il fut bien entendu et le Conseil fédéral l'a déclaré lui-même spontanément, qu'il ne ferait pas un usage extensif de ses pleins pouvoirs et que chaque fois qu'une mesure ne présenterait pas un caractère d'urgence, de nécessité absolue, elle ne serait prise qu'avec l'autorisation préalable des Chambres fédérales. C'est à cette ligne de conduite que le Conseil fédéral est resté fidèle, nous nous empressons de le constater. Peut-on dès lors admettre qu'en vertu des pleins pouvoirs le Conseil fédéral pouvait édicter, pour l'ensemble de la Confédération, un impôt exceptionnel dans les conditions dans lesquelles on nous le propose aujourd'hui? Cela n'est pas soutenable. La meilleure preuve qu'il n'y a pas urgence et nécessité, c'est que toutes les mesures militaires ont pu être prises sans aucun inconvénient, la question financière restant réservée. La meilleure preuve qu'il n'y a pas urgence et nécessité ce sont les discussions auxquelles nous nous livrons aujourd'hui et le fait que les Chambres fédérales ont pu être convoquées et consultées, le Conseil fédéral ne voulant pas prendre sur lui la grave responsabilité de mesures fiscales extraordinaires. Du

reste, lorsque nous avons donné, nous, Assemblée fédérale, au mois d'août 1914, des pleins pouvoirs au Conseil fédéral, nous n'avons pas pu lui donner des pouvoirs que nous n'avions pas; des pouvoirs dont nous ne disposions pas nous-mêmes. Nous lui avons abandonné les pouvoirs que nous détenions, que nous exerçons dans les limites de la Constitution fédérale, mais nous n'avons pu aller au delà et nous ne pensons pas qu'on puisse soutenir sérieusement aujourd'hui que le Conseil fédéral aurait dû et pu prendre lui-même les mesures que nous discutons. C'est donc avec raison que les Chambres fédérales sont actuellement saisies régulièrement de ce projet. Mais comment doivent-elles procéder à leur tour? Les Chambres fédérales pourraient-elles, en vertu de l'article 89 de la Constitution fédérale, et ainsi que cela a été suggéré au sein de nos commissions, pourraient-elles promulguer une loi, un arrêté, en partant de l'idée que cet arrêté, tout en étant de portée générale, a un caractère d'urgence et peut être par conséquent soustrait au referendum même facultatif? Nous ne pensons pas, Messieurs, qu'il soit possible de procéder de cette façon et nous ne pensons pas qu'il soit utile et convenable de le faire. Soustraire une question de cette importance au vote du peuple serait un acte de méfiance vis-à-vis de celui-ci, un acte de méfiance injustifié et immérité. Le peuple suisse, comme nous-mêmes, a conscience de ses devoirs et des responsabilités de l'heure présente. Le peuple suisse comprend parfaitement, comme nous-mêmes, que des mesures exceptionnelles sont nécessaires et qu'elles s'imposent, au risque de troubler ses habitudes et ses préférences personnelles. Nous disons que chercher à nous attribuer le pouvoir exclusif de prendre ces mesures est un acte de méfiance injustifié, inopportun et malhabile. Il serait beaucoup plus sage, prudent et respectueux de procéder conformément à la Constitution fédérale et aux lois; de considérer qu'il s'agit ici d'une matière constitutionnelle, et, puisque nous voulons sortir des attributions des Chambres fédérales, de consulter à ce sujet le peuple et les cantons souverains. Les attributions de l'Assemblée fédérale ne sont pas quelconques. L'Assemblée fédérale n'a pas le pouvoir en matière fédérale de prendre toutes les décisions qu'il lui plaît de prendre, dans tous les domaines et à propos de toutes les questions pouvant se poser. Ses attributions sont réglées d'une façon précise par les articles 71 et 85 de la constitution. Et l'article 71 renferme dans ses premiers mots comme une sorte de garde à vous donné au législateur, comme un rappel de ses obligations vis-à-vis du peuple et des Cantons souverains: «Sous réserve des droits du peuple et des cantons, dit l'article 71, l'autorité suprême de la Confédération est exercée par l'Assemblée fédérale, qui se compose de deux sections ou conseils, savoir: A le Conseil national, B. le Conseil des Etats.»

Et après les mots: «sous réserve des droits du peuple et des cantons, l'article rappelle entre parenthèses les articles 89 et 121 lesquels règlent précisément la procédure à suivre lorsqu'il est nécessaire de recourir à une revision partielle ou totale de la Constitution. L'article 85 énumère ensuite les attributions de l'Assemblée fédérale: «Les affaires de la compétence des deux conseils sont notamment les suivantes», et il groupe par catégories les différentes questions législatives financières, militaires, politiques qui sont du ressort des

Chambres. Y a-t-il dans cette énumération un seul alinéa qui puisse donner le droit à l'Assemblée fédérale de prélever un impôt direct fédéral? Nous ne savons pas le voir, le trouver. On a essayé d'invoquer cet article 85 de la Constitution fédérale, et dans une réunion plénière tenue par les deux commissions réunies, nous avons entendu des hommes distingués soutenir cette thèse que l'on trouvait dans l'article 85 de la Constitution les éléments suffisants à la justification d'un impôt direct fédéral décidé par les seules Chambres fédérales dans leur compétence. Nous avons entendu invoquer en particulier à l'appui de cette thèse, que pour notre part nous ne pouvons pas admettre, l'article 85 chiffre 6, lequel place dans les attributions de l'Assemblée fédérale «les mesures pour la sûreté extérieure, ainsi que pour le maintien de l'indépendance et de la neutralité de la Suisse; les déclarations de guerre et la conclusion de la paix».

Et on nous dit: Ces mesures comportent non seulement les mesures d'ordre technique, militaire, mais aussi les mesures d'ordre financier, qui ne sont que la conséquence des premières. Nous ne pensons pas que cela puisse être sérieusement soutenu. Il n'est pas permis de puiser dans une disposition constitutionnelle traitant d'un objet spécial un argument à l'appui de la souveraineté des Chambres dans une toute autre matière, réglée par une autre disposition. Ce chiffre 6 de l'article 85 vise les mesures d'ordre politique et militaire, mais non pas les mesures d'ordre financier, lesquelles sont prévues à l'alinéa 10 du même article 85. On peut prendre des mesures d'ordre politique ou militaire sans qu'en même temps on règle la question des frais et des dépenses qui en sont la conséquence. C'est ainsi que nous avons procédé au mois d'août 1914 lorsque nous avons ratifié les mesures relatives à la mobilisation de l'armée, sans nous préoccuper à ce moment de la façon dont nous ferions face aux dépenses énormes qui en résulteraient. C'était une question absolument distincte. L'Assemblée fédérale peut prendre, dans sa compétence et après discussion, les mesures nécessaires à la sûreté extérieure ainsi qu'au maintien de l'indépendance. Mais quant aux mesures financières, c'est une autre affaire. Elles doivent rester dans les limites des lois et de la constitution. L'article 85 le dit d'ailleurs expressément dans son chiffre 2: «Sont dans les compétences des deux Conseils: les lois et arrêtés sur les matières que la constitution place dans la compétence fédérale.» Alors tout revient à cette question: L'arrêté fédéral qui nous est soumis en projet a-t-il pour objet l'une des matières que la Constitution place dans la compétence fédérale? La réponse à cette question ne peut être que négative. La Constitution fédérale n'a jamais placé dans la compétence fédérale la matière de l'impôt direct prélevé sur le capital et le produit du travail. Aucune disposition constitutionnelle ne prévoit un semblable impôt. Il suffit pour s'en convaincre de relire l'article 42 de la Constitution qui règle toute la question financière et qui énumère les dépenses et les recettes de la Confédération: «Les dépenses de la Confédération sont couvertes: a) par le produit de la fortune fédérale; b) par le produit des péages fédéraux perçus à la frontière suisse; c) par le produit des postes et des télégraphes; d) par le produit de la régle des poudres; e) par la moitié du produit brut de la taxe sur les exemptions militaires perçues par les cantons; f) par les contributions des cantons que

réglera la législation fédérale, en tenant compte surtout de leur richesse et de leurs ressources imposables.»

Telle est la manière dont la question financière fédérale est organisée et réglée par la Constitution. L'Assemblée fédérale n'a de compétence en matière d'impôt que pour autant qu'il s'agit de recourir aux contingents cantonaux. En dehors des contingents cantonaux, notre droit public fédéral ne connaît pas d'autres ressources fédérales directes; il ne connaît pas en particulier l'impôt personnel direct fédéral. Les contingents sont une contribution imposée aux cantons: l'impôt est une contribution exigée des citoyens. L'Assemblée fédérale connaît de la première catégorie mais non pas de la seconde, et nous n'avons pas le droit d'innover dans cette matière, laissée de côté par le texte constitutionnel. La conséquence de ces observations, c'est que nous sommes obligés, si nous voulons entrer dans les vues du Conseil fédéral, si nous voulons recourir à l'impôt personnel fédéral, de demander préalablement au peuple et aux cantons la révision partielle de la constitution fédérale. L'article 85, alinéa 14, nous en donne le droit. Cela rentre bien dans nos attributions, le paragraphe 14 plaçant dans les attributions des Chambres la révision de la Constitution fédérale. Et ainsi nous rentrons dans l'ordre et nous évitons toute discussion, tout reproche et toute critique. Il n'y aura rien à reprendre à nos propositions. Nous aurons révisé partiellement la constitution qui ne nous fournit pas actuellement l'instrument qui nous est nécessaire et en même temps nous aurons agi régulièrement et constitutionnellement. Le peuple suisse comprendra ses devoirs. Il votera l'arrêté, je ne dirai pas volontiers, on ne vote jamais volontiers des impôts, mais d'autant plus facilement que nous aurons respecté ses droits et ses compétences et que nous n'aurons pas cherché à nous soustraire à la nécessité d'une révision constitutionnelle.

La nécessité d'une révision constitutionnelle étant admise et reconnue, il faut maintenant se demander de quelle manière il faut procéder. La façon la plus régulière, mais la plus rigoureuse et la plus pédante en même temps serait de soumettre au double vote du peuple et des cantons un arrêté constitutionnel renfermant les principes à la base de l'impôt, les grandes lignes directrices, puis de soumettre ensuite à l'Assemblée fédérale une loi d'exécution ou un arrêté d'exécution, lequel serait soumis au referendum facultatif, puisqu'il s'agirait incontestablement d'un arrêté d'une portée générale, ne revêtant pas un caractère d'urgence. Le Conseil fédéral a attiré l'attention des commissions sur le danger d'une semblable procédure. Il est bien certain tout d'abord qu'elle ne suppose pas nécessairement deux votations populaires. Toutefois pour le cas où le referendum serait demandé sur le second arrêté d'exécution, une seconde votation populaire serait nécessaire, d'où des formalités, des pertes de temps et des délais inutiles. En outre il pourrait se présenter ce phénomène singulier que le principe sous forme d'arrêté constitutionnel fût accepté par le peuple et les cantons, mais que l'arrêté d'exécution fût rejeté. Alors nous aurions un principe inscrit dans la Constitution, mais qui ne pourrait pas recevoir son exécution dans la pratique. Nous avons déjà assisté à ce phénomène en Suisse et nous avons vu des principes constitutionnels qui restaient pendant longtemps inappliqués parce que les premières lois

d'exécution avaient été refusées par le peuple. Ainsi pour la banque nationale, pour les assurances. Ces questions ne revêtaient pas un caractère d'impérieuse nécessité. On pouvait attendre le moment où il serait possible de présenter au peuple une loi qu'il accepterait. Nous ne pouvons et nous ne devons pas nous exposer à ce risque dans le moment actuel. Si, en effet, il n'y a pas urgence à se procurer des ressources exceptionnelles, il y a par contre certaines considérations qui nous dictent d'aller vite et de ne pas trop attendre. Alors le Conseil fédéral a recouru à un moyen terme ingénieux, assez nouveau dans notre droit public, mais qui nous paraît acceptable tout de même, c'est celui-ci: On soumettrait au peuple et aux cantons la question de la révision partielle de la constitution; ils seraient invités à se prononcer sur l'arrêté constitutionnel, mais on leur demanderait en même temps de déléguer en quelque sorte leurs pouvoirs à l'Assemblée fédérale pour l'application de l'arrêté constitutionnel. C'est de cette idée qu'est né l'un des derniers paragraphes de ce projet qui nous est soumis: «L'assemblée fédérale édictera à titre définitif les prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel.» Ainsi nous soumettrions au peuple un arrêté constitutionnel qui le renseignera d'une façon aussi complète que possible sur les intentions du législateur, qui lui indiquera très complètement et suffisamment les normes et les bases sur lesquelles nous édifierons le nouveau système d'impôt direct. Mais cela fait, nous demanderions au peuple et aux cantons de nous déléguer en quelque sorte leurs pouvoirs, afin d'arrêter définitivement les lois et les règlements d'exécution. De cette façon l'Assemblée fédérale aura reçu régulièrement les pouvoirs nécessaires et nous éviterons la double votation éventuelle qui pourrait présenter en effet certains inconvénients. Donc sur cette question de procédure nous pouvons nous déclarer d'accord également, mais nous en faisons également une condition sine qua non de notre adhésion et nous disons que nous ne sommes d'accord avec l'impôt de guerre que si cette procédure est acceptée. Si par contre une proposition contraire venait à être faite et votée au sein de ce Conseil, proposition contraire destinée à soustraire toute la matière au vote du peuple et des cantons, nous reprendrions alors toute notre liberté d'action et nous nous réserverions de voter contre un arrêté que nous ne pourrions plus accepter dans de semblables conditions, parce que nous le considérerions comme irrégulier et inconstitutionnel.

Le système auquel s'est arrêté le Conseil fédéral, système approuvé et ratifié par les deux commissions du Conseil des Etats et du Conseil national, soumet donc au peuple un arrêté constitutionnel suffisamment précis et développé pour que le peuple et les cantons soient exactement renseignés sur la nature et la portée de la nouvelle institution. Mais si nous voulons être en mesure d'expliquer le projet à nos électeurs, si nous voulons pouvoir leur indiquer d'une façon aussi claire que possible, et avant même que le règlement d'exécution soit adopté, quelle est la portée financière de l'arrêté, ses conséquences, les charges qui pèseront sur les citoyens, il faut que nous soyons nous-mêmes bien au clair sur le contenu de l'arrêté. Il faut par conséquent que nous puissions en discuter ici les termes, les principes et les bases. Je dois protester contre un courant d'opinion que je vois se former et s'accroître chaque jour davantage, lequel tend à

éviter toute discussion quelconque et à accepter les yeux fermés le projet du Conseil fédéral. Chaque fois que nous voulons discuter une proposition, formuler un amendement, apporter une modification, on nous crie de toutes parts: «N'y touchez pas au nom du ciel! Notre projet d'arrêté fédéral est un édifice sacré et fragile, n'y touchez pas, sans cela vous risquez de tout renverser.» — Ce langage ne nous paraît pas digne de notre Conseil; il nous paraît équivaloir à une véritable abdication de nos devoirs et de nos droits. Nous sommes ici pour discuter les projets de lois et d'arrêtés qui nous sont soumis. Nous discutons, Messieurs, pendant des journées, quelquefois pendant des semaines, des questions qui ont beaucoup moins d'importance que celle de l'impôt fédéral de guerre; des questions dont les conséquences pour l'avenir sont beaucoup moins graves. Nous les discutons en toute liberté et en toute franchise et pour une question aussi importante que celle-ci, on voudrait faire la conspiration du silence, sous prétexte de patriotisme. On nous demande un vote de confiance et d'adhésion sans que nous ayons discuté, examiné et pesé les termes de l'arrêté. Cependant si jamais nous avons eu à traiter une matière difficile, c'est bien celle-là. Mais, Messieurs, c'est un tour de force que nous essayons de réaliser; c'est un tour de force encore bien plus difficile que celui de l'élaboration du Code civil, que d'emprunter à nos 25 législations cantonales différentes, à nos pratiques administratives, à nos idées absolument contradictoires et divergentes quelques principes qui puissent servir de base à la perception d'un impôt fédéral de guerre. Il règne de telles inégalités, de telles différences entre les cantons, qu'il est très difficile de se mettre d'accord sur quelques principes communs. Ici encore, comme dans bien d'autres oeuvres fédérales, nous devons nous animer d'un esprit de sacrifice, de concessions réciproques et tâcher de trouver un compromis acceptable par tous. Pour cela, il faut qu'on nous laisse examiner et discuter en toute liberté les propositions qui nous sont soumises. Nous devons d'autant plus prendre garde à la rédaction de notre arrêté qu'il se produira nécessairement de très grandes inégalités dans la perception de l'impôt de guerre, dans les charges qui seront supportées en fait par les citoyens et par les cantons. Suivant que les cantons possèdent déjà un outillage plus ou moins perfectionné, suivant que leur système fiscal est plus ou moins bien organisé, les citoyens s'acquitteront ou ne s'acquitteront pas, ou s'acquitteront d'une façon plus ou moins complète de leurs obligations vis-à-vis de la Confédération. Nous avons le devoir d'atténuer ces inégalités en cherchant un système qui réponde à nos idées de justice en matière fiscale. La question en vaut bien la peine. Je disais tout à l'heure que nous discutons pendant des jours et quelquefois même pendant des semaines des questions de moindre importance. Il s'agit aujourd'hui de trouver dans notre pays, dans un moment particulièrement défavorable, une somme considérable, 75 à 80 millions en chiffres ronds. De ces 75 ou 80 millions, vous déduirez le 20% représentant une somme de 15 à 16 millions qui sera abandonnée aux cantons. Le reste, 60 ou 64 millions, ira à la Confédération. Messieurs, ce n'est pas rien que de demander une somme semblable à un petit pays comme le nôtre et cela en une seule fois, disons en deux fois si vous voulez, en deux versements, mais

en vertu d'une seule et même loi, dont les conséquences et les charges seront réparties sur deux années. Et, Messieurs, non seulement vous demandez une somme considérable, mais vous la demandez à des citoyens qui n'ont pas que cette charge à remplir, mais qui continueront à payer chaque année des contributions cantonales. Vous pouvez être bien certains en effet que les cantons ne vont pas réduire leurs impôts dans ce moment-ci. Les citoyens continueront donc à remplir leurs obligations cantonales auxquelles viendront s'ajouter les lourdes obligations de l'impôt de guerre fédéral. Et ce seront les mêmes matières imposables, les mêmes ressources, les mêmes biens, les mêmes fortunes et le même travail qui paieront cet impôt deux fois. Le sacrifice est sérieux et très lourd, étant donné que le système qui est à la base même de l'impôt comporte une progression, c'est-à-dire un taux s'accroissant à chaque catégorie au fur et à mesure de l'augmentation de la fortune pour arriver à des résultats si rigoureux qu'ils seraient inacceptables s'ils ne revêtaient pas un caractère exceptionnel et unique, s'ils devaient servir de base à une législation durable et permanente. Et nous demandons ce sacrifice, dans le plus mauvais moment possible, alors que nous traversons des circonstances économiques difficiles, particulièrement pénibles, alors que les fortunes diminuent, que les valeurs et titres qui les composent sont frappés d'une dépréciation inévitable. Combien de temps encore cela durera-t-il? Nous n'en savons rien. Cette crise peut se prolonger au delà de 1915, jusqu'en 1916 ou 1917. C'est donc dans un moment où le contribuable est déjà, sans que sa volonté y soit pour quelque chose, dans une situation financière difficile, que vous venez lui demander encore de l'argent, que vous venez lui réclamer un double impôt, l'impôt cantonal qui est maintenu et un impôt fédéral nouveau. Il faut se garder dans une affaire de ce genre de considérer ceux qui possèdent comme une sorte d'ennemis qu'on veut frapper, qu'on doit atteindre. Nous avons besoin, Messieurs, de ceux qui possèdent, nous avons besoin du capital. De toutes parts on fait appel aux sentiments de générosité, de solidarité. Ce sont précisément les citoyens disposant de quelques ressources, se trouvant dans une situation plus aisée que d'autres, qui nous permettent de faire face à toutes les charges qui nous incombent. De tous côtés, on nous demande de soutenir des oeuvres très intéressantes, très dignes de sympathie et d'intérêt. Si vous ne voulez pas faire concurrence à ces oeuvres, si vous ne voulez pas leur causer un dommage et tarir les sources de la bienfaisance et de la charité, il faut aussi avoir quelques égards pour le capital, pour le produit du travail, pour les personnes qui sont en mesure de venir en aide à leurs concitoyens. Cela est vrai non seulement pour les personnes physiques, mais aussi pour les personnes juridiques et morales que l'on traite aussi dans cet arrêté avec une rigueur exceptionnelle et pour lesquelles il convient aussi d'avoir quelque considération. Il ne faut pas mépriser et méconnaître tous les sacrifices qui ont été faits dans notre pays pour développer l'esprit d'association, pour favoriser le développement d'entreprises et d'industries qui, soit sous la forme de sociétés anonymes par actions, soit sous la forme de sociétés en commandites ou de sociétés coopératives sont dignes d'attention et de respect. Il importe de ne pas décourager les initiatives. Il faut donc laisser de côté

les formules sonores et banales et écarter de nous toute idée quelconque qui ressemblerait même de loin à une atteinte portée à la fortune, au capital, au produit du travail, à tout ce qui est utile à l'Etat et à la collectivité. Ceux qui sont particulièrement atteints par cet impôt ont droit à ce que nous nous occupions de leur sort; ils ont le droit de nous demander que nous examinions la question d'autant plus objectivement et impartialement qu'ils sont en minorité. C'est là encore un des dangers du système que l'on nous propose. On a du reconnaître et avouer que le 75% des citoyens qui seront appelés à voter ne seront pas contribuables, tandis que l'impôt de guerre ne pèsera que sur le 25% des électeurs. Messieurs, une proportion aussi anormale, aussi exceptionnelle nous impose l'obligation d'apporter à notre travail une attention soutenue, une conscience méticuleuse. Nous devons examiner et peser avec soin tous les principes et tous les termes de l'arrêté. Je sais bien que pour calmer nos appréhensions, on nous répète toujours qu'il ne s'agit pas ici d'une mesure définitive, mais bien d'un impôt unique, exceptionnel et, pour nous servir de la formule qui nous paraît déjà consacrée, «prélevé une fois pour toutes». Cet impôt fédéral sera comme ces plantes rares que vous avez tous vues dans les jardins particulièrement luxueux, ces plantes rares qui ne fleurissent qu'une seule fois dans leur existence et qui périssent ensuite. Je veux bien admettre que ce sera une plante éphémère qui ne fleurira qu'un jour et qui se desséchera ensuite pour toujours, mais je crains que lorsqu'on aura vu cette belle plante fleurir dans les jardins fédéraux, il ne vienne à quelqu'un l'idée de l'entretenir, de la conserver et de la faire refleurir un jour. Alors, Messieurs, nos jardiniers fédéraux sauront bien, grâce aux progrès de l'horticulture moderne, se procurer une autre espèce de la même plante, espèce que nous connaissons bien dans les cantons, l'espèce qui reflurira chaque printemps avec une remarquable et désespérante régularité! Et l'on pourrait bien remplacer la plante éphémère et qui périt après avoir fleuri une fois par une plante féconde qui fleurira désormais chaque année, même dans le jardin fédéral. Nous avons déjà entendu des suggestions de ce genre et l'autre jour un de nos collègues du Conseil des Etats a très franchement dit que, selon lui, cet impôt de guerre bien que voté sous la forme d'un impôt unique exceptionnel, devrait tendre à devenir la règle; que, d'après lui, l'économie sociale et politique de la Confédération appelle des impôts fédéraux directs comme base principale des ressources fédérales, les autres impôts indirects devant être expressément réservés aux oeuvres de prévoyance sociale. Si cette suggestion personnelle et individuelle venait à trouver de l'écho, nous verrons peut-être un jour l'idée d'un impôt fédéral reprise, non plus sous la forme d'un impôt exceptionnel et unique, mais sous la forme de propositions tendant à organiser un impôt permanent et durable. A ce point de vue, nous avons un très grand intérêt à bien peser nos décisions, à ne pas nous laisser guider par des considérations uniquement de sentiment et de patriotisme. Nous avons intérêt à ne pas laisser s'introduire dans cette législation d'un jour, mais qui peut devenir durable par la suite, des principes fâcheux, qui ne seraient pas sains au point de vue d'une juste répartition des charges de l'impôt entre les citoyens. Indépendamment des risques que nous courons au point de vue fédéral, il y a

en outre l'exemple que nous donnons aux cantons. Soyez certains que dans bien des cantons on cherchera aussi à suivre l'exemple de la Confédération; on puisera dans l'outillage que nous créons de toutes pièces et que nous mettons à la disposition de la Confédération, on y puisera l'instrument et le moyen pour arriver à une plus juste répartition et à une production plus grande de l'impôt. Si nous laissons mettre en circulation des principes détestables et condamnationnels, on pourra nous reprocher un jour de ne pas avoir suffisamment étudié une si grave et si intéressante question, alors même que notre décision ne devait revêtir qu'une forme éphémère. Alors même qu'il s'agit de voter cet impôt pour une seule fois, dans des conditions uniques et exceptionnelles, nous devons l'étudier et l'examiner; nous devons améliorer le projet. C'est pourquoi, Messieurs, nous nous permettrons tout à l'heure, quelques collègues et moi-même, qui avons fait partie de la commission du Conseil national, de vous proposer des amendements; nous aurons l'honneur de vous soumettre des textes destinés à corriger ou à améliorer, selon nous, certaines dispositions de l'arrêté fédéral, parce que nous estimons que même et surtout dans les conditions où nous discutons, il importe de ne rien laisser passer qui puisse être invoqué un jour comme un antécédent économique et fiscal.

En résumé, nous voterons l'impôt de guerre direct sous la forme dans laquelle il nous est présenté, mais en prenant acte qu'il s'agit d'un impôt exceptionnel et unique, prélevé une fois pour toutes. Nous voterons, en second lieu, le projet qui nous est soumis à la condition que la Constitution fédérale soit régulièrement révisée et complétée et qu'après s'être prononcés sur le principe, le peuple suisse et les cantons confédérés remettent et donnent les pleins pouvoirs nécessaires à l'Assemblée fédérale, conformément aux propositions faites, pour arrêter les lois et ordonnances d'exécution. Et enfin nous faisons cette troisième réserve, c'est que notre approbation et notre adhésion au projet ne nous empêcheront pas de discuter, d'amender et de modifier les principes qui sont à sa base, lorsque tout à l'heure, une fois votée l'entrée en matière, sera ouverte la discussion sur les articles séparément. En ce faisant, nous estimons user d'un droit, nous estimons remplir un devoir et nous vous demandons de ne suspecter ni notre patriotisme, ni notre désintéressement. J'ai dit. (Bravos.)

M. Maillefer: Il a été convenu au sein de la commission que ses membres n'allongeraient pas le débat par de copieux discours, et je ne pense pas qu'il reste beaucoup à dire après les rapports que vous avez entendus. Je ne crois pas manquer cependant à notre convention, en prononçant quelques mots non seulement en mon nom personnel, mais, j'en suis persuadé, au nom de la majorité de mes collègues vaudois au sein de ce conseil.

Comme les opérations préliminaires à l'élaboration de l'arrêté constitutionnel ont été très longues et qu'elles ont reçu une publicité très complète, nous savons exactement ce qui s'est passé au sein de la commission d'experts et au sein de la réunion des délégués cantonaux, chefs des départements des finances. Nous avons pu constater que le chef de nos finances

cantonales, M. le conseiller d'Etat Dubuis, notre ancien collègue au Conseil national, avait défendu avec la dernière énergie l'idée des contingents cantonaux contre celle d'un impôt fédéral. Je puis dire que l'opinion de M. l'ancien Conseiller national et Conseiller d'Etat actuel a été et est encore celle de la plus grande majorité de ses anciens collègues vaudois, est celle de l'opinion publique et de tous ceux qui, chez nous, s'occupent de questions financières. Nous avons encore, mes collègues et moi, l'opinion que le système des contingents cantonaux ne doit pas être complètement abandonné et qu'il n'aurait pas été impossible, dans la situation actuelle, de faire appel à ces contingents cantonaux. Nous persistons à envisager l'idée d'un impôt fédéral permanent comme une idée extrêmement dangereuse qui rencontrerait soit au sein des Chambres, soit au sein de notre peuple, une très vive et très légitime opposition. Nous estimons que si la Confédération a besoin de ressources, elle doit les demander aux impôts indirects, à des impôts spéciaux sur certains articles de consommation et non à un impôt fédéral permanent qui serait un grand péril pour notre démocratie.

Messieurs, si nous faisons abstraction de certaines de nos préférences, c'est en tout premier lieu parce qu'on a dit et répété, mais il n'est pas inutile d'insister encore là-dessus, que l'impôt que nous allons voter aurait un caractère essentiellement provisoire, exceptionnel. Plusieurs de nos concitoyens ont craint que cet impôt provisoire ne pût à l'occasion devenir définitif. On est allé chercher dans l'arsenal de la sagesse des nations un proverbe qui dit en allemand: «Einmal ist keinmal» et en français: «Une fois n'est pas coutume». Mais on pourrait trouver certainement dans le même arsenal de la sagesse des nations d'autres proverbes qui seraient moins rassurants. Ainsi le proverbe: «Il n'y a que le premier pas qui coûte». Nous savons cependant que, dans les conditions présentes, nous pouvons rassurer ceux de nos concitoyens qui voient dans l'impôt de guerre un fâcheux précédent. Nous insistons encore une fois sur son caractère exceptionnel. L'arrêté disparaîtra aussitôt qu'il aura accompli son effet. Mais une fois cet article disparu, il nous restera toujours notre constitution et dans cette constitution, l'article 42 f) dont on a tant parlé, et dont on pourra tirer, il faut l'espérer, de bons effets.

Je crois qu'on a entouré l'arrêté constitutionnel relatif à l'impôt de guerre d'assez de garanties et de déclarations pour que nous puissions le voter sans crainte de créer un précédent. S'il m'était permis d'émettre un voeu soit à l'égard du Conseil fédéral, soit à l'égard des Chambres, ce serait qu'une fois la tourmente passée, une fois l'impôt fédéral voté et perçu, une fois que nous serons rentrés dans la norme, le Conseil fédéral et les Chambres étudient une loi d'exécution de l'article 42 f). Elle rencontrera certainement des difficultés: l'étude de l'impôt de guerre fédéral en a également rencontré. Je ne crois pas cependant ces difficultés insurmontables et je me permettrai d'émettre le voeu que plus tard cette question soit reprise. On peut cultiver la plante vitale après que la plante rare, pour parler comme notre honorable collègue M. de Meuron, sera définitivement fanée.

Ce qui nous engage à voter l'arrêté fédéral, ce n'est pas seulement l'arrêté en lui-même et son

caractère provisoire, c'est aussi et tout particulièrement les considérants qui l'ont accompagné, l'attitude qu'a observée le Conseil fédéral jusqu'ici, celle de la commission d'experts, celle des différentes commissions du Conseil national et du Conseil des Etats et finalement celle du Conseil des Etats lui-même. Il me semble que cette procédure a été entourée de tant de formes et de tant de garanties que le vote que nous allons émettre, nous pouvons l'émettre en toute liberté d'esprit et en toute sécurité.

Tout d'abord l'attitude du Conseil fédéral. On a dit et répété que le Conseil fédéral aurait pu, usant de ses pleins pouvoirs, prélever un impôt de guerre que tous les citoyens auraient payé sans récrimination. Je pense aussi et je persiste à croire qu'au début de la guerre, si le Conseil fédéral avait procédé de cette façon, il aurait rencontré le plein assentiment de la nation et du pays sans aucune arrière-pensée. Mais les temps ont passé et il faut hautement féliciter le Conseil fédéral, et je joins ici mon tribut d'hommage à ceux qui lui ont été déjà exprimés, pour avoir respecté scrupuleusement la constitution et n'avoir pas usé davantage des pouvoirs que nous lui avons accordés. C'est précisément une garantie et une leçon pour l'avenir. On pourra dire qu'en 1914 et 1915 le Conseil fédéral, muni de pouvoirs très étendus, n'a pas jugé à propos d'en faire usage au-delà de certaines limites, et qu'aussitôt qu'il l'a pu, il est revenu aux formes légales et constitutionnelles. C'est une garantie et une leçon pour l'avenir et c'est une des raisons pour lesquelles nous voterons l'impôt de guerre.

Une autre garantie est dans toute la procédure suivie par les commissions des Chambres et les Chambres elles-mêmes. Notre vote d'aujourd'hui ne consacre pas seulement le principe de l'impôt de guerre perçu une fois pour toutes, il consacre en même temps d'autres principes. Il nous met au clair sur certaines questions qui n'étaient pas suffisamment élucidées par elles-mêmes jusqu'ici. Il est donc bien entendu à présent, il est écrit noir sur blanc que tout autre procédé pour arriver à l'impôt de guerre aurait été inférieur et de moins bon aloi que celui qui nous est proposé aujourd'hui. Il est entendu que la constitution qui nous régit, les articles 2, 42 f) et 85, 6 sont insuffisants pour motiver une intervention fiscale de la Confédération dans le ménage des cantons et qu'il faut, pour atteindre ce résultat, une revision constitutionnelle. L'affirmation très nette de ce principe au sein des Chambres fédérales, est certainement un résultat positif, un des excellents résultats de la discussion; nous en prenons acte avec satisfaction et c'est aussi une des raisons pour lesquelles nous voterons oui.

Il y a aussi une raison qui me permet d'espérer que les contingents cantonaux n'ont pas complètement expiré avec le vote de cette assemblée; c'est la situation des directeurs de finances qu'a si bien et si éloquemment décrite M. le rapporteur français. Je compatissais à leur malheur, à leurs tribulations, mais je me dis qu'à manier ce fagot d'épines que sera peut-être pour eux l'arrêté fédéral, ils reviendront à d'autres sentiments et que quelques-uns d'entre eux trouveront aussi leur chemin de Damas en sens inverse et qu'ils penseront que les contingents cantonaux tels qu'ils sont prévus par l'article 42 f) de la constitution auraient été une solution plus agréable en ce qui les concerne. Sous ces réserves et avec ces garanties, je

puis vous assurer de mon vote et de celui de mes coreligionnaires politiques vaudois. Il me paraissait de mon devoir, en mon nom et au leur, de faire ici cette brève déclaration. J'estime en la faisant ne pas du tout nuire à l'impôt de guerre. Nous estimons au contraire que cette déclaration franche et catégorique est de nature à favoriser l'acceptation de l'arrêté constitutionnel dans notre canton, en expliquant à nos commettants l'attitude que nous avons adoptée et le point de vue auquel nous nous sommes placés. J'ai dit.

M. Ryser: Au nom du groupe auquel j'ai l'honneur d'appartenir je vous déclare qu'il votera l'entrée en matière sur le projet constitutionnel. Nous eussions préféré que le Conseil fédéral commençât par nous présenter un article constitutionnel à soumettre aux Chambres et à la votation du peuple et des cantons et qu'une fois cet article constitutionnel adopté, le Conseil fédéral soumit aux Chambres un projet de loi constitutionnelle. Mais nous comprenons que le Conseil fédéral ait voulu profiter de l'état psychologique dans lequel se trouve le peuple suisse en ce moment par suite des événements qui ont conduit à la mobilisation et qu'il ait voulu profiter de cet état psychologique pour faire aboutir un projet qui doit soulager dans une certaine mesure et dans une assez large mesure les finances fédérales.

Ces réserves faites je vous déclare donc au nom du groupe socialiste nous voterons l'entrée en matière. Si nous votons l'entrée en matière c'est pour d'autres motifs encore que ceux qui ont été invoqués et énoncés par les préopinants. Nous disons tout d'abord que la mobilisation nécessitée par la guerre européenne a entraîné la Confédération à des dépenses extraordinaires. On estime qu'à l'heure actuelle cette dépense ne pourra pas être inférieure à 300 millions. On a même dit que cette somme de 300 millions serait dépassée. Une telle dette, une telle charge sur le pays, sur les finances fédérales, est de nature à peser d'un poids excessivement lourd sur la législation future et surtout sur la législation sociale notamment sur l'assurance invalidité et vieillesse qui est un vieux postulat que nous représentons ici.

Il est un deuxième motif pour lequel nous vous recommandons l'entrée en matière sur ce projet, c'est le fait qu'il consacre un principe soutenu et qui a fait l'objet d'une motion présentée par notre parti. Tous les orateurs qui se sont prononcés jusqu'à présent, ont attiré l'attention du Conseil et ont exprimé le désir que cet impôt direct fédéral ne fût qu'une plante qui ne fleurit qu'une fois et qui disparaît immédiatement après. Or nous espérons et nous voulons, pour ce qui nous concerne, nous faire les jardiniers qui reprendront cette plante, qui la cultiveront et qui essayeront de la faire reflourir très régulièrement chaque année. Pour nous, M. le Président et Messieurs, il apparaît que le système financier sur lequel vit la Confédération n'est pas un système normal. La Confédération vit en grande partie du produit des péages des douanes. Ce qui est frappé, ce sont les objets de consommation de première nécessité, c'est donc la masse du peuple, c'est le petit qui supporte la plus lourde charge de cet impôt indirect. Or nous estimons que l'impôt direct est le plus logique parce qu'il

permet d'atteindre les citoyens selon les moyens dont ils disposent. C'est la raison pour laquelle nous nous donnerons toutes les peines nécessaires pour cultiver et faire reflourir régulièrement chaque année la belle plante que nous sommes en train de faire épanouir actuellement. C'est là une deuxième raison pour laquelle nous voterons l'entrée en matière sur le projet du Conseil fédéral.

Il y a encore une troisième raison qui nous engage à voter cette entrée en matière, c'est le principe de la progression qui est inscrit dans le projet d'arrêté. Ce principe de la progression, M. le Président de la Confédération nous a déclaré au sein de la commission qu'il était un principe moderne et que dans les lois d'impôt aujourd'hui, il était de mode d'inscrire la progression que l'on considérait comme une forme absolument légitime à appliquer en matière d'impôt. Nous espérons que cette appréciation donnée par M. le Président de la Confédération trouvera son écho dans les législations cantonales et que lorsque celles-ci reviseront leurs lois d'impôts, elles tiendront compte du conseil qui leur vient d'aussi haut.

Telles sont les trois raisons pour lesquelles le groupe auquel j'appartiens vous propose d'entrer en matière sur le projet du Conseil fédéral. Toutefois nous faisons nos réserves quant au vote final dans le cas où le projet présenté par la commission, qui a déjà passé au Conseil des Etats, serait modifié dans ses bases essentielles nous nous réservons alors de modifier notre attitude en fin de discussion. J'ai dit.

M. Fazy: J'appartiens à la très faible minorité qui, dans la réunion des directeurs de départements des finances cantonales, s'est prononcée en faveur du maintien du principe constitutionnel des contingents cantonaux. Comme vous le savez, Messieurs, nous avons été battus de la manière la plus complète. Nous étions trois pour soutenir ce principe. Je constate pourtant avec une certaine satisfaction qu'il s'est trouvé aujourd'hui tout au moins une voix autorisée pour venir reconnaître que cette idée pouvait parfaitement se défendre et aurait pu être appliquée. Messieurs, la proposition qui avait été faite de recourir aux contingents cantonaux offrait un grand avantage et en ce qui concerne le canton de Genève, je l'appréciais d'une manière toute particulière. Cet avantage consistait à permettre aux cantons d'appliquer les moyens qu'ils auraient jugé convenables pour obtenir les ressources nécessaires afin de payer le contingent cantonal. Evidemment, Messieurs, dans notre canton de Genève et dans d'autres aussi, on aurait cherché et peut-être trouvé le moyen d'alléger un peu les charges considérables qui résultent du projet qui vous est soumis. L'idée, en définitive, était défendable, elle était séduisante non pas peut-être au point de vue exclusif de ceux qui, comme l'honorable orateur qui vient de prendre la parole, demandent l'impôt direct fédéral d'une manière permanente, mais elle était surtout défendable au point de vue des cantons. L'idée a été repoussée et je ne puis que le regretter, car enfin il y a un point qui n'a pas été suffisamment signalé dans cette première discussion, c'est celui-ci: quelles sont les deux conditions auxquelles une loi d'impôt est soumise pour être autant

que possible acceptable par la population? Ce sont les suivantes: La première c'est que l'impôt nouveau pèse le moins possible sur les contribuables. Or, la contribution de guerre qui nous est proposée pèsera le plus possible sur la population, parce que, comme on l'a dit, cet impôt est émis au moment précisément où la fortune mobilière, par exemple, subit une dépréciation considérable.

La seconde condition pour qu'une loi d'impôt soit bonne est une condition fiscale, à savoir que l'impôt nouveau doit rapporter le plus possible. Il est parfaitement évident, et je ne puis que le répéter, que dans les conditions actuelles au point de vue de la richesse mobilière et même dans une certaine mesure au point de vue de la fortune immobilière, il est parfaitement évident, dis-je, qu'il s'est produit une dépréciation considérable. L'impôt actuel rendra donc moins qu'il ne rendrait en temps ordinaire. Ainsi les deux conditions essentielles d'une bonne loi d'impôt sont précisément celles que ne remplit pas le projet actuel.

Je ne veux pas insister sur ce côté de la question parce que je me trouve placé dans une situation délicate et difficile. Je suis de ceux qui feront le grand sacrifice de voter le projet qui vous est soumis. Mais si d'autre part je formule une série d'objections et de réserves comme plusieurs orateurs qui m'ont précédé l'ont fait, je donne à la population le droit de me dire: Mais comment! Vous avez développé tous les motifs qui militent contre le projet et finalement vous l'avez voté! J'ai le sentiment très net de cette situation, j'ai le sentiment que si je continuais à combattre le projet, à formuler des réserves — j'en aurais d'autres à formuler — la conclusion évidente que vous pourriez m'opposer est celle-ci: Mais alors M. Fazy, pourquoi après avoir montré que le projet offre de graves inconvénients, pourquoi le votez-vous? C'est pourquoi je serai beaucoup plus court que les orateurs qui m'ont précédé. Je me tairai parce que j'ai l'intention de voter le projet, mais je dois le dire, si je vote le projet c'est en faisant les réserves les plus formelles quant à l'avenir et je tiens à les formuler d'autant plus que l'honorable orateur qui m'a précédé s'est placé sur un terrain absolument contraire à celui que j'admets. Je voterai le projet à deux conditions, c'est qu'en aucun cas on ne puisse inférer du vote que nous allons émettre l'idée que nous nous rallions au principe de l'impôt direct fédéral. J'ai déjà eu l'occasion d'exprimer mon opinion dans ce Conseil précédemment et je tiens à le répéter. Messieurs, ce n'est pas du tout au point de vue fiscal, au point de vue de l'impôt en lui-même que je suis opposé à l'impôt direct, absolument pas. Si nous étions dans un grand pays centralisé, comme la France, ou comme l'Allemagne dans une certaine mesure, alors, je comprendrais parfaitement l'impôt direct, mais ce que mes honorables contradicteurs ne veulent pas admettre, c'est que nous sommes encore à l'heure qu'il est sur le terrain de l'Etat fédératif et je pose en fait ceci: c'est que le jour où l'impôt direct fédéral sera voté, les cantons pour ainsi dire n'existeront plus qu'à l'état de souvenir et je ne suis pas disposé à faire le sacrifice de l'indépendance cantonale sur ce terrain. Le législateur fédéral a admis en principe que les ressources de la Confédération devaient être avant tout des ressources indirectes, de manière à laisser aux cantons et aux communes la possibilité d'instituer des impôts directs. Le jour où vous admettrez le percep-

teur fédéral, ce jour-là l'indépendance cantonale aura vécu.

Nous ne voulons pas élargir le débat aujourd'hui et discuter si la Suisse, telle qu'elle existe, est un Etat qui comporte l'Etat unitaire. Il y a de très bons esprits qui rêveraient de nous reconduire à la république helvétique. Je ne suis pas du nombre de ces esprits-là, je tiens à le dire encore. Encore une fois, ce n'est ni le moment ni le lieu d'élargir le débat et de discuter la question de savoir si la Suisse doit cesser d'être un Etat fédératif pour devenir un Etat unitaire. Cette question-là est réservée. Mais ce que je tiens à affirmer, c'est qu'en ce qui me concerne, j'ai le sentiment que le jour où l'impôt direct fédéral sera voté, les cantons auront vécu.

Ainsi donc, Messieurs, la première condition m'engage à voter le projet, c'est qu'il réserve absolument l'idée de l'impôt direct fédéral, qu'il s'agit d'une exception tout à fait temporaire et qu'on ne pourra pas invoquer un précédent pour établir l'impôt direct fédéral.

La seconde condition sur laquelle je crois que presque tous nos honorables collègues seront d'accord, la seconde condition, c'est que le projet que nous discutons devra être soumis au vote populaire et que nous n'admettrons pas que le Conseil fédéral ait le droit et le pouvoir de son propre chef, en vertu des pleins pouvoirs, de décréter le projet que nous discutons aujourd'hui. Sur ce point, je crois que la partie est complètement gagnée et que ceux d'entre nos collègues qui étaient disposés à revenir en arrière et qui demandaient que le Conseil fédéral prît sur lui le mandat d'imposer au peuple suisse l'impôt que nous discutons, ont maintenant abandonné cette idée. Mais en aucun cas, je ne voterais le projet s'il ne s'agissait pas de le soumettre à la votation populaire. J'avoue très franchement, et c'est par là que je terminerai, que je n'ai pas compris un seul instant qu'on pût avoir l'idée que le Conseil fédéral, en vertu des pleins pouvoirs qui lui ont été accordés très libéralement, pût de son autorité privée, imposer au peuple suisse une contribution de guerre comme celle que nous discutons. On a donné beaucoup d'excellents motifs pour combattre l'idée que je combats également aujourd'hui, mais je tiens à en ajouter une autre: Nous avons voté au mois d'août les pleins pouvoirs au Conseil fédéral dans l'esprit le plus patriotique et le plus large. Nous avions le sentiment qu'il fallait accorder au Conseil fédéral toutes les compétences possibles pour aviser au salut du pays. Mais, Messieurs, remarquez-le bien, le projet que nous votons aujourd'hui est un projet dont l'application est réservée pour une période qui, selon toute apparence, dépassera la période de la guerre. Comment donc pourriez-vous admettre que lorsque vous avez voté les pleins pouvoirs, vous accordiez ces pleins pouvoirs pour l'exécution d'une loi, exécution qui aura lieu lorsque, selon toute apparence, la guerre sera terminée. C'est manifestement contraire aux principes démocratiques les plus élémentaires. Nous ne sommes pas encore sous le régime de la dictature et je ne crois pas que dans aucun pays constitutionnel on ait jamais eu l'idée d'accorder au pouvoir exécutif un pouvoir aussi énorme que celui qu'on voudrait demander en sa faveur aujourd'hui. Je crois que la cause est gagnée. Nous sommes encore, Dieu merci, en pays démocratique, en pays même de démocratie directe et

nous n'admettrons jamais qu'on accorde à un corps des pouvoirs aussi étendus que ceux qu'on songe à lui accorder, pour une période qui dépasserait la période de la guerre actuelle.

Je me résume en disant que nous voterons le projet parce que nous avons le sentiment très net que lorsque l'armée a rendu un service énorme au pays en défendant la neutralité de la Suisse, lorsque l'armée a eu à supporter des sacrifices considérables, il faut d'un autre côté que ceux qui n'ont pas été appelés peut-être à contribuer de cette façon à servir le pays, contribuent comme ils le peuvent à assurer pour l'avenir les garanties que nous avons réussi à obtenir. C'est pour cela que, dans un sens absolument patriotique et sans vouloir en aucune façon insister sur les réserves que j'ai formulées, je déclare de la manière la plus formelle que, sous les deux conditions que j'ai indiquées, en ce qui me concerne, et mes amis en feront autant, nous voterons le projet tel qu'il vous est soumis par le Conseil fédéral. J'ai dit.

Wullschleger: Wie Ihnen mein Kollege Ryser bereits dargetan hat, stimmt die sozialdemokratische Gruppe grundsätzlich dem Projekte zu. Diese Stellungnahme ist uns möglich geworden einerseits deswegen, weil die vorberatenden Instanzen, insbesondere der Bundesrat, allen Versuchungen, den Volksscheid in dieser wichtigen Frage zu umgehen, widerstanden haben, sodann deswegen, weil der Inhalt der Vorlage schliesslich so ausgefallen ist, dass anfänglich auf unserer Seite geäusserte ernste Bedenken beschwichtigt werden konnten.

Die Vorlage ist in ihrer jetzigen Gestalt das Werk eines Kompromisses zwischen verschiedenen Standpunkten und Meinungen. Es ist ein Kompromiss, wie ich glaube guter Art — es gibt bekanntlich auch schlechte Kompromisse. —; aber wie jeder Kompromiss vermag er nicht volle Befriedigung auszulösen. Trotz unseres Eintretens für die Vorlage kann uns nach verschiedenen Richtungen das Projekt nicht voll zufriedenstellen. Vor allem erweckt es ein peinliches Gefühl, dass der mutmassliche Ertrag der Steuer, der ja selbstverständlich nicht ausgerechnet, sondern nur geschätzt werden kann, nur zur Deckung eines verhältnismässig kleinen Teils der ausserordentlichen Aufwendungen des Bundes für die Mobilisationskosten und was darum und dran hängt ausreichen wird. Es wäre wünschbar gewesen, die Kriegssteuer ergiebiger zu gestalten. Ich gebe aber zu, dass der einmalige Aderlass von vielleicht rund 80 Millionen, der zugunsten des Bundes und zu einem kleinen Teil zugunsten der Kantone an den Steuerpflichtigen vollzogen werden soll, eine respektable Leistung darstellt. Für eine einmalige Steuer ist der Ertrag zweifellos befriedigend, aber nicht genügend vom Standpunkt der finanziellen Bedürfnisse der Eidgenossenschaft.

Es kann selbstverständlich nicht die Rede davon sein, die schwere Schuldenlast, die dem Bund durch den Krieg aufgebürdet worden ist, auf dem Anleienswege allein oder in der Hauptsache zu decken, denn dadurch würde der Bund auf Jahre hinaus infolge der Zinsen- und Amortisationsverpflichtungen ungemein schwer belastet. Ohnedies hat es einen peinlichen Eindruck hervorrufen müssen, als der Patriotismus der massgebendsten Kreise unter der besitzenden

Klasse schon bei der ersten Anleihe, zu deren Aufnahme der Bund sich nach dem Kriegsausbruch genötigt sah, vollständig versagt hat. Der in hohem Grade kreditwürdige Bund ist genötigt gewesen, für sein erstes Anleihen schon 5% Zins zu bewilligen und dadurch das böse Beispiel zu geben, das Schule gemacht hat nachher auch für die Deckung der Bedürfnisse der Kantone und Gemeinden. Ich nehme an, es sei widerwillig geschehen auf Seite des Finanzdepartementes und des Bundesrates. Wir haben nun den unheilvollen 5%igen Obligationentypus, mit der natürlichen Wirkung einer Steigerung des Hypothekarzinsfusses. Wurden die Banken in Kontribution genommen von ihren Gläubigern, so mussten sie dafür natürlich ihre Schuldner ebenfalls in stärkere Kontribution ziehen. Das ist ein sehr bedenklicher und bedauerlicher Patriotismus von Seite eines massgebenden Teils der besitzenden Klasse. Ich will gerne hoffen, dass, wenn es sich darum handelt, den Taxationszettel für die Bundessteuer auszufüllen, der Patriotismus sich besser bewähren wird als bei der Anleienspolitik.

Es kann auch nicht davon die Rede sein, dass die ausserordentlichen Lasten, die der Bund sich auferlegen musste, zu decken wären durch ein starkes Anziehen der Zollschraube und durch Einführung indirekter Steuern dieser oder jener Art. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass jede weitergehende Ausgestaltung unseres Zollsystems im Sinne der Fiskalität und des Schutzzolls den schärfsten Widerstand herausfordern wird, einen Widerstand, der in viel umfassenderer und intensiverer Weise sich geltend machen wird als vor beiläufig zwölf bis fünfzehn Jahren bei Feststellung des damaligen Zolltarifes.

Meine Gruppe ist freilich nicht jeder indirekten Besteuerung abhold. Wir sind grundsätzlich mit dem Projekt eines eidgenössischen staatlichen Tabakmonopols unter bestimmten Vorbehalten einverstanden, wobei der wichtigste der ist, dass zwar der Ertrag dieses Monopols für eine bestimmte und beschränkte Zeit zur Deckung der entstandenen ausserordentlichen Aufwendung des Bundes, Verwendung finde, dass aber nach Ablauf dieser beschränkten Frist der Ertrag zur Deckung sozialpolitischer Bedürfnisse verwendet werde. In diesem Sinne sind wir für indirekte Besteuerung, aber in keinem andern.

Wir halten auch dafür, dass der Gedanke einer ständigen, jährlich wiederkehrenden Bundessteuer, so sehr er in der Vorberatung und auch in diesem Saale gestern und heute auf Widerstand gestossen ist, nicht tot sei, sondern lebendig und dass er immer wiederkehren werde, bis er seine Realisierung gefunden hat. Es ist richtig hervorgehoben worden, dass die Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer kein Präjudiz bilde für die Einführung einer jährlich wiederkehrenden Steuer. Gewiss, aber die Tatsachen sind mächtiger als gewisse Theorien und Meinungen und so schwer es auch einem kantonalen Finanzdirektor wie dem Sprechenden fallen mag, von vorneherein die Steuerhoheit seines Kantons zu teilen mit der Steuerhoheit des Bundes, so muss gesagt werden, dass die ganze finanzpolitische Entwicklung zur Einführung einer jährlich wiederkehrenden Bundessteuer drängt. Ich kann mir auf die Dauer die finanzpolitische Zukunft des Bundes ohne Einführung einer solchen Steuer nicht vorstellen. Selbstverständlich bedarf die Einführung einer derartigen Steuer sehr

eingehender und umfassender Studien und es ist ganz klar, dass, was man an Unebenheiten und Mängeln gern oder ungern in den Kauf nimmt oder an steuertechnischen Feinheiten vermisst bei der Vorlage über eine einmalige Abgabe, man nicht wird vermissen wollen, wenn es sich darum handelt, eine jährliche Bundessteuer einzuführen.

Das gegenwärtige Projekt stellt sich in der Hauptsache dar als eine Besteuerung der besitzenden Klasse, mit vollem Recht. Wenn auch ohne weiteres zugegeben werden muss, dass jedermann in der Schweiz, ob arm oder reich, sich beglückwünschen darf, von den direkten Greueln des Krieges verschont geblieben zu sein, und wenn auch unsere Armee gegenüber einem etwaigen Eindringen einer kriegführenden Macht in unser neutrales Land entschlossen gewesen wäre, sowohl das reiche Gut des Begüterten, wie die bescheidene Habe des kleinen Mannes zu schützen, so darf doch nicht ausser acht gelassen werden, dass der Schutz des Eigentums, der auch in der Landeswehr, in unseren militärischen Einrichtungen und Rüstungen zum Ausdruck kommt, in viel höherem Masse dem Wohlhabenden, dem Reichen zugute kommt als dem weniger Bemittelten und dem Unbemittelten. Es darf daher sehr wohl dem Begüterten zugemutet werden, in dieser Zeitlage erheblich grössere Opfer zu bringen, als man das dem Kleinen und dem Armen zumuten darf.

Aber noch etwas anderes: Der kleine Mann hat bisher schon Gelegenheit gehabt und hat sie noch alle Tage in reichem Masse, dem Krieg sein Opfer darzubringen. Denn der weniger Bemittelte und der Unbemittelte, ob in selbständiger oder unselbständiger Stellung, hat auch in unserem neutralen Staat am schwersten gelitten unter den direkten und indirekten Wirkungen des Krieges. Arbeitslosigkeit, Mangel an Erwerbs- und an Absatzgelegenheit, Verteuerung vor allem der Lebensmittel haben die breiten Schichten unserer Bevölkerung schwer belastet. Für den Lebensmittelproduzenten und für einen Teil der Lebensmittelvermittler sind heute gute Zeiten, aber schwere Zeiten für den Lebensmittelkonsumenten. Die Preise sind geradezu rapid in die Höhe gegangen und wer in das Volksleben hineinsieht, weiss, wie heute Tausende und Abertausende von Hausfrauen in der Sorge für ihre Angehörigen, jeden Tag das Erforderliche auf den Tisch zu bringen, bei diesen fortwährend steigenden Lebensmittelpreisen wahre Wunder der Oekonomie vollbringen.

Angesichts all dieser direkten und indirekten Kriegsoffer, welche die grosse Masse der Bevölkerung zu bringen hat, ist es vollauf gerechtfertigt, dass man bei dieser einmaligen eidgenössischen Kriegsabgabe sie verschone, oder wo es sich um etwas besser Situierte handelt, sie nur in bescheidenem Masse heranziehe. Es ist in der Vorberatung und auch in der Presse viel davon die Rede gewesen, eine sogenannte Kopfsteuer zu erheben, damit der Gedanke zum Ausdruck komme, dass jeder Schweizer das Seine dazu beitrage, um die finanziellen Lasten des Bundes zu erleichtern. Der Gedanke wäre ja schön, wenn er in dieser Steuer zum Ausdruck gebracht werden könnte, allein wenn man den einzig gerechten Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der dem Projekte zugrunde liegt, aufrecht erhalten will, so lässt sich dieser Gedanke nicht verwirklichen. Er braucht auch nicht verwirklicht zu werden, weil in anderer

Form die kleinen Leute ihr Opfer schon gebracht haben und weiter bringen müssen, und weil für alle diejenigen, die in der Lage und gewillt sind, ein Opfer zu bringen, reichlich Gelegenheit sich bietet, an Sammlungen aller Art zugunsten der Unterstützung der direkten und indirekten Opfer des Krieges beizutragen. Es sind eine Menge von Sammlungen in unserem Lande eröffnet worden, so dass niemand sich beklagen kann, er habe keine Gelegenheit, sein Scherflein beizutragen. Darüber brauchen wir uns keine grauen Haare wachsen zu lassen und wir können leichten Herzens das System der Kopfsteuer preisgeben.

Die Vermögenssteuer, wie sie projiziert ist als Hauptbestandteil der einmaligen Kriegsabgabe, erachte ich im grossen und ganzen als richtig ausgebildet, wenn ich auch gewisse Bedenken dagegen habe, dass das steuerpflichtige Minimum mit Rücksicht auf einzelne Kreise der Steuerpflichtigen nicht über 10,000 Fr. angesetzt ist. Allein ich kann mich schliesslich damit abfinden, wenn es nicht noch weiter herabgesetzt und wenn im Gegenteil für Witwen dasselbe in den Ausführungsbestimmungen noch etwas höher angesetzt wird.

Die Erwerbssteuer, die vielleicht richtiger ganz fallen gelassen worden wäre, halte ich im grossen und ganzen auch für richtig ausgebildet, wenn ich auch Bedenken habe dagegen, dass das steuerfreie Minimum nicht höher als 2500 Fr. angesetzt wurde. Es ist allerdings im Verfassungsartikel eine gewisse Garantie gegeben, dass in dieser Richtung etwas weiter gegangen werden kann, allerdings in homöopathischer Dosis. Unsere Gruppe kann sich damit nicht vollständig befriedigt erklären, sondern sie hat, wie Sie sehen, einen Antrag gestellt, der in dieser Richtung — wie ich glaube, mit vollem Recht — noch ein Mehreres verlangt.

Wenn ich mich überhaupt mit der Erwerbssteuer schliesslich zufrieden geben konnte, so geschah es aus der Erwägung, dass durch die Erwerbssteuer eine Anzahl von Steuersubjekten betroffen werden, welche zwar einen hohen Erwerb haben, aber kein oder nur ein geringes Vermögen und welche einzig dadurch noch mit Recht zu dieser einmaligen Kriegsabgabe herangezogen werden können.

Wenig verständlich ist mir die starke Opposition gegenüber dem System der Besteuerung der Aktienwerte, wie die Vorlage es bringt, ein System, das grundsätzlich in den Steuergesetzen verschiedener Kantone bereits enthalten ist und das ich für ein durchaus gerechtes und billiges ansehe. Ich vermag nicht zuzugeben, dass hier eine Doppelbesteuerung vorliegt. Doppelbesteuerung ist nur vorhanden, wenn das gleiche Steuersubjekt für das gleiche Steuerobjekt doppelt besteuert werden soll. Das trifft nicht zu. Es handelt sich um verschiedene Steuersubjekte, um den Aktionär auf der einen Seite und um die Aktiengesellschaft auf der andern. Der Aktionär wie die Aktiengesellschaft sind gewohnt, sehr hohe Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens zu stellen und sie werden in so weitgehendem Masse geschützt, dass es sich in vollem Masse rechtfertigt, sowohl den Aktienbesitz des einzelnen als auch das Aktienkapital der Gesellschaft zu besteuern. Es geschieht ja ohnedies nicht nach den gleichen Normen, sondern unter Berücksichtigung der verschiedenartigen Verhältnisse. Würde diese angebliche Doppelbesteuerung, die in Wirklichkeit keine ist, preisgegeben, so hätte ich die

vollendete Ueberzeugung, dass namentlich in der deutschen Schweiz das Schicksal der Vorlage in der Volksabstimmung besiegelt wäre. Das würde man nicht verstehen, dass man die Aktionäre oder die Aktiengesellschaften schonen will, und ich nehme an, dass auch die Miteidgenossen in der welschen Schweiz sich mit diesem System werden abfinden können. Ich zweifle keinen Augenblick, dass der Waadtländerbauer und der Genfer- und Neuenburgerarbeiter keine Träne vergiessen werden, wenn auch in den welschen Kantonen der Aktionär seinen Aktienwert und die Aktiengesellschaft ihr Aktienkapital versteuern muss. Sie werden kein Landesunglück darin erblicken.

Trotzdem der Verfassungsartikel, der uns vorliegt, in Abweichung von der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates eine Reihe von wichtigen materiellen Bestimmungen aufgenommen hat, die sonst erst in den Ausführungsbeschluss hineingekommen wären, sind die Bestimmungen des Verfassungsartikels freilich noch sehr unvollständig und lassen dem Gesetzgeber, der Bundesversammlung, noch einen ziemlich weiten Spielraum in der Ausführung des Verfassungsartikels. Es ist namentlich eine Befürchtung, die speziell mir gegenüber wiederholt geäußert worden ist: die Befürchtung, dass es nicht gelingen werde, bei dieser einmaligen Abgabe die Steuer in allen Kantonen und Gemeinden nach dem gleichen Grundsatz zu erheben, so dass der Steuerpflichtige mit dem gleichen Vermögen oder dem gleichen Erwerb an jedem Orte gleich herangezogen wird. Man fürchtet wohl nicht mit Unrecht, dass die grosse Verschiedenartigkeit der kantonalen Steuergesetze und noch mehr die grosse Verschiedenheit der kantonalen Steuerpraxis unheilvoll auf den Bezug der Steuer einwirken werde. Man kann auch da bis zu einem gewissen Grade sich trösten darüber, dass es sich ja nur um eine einmalige Abgabe handelt; gewiss, aber ich glaube, es müsse Pflicht des Bundesrates und der Bundesversammlung sein, der Ausarbeitung, der definitiven Gestaltung des Ausführungsbeschlusses, der uns in einem vorläufigen Entwurf vorgelegt worden ist, nach der Volksabstimmung über den Verfassungsartikel die grösste Sorgfalt zuzuwenden. Es muss insbesondere auf die Gestaltung des Taxationsverfahrens nach einheitlichen eidgenössischen Gesichtspunkten grosse Aufmerksamkeit verwendet werden.

Sie werden verstehen, dass eine Partei, die, wie die sozialdemokratische, in diesem Saale eine Minderheit ist, eine Minderheit, die zudem nicht entsprechend ihrer Stärke in der Wählerschaft hier vertreten ist, eine Partei, die zugleich eine Oppositionspartei ist, sich nicht ganz leichten Herzens mit der Vorlage befreunden kann, deswegen, weil der Ausführung des Verfassungsartikels, wie ich schon erwähnt habe, noch viel Spielraum übrig bleibt und weil darüber ja nicht in letzter Instanz, auch fakultativ nicht, das Volk entscheiden soll, sondern nach Massgabe des Verfassungsartikels die Bundesversammlung. Wir vertrauen der Einsicht der Bundesversammlung, dass sie ihre Pflicht bei der Ausarbeitung des Ausführungsbeschlusses voll erkennen werde. Wir bringen das Opfer, auf eine weitere Belastung des Verfassungsartikels mit allerlei Bestimmungen, die in den Ausführungsbeschluss hineinkommen sollen, zu verzichten, in Würdigung der ausserordentlichen Situation, in der wir alle uns befinden und in der Hoffnung, dass es bei der definitiven Redaktion des Ausführungsbeschlusses

gelingen möge, dieses und jenes Bedenken, das uns noch erfüllt, zu beseitigen. Aber wie die Verhältnisse nun sind, fühlen auch wir uns verpflichtet, zumal der Verfassungsartikel schliesslich in den Grundzügen unsern Ansichten formell wie materiell entgegenkommt, auf die Vorlage einzutreten. Auch ich empfehle Ihnen, Eintreten auf die Vorlage zu beschliessen.

Spahn: Als die eidgenössischen Räte an jenem denkwürdigen 3. August dem Bundesrate die Vollmacht erteilten, deren er zum Schutze unserer Unabhängigkeit und zur Ergreifung aller durch die Not der Zeit erforderlich gewordenen Massregeln bedürfe, da waren wir ebenso einmütig darin, dass alle, wenn es sein müsse auch die schwersten Opfer für diesen Zweck getragen werden müssen. Ein gütiges Geschick hat bis jetzt die Greuel des Krieges von unsern Grenzen fern gehalten; aber die Bereitschaft unserer Armee zur Verteidigung des Landes gegen jeden Einbruch hat dem Bunde Lasten auferlegt, die es vollauf rechtfertigen, dass wenigstens ein Teil davon durch eine ausserordentliche Steuer des Schweizervolkes gedeckt wird. Die radikal-demokratische Gruppe Ihres Rates erachtet daher die Kriegssteuer als eine Notwendigkeit, und sie hält es als eine patriotische Pflicht des Parlamentes, einmütig und gross dafür einzustehen und das Wort einzulösen, das wir uns am 3. August gegeben haben. Wohl ist ja auch die jetzige Vorlage nicht vollkommen und es liesse sich in guten Treuen über diesen und jenen Punkt eine andere Lösung erwägen. Aber dazu ist heute nicht der Zeitpunkt. Wenn des Nachbars Haus brennt und das andere bedroht ist, dann ist der Moment schlecht gewählt, um über das Feuerlöschwesen theoretische Betrachtungen anzuregen. Wir sind daher der Ansicht, das Schweizervolk erwarte von uns, dass wir nicht reden, sondern dass wir handeln und dass wir uns diejenige Beschränkung auferlegen, welche durch den ausserordentlichen Charakter der Massregel und den Ernst der Zeit bestimmt ist.

Wir stimmen der Kriegssteuer zu in der Hoffnung, der Nationalrat werde, wie es der Ständerat getan hat, dem Schweizerland und dem Ausland das Beispiel eines Parlamentes geben, das entschlossen ist, die für einmal verhältnismässig nicht bedeutenden Opfer zu bringen, die die Zeit erheischt. Im Namen der radikal-demokratischen Partei gebe ich die Erklärung ab, dass wir dem Eintreten zustimmen.

Häberlin: Nach den Worten des Herrn Spahn ist es vielleicht nötig, dass ich mich zuerst entschuldige, wenn ich überhaupt noch das Wort ergreife, mich gegen den Vorwurf wehre, dass etwa nur die Liebhaberei für irgend ein Steckenpferd oder gar die Eitelkeit mich verleite, als Vielschwätzer vor Ihnen aufzutreten. Ich möchte vor allem die Erklärung abgeben, dass meine kommenden Ausführungen sich in keiner Weise richten gegen den Entwurf, der Ihnen vorliegt, sondern dass ich gern diesem Entwurf vorbehaltlos zustimmen werde, dass ich aber eine gewisse Ergänzung, sei es des Verfassungsentwurfes, sei es der Ausführungsbestimmungen, provozieren möchte, bezw. eine Erklärung von massgebender Stelle aus,

dass eine solche Ergänzung in Aussicht genommen werden könne und wolle. Ich halte diese Provokation darum für wünschenswert oder notwendig, weil ich es gerne sehen würde, wenn das Wort des Bundesrates vor der Volksabstimmung gehört würde, damit nach dieser Richtung in denjenigen Kreisen, welche bis jetzt noch etwas vermissen, Beruhigung geschaffen wird. Und darum muss ich jetzt und an dieser Stelle sprechen und kann es nicht auf später versparen. Sie mögen das entschuldigen.

Was ich da vermisste — ich spreche nicht nur etwa persönlich — das ist eine Berücksichtigung der freiwilligen Leistungen, eine gewisse Organisation der freiwilligen Leistungen, die Dienstbarmachung des Geistes, der sich in unserem Volke kundgibt, freiwillig ein Mehreres zu tun, als verlangt wird. Auch die Belastung, die gesetzlich, verfassungsrechtlich geregelt werden wird, wird zu einem grossen Teile von denjenigen, die davon getroffen werden, als ungenügend beurteilt. Wenn es nur mein persönliches Empfinden wäre, so hätte ich kein Wort gesagt, aber ich konnte hinkommen wo ich wollte, so habe ich diesen Eindruck wahrgenommen, in meiner eigenen Familie, in meiner nächsten Nähe, die Frauen haben ausgerechnet, wieviel es für sie ausmache und sie haben mir gesagt: Das ist eigentlich eine Beleidigung des Schweizervolkes von seite des Bundesrates, wenn er uns nur so viel zumutet bei dieser Kriegsteuer, und ich habe ihnen versprochen, es an den Bundesrat zu bringen. Aber nicht nur in der Familie — wir wollen nicht vom Biertisch reden, denn was da gesprochen wird, kann nicht immer ausgemünzt werden — sondern an andern Orten, ich erinnere an die Presse, an die Ausführungen des Herrn Ständerat Robert, werden Sie immer und immer wieder dem Gedanken begegnen: Könnten wir das nicht nutzbar machen, was sich uns offeriert? Wird der Bundesrat es ablehnen, wenn ihm etwas angeboten wird? Es ist der Gedanke geäussert worden, man hätte ganz auf die Freiwilligkeit abstellen können, der psychologische Moment sei da gewesen, wo man das, was man jetzt auf gesetzlichem Wege will, mit der Freiwilligkeit allein hätte erreichen können. Ich will da ein grosses Fragezeichen machen. Aber ich stelle nun wirklich die Frage: Soll das Plus, das freiwillig erreicht werden kann, verschmäht werden aus formalistischen Gründen oder weil wir glauben, es liesse sich das nur schwer in den Ausführungsbestimmungen regeln? Ich habe die Meinung, wir haben geradezu die Pflicht, alles zu tun, um zu sammeln was uns dargeboten wird, denn wir werden es wahrhaftig brauchen können, wir werden es bitter notwendig haben, wenn wir neben der Abherrschung der Ausgaben für die Mobilisation später für soziale Aufgaben noch etwas übrig haben wollen.

Die Frage wird nun die sein: Wie und wo kann ein solches Plus eingebracht werden? Da denke ich an diejenigen, welche nach der Vorlage ganz befreit werden von der Kriegsteuer, sei es, dass sie kein Einkommen haben, sei es, dass sie Vermögen nicht in der Höhe besitzen, wie es der Minimalgrenze entspricht. Ich möchte durchaus den Gedanken respektieren, von dem der Bundesrat und die Kommissionen, die die Sache beraten haben, ausgegangen sind, dass grundsätzlich die Kriegsteuer oder die Kriegsgabe die bemittelten Kreise treffen solle. Soweit ein Zwang ausgeübt werden soll von Bundes wegen, will ich daran festhalten, und darum bin ich persönlich gegen eine

Kopfsteuer, auch wenn man zugibt, dass sie nicht sehr stark belasten würde. Sie ist eine Zwangssteuer und kann unbillig wirken in kleinen Verhältnissen; aber es ist nicht dasselbe, ob man zwangsweise oder auf dem Wege der Freiwilligkeit etwas leisten müsse. Ich bin aus dem gleichen Grunde gegen jede Herabsetzung der Minimalsteuerfaktoren, aber ich sage, freiwillig wollen wir die Leute nehmen. Sie haben gehört, dass die Bauern reklamiert haben, dass sie nicht herangezogen werden. Es mag ja mancher Heuchler dabei sein, der heute sagt: ich möchte auch steuern, der aber nachher, wenn man kommt, das Portemonnaie schliesst. Es sind aber auch aufrichtige Leute darunter. Wir haben in den Landgemeinden fast lauter Bauern, die unter 10,000 Franken versteuern, die aber sehr wohl in der Lage wären, einen Obolus auf den Tisch des Vaterlandes zu legen und die es auch tun werden, wenn man es recht anfängt; auch sie haben einen point d'honneur, bei dem man sie fassen kann, und die Mittel stehen ihnen zur Verfügung. Wir haben auch bei den Arbeitern gar manchen, der es sich zur Ehre macht, bei der Steuer mitzutragen, der sich nicht beschränken will auf die indirekte Abgabe durch die Zölle, sondern der sich tatsächlich einen Ehrenpunkt daraus macht: ich will von demjenigen, was ich erspart habe, auch etwas abgeben. Ich bin überzeugt, dass wir viele solche Leute haben, die freiwillig etwas tun. Wir werden sehen, wie vor allem die Frauen diejenigen sein werden, welche uns das beste Beispiel nach dieser Richtung geben. Der Frauenwelt, die uns vorbildlich ist für die Taten der Opferliebe, sollten wir die Gelegenheit nicht ersparen, sich betätigen zu können. Ich bin sogar überzeugt, dass gar manche Witwe von der Wohltat der Vorlage, die sie entlasten will, keinen Gebrauch machen will. Wir sollten heute zur Abwechslung einmal einen Kompromiss abschliessen mit dem guten Willen, mit den guten Elementen, die etwas darbringen wollen — wir haben ja schon manchmal einen Kompromiss abgeschlossen mit den nackten Interessen und Ansprüchen.

Ich denke aber nicht nur an die edlen Motive, sondern tatsächlich auch an diejenigen, welche nur zur Salvierung ihres Gewissens an die Eidgenossenschaft ein Mehreres leisten wollen, als sie dem Kanton gegeben haben. Ich sehe auch nicht ein, dass wir einen Ausländer, der in Anerkennung unserer Gastfreundschaft uns einen Beitrag geben will, abweisen, wenn er an unsere Pforte kommt. Vor allem aber denke ich an die Möglichkeit freiwillige Beiträge zu leisten durch diejenigen, welche nach der Vorlage wirklich besteuert werden. Die Ansätze sind für gewisse Kategorien ganz gewiss zu klein. Ich denke z. B. an Vermögen unter 100,000 und an Einkommen unter 4 und 5000 Franken. Wenn Sie den Tarif nehmen und dabei dann feststellen, dass da nur ein Promille geopfert werden soll, so fragt man sich: Ist das wirklich ein genügendes Opfer in dieser Zeit? Darf man uns nicht zumuten, dass wir nicht nur von unserem Erwerb etwas nehmen, sondern auch am Kapital etwas abbrechen? Muss derjenige, dem draussen in den kriegführenden Staaten sein Heim zerstört wird, nicht auch am Kapital verlieren? Es darf namentlich ein Mehreres geleistet werden von denjenigen, die von diesen Zeiten profitieren. Man spricht immer nur von denjenigen, die von diesen Zeiten schwer getroffen werden, aber wir haben eine ganze Reihe von Leuten, die Vorteile davon haben. Wir mögen es ihnen sehr wohl gönnen;

aber wenn diese Leute das Gefühl haben: Ich kann zwar auf die Dauer mein Einkommen und mein Vermögen nicht höher angeben, aber für das laufende Jahr kann ich der Eidgenossenschaft gegenüber ein höheres Einkommen und ein höheres Vermögen deklarieren, sollen wir es ihnen verwehren und verunmöglichen? Es wird diesen Leuten tatsächlich verwehrt dadurch, dass sie Angst davor haben, es möchte, wenn einer sich für die Kriegssteuer so und so deklariert, dann der kantonale Steuervogt kommen und ihn am eidgenössischen Ohr nehmen und ihn für alle Zeiten behaften; wenn er einmal grossmütig sein will, so hält man ihn für zehn oder zwanzig Jahre dabei fest. Diese Furcht ist ganz sicher bei vielen vorhanden. Das ist auch bekannt geworden und man hat bei Beratung der Vorlage an verschiedene Aushilfsmittel gedacht. Sie finden in Art. 2 der Ausführungsbestimmungen eine Bestimmung, dass die Taxation für die Kriegssteuer keine Rückwirkung für die kantonale Steuer haben dürfe. Ob das eine genügende Beruhigung sei, stelle ich Ihnen anheim; ich glaube nicht daran. Man hat auch gesagt, dass man eine allgemeine Steueramnestie einführen solle. Aber dagegen haben sich die Kantone gewehrt und sie haben sich gegen eine solche Amnestie wehren müssen. Es gibt eine Reihe von Kantonen, die gerade auf die Nachsteuern und Steuerbussen ihr Hauptaugenmerk gerichtet haben und denen eine solche Amnestie einen schlechten Dienst leisten, ihr Steuersystem direkt verpfuschen würde. Die ganze Einsteuerung durch eidgenössische Taxatoren besorgen zu lassen, wäre eine allzu grosse Komplikation.

Ich glaube deshalb, der Weg müsse darin gesucht werden, dass wir es ermöglichen, eine Selbsttaxation für die Kriegssteuer einzuführen in Verbindung mit einer Selbsttaxation für die freiwilligen Zuschläge, für die freiwillige Kriegsabgabe, unter Anrechnung der freiwilligen Kriegsabgabe auf eine allfällige Mehrforderung des Fiskus gegenüber der Selbsteinschätzung. Wenn wir das sanktionieren, so haben wir da die Leute beruhigt; wir werden es erleben, dass die Leute nicht schlecht, sondern gut steuern, jedenfalls besser, als es sonst der Fall wäre.

Es sind verschiedene Bedenken geäussert worden, in dem Sinne zuerst, es könne die Organisation der freiwilligen Leistung nicht wohl Sache des Bundes sein. Aber warum denn nicht? Wir wollen doch nicht eine Schablone anwenden in ausserordentlichen Fällen. Ganz gewiss könnte man diese Freiwilligkeit nicht berücksichtigen in andern Fällen; aber bei einer einmaligen Kriegssteuer ist das gut möglich, und dem steht kein praktisches Bedenken gegenüber. Wenn man etwas wirklich machen will, so geht es auch; wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Sie wissen z. B. ganz gut, dass im vorliegenden Falle nicht alle Eidgenossen sich eine Steuer auferlegen, sondern dass etwa 90% den andern 10% eine Steuer auferlegen; aber daran stossen wir uns nicht, weil wir uns nicht stossen wollen, obwohl es theoretisch ganz gewiss auch eine Anomalie, eine Rechtsungleichheit bedeutet.

Man hat ferner eingewendet, eine solche Organisation der Freiwilligkeit dürfe nicht inszeniert werden, weil sie versagen werde. Da weiss ich nicht, wer recht hat. Wir können das deshalb heute nicht beurteilen, weil wir nicht wissen, ob im Momente der Steuereinschätzung in unserem Volke der Ernst der

Lage nicht mehr zur Geltung kommen werde, als er heute zur Geltung kommt. Vielleicht hätten heute die Pessimisten recht; aber diese werden möglicherweise in kurzer Zeit anders sprechen, wenn der Ernst der Lage mehr empfunden wird. Ich will also das Odium gerne auf mich nehmen, dass ich zu optimistisch sei; ich will mich gerne, wenn die allgemeinen Verhältnisse um so viel besser werden, dass man der Freiwilligkeit dann glaubt entraten zu können, auslachen lassen als ein Fantast.

Oder ist etwa bei dem Vorschlag, den ich Ihnen mache, die Berechnung schwierig? Keineswegs. Es wäre vielleicht schwierig, zu berechnen, ob die freiwillige Leistung einen genügenden Ausgleich gegenüber der staatlichen Besteuerung bilde bei einer bleibenden Steuer; aber weil wir es nur mit einer einmaligen Kriegssteuer zu tun haben, so kann der Steuerkommissär oder die Steuerkommission genau feststellen, ob das, was einer anbietet, gegenüber der amtlichen Taxation einen Ausgleich bringe. Ich will Ihnen das an einem Beispiel zeigen. Wer 50,000 Franken Vermögen versteuert, muss nach der Vorlage 58.50 Steuer entrichten; bei 4000 Franken Einkommen hat er dazu 38.50 zu bezahlen, also insgesamt eine Steuer von 97 Franken. Nun kommt er zur Steuerkommission und erklärt: Ich habe die Meinung, dass ich im allgemeinen nicht höher besteuert werden kann, weil ich nicht mehr besitze, aber ich habe das Gefühl, bloss 97 Franken sind zu wenig für diese Kriegssteuer, und da haben Sie — wir wollen eine mässige Generosität annehmen — 200 Franken. Der Steuerkommissär erklärt, wir hätten Sie auf 70,000 Franken Vermögen eingeschätzt. Wenn das der Fall wäre, so müsste er bei 70,000 Franken an Vermögenssteuer 110 Fr. 50 und an Einkommenssteuer 38.50 bezahlen, zusammen 149 Franken. Nun legt er aber 200 Franken hin, und der Bund ist gedeckt und der Kanton ist gedeckt. Die Rechnung ist deshalb leicht, weil man hier nicht etwa sagen kann, der Steuerpflichtige bezahle nur einmal den Zuschlag, beanspruche dagegen den niedrigeren Ansatz auf Jahre hinaus. Es handelt sich eben nur um eine einmalige Steuer. Sie werden freilich sagen, es sehe schon kurios aus, dass man jemand für eine so verklausulierte Generosität quasi eine Bürgerkrone zuerkennen solle. Ich gebe ja zu, bei manchem wird es ja eine Talmigesinnung sein, die ihn treibt, aber was er bringt, ist kein Talmigold, sondern wirkliches Gold, und das ist die Hauptsache.

Ich habe die Meinung — und darum stelle ich die Anfrage an den hohen Bundesrat, wie er sich dazu stelle — dass die 20% für den Kanton auch sollten in Berechnung gezogen werden für diese Mehrgabe. Das ist ein Punkt, über den ich gerne Beruhigung hätte, und ich bin überzeugt, dass auch andere beruhigt würden. Jedermann ist damit einverstanden, dass die Kantone mit der Einsteuerung nicht die Grundlage für künftige eigene Steuern gewinnen sollen; aber sie werden andererseits nicht dadurch, dass sie infolge der freiwilligen Mehrleistung auf einen höhern gesetzlichen Steueransatz verzichten, auch die 20% Bezugsprovision auf der Differenz preisgeben wollen. In diesem Punkte soll man den Kantonen entgegenkommen. Wir würden damit noch etwas erreichen, nämlich eine Ausschaltung fast sämtlicher Steuerrekurse, das bemühende Schauspiel, das wegen der Angst vor der späteren kanto-

nen Besteuern sich im ganzen Lande zeigen wird. Diese Steuerrekurse würden ganz unnötig, weil der Kanton kein Interesse daran hat. Die Differenz wird ausgeglichen, und zwar sowohl für den Bund für die 80%, als für die 20%, welche dem Kanton zufallen. Wenn sich eine Steuerkommission sagen muss, wir könnten zwar höher besteuern, aber wir bekommen keinen Rappen mehr, so wird sie praktischerweise den Steuerpflichtigen bei dem belassen, was er selbst anbietet, und nicht um Kaisers Bart streiten. So könnte es der Fall sein, dass die Streitigkeiten ausgeschlossen werden.

Man hat auch viel davon gesprochen, dass in den Kantonen verschiedenartig gesteuert werde. Auch verspreche ich mir durch mein System einen gewissen Ausgleich in dem Sinne, dass in den schlecht versteuerten Kantonen die Freiwilligkeit mehr zum Ausdruck käme.

Nun werden Sie fragen: Wie soll der Gedanke in die Tat umgesetzt werden? Das ist nicht schwierig für diejenigen, welche die freiwillige Gabe deshalb leisten, weil sie gar nicht besteuert werden. Da hätte man einfach eine Bundesstelle zur Entgegennahme zu bezeichnen, denn diese Gelder müssen nicht kontrolliert werden, man hat ja gar kein Recht zur Kontrolle, sondern einfach entgegengenommen und dankend quittiert werden. Man braucht hier die Kantone nicht. Dagegen die Mehrleistung der an und für sich Steuerpflichtigen, welche aus der Mehrleistung auch ein Verrechnungsrecht im Falle einer Differenz in der Einschätzung herleiten wollen, müsste durch die kantonale Organisation gehen; denn die Kantone müssen hier die Möglichkeit haben, zu kontrollieren: Entspricht die Mehrleistung auch dem, was der Steuerpflichtige vom kantonalen Standpunkt aus über die Selbsttaxation hinaus als Steuer geben muss?

Ich habe mich gefragt: Kann der Gedanke verwirklicht werden in den Ausführungsbestimmungen oder ist es nötig, dass die Möglichkeit der Verrechnung einer solchen freiwilligen Gabe in der Verfassung niedergelegt werde? Ich habe mich beruhigen lassen durch den Hinweis darauf, dass wir es vielleicht in folgender Weise machen könnten: In den Selbsttaxationsformularen, die dem zu Besteuernden übergeben werden, würde eine Kolonne aufgenommen, in welcher er sich selber für die Freiwilligkeit einschätzt, so dass er die Selbsttaxation für die Musststeuer und die Willsteuer, wenn Sie so wollen, vornehmen kann, wobei ich annehme, dass die Einschätzung der Liebesgabe in notwendiger Verbindung steht mit der Steuer, als Ganzes genommen werden muss. Dann wird sich die Sache tatsächlich so machen, dass die Steuerbehörde praktischerweise sich sagt: Hier steht es ja, er verpflichtet sich zu so und so viel, wir nehmen es also an, wir haben keinen Anlass, daran zu zweifeln. Ich hatte nur Bedenken, ob die Abgabe an die Kantone, die 20%, auf der Mehrleistung noch irgendwie verfassungsrechtlich gerechtfertigt wäre, ich glaube aber doch, dass, wenn eine solche positive Bestimmung in den Bundesbeschluss aufgenommen werden will, dies seinerzeit in der Kompetenz der Bundesversammlung liegen wird. Damit ist aber praktisch alles erreicht, was ich anregen will. Das ist die Lösung, die ich mir denke, und ich glaube, wenn sie so akzeptiert werde von seite des Bundesrates und der Bundesversammlung,

dass dann weite Kreise des Volkes beruhigt werden über die Steuer. Dass ich die Frage hier aufrollen musste und nicht bis später verschieben konnte, ist klar, weil in den Ausführungen des Bundesrates und der Kommissionen bis jetzt gar nicht davon die Rede war. Wenn wir im Volke Propaganda machen wollen für die Freiwilligkeit, so müssen wir darauf hinweisen können, dass der Bundesrat eine zustimmende Erklärung abgegeben hat, wir müssen geradezu auf die kommende Organisation aufmerksam machen können. Wegen dieser unverschiebbaren Tragweite meiner Anregung bitte ich auch die Länge meiner Ausführungen zu entschuldigen und empfehle sie der wohlwollenden Prüfung vorläufig des Bundesrates und sodann des Rates.

M. le président de la Confédération **Motta**: La cause de l'impôt de guerre me semble être entendue. Au moment où la discussion sur l'entrée en matière tire à sa fin, je constate avec une profonde satisfaction que l'idée de l'impôt de guerre, conséquence inévitable des dépenses de la mobilisation que nous avons dû et devons encore supporter, a fini par s'imposer non seulement à tous les coeurs, mais ce qui est plus remarquable encore, à tous les esprits. J'espère que le vote du Conseil national sera marqué du même caractère que celui du Conseil des Etats. La concorde et l'union des tous les partis autour de l'impôt de guerre démontreront mieux que les programmes et les manifestes électoraux les aspirations patriotiques qui leur sont communes.

Tout a été dit par les orateurs qui m'ont précédé. Il me reste à dégager quelques idées maîtresses du projet et, chemin faisant, à relever quelques-unes des observations formulées au cours de la discussion. Les idées maîtresses inspirant le projet sont les suivantes:

1. Il est impossible que les frais de mobilisation, vu leur importance et leur montant, soient couverts d'une manière exclusive par des impôts indirects. Il fallait donc songer à un impôt direct.

2. Cet impôt direct devait être adapté à la forme fédérative de l'Etat, la Confédération n'ayant pas de compétence pour prélever les impôts directs et n'ayant pas l'intention d'empiéter sur le domaine des cantons en cette matière, d'où nécessité de créer un impôt extraordinaire, ne pouvant d'ailleurs être prélevé qu'une seule fois, ce qui nécessitait une progression supérieure à celle en usage dans les cantons, progression donnant à l'idée de l'impôt de guerre ou de contribution forcée son expression adéquate.

3. Il fallait encore tenir compte des effets de la crise économique produite par la guerre et par ses répercussions sur notre pays et dans les classes de la population les plus nombreuses et les plus pauvres. Un appel à l'esprit de sacrifice des classes privilégiées par la fortune était nécessaire.

Telles sont les idées fondamentales dont l'altération modifierait le fond du projet. Je dois donc vous prier de ne pas les oublier dans la discussion des détails. Ainsi faisant, vous donnerez à chaque cas spécial la solution la plus juste et vous saurez ce que vous aurez à faire en présence des différentes

propositions qui ont été déjà déposées pour la discussion des détails de l'arrêté constitutionnel.

Permettez-moi de reprendre maintenant d'une façon tout à fait sommaire ces trois idées fondamentales. Tout d'abord les frais de mobilisation. Je ne vous apprendrai rien de neuf en vous disant que la dépense de la mobilisation proprement dite atteignait fin mars le total de 148,490,000 frs., soit 150 millions en chiffre rond. Dans ce chiffre ne sont pas comprises certaines dépenses qui ont déjà été engagées et qui n'ont pas été payées à fin décembre de l'année passée. Vous voyez par comparaison que pour les trois premiers mois de l'année 1915 la dépense moyenne mensuelle est ainsi de 15 millions, soit 45 millions pour le trimestre. J'exprime le voeu, car je ne puis donner une certitude, que ce chiffre ne soit plus aussi élevé dorénavant. Nous espérons pouvoir le réduire à 10 millions. Si la guerre, ce qui est probable, dure encore quelques mois et que la Suisse soit obligée de maintenir une partie de ses troupes sur pied, vous constaterez avec moi que d'ici à cinq ou six mois, les frais de mobilisation proprement dits auront dépassé certainement les 200 millions et atteint peut-être 210 ou 215 millions. Le message du Conseil fédéral accompagnant le projet du budget pour 1915 indiquait le chiffre de 200 millions comme celui de l'augmentation de la dette fédérale. Ce calcul était trop optimiste. Je vais vous montrer tout à l'heure que les deux notions, les deux éléments: dépenses pour la mobilisation, augmentation de la dette fédérale doivent être absolument distincts l'un de l'autre. Ils ont sans doute entre eux un certain rapport, mais ils ne peuvent pas se confondre. Si vous admettez que la dépense pour la mobilisation (c'est un chiffre approximatif que je ne puis garantir, mais je m'en sers pour les besoins de la discussion) s'élèveront à 200 millions; si, d'autre part, on estime que le rendement de l'impôt de guerre se rapprochera de 60 millions, vous en déduirez avec moi qu'il y a entre ces deux éléments la proportion de 1 à 3 ou 4, c'est-à-dire que l'impôt de guerre sera à peu près le $\frac{1}{3}$ ou le $\frac{1}{4}$ de la somme nécessitée par la mobilisation, proportion assez équitable, assez juste, correspondant à la pratique d'autres grands pays qui se sont trouvés dans des conditions analogues aux nôtres.

Je disais tout à l'heure que l'augmentation de la dette publique et les frais de mobilisation étaient deux notions distinctes. En effet, aux frais de mobilisation il faudrait ajouter, pour mesurer l'augmentation de la dette publique, le déficit de l'année 1914 et celui de 1915. Je suis à même aujourd'hui de vous indiquer d'une manière très approximative d'ailleurs, et sauf rectifications éventuelles, le déficit de 1914. Il sera de 22 à 23 millions. Celui de 1915 est prévu d'une part par le projet de budget et d'autre part par les crédits supplémentaires que vous aurez à nous accorder. Le budget de 1915 a été établi, vous vous en souvenez, sur la base de mesures extraordinaires devant avoir pour résultat une diminution considérable de dépenses comparativement aux autres années. Il n'offre pas moins un déficit de 24 millions de francs environ, sans compter les crédits supplémentaires, parmi lesquels je crois devoir souligner tout particulièrement le service des intérêts pour les emprunts contractés, soit en 1914, soit en 1915, et peut-être, je dis expressément peut-

être, pour ceux qui devront l'être ultérieurement. Cela nous permet d'arriver à cette conclusion que le déficit de 1915 ne peut guère être inférieur à 35 millions qui, ajoutés aux 24 dont j'ai parlé, nous oblige de reconnaître que le total de l'augmentation des dépenses imposées par la mobilisation ne pourra pas, dans tous les cas, être inférieur à 270 millions. Reste une marge de 30 millions pour atteindre les 300 millions dont on a beaucoup parlé. Nous n'en sommes donc pas loin, et peut-être serons-nous obligés de les atteindre.

Dans ces conditions, la nécessité d'un impôt de guerre ne saurait être mise en doute et sa nécessité surtout se justifie. Il est impossible de faire retomber sur les générations futures, comme d'aucuns l'ont prétendu, toutes les charges découlant ou qui découleront de la guerre actuelle. Certes, en levant nos troupes, nous avons défendu, non seulement nos intérêts présents, mais les intérêts futurs et sacrés de la Suisse; nous avons travaillé non seulement pour nous-mêmes, mais pour ceux qui viendront après nous. Il ne serait pas équitable que nous, qui sommes intéressés directement par nos propriétés, par nos maisons, nous ne fassions pas d'ores et déjà un sacrifice pour nos enfants. Et voilà pourquoi c'est non seulement une nécessité financière, mais une nécessité dictée par les exigences de la justice, une nécessité nationale en un mot.

Mais cet impôt direct, il faudra cependant l'appliquer en tenant compte de la forme fédérative de l'état suisse. Ici, je me permettrai de répondre à certaines critiques qui se sont fait jour au début quand on reprochait au Conseil fédéral de s'engager, en proposant l'impôt de guerre, dans la voie indiquée auparavant par l'Allemagne. Il n'est pas entré dans la pensée du Conseil fédéral d'imiter d'une façon quelconque un mode de procéder qui ne conviendrait pas à notre pays. Sans doute, l'exemple de l'Allemagne a pu nous donner des indications, a pu même exercer une certaine suggestion sur notre esprit, mais il suffit de réfléchir aux conditions extérieures et intérieures de la Confédération suisse d'un côté et de l'empire germanique de l'autre, pour se persuader qu'il n'y avait pas d'autres moyens de prélever un impôt direct.

L'Allemagne et la Suisse sont des états fédératifs et non des états unitaires, sinon nous n'aurions pas songé à décréter un impôt de guerre sous la forme d'un impôt extraordinaire, nous aurions purement et simplement augmenté les impôts déjà existants; nous les eussions aggravés, mais non perçus en une seule fois ou deux, nous eussions sérieusement les augmentations de l'impôt extraordinaire sur une période plus ou moins prolongée, comme le feront très probablement les pays centralisés qui, après la guerre, auront à faire face à ces besoins formidables. Ce sera le cas de la France, de la Russie, de l'Angleterre, d'autres pays encore. La Suisse est un état fédératif; la compétence d'y prélever des impôts directs n'appartient pas au pouvoir fédéral, mais aux cantons, aux états confédérés. Nous n'avons pas l'intention, je tiens à insister avec la plus grande énergie sur cette pensée, de soulever devant ce Conseil, à propos de l'impôt de guerre, la question de compétence de la Confédération et des cantons en matière d'impôt. Ce serait faire de mauvaise politique que d'entrer dans cette voie. Le premier péril serait de compromettre

le sort même de l'impôt de guerre, et ce serait pour plus tard compromettre les bases politiques mêmes sur lesquelles est assise la Confédération des cantons.

Puisque nous sommes un état fédératif et que nous n'avons pas la compétence de prélever des impôts directs permanents, il ne nous restait comme à l'Allemagne qu'une solution possible, celle de prélever un impôt extraordinaire, soit une contribution forcée destinée à nous procurer le plus grand rendement possible. Nous avons donc examiné la question des contingents, nous souvenant que l'article 42 de la Constitution fédérale prévoyait comme une des possibilités auxquelles la Confédération recourt ou peut recourir dans les moments difficiles, le prélèvement des contingents. Je constate aujourd'hui que les défenseurs des contingents qui avaient le verbe plus ou moins haut il y a quelques semaines, il y a quelques mois, se sont tus et ils ont bien fait, car l'examen objectif, impartial de la question, que l'on soit fédéraliste selon les principes fondamentaux de la politique de la Confédération ou que l'on soit plutôt porté vers le courant centralisateur, montre qu'elle ne pouvait pas être résolue sur la base des contingents, cela pour des raisons élémentaires et essentielles que je ne veux pas développer, mais simplement esquisser.

Les contingents sont en contradiction avec toute l'évolution de la politique financière de la Confédération; ils ont été prélevés une seule fois peu d'années après la Constitution de 1848 et cela d'une manière absolument insignifiante. Depuis lors, la Confédération n'a plus fait appel aux cantons, mais ce sont les cantons qui recourent aujourd'hui aux ressources de la Confédération et c'est ainsi que s'est développé le système des subventions que nous sommes obligés maintenant de limiter en partie, de rogner pour maintenir l'équilibre de nos finances, mais qui sont en contradiction manifeste avec l'idée de contingents cantonaux. Si vraiment le jour devait arriver où la Confédération dût faire appel d'une manière permanente et consécutive aux contingents cantonaux, une opération s'imposerait avant toutes les autres: ce serait celle d'étudier la suppression de toutes les subventions fédérales aux cantons, car il serait absurde de demander à ceux-ci des sommes qu'on leur rendrait ensuite sous une autre forme. Les contingents sont contraires à toute l'évolution politique financière de la Confédération, mais je suis tout à fait disposé à examiner la proposition de M. Maillifer, demandant que le Conseil fédéral étudie la question de savoir s'il ne pourrait pas présenter une loi déterminant l'échelle cantonale des contingents pour voir si vous ne pourriez pas faire de ceux-ci quelque chose de plus moderne et de plus nouveau. J'étudierai la question, en déclarant d'ores et déjà à M. Maillifer que non seulement il se fait des illusions, mais qu'il est sur une voie dangereuse, conduisant au but opposé qu'il veut atteindre, parce que le jour où vous auriez fait des contingents cantonaux une institution normale et permanente, vous auriez fait naître presque de force cette plante d'un impôt direct fédéral qui, après avoir jeté un moment l'éclat de sa couleur, est destinée à disparaître ensuite. Le jour où la Confédération demandera normalement des contingents cantonaux, elle devra faire appel à cette forme de l'impôt direct. Autant vaudrait alors qu'elle s'établisse elle-même sur des

bases uniformes pour tout l'ensemble de la Confédération.

Mais les contingents n'étaient pas possibles pour deux autres raisons absolument fondamentales: Prélever des contingents dans la situation actuelle aurait été, Messieurs, de la part du Conseil fédéral, une politique d'égoïsme, d'imprudence et d'imprévoyance. La Confédération se serait tirée elle-même d'embaras, mais les cantons n'auraient pas été en mesure de fournir à la Confédération les sommes qu'ils auraient dû lui payer, sans faire une de ces deux opérations: Ou bien marcher dans la voie des emprunts cantonaux ou bien entrer dans celle des impôts cantonaux. Songe-t-on sérieusement à cette idée d'obliger les cantons à faire des emprunts pour verser l'argent à la Confédération? Lorsqu'on compare le crédit de premier ordre de la Confédération avec celui des cantons, qui est bon aussi, je m'empresse de le reconnaître, songe-t-on à obliger les cantons à faire usage d'un crédit dont la Confédération pourrait faire usage elle-même et avec un meilleur résultat, parce que le sien est certainement meilleur que celui des cantons? Si nous n'étions pas entrés dans la voie des emprunts, comment les cantons auraient-ils pu trouver, au moyen de leurs lois d'impôt, les sommes nécessaires à fournir à la Confédération? Ils seraient entrés dans une voie périlleuse; ils auraient dû faire des lois d'impôt spéciales et nous eussions assisté, dans 25 Etats de la Confédération, à ce spectacle d'une machine législative fonctionnant d'après un système absolument différent, déterminé par des forces absolument différentes, pour obtenir l'argent à verser à la Confédération comme quote-part des frais commandés par la nécessité de défendre l'indépendance nationale de tous les Suisses. La pensée nationale qui préside au fond à l'impôt de guerre se serait effritée, volatilisée, perdant le caractère heureux qu'elle devait revêtir.

Nous avons donc fixé notre choix sur l'impôt extraordinaire fédéral, parce que seul il permettait en même temps de réaliser l'idée spéciale d'un sacrifice de la classe aisée, de la classe possédante de la population. Si vous comparez avec le nôtre l'impôt extraordinaire de guerre prélevé ou à prélever encore en partie par l'Allemagne, vous serez immédiatement frappé de la différence fondamentale qui les distingue l'un de l'autre. L'impôt direct allemand frappe plus que le nôtre les classes humbles et les classes moyennes; il frappe moins les classes riches. Le taux allemand monte jusqu'à 15 pour mille comme le nôtre pour la fortune, mais ce taux de 15 pour mille ne s'applique qu'aux fortunes; nous appliquons déjà ce taux aux fortunes de 2 à 300,000 frs., mais le taux allemand s'applique aux différentes fractions de la fortune suivant une échelle différente et le maximum du taux ne frappe que la fraction supérieure de la fortune. Notre système est, à mon avis, plus démocratique, il répond mieux dans tous les cas aux nécessités de la situation actuelle en frappant la fortune dans son ensemble sans distinguer entre deux fractions différentes. En outre, l'impôt allemand ne frappe presque pas les personnes juridiques. Parmi les personnes juridiques, il ne frappe que les sociétés par actions et les sociétés en commandite par actions, non dans le capital, mais dans les réserves. Nous, Messieurs, nous avons frappé toutes les personnes juridiques, à quel-

ques exceptions près, et cela soit dans leur capital, soit dans leurs réserves. Je puis ici répondre à ceux qui sont étonnés de ne pas voir les sociétés par actions frappées d'un impôt plus accentué. Nous estimons avoir atteint le maximum de la limite dans ce domaine. Nous avons voulu — c'est notre troisième pensée maîtresse — faire un impôt ayant un caractère social. Nous étions en présence de deux conceptions: Celle qui s'est fait jour encore aujourd'hui dans quelques discours des préopinants et dans certaines propositions déposées et distribuées, c'est-à-dire l'impôt vraiment populaire, comprenant même une capitation descendant très bas dans la fortune imposable et embrassant tout l'ensemble de la population. En face de cette conception il y a le système consistant à frapper aussi d'une manière modérée les classes moyennes, mais à faire supporter particulièrement le poids de l'impôt par les classes privilégiées. Cette deuxième conception, ce type d'impôt, n'était pas démocratique dans le sens de ce terme, mais démocratique dans le sens le plus substantiel, le plus social. Il s'agissait d'obtenir un impôt dont les bases fussent moins larges, mais dont l'effet fût senti par ceux qui pouvaient supporter le plus fortement et le plus aisément le poids même de l'impôt. Nous nous sommes arrêtés, après mûres réflexions, après des études consciencieuses, à la deuxième conception. J'ajoute même que les propositions présentées par le Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale ne sont pas les propositions primitives; celle que vous avez devant les yeux constituent déjà en quelque sorte un compromis entre la première conception de l'impôt à large base et l'impôt social à base plus restreinte. Le premier projet élaboré par le département des finances avec les experts auxquels, en passant, je tiens à rendre un hommage mérité, prévoyait 30,000 frs. comme limite d'imposition sur la fortune. Lorsque les statistiques que nous avons demandées aux cantons nous sont arrivées, nous nous sommes persuadés que cette limite était trop élevée. Nous l'avons abaissée à 20,000 frs. Nous avons convoqué plus tard les directeurs des finances cantonales dans une conférence qui marquera dans l'histoire de ce Conseil, car cette conférence a été animée du premier jusqu'au dernier moment de l'esprit patriotique le plus sain et le plus vigoureux et les directeurs des finances cantonales, après avoir pris connaissance des résultats de la statistique, après avoir consulté leur expérience personnelle, ont conseillé au Conseil fédéral de descendre encore la limite jusqu'à 10,000 frs.; nous avons accepté cette limite, mais nous ne pouvons pas descendre au-dessous encore. La proposition formulée aujourd'hui par vous et formulée aussi au Conseil des Etats de descendre jusqu'à 5000 frs. a été discutée également au sein de la conférence des directeurs des finances cantonales, qui l'a écartée à une très grande majorité; sauf erreur, elle ne fit que quelques voix. Nous avons même examiné la question de savoir s'il ne fallait pas abandonner complètement l'idée d'un impôt sur le revenu et nous limiter exclusivement à un impôt sur la fortune. M. Wullschleger vient de faire quelques remarques à ce sujet. Certainement des raisons de simplicité et de cohérence auraient pu dicter au Conseil fédéral la grande ligne de conduite, celle qui aurait consisté à ne pas frapper le revenu du travail, à limiter l'impôt à la fortune. Mais nous avons dû d'abord nous dire qu'il fallait que l'impôt atteignît dans son montant

au moins un chiffre déterminé que nous avons fixé comme à 50 millions au minimum. Il ne fallait pas non plus perdre de vue que si les revenus du travail ont subi une certaine perturbation dans les circonstances critiques actuelles, il y en a pourtant d'autres, ceux de hauts magistrats, de hauts fonctionnaires, des directeurs de banque, etc., qui ont le bonheur et la chance d'avoir de gros revenus et il serait inique de laisser complètement de côté cette catégorie de contribuables. Alors nous sommes arrivés à la conclusion qu'il fallait englober dans la contribution non seulement l'impôt sur la fortune, mais aussi l'impôt sur le revenu, en commençant à 2500 frs. mais en appliquant à la limite inférieure un taux minimum de $\frac{1}{2}\%$. Je ne puis vous dire d'une manière certaine quel sera le résultat des propositions que nous vous présentons, étant données les lacunes de la statistique, lacunes très compréhensibles si l'on songe qu'il s'agit d'une chose absolument nouvelle et que les travaux préparatoires ont dû être faits avec une certaine hâte; mais il en résultera probablement que le 30% environ des contribuables suisses sera frappé par l'impôt et que le 70% ne sera pas atteint. J'ajoute, toutefois, pour corriger l'impression que vous pourriez éprouver en entendant ces chiffres, que le 30% qui sera frappé possède à lui seul le 87% de la fortune imposable et que le reste, c'est-à-dire le 70% qui sera exempt de l'impôt de guerre, ne possède en tout qu'environ 13% de la fortune imposable. Cela vous permet de corriger la première impression par la seconde et de vous persuader qu'en demandant de ne pas descendre au-dessous de la limite de 10,000 frs., le Conseil fédéral s'inspire à la fois de considérations de justice et de considérations tenant compte de l'état effectif des fortunes dans la Confédération. Certes, Messieurs, je suis le premier à reconnaître ce qu'il y a de noble et de généreux dans les propositions de ceux qui ont demandé d'élargir la base de l'impôt. Je reconnais que cette conception d'un impôt plus large est défensible. Je ne suis pas de ceux qui pensent ou qui prétendent que l'armée n'est que la gardienne du capital. Je sais que les événements actuels sur tous les théâtres de la guerre et chez nous aussi infligent un démenti éclatant à cette idée démagogique d'après laquelle l'armée n'est destinée qu'à défendre et à garder le capital. Le spectacle de tous les pays démontre que d'autres raisons plus élevées animent l'armée de chaque Etat. S'il y a un spectacle reconfortant au milieu des horreurs que la guerre a déchaînées partout, c'est celui de l'union sacrée et du dévouement sublime qui unissent toutes les classes et tous les citoyens d'un pays, pour défendre ce qu'ils croient tous et de bonne foi le patrimoine de leur gloire, la tradition de leur liberté et leur droit immortel. Il n'est donc pas possible de soutenir sérieusement cette thèse que l'armée défend exclusivement le capital; mais cependant il faut être juste, l'armée défend aussi le capital, c'est indiscutable, et si la Suisse avait dû subir les angoisses et les horreurs de l'invasion, ce seraient nos propriétés, nos capitaux, nos maisons, nos foyers qui auraient été les premiers détruits. Et d'un autre côté, bien que nous n'ayons pas eu la guerre chez nous, ce sont les classes les plus humbles de la population qui ont subi dans une mesure plus forte que les classes supérieures le contre-coup des troubles et de la crise déterminés par la guerre dans notre pays lui-même. Ce sont les classes

laborieuses les plus humbles qui ont souffert du renchérissement des denrées alimentaires et elles ne sont pas encore au bout de leurs peines; elles ont dû lutter contre le manque de travail, contre la misère, ce sont ces classes qui ont dû faire appel à la main secourable des pouvoirs publics, soit de la Confédération, soit des cantons. Il était donc juste que, dans les propositions qu'il vous a faites, le législateur s'inspirât de cette situation.

Je ne dirai pas un mot de la question constitutionnelle, elle est résolue; personne n'a plus soulevé d'opposition contre les propositions du Conseil fédéral à ce sujet. Je constate avec une satisfaction intime que l'idée de demander au Conseil fédéral de prélever l'impôt dont il s'agit en vertu de ses pleins pouvoirs n'a plus été présentée dans cette assemblée. Il me semble, quant à moi, qu'il est du devoir des pouvoirs publics de montrer, même en temps de crise, que les institutions démocratiques peuvent fonctionner et fonctionnent normalement. J'aurais craint, personnellement, que l'usage des pouvoirs que vous avez donnés au Conseil fédéral nous eût attiré tout d'abord l'accusation de manquer de loyauté dans l'usage de ces pouvoirs, mais surtout et avant tout j'aurais craint que l'usage de ces pouvoirs n'eût jeté une ombre sur le crédit de la Confédération et sur la vertu et l'efficacité des institutions de notre démocratie. Nous ne pouvions pas partager cette idée, parce que l'effet que nous aurions produit eût été déplorable à l'intérieur et désastreux à l'extérieur de la Suisse. La cause de la démocratie était en jeu et vous ne pouviez pas demander au Conseil fédéral de lui porter un coup mortel. Nous ne pouvions pas faire usage des pouvoirs que vous nous aviez donnés, parce que vous n'aviez pas entendu nous en conférer de si illimités. Chaque fois qu'il y a eu péril en la demeure, nous avons cru devoir et pouvoir nous dispenser de vous consulter, mais chaque fois que cela est possible, il est du devoir du gouvernement de le faire. C'est un témoignage élémentaire de respect que le gouvernement doit au parlement et par celui-ci au peuple, parce que la source des droits, c'est vous et non pas nous. Voilà quelles sont les raisons qui ont déterminé le Conseil fédéral à vous soumettre ce projet d'impôt.

Mais je quitte immédiatement ce terrain et j'en arrive, avant de clore ces quelques pensées absolument générales — je ne veux pas descendre dans les détails — à l'opinion énoncée par M. Haerberlin. Je voudrais le prier de consentir à ce que sa proposition ne fût pas examinée d'une manière précise dans cette phase de la discussion. Vous vous trouvez en effet devant un projet d'arrêté constitutionnel posant les bases de la législation fédérale. Vous aurez à vous occuper dans une session ultérieure de l'application des principes consacrés dans cet arrêté. Le Conseil fédéral lui-même ne vous a pas présenté le projet d'arrêté fédéral d'exécution dans la pensée que vous le discuteriez maintenant, mais uniquement pour vous fournir à vous et au peuple ensuite une image suffisamment précise de ce que sera l'application future du principe constitutionnel. Nous nous réservons d'examiner en particulier les idées et les questions soulevées par M. Haerberlin lorsque le Conseil fédéral aura délibéré encore une fois sur le projet d'exécution. Ce projet passera ensuite par la filière ordinaire à vos commissions; vous aurez à votre tour à en délibérer plus tard, et cela d'une manière souveraine. Quant

à moi, je puis dire dès aujourd'hui que M. Haerberlin me semble commettre un excès d'idéalisme, que l'examen positif des réalités doit amener à des solutions absolument différentes, non pas que je veuille préjuger ces solutions. Il y a antinomie entre un impôt qui signifie contrainte, contribution forcée et une contribution volontaire. Les gens qui veulent suivre l'élan de leur cœur ont maintes occasions d'exercer leur générosité et l'ont déjà fait d'ailleurs, je le constate à leur honneur. Les collectes faites en Suisse pour soulager tant de malheurs et de misères ont donné toutes des résultats hautement réjouissants; mais l'idée d'une contribution volontaire est ici, me semble-t-il, très discutabile. Je ne me prononce du reste pas encore aujourd'hui d'une manière définitive, je réserve mon opinion sur ce point. J'ajoute encore que l'impôt fédéral direct donnera les résultats qu'il doit donner, à la condition que tous les contribuables soient honnêtes. S'ils sont honnêtes, non seulement ils aideront d'abord à augmenter le rendement de l'impôt, mais ils aideront à empêcher qu'il se produise entre les cantons des inégalités choquantes. La tâche la plus difficile peut-être est de donner à l'impôt de guerre une assiette absolument équitable et uniforme pour toute la Suisse. Nous avons dû compter sur les cantons; nous leur avons fait confiance et accordé une participation à cet impôt, d'abord parce que cela correspond davantage à l'idée de notre Etat fédéral et aussi pour leur donner un stimulant dans la perception de l'impôt, afin que l'application de cette loi pût se faire d'une façon absolument juste et équitable. Quant à l'idée de M. Haerberlin de décerner d'une manière un peu masquée un prix ou une couronne civique à ceux qui n'auront pas été honnêtes, en laissant croire qu'ils ont fait des dons à la Confédération lorsqu'ils n'auraient fait que leur devoir, je n'en dirai pas autre chose pour le moment, et je réserve mon opinion définitive. Cette question a été déjà discutée dans la commission du Conseil des Etats et dans celle du Conseil national, mais les deux commissions ne sont pas encore arrivées au bout de leurs peines. Nous y accorderons toute notre attention, mais je ne voudrais rien préjuger aujourd'hui.

Permettez-moi, en terminant mon exposé, de remercier d'abord le parti socialiste au nom duquel a parlé M. Ryser pour les soins de bon jardinier qu'il a bien voulu donner à cette plante rare. Mais permettez-moi en même temps de lui dire sincèrement et loyalement afin de dissiper tout malentendu et d'éviter que des idées fausses ne puissent se glisser dans la discussion publique, que le jour où ces jardiniers, pour lesquels j'ai le plus grand respect d'ailleurs, voudraient cultiver cette plante d'une façon permanente, je me verrais obligé de refuser leurs services, parce que, Messieurs, ni le lieu, ni le temps, ni l'occasion ne sont propices pour discuter et envisager comme probable et prochain un impôt direct permanent de la Confédération. Il serait téméraire de vouloir préjuger l'avenir et de vouloir prédire ce que sera la Suisse dans vingt ou trente ans. Il se peut qu'à un moment donné, après expérience faite, bien des citoyens qui, aujourd'hui, sont absolument réfractaires, comme je le suis personnellement, à l'idée de l'impôt direct, finissent par se familiariser avec elle, mais ce moment n'est pas venu et je le dis pour tout le monde, je le dis pour tranquilliser l'adversaire de l'impôt fédéral direct comme les amis de cet impôt: la garantie pour tous est dans la sou-

veraineté du peuple et des cantons. L'impôt fédéral direct ne sera consenti à la Confédération que lorsqu'il aura trouvé une majorité dans le peuple et une majorité dans les cantons. Ceux qui en sont adversaires pourront compter sur l'esprit fédéraliste du peuple suisse, sur sa conception conservatrice de l'Etat; les autres peuvent compter sur les difficultés financières futures qui pourront amener peut-être dans un grand nombre d'années la Confédération à cette conception, mais la garantie pour tout le monde est dans le fait qu'il n'y a pas un parlement qui puisse à lui seul décréter un impôt de cette nature.

Il ne me reste plus qu'à vous engager avec une conviction profonde à donner au projet du Conseil fédéral votre vote courageux et unanime. Nous savions ce qu'il y avait de grave et presque de périlleux à vous présenter un impôt qui frappe une minorité du peuple; nous savions que les personnes frappées par cet impôt nous auraient rappelés au principe essentiel de la démocratie, qui réside dans l'égalité des droits et des devoirs de citoyens. Nous savions que ces personnes vous auraient dit que le droit électoral implique l'obligation d'acquitter son impôt, si minime soit-il. Malgré cela, Messieurs, nous avons tenu bon et tenons ferme au projet que nous vous avons proposé. Le jour où le vote interviendra, les citoyens se répartiront en trois catégories: la première, la plus petite, mais la plus riche ira aux urnes avec la conviction de faire un lourd sacrifice, mais un sacrifice nécessaire; la deuxième, la catégorie moyenne, s'y rendra avec la conviction de faire un sacrifice relativement très modéré. Je reconnais sur ce point que M. Häberlin n'a pas eu tort. La troisième catégorie, la plus considérable, la moins privilégiée par la fortune et la plus humble, ira aux urnes avec le sentiment joyeux, dans un certain sens, de ne pas être touchée par l'impôt, mais convaincue de la nécessité de le faire triompher. Avec l'impôt de guerre nous n'aurons payé qu'une faible partie de nos dépenses. Il faudra songer à y faire face avec les impôts indirects. Ce jour-là tout le monde participera aux charges financières de la Confédération. Aujourd'hui, ceux qui ne sont pas touchés par l'impôt doivent se dire que la fonction spéciale de l'impôt de guerre est une fonction compensatrice destinée à égaliser les charges et à corriger l'imperfection des autres moyens d'imposition auxquels nous serons obligés de faire appel. Les contribuables, j'en suis convaincu, iront aux urnes avec courage et bonne humeur, les autres verront et constateront que les pouvoirs publics désirent et proclament l'harmonie, la collaboration et la solidarité des classes. Il est impossible qu'un bouleversement aussi considérable que celui auquel nous assistons en Europe ne pose pas plus tard aux sociétés humaines des problèmes difficiles, redoutables et nouveaux. Il est du rôle historique de la Suisse de sortir de la tourmente et de s'avancer vers la lumière des temps nouveaux en proclamant hautement ces deux vérités fondamentales: que la démocratie est à même, aussi bien que toutes les autres formes de gouvernement et mieux que les autres, de résoudre tous les problèmes de la politique et du droit et que son but demeure le bien-être et la justice pour le peuple, réalisés par le peuple lui-même. (Bravos.)

Sigg (Zürich): Es ist schon von unserem deutschen Fraktionsredner ausgeführt worden, dass wir in der sozialdemokratischen Gruppe durchaus geneigt sind, die Kriegssteuer im grossen und ganzen nach der Vorlage, wie sie jetzt vom Ständerate und von der nationalrätlichen Kommission unserem Rate unterbreitet worden ist, anzunehmen. Die vielen Abänderungsanträge, die eingegangen sind, nicht zum wenigsten dann auch die Ausführungen, die Herr Dr. Häberlin der Zustimmungserklärung seiner Fraktion folgen liess, erfordern aber noch ein kurzes Eingehen auf die Sache selbst. Und da ich verschiedenes vorzutragen habe, was in der artikelweisen Beratung zu den Anträgen unserer Fraktion nicht wohl mehr gut untergebracht werden kann, gestatte ich mir, das Wort hier in der Eintretensdebatte zu nehmen.

Nachdem festgestellt ist, dass der Bundesrat und voraussichtlich auch der Nationalrat durchaus einig ist, die Vorlage der Volksabstimmung zu unterbreiten, fällt für uns der Haupteinwand fort. Ich persönlich bin der Meinung, dass es dem Bundesrate sehr wohl möglich gewesen wäre, in Ausnützung des grossen Schwunges, der in den ersten Augusttagen durch die Eidgenossenschaft ging, von sich aus, ohne Begrüssung der Bundesversammlung, ohne Begrüssung auch des Volkes, der Vorlage Gesetzeskraft zu geben. Trotz allen Erklärungen, die inzwischen in der Presse und vom Bundesratstische aus erfolgt sind, hätte der Bundesrat, wenn es ihm ernst gewesen wäre, wirklich nur die Besitzenden heranzuziehen, gerade in jener Zeit die Gelegenheit gehabt, das zu tun, kraft der Omnipotenz, die ihm zugeflossen ist aus unseren Beschlüssen vom 3. August des vergangenen Jahres. Darauf des näheren einzugehen, ist aber nicht am Platze, da wir jetzt nach dem Willen des Bundesrates zur Vorlage Stellung nehmen müssen.

Wenn schon gesagt werden muss, dass die Vorlage im grossen und ganzen den Versuch unternimmt, die besitzenden Kreise heranzuziehen, so sind von unserem Standpunkte aus doch einige Einschränkungen zu machen. Wir haben das Gefühl, ja, wir sind überzeugt, dass es sich hier nicht um eine reine Besitzsteuer handelt, sondern man versucht hat, auch Kreise heranzuziehen, die zu dieser Steuer nicht hätten herangezogen werden dürfen. Ein Minimum von Fr. 10,000 im Vermögen, von 2500 Fr. im Erwerb, das sind Ansätze, die nicht mehr erlauben, die Steuer zu einer Besitzsteuer zu stempeln. Wir haben es nicht mit einem Opfer der Besitzenden zu tun und wir müssen uns, daher vor allen Dingen die Frage vorlegen, ob wir, da die Vorlage dem Referendum unterstellt werden muss, Hand bieten dürfen, Anträgen zum Durchbruch zu verhelfen, die das Schicksal der Vorlage im Referendum besiegeln müssten, sofern es nämlich gelänge, noch unter die bereits gefundenen niedrigen Ansätze der Steuerfreiheit hinunterzugehen. Das ist es in der Hauptsache, was mich zwingt, das Wort zu nehmen.

Es sind verschiedene Anträge eingebracht worden, die darauf abzielen, den steuerfreien Vermögenssatz zu reduzieren. Wir haben auch Anträge, die versuchen, dem kleinen Erwerb noch schärfer beizukommen. Wir müssten uns mit aller Entschiedenheit gegen einen Ansatz von Fr. 2500 im Erwerb aussprechen, wenn nicht auf der andern Seite dagegen die Ueberlegung spräche, dass bei einer Erhöhung des steuerfreien Minimums im Erwerb gerade diejenige

Schicht unserer Bevölkerung, gerade der Stand, der während der Mobilisation die grössten Vorteile gezogen hat, der Stand unserer Landwirte, beinahe ganz steuerfrei ausgehen würde, kraft der eigenartigen Steuerveranlagungen und Taxationsverhältnisse, die in verschiedenen Kantonen bestehen. Denn das ist das Bedauerliche und die Schwäche der Vorlage, dass wir nicht zu einem einheitlichen Taxationsverfahren gelangen konnten oder wollten, und aus diesem Grunde grosse Schichten der Bevölkerung, die sehr wohl in der Lage wären, zu steuern, und die gerade während der Mobilisation Gewinne realisiert haben wie nie zuvor, steuerfrei ausgehen würden, wenn wir den niedrigsten Erwerbsansatz hinaufsetzten. Es ist erklärt worden, dass im Interesse der Demokratie, des gleichen Rechtes der Bürger, auch die niedrigsten Vermögen, das kleinste Einkommen zur Kriegssteuer herangezogen werden müssten. Ja, in der bürgerlichen Presse konnte man sogar redaktionellen Artikeln und Einsendungen begegnen, die geradezu behaupteten, dass das ganze Volk, auch der Arme, sich danach sehne, dem Vaterlande etwas Metall auf den Altar legen zu dürfen und dass gerade der Besitzlose es nicht verstehen würde, wenn man durch eine «unvollkommene» Gesetzgebung ihn davon ausschliessen wollte.

Ich glaube, Bismarck hat einmal das Wort geprägt: «Es wird nirgends und nie so viel gelogen als vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd.» (Heiterkeit.) Und in der Tat ist während dieses Krieges der Rekord im Lügen geschlagen worden. Zu diesen Lügen zähle ich nun auch die Behauptung, dass gerade das arme Volk danach verlange, die Besitzenden durch seinen Beitrag zu entlasten. Steuern werden schon in guten Tagen nicht gern bezahlt, weder von den Besitzenden, noch von den Armen, und in einer Zeit, die gerade den Besitzlosen doppelt hernimmt, durch Arbeitslosigkeit, durch eine unerhörte Teuerung, durch die zweimalige Verdoppelung der Militärsteuer, durch alle die Massnahmen, die wir in der Dezembersession beschlossen haben — in einer solchen Zeit dem Armen nach- und einzureden, er sehne sich danach, zu steuern, das ist, um wenigstens noch in den Grenzen des parlamentarischen Ausdruckes zu bleiben, eine Unverfrorenheit.

Die Steuer hätte als Besitzsteuer schärfer herauskommen können und herauskommen müssen, wenn Sie sich die Tatsachen, wie sie sind, klar vor Augen gestellt hätten. Die Besitzsteuer hätte deswegen bis an die Grenze der Expropriation bestimmter Vermögensteile gehen können, weil bei der selbsterwählten Neutralität der Schweiz und infolge der Lasten und Mühen, die die Bundesbehörden und das Volksganze auf sich genommen hatten, der Besitz in der Lage war, während 40 Jahren Reichtümer anzuhäufen. Er hat in vier Jahrzehnten friedlicher Entwicklung unserer Wirtschaftsverhältnisse die Trauben geschnitten, von denen er die Stengel und die Kerne den Armen übrig liess. Ein kleines Gefühl der Dankbarkeit schon hätte ausreichen müssen, den Besitz zu veranlassen, alles das, was der Bundesrat in eigener Kompetenz von ihm hätte verlangen können, fröhlich anzuerkennen und zu geben. Aber, meine Herren, das ist nicht eingetreten. Sie haben sehr viel von Patriotismus geredet und Sie machen nicht die geringsten Anstalten, diesen Ihren Patriotismus in die Tat umzusetzen.

Wenn mich irgend etwas noch hätte bestärken müssen in der Annahme, dass Sie gar nicht geneigt sind, wirklich Opfer zu bringen, dann wären es die Ausführungen gewesen, die Herr Dr. Häberlin gemacht hat. Das nimmt Sie vielleicht wunder, da ein vorhin nicht genau zuhörender Ratskollege wohl gefunden haben dürfte, gerade Herr Häberlin habe ja weit über die Vorlage hinausgehen wollen mit seinem Appell an die Freiwilligkeit. Ich habe sehr genau zugehört, aber ich bin jetzt noch nicht im klaren darüber, ob Herr Dr. Häberlin ein Schalk war oder die Inkarnation des sozialen Empfindens oder aber der ausgesprochenste Interessenanwalt der Besitzenden. Er hat uns erklärt, dass viele, viele jetzt von der Steuer nicht betroffen werden, aber gerne geben möchten. Und als ich nun erwartete, er werde uns etwa eröffnen, dass er in den Unternehmungen, denen er nahe steht, durchgesetzt habe, dass für das Jahr 1914 und 1915 diese Bankgesellschaften und Industrieunternehmungen auf ihre Dividenden verzichten, und er hoffe, das mutige Vorgehen werde auch andere hier im Saale ermuntern, als Aktionäre in ihrem Kreise ein Gleiches zu tun, bin ich in meiner Erwartung getäuscht worden. (Heiterkeit.) Was begehrt Herr Dr. Häberlin? Er will denjenigen, die jetzt unter dem Minimum bleiben und von der Steuer nicht erfasst werden, Gelegenheiten eröffnen, zu bezahlen und zu geben. Er will auch die Frauen, die Frauen, denen er ein hohes Lied gesungen hat, heranziehen, die Frauen, die auch gerne opfern möchten. Mein Kollege und Freund, Herr Wullschleger, hat Ihnen bereits gesagt, welche Opfer grosse Kreise von Frauen in diesen Tagen bringen. Er hat Ihnen erklärt, dass es geradezu ein Wunder der Oekonomie bedeute, wenn Arbeiterfrauen es überhaupt noch möglich machen, bei den hohen Lebensmittelpreisen, bei der grossen Arbeitslosennot und Verdienstlosigkeit, ihren Familien jeden Tag noch etwas auf den Tisch zu setzen. Glaubt man, aus diesen Kreisen freiwillig etwas für die Kriegssteuer erwarten zu können?

Ich halte aber auch ganz allgemein dafür, dass jeder Appell an die Freiwilligkeit direkt eine Einladung ist, den Zwang zum Bezahlen zu ersetzen durch den Trost, freiwillig schuldig bleiben zu können. (Heiterkeit.) Ich glaube, ein kleiner Teil wird zahlen wollen, auch freiwillig. Aber der grösste Teil würde, wenn er der Anregung, die nicht zu einem Antrag verdichtet wurde, folgen und die Freiwilligkeit an die Stelle des gesetzlichen Zwanges setzen würde, nur in Wechsellagen zahlen, die dem Herrn Bundesrat Motta in den Sarg gelegt werden müssten und auf Sicht zu honorieren wären am Tage des jüngsten Gerichts. (Heiterkeit.) Ich verstehe nicht, wie gerade Herr Dr. Häberlin nach den gewiss nicht ermutigenden Erfahrungen, die er mit einer freiwilligen Sammlung zur Hilfeleistung für die Auslandsschweizer im Kanton Thurgau gemacht hat, zu dieser Anregung hat kommen können. (Heiterkeit.)

Wir müssen im Gegenteil fordern, dass der Besitz mit aller Schärfe herangezogen werde, der Besitz, der die Vorteile gehabt hat in der langen Friedenszeit und auch jetzt im Kriege die unbemittelten Schichten aufs schärfste ausbeutet. Und wenn wir das hier aussprechen, so hegen wir die Erwartung, dass Sie mit uns zusammengehen und die Anträge ablehnen, die darauf tendieren, wiederum die Unbemittelten, die Schwachbemittelten noch schärfer heranzuziehen,

dass Sie Hand bieten, einige Härten, die noch auf den untersten Stufen der Steuerskala bestehen, zu beseitigen. Sie werden dann uns bereit finden, mit Ihnen geschlossen den Einwänden in der Referendums-kampagne zu begegnen, die ganz zweifellos von allen «Patrioten» noch werden erhoben werden, uns bereit finden, alles zu tun, damit die Vorlage in der Volksabstimmung zum Siege geführt wird. Ich glaube, es wird notwendig sein, die guten Dienste auch unserer Partei anzunehmen, der Kreise, auf die sie sich stützen müssen, um die Vorlage durchzubringen. Daher noch einmal der dringliche Rat, alle Anträge abzulehnen, die da unter blutigen Tränen von den Herren Calame, Schmid, de Meuron und anderen eingebracht worden sind, dagegen unserem Antrage zuzustimmen.

Jäger: Es scheint mir geboten, dass vor Schluss der Eintretensdebatte der schweizerischen Demokratie, die heute so häufig angerufen worden ist, eine Satisfaktion zuteil werde. Selbst das glanzvolle Votum des Herrn Bundespräsidenten mit seiner Schlussapothese an die Demokratie enthielt in seinem Contexte Zugeständnisse an eine Auffassung der Demokratie, die meines Erachtens zu enge ist. Alle die Vorbehalte und Bedingungen, alle die Umsichten und Vorsichten, die seit Monaten an den Grundsatz und an die Methode einer eidgenössischen Kriegssteuer sowohl in der Presse als hier wiederum geknüpft worden sind, erfolgten im Namen der Demokratie. Ich kann mich des Gefühls nicht erwehren, dass dabei das Gebot zu wenig berücksichtigt worden ist: «Du sollst den Namen der Demokratie nicht eitel nennen».

Ich protestiere in erster Linie dagegen, dass die Demokratie uns verbiete, in dieser Zeit und zu diesem Zwecke von einer Volksbefragung Umgang zu nehmen. Eine Demokratie dieser Art wäre meines Erachtens eine entwurzelte, eine versteinerte Demokratie, die meinetwegen in einem politisch-historischen Museum sehr schöne Figur machen würde, die aber nicht in der Lage wäre, in einem Moment, wo es sich um Sein oder Nichtsein des Vaterlandes handelt, dem Lebensbedürfnis des Volkes und des Staates zu dienen. Wenn es so weit mit der Demokratie in der Schweiz gekommen wäre, dann täten wir Schweizer gut daran, die Demokratie in den Ländern und bei den Völkern studieren zu gehen; die unbefragt, aber auch unbesorgt um Geld und Gut, um Leib und Leben, ihr Alles setzen an die Erhaltung des Vaterlandes und an die Ehre ihrer Nation. Ich habe die Meinung, dass man im allgemeinen den Apparat, dessen sich die Demokratie bei uns in normalen Zeiten zu bedienen pflegt, verwechselt mit seinem Zwecke. Dieser Apparat, obschon er in der Verfassung festgelegt ist, bedeutet durchaus nicht das Wesen der Demokratie. Die Demokratie ist etwas ganz anderes, viel höher geartetes, viel tiefer begründetes als dieser Apparat.

Die Demokratie wurzelt in dem realen Bestand des Vaterlandes und ihr oberster Zweck ist, das Vaterland intakt fortzuerhalten, sei es mit dem

Referendum, sei es ohne das Referendum, sei es unter Umständen gegen das Referendum.

Denn die Demokratie besteht nicht nur in den Volksrechten, sie besteht vorab und meines Erachtens hauptsächlich in den Volkspflichten. Die Frage, die zur Diskussion steht, scheint mir die zu sein: Appelliert die Kriegssteuer an die Pflicht oder an das Recht des Volkes? Sie mögen darüber denken und sprechen wie Sie wollen, ich halte dafür, es ist die Pflicht, zu der wir aufgerufen werden! In einer Zeit, wo die beste Manneskraft des Landes an den Grenzen täglich, ja stündlich dem Angriff eines äussern Feindes preisgegeben ist, kann es doch wahrlich nicht die Aufgabe des Parlamentes sein, das wohlgepflegte Gärtlein der Volksrechte mit Spaten, Rechen und Giesskanne sorglich zu pflegen. Da gilt es auf dem rauhen Acker der Pflicht den Pflug zu führen.

Ich bin fern von der Illusion, dass Sie heute auf den Vorschlag zurückkommen werden, den meine politischen Freunde im Kanton Aargau und ich selber vertreten haben: dass diese eidgenössische Kriegssteuer als eine Notmassregel in die Kompetenz des Bundesrates und der Bundesversammlung hätte gelegt werden dürfen.

Aber ich betone diesen Standpunkt neuerdings und ich halte sehr darauf, dass er im Protokoll unserer heutigen Verhandlung vorgemerkt werde.

Wir alle haben die Hoffnung, dass es lange, lange gehen möge, bis in diesem Saale wiederum über Kriegsmassregeln der Eidgenossenschaft verhandelt wird. Wir wünschen auch alle, dass die Zuversicht in das Volksvotum über die Kriegssteuer sich rechtfertige. Aber wer ist sicher über die Erfüllung dieser Hoffnungen und Wünsche?

Qui vivra verra! Jedenfalls aber soll eine künftige Generation, ein künftiger Nationalrat in den heutigen Verhandlungen auch die Auffassung vertreten finden, dass es dem Bundesrate ja wohl zugestanden wäre und dass ihn die Demokratie nicht daran gehindert hätte, die Kriegssteuerfrage in der Art zu lösen, wie es die Freisinnigen des Kantons Aargau vorgeschlagen haben. Ich habe gesprochen.

M. le **Président:** La discussion générale est close sur l'entrée en matière. L'entrée en matière n'a pas été combattue, nous passons à la discussion des articles.

Artikelweise Beratung. — *Discussion article par article.*

Titel und Ingress. — *Titre et préambule.*

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Zum Titel und Ingress nur ganz wenige Bemerkungen. Sie sehen, dass der Bundesrat ursprüng-

lich einen Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Artikels 42 bis vorgeschlagen hat. Demgegenüber ist vom Ständerat der Erlass eines Artikels der Bundesverfassung zur Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer als Titel aufgenommen worden. Es soll also nicht ein besonderer Artikel der Bundesverfassung sein, sondern eine Partialrevision der Verfassung, welche aber alsobald nach Erhebung der Steuer wieder dahinfällt, und dementsprechend ist auch im Ingress nur der Art. 121 angeführt worden, nicht aber die Ziffern 84, 85 und 118, weil es dem Ständerate vollständig genügt, diese Revision als Partialrevision zu erklären. Das die wenigen Bemerkungen.

Angenommen. — (*Adoptés.*)

Lit. A, Absatz 1.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Zu Alinea 1 der lit. A habe ich keine Bemerkungen zu machen.

Angenommen. — (*Adopté.*)

Absatz 2.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Alinea 2 spricht von den natürlichen Personen und der Art ihrer Besteuerung. Hier möchte ich Ihnen nur kurz das Prinzip der Tabellen darlegen. Sie sehen, dass bei der Vermögenssteuerklassifizierung die ersten fünf Klassen mit einem Steuersatze von 1⁰/₁₀₀ angesetzt sind und dass bei der VI. Klasse bei 35,000 Fr., die langsam ansteigende Progression beginnt, und zwar von Fr. 35,000, der VI. Klasse, an bis zur 31. Klasse mit Fr. 220,000 bis 230,000 ein Ansteigen jeweils um 0,1⁰/₁₀₀, von der 32. Klasse an bis zur 40. haben Sie ein Anwachsen von je 0,15⁰/₁₀₀, dann wiederum von der 41. Klasse an bis zur 90. Klasse ein Ansteigen um 0,2⁰/₁₀₀, nachher in gleicher Weise. Sie sehen ferner, dass in den ersten 18 Klassen von Klasse zu Klasse eine Steigerung um je 5000 Fr. angenommen ist, von der 19. Klasse bis zur 36. ein Ansteigen um 10,000 Fr., später um Fr. 20,000 bis auf 1 Million und um 50,000 zwischen einer und anderthalb Millionen und ein Anwachsen um je 100,000 Franken von anderthalb Millionen an. Diese ungleichen Zwischenräume zwischen den einzelnen Klassen verdanken ihr Entstehen dem Gedanken, dass jeweils bei den untern Vermögen ein kleinerer Spielraum, bei den grösseren Vermögen ein grösseres Spatium notwendig sei, um den Leuten, namentlich in Krisenzeiten, wo die Vermögenswerte schwanken, es möglich zu machen, den Betrag ihres Vermögens möglichst genau anzugeben, den sie zu versteuern haben. Ferner ist die Anordnung getroffen, dass jeweils der unterste

Betrag einer Klasse massgebend ist für den Steuerbetrag. Wer also 10—15,000 Franken besitzt, der hat von 10,000 Fr. die Steuer, zu 1⁰/₁₀₀ berechnet, zu bezahlen, und wenn er 12, 13 oder 14,000 Fr. besitzt, hat er das nicht auf das Tausend genau anzugeben, sondern er hat nur zu erklären, dass er in diese Klasse gehöre. Diese Anordnung gestattet also einem jeden, nach Möglichkeit ehrlich und redlich sein Vermögen anzugeben.

Es ist nun in diesem Alinea von der nationalrätlichen Kommission eine Aenderung vorgeschlagen an dem Wortlaute des ständerätlichen Beschlusses. Zunächst eine kleine redaktionelle Bemerkung, dass es nicht heissen soll: «auf» ihrem Vermögen, sondern «von» ihrem Vermögen, wie es auch in Alinea 2 und 3 heisst, also eine Aenderung unbedeutender Natur. Dann aber der wichtige Antrag, dass für Witwen ohne Vermögen mit vier oder mehr Kindern unter 18 Jahren gegenüber dem Ständerat, der 16 Jahre festsetzte, der steuerfreie Erwerb erhöht wird, während der Ständerat nur gesagt hat: der steuerfreie Erwerb erhöht werden k a n n. Wir wollen also nicht nur die Möglichkeit schaffen, diese Klasse zu schonen, sondern wir wollen die Forderung aussprechen, dass in solchen Fällen diese Erhöhung und damit die Entlastung einzutreten habe. Das sind die einzigen Aenderungen, die wir anzubringen haben.

Wir glaubten durch diese präzisere Fassung und die darin liegende strikte Forderung den Wünschen gerecht zu werden, welche speziell von den Herren Kollegen der sozialdemokratischen Partei in unserer Kommission ausgesprochen wurden, dass man Rücksicht tragen solle den Familien, welche durch eine grosse Kinderzahl nicht in der Lage seien, in gleichem Masse an die Kriegssteuer beizutragen. Wir haben angenommen, dass diese Rücksicht notwendig sei im Hinblick auf den Gedanken, dass später, ja zum Teil jetzt schon, infolge der Lebensmittelteuerung eine Rücksicht am Platze sei.

Es ist nun zu diesem Alinea 2 eine Reihe von Anträgen gestellt worden, und ich frage mich, ob ich an dieser Stelle bereits auf dieselben eintreten oder ob ich warten soll, bis die betreffenden Herren ihre Anträge begründet haben. Ausgehend von dem Gedanken, dass zuerst der Antragsteller gehört werden solle, bevor man ihn bekämpft, verzichte ich, jetzt schon mich zu äussern, wiewohl ja die Ideen nicht neu sind, sondern sämtlich lange und eifrig sowohl im Ständerat, wie in den beiden Kommissionen besprochen worden sind.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Je crois qu'on a très bien fait de revenir de l'idée première d'un texte beaucoup plus sommaire à l'idée d'un texte plus détaillé, afin que les électeurs appelés à se prononcer sur le projet puissent le faire en parfaite connaissance de cause. Il reste entendu que l'arrêté d'exécution ne sera pas soumis au referendum. La commission du Conseil national propose de modifier le texte sorti des délibérations du Conseil des Etats en ce sens que la veuve et le citoyen chargés de famille aient droit à un dégrèvement. Le fisc n'aurait pas

la faculté mais l'obligation de faire une réduction. Je me rallie volontiers à cette solution.

M. le **Président**: J'attire l'attention du Conseil sur le fait que la discussion est actuellement limitée à l'alinéa 2 du texte du Conseil des Etats. Je prie les orateurs de ne pas sortir du cadre de cet alinéa.

M. de **Meuron**: Même en restant dans les limites fixées par M. le Président, la discussion de cet alinéa A 2 appelle l'examen de deux questions faisant l'objet de propositions spéciales: question de la double imposition du capital-actions et question de l'extension de l'impôt direct personnel. La question de la double imposition peut se poser à l'occasion de l'alinéa 3, à propos de l'impôt payé par les sociétés anonymes; mais elle peut naître aussi à l'alinéa 2 à propos de l'impôt dû par les personnes physiques. L'alinéa 2 dispose que les personnes physiques acquittent l'impôt sur leur fortune. La première question est de savoir si dans fortune imposée seront comprises les actions des sociétés par actions ou si elles ne le seront pas. C'est dans le but de résoudre cette question que nous vous faisons une première proposition, mes collègues de la commission: MM. Calame, Vassalli et moi. Cette proposition est ainsi conçue: «Elles (les personnes physiques) sont toutefois autorisées à défalquer de leur fortune imposable la valeur d'actions ou de parts sociales sur lesquelles les sociétés anonymes et les sociétés en commandite par actions payent l'impôt.» — Le fait que l'on comprend dans le mot «fortune» tous les éléments de cette fortune, c'est-à-dire les actions possédées par des individus, par des personnes physiques et qu'on veut atteindre en même temps en les imposant, pour tout leur capital, les sociétés anonymes constitue une double imposition. C'est bien la même chose, c'est bien la même matière imposable que l'on atteint deux fois, c'est-à-dire le capital qui est à la base de l'entreprise industrielle. On nous dit, pour répondre à notre objection, qu'il s'agit de deux personnes différentes; que la personne juridique constituée par la société par actions constitue une personne distincte et séparée de la personnalité de l'actionnaire. Mais, à notre tour, nous avons une objection à présenter à cette argumentation. Nous estimons que c'est là une fiction et une pure théorie; sans conséquences pratiques; nous disons qu'il n'y a pas un capital social en mains de la société et puis un capital social réparti entre les mains des différents actionnaires. C'est le même capital social; une fois qu'il a été divisé et distribué sous la forme d'actions, il n'existe plus sous sa forme primitive et ne constitue plus un tout, distinct des unités qui le composent. Et cependant on prétend l'atteindre deux fois: par l'imposition des actionnaires et par l'imposition des sociétés; on atteint à la fois le tout et la partie, et on atteint bien deux fois la même matière imposable, la même chose. Et nous ajoutons que vouloir imposer un capital-actions alors qu'il a été divisé et réparti, c'est vouloir atteindre un élément de fortune in-existent, qui ne constitue plus en lui-même une valeur productive. On nous a répondu aussi au sein de la commission que c'était bien là une double

imposition, mais qu'elle n'était pas défendue. Mais le législateur peut faire ce qu'il veut. Il n'est pas lié par la jurisprudence du Tribunal fédéral en matière de double imposition, telle qu'elle est interdite par l'article 46 de la constitution fédérale. La double imposition actuellement interdite, c'est la double imposition du même citoyen par deux cantons différents; c'est la perception d'un impôt par deux cantons différents sur la même matière, sur la même chose. Du moment où nous faisons disparaître les frontières cantonales, où nous ne parlons plus d'impôts cantonaux, mais d'un impôt fédéral seul et unique, nous ne sommes plus liés par l'article 46 de la Constitution et la jurisprudence du Tribunal fédéral en matière de double imposition n'a plus rien à faire dans notre débat. Nous sommes libres de faire ce que nous voulons. Je ne pose pas la question de la façon suivante: La double imposition est-elle actuellement permise ou interdite? Je la pose de cette façon: La double imposition des actions des sociétés anonymes est-elle convenable, opportune et juste; faut-il l'adopter ou non? Et alors je n'hésite pas à répondre négativement. Il n'y a aucun motif pour créer et permettre cette double imposition. Elle est contraire à l'encouragement que nous devons à notre développement industriel et économique; c'est récompenser bien mal les efforts de ceux de nos capitalistes qui ont placé leur argent dans des industries nationales plutôt que dans des industries étrangères que de vouloir les atteindre deux fois, dans leur fortune personnelle, privée, et du même coup dans ce qui constitue le bien commun des actionnaires, dans la fortune sociale. Il n'y a aucune raison pour procéder de cette façon. En outre c'est contraire à la pratique admise en Suisse dans la très grande majorité des cantons. La question est résolue de différentes façons: Dans certains cantons c'est la société qui paye sur son capital-actions et les actionnaires sont libérés; dans d'autres cantons les actionnaires payent sur les actions qu'ils possèdent, mais les sociétés sont libérées de tout impôt sur leur capital-actions, ou ne payent que sur leurs réserves, qui sont indépendantes du capital-actions. Trois cantons seulement atteignent à la fois l'action dans la fortune de l'actionnaire et le capital-actions de la société. Est-ce que cette minorité doit nous engager à faire exception à la règle et à introduire ici une double imposition en matière fédérale? Nous ne le pensons pas et c'est pour cette raison que nous vous proposons de décider, contrairement au Conseil des Etats, que nous n'admettrons pas dans l'arrêté qui nous occupe la notion de la double imposition pour les parts des sociétés par actions. On aurait d'ailleurs pu procéder d'une autre façon et renvoyer la solution de la question à l'arrêté d'exécution, où elle serait mieux à sa place que dans l'arrêté constitutionnel. Au début le Conseil fédéral paraissait d'accord avec cette manière de procéder. Il proposait de trancher cette question dans l'arrêté d'exécution. Cela est si vrai qu'au quatrième alinéa de l'article 5, l'arrêté d'exécution dispose que la valeur d'actions, de parts sociales et de bons de jouissance ne peut être défalquée de la fortune imposable. Dans le projet du Conseil fédéral c'était donc une question de procédure, d'application pratique et non pas une question de principe. Mais depuis lors, le Conseil fédéral paraît avoir changé d'opinion et en faire maintenant une question de principe, qu'il demande à voir tranchée

dans l'article constitutionnel lui-même. Au Conseil des Etats on a partagé la même opinion et le rapporteur de la commission a soutenu sans être contredit que cette question de la double imposition devait être tranchée maintenant par l'arrêté constitutionnel. Enfin, dans notre commission du Conseil national, la question a aussi été agitée et votre commission a décidé à une grande majorité de considérer cette question, non pas comme une question d'application, d'exécution, mais comme une question de principe et elle vous demande de la trancher maintenant dans l'article constitutionnel. Cela aura cet avantage de rendre l'article plus clair et plus net; les électeurs seront renseignés d'une façon complète sur les intentions du législateur. Etant données ces considérations nous sommes bien obligés de faire cette proposition maintenant et de ne pas attendre la discussion de l'arrêté d'exécution.

La question de la double imposition devant être résolue dans l'article constitutionnel, on peut l'envisager sous deux faces. Nous pouvons ou bien libérer les sociétés, ou bien dégrever les actionnaires pris individuellement. Si nous nous sommes arrêtés à la libération de l'actionnaire pris individuellement, c'est dans l'intérêt du fisc fédéral; c'est afin de ne pas faire perdre au nouvel impôt le bénéfice de la progressivité; c'est parce qu'en un mot, en frappant le capital-actions dans son ensemble, on obtient, grâce à la progressivité, un impôt supérieur à celui qu'on obtiendrait en frappant les actions séparément, prises individuellement et réparties dans les fortunes privées. Voilà pourquoi nous vous proposons cette forme-là qui peut paraître singulière de prime abord. Il semblerait plus naturel, plus logique de libérer les sociétés et cela correspondrait mieux à nos idées. Mais pour ne pas priver le fisc fédéral du bénéfice de l'impôt sur le capital-actions, nous avons donné à notre proposition la forme qui lui est le plus favorable. Nous vous proposons donc d'autoriser l'actionnaire à la défalcation, prenant ainsi exactement la contrepartie de ce qui figure à l'article 5 du projet d'arrêté d'exécution, lequel dispose, au contraire, que la défalcation par l'actionnaire n'est pas autorisée. Dans notre idée l'actionnaire pourra défalquer, déduire de sa fortune personnelle le montant des actions lorsque celles-ci seront déjà atteintes par l'impôt payé directement par la société. Il s'agit d'ailleurs plutôt d'une question de principe que d'une question de rédaction. Notre proposition est surtout destinée à donner corps à une idée, à un principe, sur lequel le Conseil sera appelé à se prononcer. Si le principe de l'interdiction de la double imposition est admis, la rédaction définitive pourra toujours être renvoyée à la commission. Ce que nous vous proposons, sous réserve d'une rédaction définitive, c'est de trancher la question de principe concernant la double imposition et de la trancher en ce sens que la double imposition n'existera pas à l'égard des sociétés par actions et des sociétés en commandite par actions; que l'action ne sera atteinte qu'une fois, aux mains de la société et non pas deux fois simultanément, entre les mains de la société et entre les mains de l'actionnaire.

Tels sont les motifs à l'appui de notre première proposition. Mais, puisque l'alinéa 2 est en entier en discussion maintenant, nous sommes obligés de développer immédiatement la seconde proposition que nous avons formulée en notre nom personnel et qui

consiste à étendre de frs. 10,000 à frs. 5000 le chiffre minimum du capital atteint par l'impôt. Ici encore quelques explications sont nécessaires. Il s'agit d'une toute autre question que celle de la double imposition, mais comme elle doit être réglée par le même alinéa 2, nous pensons qu'il vaut mieux que nous développions maintenant notre amendement. La question est de savoir si nous maintiendrons la phrase telle qu'elle a été rédigée par le Conseil des Etats: «L'impôt est dû sur toute fortune excédant 10,000 frs. et sur tout produit du travail supérieur à 2500 frs.» ou si nous abaisserons la limite de la fortune imposable à un chiffre inférieur que nous proposons de fixer à 5000 frs. Messieurs, nous étions et nous sommes encore, pour ce qui nous concerne, partisan d'un impôt personnel de capitation; nous aurions préféré un impôt beaucoup plus général, mieux réparti, beaucoup plus populaire et les arguments qu'on a déjà donnés à propos de l'entrée en matière contre un impôt de capitation ne nous ont nullement convaincu. On a beaucoup répété que c'étaient les classes aisées et fortunées qui avaient surtout profité de la protection du territoire et des dépenses de la mobilisation. Nous reconnaissons qu'elles en ont profité, mais on peut en dire autant des classes moins favorisées par la fortune. Les salariés qui vivent du produit de leur travail ont aussi profité et bénéficié de la protection du territoire. En protégeant le sol national, les industries, les fabriques, l'armée a aussi protégé les travailleurs. Il nous paraît juste et désirable dès lors que tous les citoyens soient placés sur un pied d'égalité, non pas absolue, mais aussi complète que possible et que tout le monde soit invité à participer aux dépenses exceptionnelles résultant de la mobilisation de l'armée. Nous étions donc dès le début d'accord avec l'idée d'un impôt personnel, d'un impôt de capitation; mais, ici encore se présente la même difficulté que tout à l'heure. Il est très difficile de greffer un impôt de capitation sur le système proposé par le Conseil fédéral. Ce sont deux systèmes absolument contradictoires. On ne peut guère concilier l'idée d'un impôt de capitation avec celle d'un impôt direct sur le capital et sur le produit du travail. Au point de vue simplement pratique, au point de vue de la perception dans les cantons, cela eût donné lieu à de grandes difficultés, car il aurait fallu fixer une procédure pour la perception de l'impôt sur le capital et le revenu, puis une autre procédure pour l'impôt personnel et de capitation. L'impôt de capitation demande à être étudié et examiné sous toutes ses faces et dans toutes ses conséquences. Que se passerait-il dans les familles nombreuses? Est-ce que chacun des enfants majeurs ou mineurs paierait l'impôt de capitation? Mais alors on dirait que c'est une charge exceptionnelle et trop lourde pour les familles nombreuses. Ou bien, l'impôt de capitation serait-il appliqué seulement aux citoyens majeurs ou ayant atteint un âge déterminé, en dessus de vingt ans par exemple? Il y a là, vous le voyez, une foule de questions qu'il est très difficile aux membres d'une commission, d'ailleurs en minorité, d'étudier et de résoudre. Tout cela devrait être étudié avec le même soin que les autres questions soulevées par le projet du Conseil fédéral. C'est pour éviter le reproche de vouloir concilier des systèmes dissemblables que nous avons cherché le moyen de combiner les deux notions. Le Conseil des Etats a envisagé la même solution et s'est inspiré des mêmes préoccupations. Un membre

du Conseil des Etats a proposé de fixer au chiffre de 10,000 frs. la limite de la fortune imposable et de prévoir pour les fortunes au-dessous de 10,000 frs. le paiement de contributions volontaires, sans contrainte, sans poursuites juridiques possibles. Je partage sur ce point l'opinion de M. le Président de la Confédération. Il est difficile de concilier la notion d'un impôt avec celle d'une sorte de souscription nationale. Un impôt est un impôt. Il est dû par tout le monde et en cas de non paiement, il suppose la contrainte et la poursuite. Ceux qui veulent faire un cadeau peuvent le faire sans qu'il soit nécessaire de le dire expressément dans un arrêté sur l'impôt fédéral de guerre. On pouvait aussi prendre un autre système, aller jusqu'à 10,000 frs. et dire qu'en dessous de ce chiffre chaque citoyen payerait 3, 4 ou 5 frs. Mais cela entraîne aussi des inconvénients. En sorte qu'après avoir assisté à la discussion au Conseil des Etats, j'ai estimé que la troisième idée était la plus simple et la plus pratique et qu'il était préférable de soumettre les fortunes jusqu'à 5000 frs. à l'impôt prévu, lequel n'est pas progressif, mais constitue un impôt proportionnel de 1 pour mille. Ces contribuables-là payeront en réalité un véritable impôt de capitation égal pour tous. Le mot n'est pas dans le projet, mais bien la chose. Ils payeront frs. 5. Le petit capitaliste, le petit propriétaire qui possède une fortune de 5, 8 à 10,000 frs. peut bien faire ce sacrifice et payer cette modique somme de 5 frs. Tout en conservant l'idée d'un impôt sur le capital et sans introduire la notion spéciale de la capitation, nous arrivons donc au même résultat, et nous atteignons notre but, lequel est d'étendre un peu les bases du projet, de les rendre plus larges et d'augmenter la catégorie des contribuables appelés à participer à l'impôt de guerre.

Tout à l'heure M. Sigg s'élevait avec une certaine vivacité contre notre proposition qu'il a déclaré ne pas pouvoir accepter. Evidemment M. Sigg et ses collègues partent d'un tout autre point de vue; ils estiment que les classes que nous voulons atteindre doivent être en quelque sorte libérées d'office et qu'on ne doit pas descendre au-dessous du chiffre de 10,000 frs. Quant à nous nous ne pouvons pas admettre cette théorie de l'impôt de guerre qui n'atteint que les classes privilégiées, parce que nous partons de l'idée que les frais de la mobilisation ayant profité à tous dans toute l'étendue du territoire, à toutes les classes de citoyens, l'impôt de guerre doit être supporté par tous, par chacun dans la mesure de ses forces et de ses ressources. Mais je tiens à dire à M. Sigg et à ses collègues que notre proposition n'est point inconciliable avec les propositions de dégrèvement et que nous sommes parfaitement d'accord, si on abaisse le chiffre de 10 à 5000 frs., pour tenir compte dans une large mesure des charges de famille, soit dans l'impôt sur le capital, soit dans l'impôt sur le produit du travail. Nous considérons que le chiffre de 2500 frs. comme minimum pour le produit du travail, est un chiffre normal et nous proposons de ne pas descendre au-dessous de ce chiffre. Nous demandons en outre pour l'impôt sur le produit du travail qu'on tienne compte de la situation des mères de familles, de la situation des veuves et du nombre des enfants qu'elles ont à élever. Il nous semble par contre qu'il y a une certaine contradiction à admettre d'une part le chiffre relativement bas de 2500 frs. pour le produit du travail et d'autre part à limiter l'impôt sur le capital à 10,000 frs. et à

exclure de toute contribution tout ce qui est compris entre 10,000 frs. et zéro. Nous ne voulons pas aller jusqu'à zéro; nous pensons qu'aussi pour le capital, il y a une certaine somme à dégrever; que cette somme peut être fixée à 5000 frs.; qu'elle correspond mieux que celle de frs. 10,000 au minimum de frs. 2500 à dégrever sur le produit du travail. Il ne nous paraît pas juste d'exclure de toute charge quelconque les petites fortunes comprises entre 10,000 et 5000 frs., parce que ces fortunes ont aussi été protégées par la défense nationale et qu'elles doivent participer aux dépenses exceptionnelles qui en sont résultées. Notre proposition n'est nullement une proposition de tendance contraire aux intérêts de la classe ouvrière. C'est une proposition qui tend plutôt à rétablir l'égalité des citoyens devant la loi, l'égalité des droits et des devoirs. Mais nous sommes en même temps absolument d'accord pour tenir compte des charges de famille et pour dégrever et de l'impôt sur le capital et de l'impôt sur le produit du travail, ceux qui ont des charges particulièrement lourdes à supporter, soit par l'absence du chef de famille, soit par un nombre d'enfants plus considérable.

Telles sont les deux propositions que nous avons l'honneur de vous soumettre, la première au nom de trois membres de la commission, la seconde en notre nom personnel. Nous le répétons, ce sont plutôt des idées et des principes, auxquels nous avons été obligés par notre règlement de donner une forme, tout en vous demandant de ne pas vous arrêter aux défauts de rédactions nécessairement hâtives. Ce que nous voulons proclamer, c'est d'une part que le principe de la double imposition nous paraît inadmissible et d'autre part qu'il paraît juste et équitable d'atteindre par un impôt de frs. 5 les contribuables possédant une fortune de frs. 10,000 à frs. 5000 au minimum.

M. le Président: Bien que l'orateur vienne de motiver deux de ses propositions, je vous propose de régler d'abord ce qui concerne la question des actions et de ne passer qu'ensuite aux autres questions. Je prierai donc les orateurs de s'en tenir à la première partie de l'article 2.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich darf hier kurz sein, denn ich habe mich über diese Angelegenheit schon einlässlich in meinem Eintretens-Votum ausgesprochen. Ich kann als die Ansicht der grossen Mehrheit der Kommission sagen, dass wir den Anträgen der drei Herren, welche die Minderheit der Kommission bilden, nicht zustimmen können. Darin sind wir wohl alle einig, dass diese Angelegenheit hier bei Anlass der Diskussion über den Verfassungsartikel geordnet werden muss. Es hat nicht an Meinungen gefehlt, welche dahin gingen, es sei dann bei der Beratung der Ausführungs-

bestimmungen immer noch Zeit, diese Spezialfragen zu erörtern. Wir halten aber dafür, dass es dringend nötig ist, hierüber im jetzigen Stadium der Frage Klarheit zu schaffen. Die Kommissionsmehrheit lehnt in Uebereinstimmung mit dem Ständerat und dem Bundesrat den Antrag der Herren Calame, de Meuron und Vassalli ab. Nach dem Wortlaut des Verfassungsartikels haben die natürlichen Personen die Steuer zu entrichten von ihrem Vermögen, und dass die Aktien, welche eine natürliche Person besitzt, zu ihrem Vermögen gehören, das ist wohl keinem Zweifel unterworfen.

Nun soll das nach den Ausführungen des Herrn de Meuron eine Doppelbesteuerung sein, wenn die Aktiengesellschaft für ihr Aktienkapital, der einzelne Aktionär für seinen Aktienbesitz zur Besteuerung herangezogen wird. Rechtlich, nach bundesgerichtlicher Praxis ist die Sache anders, denn das Bundesgericht hat in einer Menge von Fällen erklärt, dass eine Doppelbesteuerung nur dann vorliege, wenn ein und dasselbe Steuersubjekt für dasselbe Steuerobjekt mit der Steuer gefasst werde. Das ist doch offenbar hier nicht der Fall, indem die Aktiengesellschaft eine juristische Person ist und nicht zusammenfällt mit der natürlichen Person, welche ihren Aktienbesitz zu versteuern hat. Praktisch ist freilich zuzugehen, dass in einem gewissen Sinne dasselbe Kapital zweimal zur Versteuerung herangezogen wird, aber eben nicht in einer unzulässigen, sondern in einer berechtigten und rechtlich haltbaren Form.

Wir möchten Sie sehr ersuchen, auf die Ideen des Minderheitsantrages nicht einzugehen. Wenn auch in einer Reihe von Kantonen diese Art der gleichzeitigen Besteuerung der Aktiengesellschaften und der Aktionäre noch ein unbekanntes Terrain bedeutet, so müssen sich diese Kantone nach der Ansicht richten, die in einer Reihe von andern Kantonen schon längst oder erst kürzlich zum Durchbruch gekommen ist, und die dahin geht, dass diese Art der Heranziehung des einzelnen Aktionärs nicht etwas Unbilliges und Ungerechtes sei.

Aber warum ich ganz besonders namens der Kommission Sie bitten möchte, diesen Antrag abzulehnen, liegt darin begründet, dass, wenn Sie hier eine Entlastung schaffen, indem Sie den Aktionär nicht besteuern, wenn die Aktiengesellschaft schon besteuert ist, Sie damit erreichen, dass die Aktiengesellschaften viel weniger zur Steuer herangezogen werden, als es nach unserem Antrage der Fall ist. Es müsste das ganze Steuergebäude geändert werden und es müssten die Aktiengesellschaften in einer ganz andern Weise herangezogen werden. Das lässt sich aber nicht aus dem Handgelenk machen, sondern bedürfte neuer Aufstellungen und Berechnungen, um schliesslich denselben Ertrag aus den Aktiengesellschaften herauszuholen.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Je serai très bref étant donné qu'hier déjà, dans mon rapport, j'ai touché cette question. Je voudrais souligner cependant le fait que le projet du Conseil fédéral

prévoit que l'impôt sera payé sur la fortune nette. C'est juste, mais cela n'empêche pas que, sur ce point, le projet est certainement beaucoup plus tolérant qu'un certain nombre de lois fiscales cantonales qui n'autorisent pas le contribuable à défalquer toutes ses dettes chirographaires. On ne défalque, dans certains cantons, que les dettes hypothécaires et encore à condition qu'elles soient constituées dans la forme d'une obligation hypothécaire. Par conséquent, lorsqu'il s'agit d'un simple compte courant garanti par l'hypothèque ordinaire, on n'admet pas cette dette à la défalcation, de sorte qu'en définitive, le contribuable doit payer l'impôt de biens qui ne lui appartiennent pas. La solution proposée par la commission est certainement fiscalement beaucoup plus équitable. Notons cependant que l'imposition simultanée de l'action chez le porteur du titre et celle de la société par actions constitue en apparence une double imposition. Nous ne voulons pas discuter le problème juridique et tout théorique de la double imposition. Soulignons cependant que le Tribunal fédéral a toujours considéré que lorsqu'il s'agissait d'un double impôt réclamé par le même fisc, les conditions de la double imposition, dans le sens juridique du terme, n'étaient pas réalisées. Sortons de ce terrain théorique et abordons la question au fond, parce qu'en définitive la question doit être posée comme ceci: Est-ce que l'impôt réclamé aux sociétés par actions additionné de la cote prélevée chez le porteur du titre constitue une imposition globale exagérée? Je ne le crois pas. Il faut reconnaître, en effet, que malgré le risque inhérent à ce genre de placement, il donne au capitaliste la possibilité de faire fructifier d'une façon, je dirai presque anormale dans certains cas, les capitaux qui ne lui rapporteraient qu'un intérêt bien inférieur s'ils étaient placés sous forme d'obligation. Le capitaliste peut par conséquent, sans que personnellement il participe à l'administration ou fournisse un effort intellectuel ou physique, percevoir un intérêt bien plus considérable que celui qu'il percevrait s'il disposait de son argent sous forme de prêt ordinaire. Il y a donc dans cette possibilité d'un gain extraordinaire un motif de le traiter d'une façon un peu exceptionnelle. Si le capitaliste prête son argent sous forme d'obligation, il n'y a pas de doute et il ne fait de doute pour personne qu'il doive alors l'impôt sur la fortune concernant cette obligation. Cette obligation sera comptée lorsqu'il s'agira de déterminer la consistance de sa fortune. Mais ce capital prêté sous forme d'obligation à une société par actions constitue aussi une part de l'instrument de travail de cette société par actions et celle-ci, frappée sur son bénéficiaire, payera aussi en une certaine forme, dans ce sens, une espèce de double imposition. Je ne vois par conséquent pas qu'il y ait lieu de faire une différence considérable entre l'action et l'obligation considérée dans le portefeuille du particulier. La société anonyme payera un impôt variant de 2 à 10 pour mille suivant qu'elle fera des affaires très brillantes ou qu'elle gagnera moins. Et encore, ne faut-il pas oublier qu'il s'agit d'une imposition unique. Par conséquent, je crois aussi que nous ne devons pas troubler le calcul fait par les experts et en particulier l'échelle dressée par la statistique. Ne modifions pas la norme proposée, ni toute cette organisation, parce qu'on ne voit pas très bien qu'elles seraient les conséquences financières de ces changements sur le produit de l'impôt. M. de Meuron ad-

mettra avec nous que les actions sont en grande partie la propriété de contribuables possédant de grosses fortunes imposées suivant un système de progression très rapide. Je crois qu'il en résulterait une diminution de rendement assez considérable. Par conséquent, je me joins à ce que notre honorable collègue M. Eugster a dit tout à l'heure et je déclare ne pouvoir agréer la proposition faite par M. de Meuron qui, à certains points de vue, a beaucoup pour elle. Mais puisqu'il s'agit d'un impôt extraordinaire, je crois que nous devons suivre le système proposé et tâcher d'arriver à une solution pratique, c'est-à-dire à réaliser un montant considérable.

Sträuli: Wenn wir die verschiedenen Anträge überblicken, die zu Al. 2 gestellt worden sind, so müssen wir nach meiner Ansicht zu der Ueberzeugung gelangen, dass die Antragsteller zum grossen Teil von einer unrichtigen Voraussetzung ausgegangen sind, insofern, als sie davon ausgehen, es handle sich im heutigen Moment um ein eidgenössisches Steuergesetz, das wir mit allen Details und mit aller Finesse durcharbeiten und in jedem einzelnen Punkte zehnhis zwanzigmal prüfen sollen, bevor es zum Gesetz gemacht wird. Darum handelt es sich nicht, es handelt sich darum, die Grundlage zu schaffen für die einmalige Erhebung der Kriegssteuer. Da erinnere ich Sie an die beweglichen Worte, die heute vormittag der französische Berichtstatter, Herr Musy, der selbst kantonaler Finanzdirektor ist, darüber gemacht hat, wie die Auflegung dieser einmaligen Bundessteuer eine verhältnismässig sehr grosse Arbeit von den Kantonen verlangen werde. Das führt uns dahin, zu sagen, dass wir den Bundesbeschluss möglichst einfach gestalten sollen, damit die Anwendung in der kurzen Zeit, da sie geschehen soll, nicht fast unmöglich sein wird.

Was ich hier sage, bezieht sich z. B. auf die Anträge des Herrn Dr. Schmid und des Herrn Prof. Schenkel. Wenn es sich um den Erlass eines bleibenden Steuergesetzes handeln würde, liesse sich darüber reden; aber hier, wo es sich darum handelt, die Grundlage für eine einmalige Steuererhebung zu schaffen, sind sie wegen ihrer Kompliziertheit unannehmbar.

Ich glaube, das Gesagte gilt aber auch für den Antrag des Herrn de Meuron, der dahin geht, die sogenannte double imposition bei den Aktiengesellschaften zu streichen. Die Besteuerung der Aktiengesellschaften ist in der Theorie eine sehr bestrittene und vielfach besprochene Frage. Ich denke, Herr de Meuron wird damit einverstanden sein, wenn wir sagen, es sind sowohl gute Gründe für die eine wie für die andere Ansicht anzuführen. Jedenfalls wird man nicht ohne weiteres sagen können, das System, das der Bundesrat gewählt hat, sei ein durchaus falsches und verwerfliches. Wenn das der Fall ist, dann sage ich das ganz Gleiche wie bei den übrigen Anträgen. Dann dürfte man einen praktischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen, d. h. auf den Ertrag sehen und sagen: Wenn man sich auch in einem eidgenössischen oder kantonalen Steuergesetz vielleicht noch energischer auseinandersetzen

müsste mit einer solchen Regelung der Dinge, so rechtfertigt es sich hier bei der Regelung der Kriegssteuer nicht, das zu tun, wo wir sowieso eigentlich etwas enttäuscht sind über den nicht grossen Ertrag der Bundessteuer.

Die Opposition hat aber einen etwas tieferen Grund. Ich glaube, Herr de Meuron und seine Mitunterzeichner können gegen das, was ich gesagt habe, nicht viel einwenden. An die Regelung der Dinge, wie wir sie hier vornehmen, knüpfen sich aber auf der einen Seite Hoffnungen, auf der andern Befürchtungen. Die einen befürchten, dass die Grundsätze, die wir hier aufstellen, sich nach und nach in den Kantonen einschleichen werden, die andern hoffen das. Ich bin bei denjenigen, die das hoffen, und zwar deshalb, weil wir ganz sicher den Bundesrat dazu beglückwünschen können, dass er bei seiner Vorlage nicht irgendeines der veralteten — wir haben solche genug — kantonalen Steuersysteme zum Vorbild genommen hat, sondern dass er aufbaut auf ein modernes, von sozialem Geiste getragenes Steuersystem, auf das Steuergesetz von Basel. Das ist auch ein Hauptgrund, der mich dazu bestimmte, gegen die Kontingente zu stimmen, weil die Kontingente nach den veralteten kantonalen Steuersystemen bezogen worden wären, während wir hier moderne, sozial richtige Grundsätze haben. Dies ergibt sich daraus, dass die Steuer, wie sie erhoben werden soll, den Charakter einer Besitzessteuer hat, einer Steuer, die von denjenigen bezogen wird, die etwas verdienen oder Vermögen besitzen. Dieser Charakter ist daraus ersichtlich, dass die Steuerbefreiung für die nicht begüterten Klassen in erheblichem Masse aufgenommen worden ist, dass eine ganz erhebliche Progression geschaffen wurde, und er ergibt sich drittens aus der Behandlung der Aktiengesellschaften.

Ich will nicht von der juristischen Seite der Frage sprechen, davon, dass nach der bundesgerichtlichen Praxis, wie die Herren Referenten ausgeführt haben, von einer double imposition nicht die Rede sein kann, sondern ich will davon sprechen, dass auch materiell vom Gesichtspunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit aus die beantragte Behandlung des Aktienkapitals gerechtfertigt ist. Es ist richtig, was Herr de Meuron ausgeführt hat, dass man in einer Reihe von Kantonen, in deren Steuersystemen man sich mit dieser Idee nicht abgefunden hat, entweder das eine oder das andere tut. Entweder sagt man, dass die Aktiengesellschaft ihr Kapital nicht zu versteuern braucht, während der Kapitalist seinen Aktienbesitz versteuern muss, oder umgekehrt. Das eine ist sicherlich so unrichtig wie das andere. Soll die Aktiengesellschaft das Kapital nicht versteuern? Erinnern Sie sich daran, welche gewaltige Faktoren der Volkswirtschaft heute die Aktiengesellschaften geworden sind; erinnern Sie sich daran, welche grossen Lasten sie den Gemeinden, Kantonen und dem Bund verursachen durch ihre mächtige Gestaltung, durch die grosse Ansammlung der Arbeiter; erinnern Sie sich auch daran, dass diese mächtigen Gebilde ohne persönliche Risiken derjenigen, die beteiligt sind, prosperieren und ihre Macht entfalten — und beantworten Sie dann die Frage, ob es richtig wäre, die Aktiengesellschaften, insbesondere bei einer ausserordentlichen Kriegssteuer, nicht in ganz erheblichem Masse heranzuziehen, oder ob man nicht sagen soll: Gerade ihr,

diese mächtigen wirtschaftlichen Gebilde, seid es in allererster Linie, die bei einer solchen Steuer belastet werden müssen. Ich kann mir nicht denken, unter welchen Gesichtspunkten man dazu kommen sollte, die Aktiengesellschaften in einem solchen Falle irgendwie zu schonen. Aber vielleicht die Aktionäre? Da wollen wir uns doch in die Stellung desjenigen versetzen, der in seinem Portefeuille eine Anzahl Aktien besitzt. Muss es ihm nicht merkwürdig vorkommen, wenn er sich sagt: Du hast die Bundessteuer zu tragen von deinem Vermögen, du hast auch Aktien, aber die ziehst du ab, die rentieren vielleicht am allerbesten, aber sie müssen nicht versteuert werden. Das ist etwas, was sicherlich nicht in die Anschauungen des heutigen Tages hineinpasst. Herr de Meuron hat gesagt, das sei alles recht und gut, aber tatsächlich sei das Aktienkapital und die Summe des Aktienbesitzes der einzelnen Aktionäre das gleiche. Vor einer solchen Anschauungsweise möchte ich sehr warnen. Die Besteuerung des Aktienkapitals ist ja nur ein Modus der Besteuerung der Aktiengesellschaft, nur ein Massstab, wie man die Aktiengesellschaften besteuern kann. Man könnte auch einen andern Massstab wählen, man könnte sagen, die Aktiengesellschaften sollen besteuert werden nach ihrem Gewinn oder nach der Grösse des Unternehmens im allgemeinen (Arbeiterzahl, Grundbesitz etc.). Messen kann man die Bedeutung eines Unternehmens eben am besten am Aktienkapital. Es gibt aber auch andere Möglichkeiten, die man bei den Genossenschaften gewählt hat. Hier berechnet man die Besteuerung nicht vom Aktienkapital, sondern von der Rendite. Man sagt, 8% der Rendite entspricht ungefähr der Versteuerung des Genossenschaftskapitals à 5%. Man könnte also auch bei den Aktiengesellschaften vom Reingewinn ausgehen. Wenn Sie sagen, es sei ungerecht, dass bei der Aktiengesellschaft das Aktienkapital und die Aktien besteuert werden, so müsste man es auch als ungerecht erklären, dass beim Genossenschafter der Genossenschaftsanteil besteuert wird und dazu die Reineinnahme der Genossenschaft. Sie sehen, die Besteuerung des Aktienkapitals ist nur eine Rechnungsweise, durch die man die Steuerkraft der Aktiengesellschaft misst.

Darum wäre es sicherlich unrichtig, wenn Sie dem ersten Antrage des Herrn de Meuron folgen würden. Ich möchte Ihnen ebenfalls empfehlen, ihn abzulehnen und diesen wichtigen Stein im Gebäude nicht auszubrechen.

M. le Président de la Confédération **Motta**: Deux mots seulement. Je veux me permettre de vous indiquer quelques chiffres et de vous démontrer l'impossibilité d'adopter les propositions de MM. Schenkel et Sigg, et celles de MM. de Meuron, Calame et Vassalli. Dans la législation des différents cantons, il existe trois systèmes absolument différents. Le premier ne frappe que les actionnaires; c'est le cas, par exemple, des cantons d'Obwald, Lucerne, Vaud, Valais, Genève. Le second système consiste à ne frapper que les sociétés par actions. C'est le

cas de Nidwald, Glaris, Zug, Soleure, etc. Enfin le troisième système, qui est celui de Bâle-Ville et d'Argovie, consiste à frapper l'actionnaire et la société par actions. Je remarque encore que la question s'est posée il y a deux ou trois ans dans le canton d'Argovie, que le vote populaire a été demandé sur cette innovation et que le peuple qui, d'ordinaire, ne fait pas bon accueil aux lois d'impôt, s'est prononcé à une immense majorité pour ce système qui consiste à frapper l'actionnaire et la société.

Quel sera le système de l'avenir? Dans quelle direction la législation en matière d'impôt marchera-t-elle? Je ne le sais, mais nous n'avons pas à nous occuper de cette question. Il s'agit simplement de réfléchir au fait que nous nous trouvons en présence d'un impôt de guerre et que cet impôt doit être le plus simple et le moins compliqué possible. C'est la raison excellente que M. Sträuli a invoquée contre la proposition de MM. Schenkel et Sigg (Zurich) et qui peut être votée contre toutes les autres propositions, car toutes celles qui ont été déposées compliquent malheureusement le système qui vous est présenté par le Conseil fédéral. Mais ce qu'il y a d'absolument essentiel dans la question, c'est la progression. Cette progression que prévoit le projet est supérieure à toutes les progressions connues dans les législations cantonales et j'ajoute encore dans les législations d'autres Etats. Cette progression est même supérieure, comme j'ai eu l'honneur de le dire lors de la discussion sur l'entrée en matière, à celle prévue lorsque l'Allemagne a voté, il y a deux ans, la contribution de guerre. Si vous enlevez à l'impôt son caractère de progression ou, pour parler d'une manière plus exacte, si vous affaiblissez cette progression, le projet perd sa caractéristique. Or c'est le résultat auquel vous conduirait l'adoption de la proposition de M. de Meuron. J'en citerai trois exemples: Celui d'un demi-millionnaire, l'exemple d'un millionnaire et celui d'un double millionnaire. On peut admettre, et l'hypothèse me semble-t-il est parfaitement raisonnable, que chacun d'eux a environ le cinquième de sa fortune constituée en actions. Mais je dois ajouter ici qu'en réalité, entre celui qui a une fortune d'un demi-million complètement en dehors des actions, et celui qui a une fortune d'un demi-million dont $\frac{1}{5}$ est en actions, personne ne fera une différence sensible.

Voyons donc maintenant les effets de la proposition de M. de Meuron. Une fortune d'un demi-million doit payer, d'après l'échelle, un impôt de 3300 frs. Si vous déduisez les 100,000 frs. d'actions, vous ne ferez payer à ce demi-millionnaire que 2052 frs. Entre les deux demi-millionnaires, l'un dont la fortune sera $\frac{1}{5}$ en actions et l'autre qui n'aura pas d'actions il y aura une différence d'impôt de 1248 frs.

Les exemples qui vont suivre sont encore plus frappants, parce qu'ils concordent avec l'ascension de la progression. Le millionnaire qui a 200,000 frs. de fortune en actions payerait 7332 frs.; celui qui aura également un million, mais pas d'actions, devra payer 11,172 frs.; différence pour le millionnaire qui, heureusement, a des actions au lieu d'avoir des obligations: 3840 frs. Arrivons au cas du double millionnaire. Celui qui n'a pas d'actions payera sur ses deux millions de fortune un impôt de 27,360 frs. Celui qui a placé le $\frac{1}{5}$ de sa fortune, soit 400,000 frs.,

en actions, même si celles-ci lui rapportent du 5, 8 ou 10% ou davantage, payera 6960 frs. de moins. Il suffit de vous avoir indiqué ces exemples pour vous démontrer que, abstraction faite de toute théorie ou, dans le cas spécial, de toute discussion sur les principes qui doivent inspirer une législation permanente, il n'y a qu'une seule bonne solution, c'est celle du Conseil fédéral et de votre commission.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	109 Stimmen
» » » Calame, de Meuron und Vassalli	26 »

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

**Kriegssteuer. Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42bis in die
Bundesverfassung. BB vom 15. April 1915**

**Impôt de guerre. Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42bis à insérer dans la
Constitution fédérale. AF du 15 avril 1915**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1915_002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.04.1915 - 08:00
Date	
Data	
Seite	58-89
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 330

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amfliches
stenographisches Bülletin

der
schweizerischen Bundesversammlung



N^o 6

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL

DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnement: Jährlich Fr. 2. — für die Schweiz, Fr. 6. — für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 2. —, Union postale frs. 6. —. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Nationalrat — Conseil national

Sitzung vom 14. April 1915, vormittags 8 Uhr — Séance du 14 avril 1915, à 8 heures du matin

Vorsitz: }
Présidence: } M. Bonjour.

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Artikels 42^{bis} in die Bundesverfassung.

Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42^{bis} à insérer dans la constitution fédérale.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 58 hievor. — Voir page 58 ci-devant.)

Schmid (Zürich): Ich habe Ihnen den Antrag gestellt, das steuerfreie Vermögen bei Personen ohne Erwerb auf 10,000 Franken und bei Personen mit Erwerb auf 5000 Franken anzusetzen. Zu diesem Antrag bin ich gekommen aus der Ueberlegung heraus, dass es nicht richtig sei, diese beiden Kategorien gleich zu behandeln in der Frage der Steuerbefreiung hinsichtlich des Vermögens. Die Vorlage der Kommission sieht eine besondere Behandlung der Steuerbefreiung von Personen ohne Erwerb nur vor bei Witwen mit Kindern und will da über 10,000 Franken hinausgehen. Ich bin damit durchaus einverstanden, wie auch mit den weiteren Erleichterungen, die eintreten sollen für Familien mit Kindern hinsichtlich des steuerfreien Erwerbes. Dagegen scheint mir nun, dass bezüglich der anderen Personen eine Unterscheidung gemacht werden sollte bei der Fixierung des steuerfreien Vermögens. Eine Person, welche keinen Erwerb hat, ist zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse vollständig auf ihr Vermögen, wenn sie solches hat, und dessen Ertrag angewiesen. Nun ist ohne weiteres klar, dass bei einem Vermögen von nur 10,000 Franken es solchen Personen einfach unmöglich ist, auch wenn sie keine Kinder haben, aus dem Ertrage dieses Vermögens zu leben. Sie sind gezwungen, das Vermögen anzugreifen,

und werden es, wenn sie nicht bald wieder zu Erwerb oder zu weiterem Vermögen kommen, in absehbarer Zeit gänzlich aufbrauchen. Da ist gewiss die gänzliche Befreiung bezüglich der Kriegssteuer begründet. Anders scheint mir aber die Frage da zu liegen, wo es sich um Personen handelt, die einen Erwerb haben und daneben noch Vermögen. Diese Personen bestreiten ihre Bedürfnisse in erster Linie aus ihrem Erwerb, und sie werden auf ihr Vermögen nur dann zurückgreifen müssen, wenn der Erwerb nicht ausreicht, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Das Vermögen ist mit andern Worten eine Reserve, die nur im Notfall angegriffen wird. Nun will mir scheinen, dass es nicht unbillig sei, wenn dann ein kleiner Beitrag an die Kriegssteuer erhoben wird, wenn diese Reserve den Betrag von 5000 Franken übersteigt. 5000 Franken werfen gegenwärtig bei einem Mindestzins von 4½ % 225 Franken an Zins ab, bei 10,000 Franken gibt es 450 Franken Zins. Die Steuer wird bei solchen Personen, die Vermögen zwischen 5000 und 10,000 Franken haben, 5 Franken betragen. Es ist dies nicht mehr als ein kleinerer Vereinsbeitrag, und sollte es für solche Personen gewiss nicht unmöglich sein, bei diesem nationalen Opfer diesen kleinen Betrag zu leisten.

Ich glaube, dem gegenüber kann nicht eingewendet werden, das gebe ja fast nichts. Ich bin der Meinung, dass wir im Schweizerlande herum ziemlich viel Personen haben, welche aus Ersparnissen und anderen Gründen solche kleine Vermögen im Betrag von 5000 bis 10,000 Franken haben; dass wir auch ziemlich viel solche Vermögen in den Steuerregistern von Kantonen haben, in denen nicht gut versteuert wird, bei Personen, die erheblich mehr haben und die dann eben auch keinen Beitrag an die nationale Steuer leisten müssen, wenn Sie bis auf 10,000 Franken Steuerbefreiung hinaufgehen.

Es kann auch nicht eingewendet werden, dass wir, wenn wir hier ebenfalls eine Steuer verlangen, die Mehrbesitzenden entlasten würden. Nach dem System, welches in der Vorlage enthalten ist, ist dies ganz ausgeschlossen, weil die Mehrbesitzenden nicht weniger bezahlen müssen, wenn auch die unteren Kategorien etwas bezahlen; es sind Klassen mit scharfer Progression nach oben, in der Erwägung, dass diese Personen imstande sind, Grosses zu leisten.

Es hat in der Eintretensdebatte Herr Sigg-Zürich bereits nicht nur gegen den Antrag des Herrn de Meuron, sondern auch gegen meinen Antrag Stellung genommen. Ich nehme an, es sei das geschehen in der Auffassung, dass durch meinen Antrag gerade auch die Arbeiterschaft in Mitleidenschaft gezogen würde. Ich halte dafür, dass diese Befürchtung nicht zutrifft; denn ich glaube, dass es nur sehr wenige Arbeiter sind, die ein Vermögen, sagen wir Ersparnisse über 5000 Franken besitzen und die dann dafür noch etwas leisten müssten an diese Steuer. Das war offenbar auch der Grund, warum der sozialdemokratische Finanzdirektor des Kantons Zürich in der Konferenz der Finanzdirektoren dafür eingetreten ist, dass das steuerfreie Vermögen nicht höher als 5000 Franken angesetzt werde. Hätte er die Ueberzeugung gehabt, dass die Arbeiterschaft dadurch in unbilliger Weise zur nationalen Steuer herangezogen würde, so hätte er jedenfalls das nicht getan. Mir scheint, es werde eine Steuer auf Vermögen von 5000—10,000 Franken wesentlich den kleinen Mittelstand und die Leute auf dem Lande treffen; aber ich habe nun doch das Vertrauen, dass diese Leute den kleinen Beitrag an dieses nationale Opfer nicht ablehnen würden. Ist doch die Grenzbesetzung und der Schutz, welcher dem Lande dadurch erwachsen ist, nicht nur den Vielbesitzenden zugute gekommen, sondern auch den weniger Besitzenden hinsichtlich Erwerb und Vermögen.

Aus diesen Gründen möchte ich Ihnen empfehlen, dem gestellten Antrag zuzustimmen, und glaube, dass es guteidgenössisch wäre, wenn auch von solchen Personen, die solche kleine Vermögen und daneben auch noch Erwerb haben, auch ein etwelcher Beitrag an diese einmalige Landessteuer geleistet würde. Ich möchte darum nachsuchen, dass mein Antrag bei der Abstimmung zuerst dem Antrag des Herrn de Meuron gegenübergestellt wird, und dann, was dabei herauskommt, dem Antrag der Kommission.

Weber (St. Gallen): In der Annahme, dass sämtliche zum zweiten Absätze des Verfassungsartikels gestellten Anträge nacheinander zur Diskussion im Rat gelangen, erlaube ich mir, den Antrag wieder aufzugreifen, den der Bundesrat bereits zum Beschluss

erhoben und dem auch eine Minderheit der nationalrätlichen Kommission beigespflichtet hatte, nämlich die Erhöhung des Existenzminimums für den Erwerb von 2500 auf 3000 Franken. Es sind Gründe prinzipieller und praktischer Natur, welche dafür sprechen, diesen Antrag noch einmal aus der Versenkung herauszuziehen. Ich erinnere Sie an dasjenige, was Herr Bundespräsident Motta auseinandergesetzt hat, nämlich dass die Kriegssteuer nur ein Glied in der Kette von Massnahmen bilde, die den Zweck haben, die Kriegsfolgen zu mildern und allmählich zu beseitigen. Ferner möchte ich dasjenige unterstreichen, was gestern von einer ganzen Reihe von Rednern festgestellt wurde, dass es sich bei dieser Kriegssteuer in erster Linie um eine Besitzessteuer handelt. Infolgedessen ist logischerweise in erster Linie die Besteuerung des Vermögens in Betracht gezogen worden, und erst nachher ist man dazu gekommen, auch den Erwerb steuerpflichtig zu erklären. Daraus folgt wohl, dass zwischen den Ansätzen, die für die Besteuerung des Vermögens aufgenommen wurden, ein gewisses Verhältnis hergestellt werden muss zur Belastung derjenigen Einkommenssteuerpflichtigen, die ebenfalls zur Steuer herangezogen werden.

Nun ist zu sagen, dass nach allgemeiner Auffassung die vorgesehene Besteuerung des Vermögens sich in ausserordentlich bescheidenem Rahmen hält: 240 Franken Steuer für ein Vermögen von 100,000 Franken. In der Dezembersession ist von demokratischer Seite die Auffassung vertreten worden, dass wohl zum mindesten eine Besitzessteuer von 1% erhoben werden sollte. Wenn von 100,000 Franken Vermögen bloss ein Tribut in der Höhe von 240 Franken verlangt werden will, so liegt die Frage ausserordentlich nahe, ob es richtig sei, kleine Leute mit einem Einkommen von 2500 bis 3000 Franken überhaupt in die Steuer einzubeziehen. Dann ist vor allem nach der Auffassung des Herrn Bundespräsident Motta offenbar zu berücksichtigen, ob nicht gewisse Bevölkerungskreise durch ein anderes Glied in der geschilderten Kette von Kriegsmassnahmen bereits mehr oder weniger belastet wurden. Das trifft in erster Linie auf das Verkehrspersonal zu, das in sehr weitgehendem Masse bereits eine Kriegssteuer hat entrichten müssen in der Form des Wegfalls der Besoldungserhöhung pro 1915. Das macht bei den Bundesbahnen einen Betrag von mehr als 7 Millionen und bei der Post einen solchen von mehr als 3 Millionen Franken aus. Bei einer einzigen Kategorie ist ein derartiges Kriegsoffer von 300,000 Franken zu verzeichnen. Aber nicht nur das Personal der öffentlichen Verwaltungen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden ist in dieser Weise tributpflichtig gemacht worden, sondern auch Angestellte von Privatgewerben. Ich denke da beispielsweise an die st. gallische Stickereiindustrie, wo Lohnabzüge anfänglich in sehr ausgedehntem Masse, bis auf 50% der normalen Ansätze, stattgefunden haben. Bei diesen Leuten liegen die Verhältnisse nun heute so, dass mehr als einer, der in normalen Jahren ein Salär von 4000 bis 5000 Franken bezogen hat, heute vielleicht nur noch 2800 Franken Gehalt bezieht, wobei ich gerne zugeben will, dass die Besoldungsverhältnisse in der letzten Zeit sich wieder etwas gebessert haben. Aber immerhin wird, sofern Sie gemäss dem Antrag der Mehrheit der Kommission die Grenze der Kriegssteuerpflicht auf 2500 Franken ansetzen,

mehr als einer erwerbssteuerpflichtig, der schon bisher in sehr empfindlicher Weise durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

In der bundesrätlichen Botschaft ist ohne weiters zugegeben worden, dass das Kapitel der Steuereinschätzung bei der Kriegssteuer ein nicht ganz einwandfreies sei, dass da zugegeben werden müsse, dass Ungleichheiten und Unebenheiten entstehen werden mit Rücksicht auf die verschiedenartige Gesetzgebung der Kantone auf dem Gebiet des Steuerwesens. Diese Ungleichheiten und Unebenheiten in der Einschätzung ganz besonders treffen in erster Linie das von mir genannte Personal öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, dessen Einkommensverhältnisse bekannt sind sozusagen bis auf den letzten Rappen. Es hat ja der Bundesrat den Direktionen der eidgenössischen Betriebe geradezu die Weisung erteilt, die Gehaltslisten den Steuerbehörden zur Einsicht zu unterbreiten. Infolge dieses Umstandes werden bei der von der Mehrheit der Kommission vorgesehenen Besteuerung die Beamten und Angestellten der öffentlichen Betriebe ganz besonders intensiv zur Steuer herbeigezogen werden.

Es hat gestern Herr Häberlin dem Gedanken Ausdruck gegeben, dass ein Weg gefunden werden sollte, um zu ermöglichen, freiwillige Beiträge zugunsten der Kriegssteuer anzunehmen, ein an sich gewiss recht schöner Gedanke. Mit Rücksicht auf diesen Gedanken glaube ich, dass auch dasjenige in Betracht zu ziehen ist, was von einer ganzen Reihe von Bevölkerungskreisen und gerade von solchen, die hier in Frage stehen, durch die Veranstaltung von Hilfsaktionen geschieht.

Ich mache darauf aufmerksam, dass ein einziger Eisenbahnerverband auf dem Wege der Hilfsaktion 70,000 Franken aufgebracht hat, das Postpersonal die Summe von über 100,000 Franken. Auch in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten ist eine derartige Hilfsaktion in grossem Stile durchgeführt worden. Dadurch wurden viele kleinere Angestellte, die infolge der Kriegereignisse brotlos geworden sind, oder deren Einkommen sich bedeutend verschlechtert hat, über Wasser gehalten, und die Armenbehörden, die Heimatbehörden, sind auf diesem Wege ganz bedeutend entlastet worden.

Nun wird geltend gemacht, dass die einfache Steuer bei 2500—2700 Franken Erwerb nur 12 Fr. 50 ausmache und bei einem Einkommen von 2500—3000 Franken 20 Fr. 25, dass deshalb von einer sehr wesentlichen Belastung nicht gesprochen werden könne, sondern dass diese Steuerbeträge wohl geleistet werden können von denjenigen Personen, welche hier in Betracht fallen. Vergessen Sie aber nicht, dass solche Beträge bei Einkommenssteuerpflichtigen mit niedrigen Einkommen in der gegenwärtigen Zeit förmlich vom Munde abgespart werden müssten und dass damit indirekt eine Verschlechterung der Lebenshaltung eintreten wird, also etwas, das wir aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen eben vermeiden sollten.

Was die finanziellen Folgen meines Antrages anbetrifft, so haben diese keine grosse Bedeutung. Es soll nach der Auffassung des Bundesrates die Einkommenssteuer 4—5 Millionen Franken abwerfen. Es kann sich also da nicht um eine Summe handeln, welche für das finanzielle Resultat der Kriegssteuer irgendwie wesentlich in Betracht fällt. Wenn Herr

Sigg gestern den Antrag geltend machte, dass auch die Bauern von demselben profitieren würden, gerade diejenige Gesellschaftsklasse, die aus dem Kriege Vorteile ziehe oder doch nicht stark mitgenommen worden sei, so ist zu sagen, dass wir Steuergesetzgebungen haben, wie im Kanton Graubünden, durch welche die landwirtschaftliche Bevölkerung, was den Erwerb anbetrifft, überhaupt nicht belastet wird. Im allgemeinen kann man nicht sagen, dass auf der ganzen Linie die landwirtschaftliche Bevölkerung aus dem Kriegszustande beträchtliche Vorteile gezogen habe. Ich kenne aus dem St. Gallischen Kleinbauern, die mehr als je einen empfindlichen Existenzkampf zu kämpfen haben mit Rücksicht auf die ganz ausserordentlichen Zinslasten, die auf ihnen liegen.

Ich gebe nun zu, dass ein gewisses Entgegenkommen an den Standpunkt des Sprechenden ausgedrückt liegt sowohl im Antrag der Kommission des Nationalrates, als besonders auch im Vorschlag, den Ihnen die Herren Schenkel und Sigg unterbreitet haben. Der Antrag der nationalrätlichen Kommission hat nur den Nachteil, dass er zu wenig bestimmt formuliert ist, dass es den kantonalen oder Gemeindebehörden überlassen wird, bei dem einzelnen Steuerpflichtigen das Mass des vorgesehenen Entgegenkommens festzusetzen. Bestimmter lautet der Antrag der Herren Schenkel und Sigg; der Gedanke, bei der Festsetzung des Steuermasses Rücksicht zu nehmen auf die Kinderzahl des Steuerpflichtigen, also auch bei uns eine gewisse Kinderprämie einzuführen, wird sympathisch berühren. Auf der andern Seite wird allerdings zu sagen sein, dass aus diesem Antrag auch Steuerpflichtige profitieren, die über ein Einkommen von 4 und 5000 Franken verfügen und infolgedessen der Wohltat eines solchen Antrages nicht sehr bedürftig sind.

Ich glaube, die Annahme des vom Sprechenden gestellten Antrages würde im Interesse eines möglichst günstigen Ausfalles der eidgenössischen Volksabstimmung über die Kriegssteuer liegen. Ich zweifle zwar durchaus nicht daran, dass eine zustimmende Mehrheit zustande kommen wird; aber je mehr Sie die Kriegssteuer auf die Grundlage von Recht und Gerechtigkeit, vor allem der sozialen Gerechtigkeit stellen, desto eher dürfen Sie auf eine nahezu einstimmige Annahme des Vorschlages in der Volksabstimmung hoffen. Als Demokrat setze ich alles Vertrauen in die staatspolitische Einsicht des Volkes, und ich habe es deshalb gestern nicht recht verstanden, dass Herr Kollege Jäger, mit dem ich vor Jahren im Aargau eifrig die Sturmglocke gegen ein veraltetes System repräsentativer Demokratie gezogen habe, die Meinung zum Ausdruck gebracht hat, dass man eine solche Volksbefragung hätte vermeiden können.

Was ist grösser und was wird einen bedeutenderen Eindruck machen im In- und Auslande, wenn auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes das Schweizervolk die Steuer selbst beschliesst, die notwendig ist, um die Kosten der Grenzbesetzung, den Schutz unserer nationalen Selbständigkeit zu bestreiten, oder wenn Sie von oben herab die Steuer dem Volke dekretieren? Was zeugt besser von der Lebenskraft der Demokratie, als wenn in so kritischer Zeit, wo rings um unser Land herum die verfassungsmässigen Garantien aufgehoben sind, wo die militärische und politische Diktatur herrscht, das freie Schweizervolk aus seinem freien Willen und selbstbewusst seine Schicksale selbst be-

stimmt. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, meinem Antrag beizupflichten.

Eigenmann: Ich erlaube mir, den Antrag des Herrn de Meuron auf Herabsetzung des steuerfreien Vermögens auf 5000 Fr. zu unterstützen, und zwar mehr von allgemeinen Gesichtspunkten aus. Nicht die Erhebung einer Kriegssteuer an sich, sondern die Art und Weise, das Prinzip, wie dieselbe erhoben werden soll, hat in weiten Kreisen der Bevölkerung Aufsehen erregt.

Dass die durch die Mobilmachung unserer Armee bedingten ausserordentlichen und gewaltigen Kosten durch ausserordentliche Steuern gedeckt werden müssen, das begreift jedermann. Dagegen ist es weniger verständlich, dass diese Steuer nur von gewissen Volksklassen getragen werden soll, dass sie mit andern Worten eine Klassensteuer sein soll. Wenn es bei irgend einer Steuer gerechtfertigt ist, dass alle Steuerpflichtigen zu derselben beitragen, so ist das bei der Kriegssteuer der Fall. Jedermann hat ein hohes Interesse daran, dass unsere Landesgrenzen geschützt werden und dass wir vor den Verheerungen eines Krieges bewahrt bleiben. Man sagt nun, die Kriegssteuer sei eine Besitzsteuer. Richtig ist, dass man die Kriegssteuer zu einer Besitzsteuer gemacht hat. Es ist das natürlich bei jeder Steuer leicht zu bewerkstelligen; man braucht sie nur entsprechend zu verteilen. Ein solches Steuerprinzip, nach welchem wie hier nur $\frac{1}{4}$ aller Steuerpflichtigen in Mitleidenschaft gezogen wird und die übrigen $\frac{3}{4}$ leer ausgehen, findet natürlich leicht Anklang und ist beim Volke gut durchzubringen; ich teile da die Befürchtungen des Herrn Weber nicht, dass, wenn das steuerfreie Minimum für das Einkommen nicht auf 3000 Fr. erhöht werde, die Kriegssteuer nicht angenommen werde. Das Prinzip, das hier vorgeschlagen wird, erscheint mir als ein gefährliches.

Man bringt weiter zur Entschuldigung der Art und Weise der Erhebung der Kriegssteuer vor, dass es sich nur um eine einmalige Steuer handle. Einmal ist keinmal, sagt man. Ich erinnere mich sehr gut daran, dass uns auf der Schulbank die Mahnung erteilt wurde, wir sollten uns ja nie auf dieses Sprichwort berufen. In der Presse und auch im Rate, speziell auch von seite des Herrn Berichtstatters, ist darauf hingewiesen worden, es handle sich bei der Kriegssteuer um eine Opfertat und es werde sich die Opferfreudigkeit des Volkes ganz sicher bei der Abstimmung zeigen. Ich glaube doch, man dürfte etwas genauer untersuchen, wie es mit dieser Opferfreudigkeit steht. Wo ist die Opferfreudigkeit bei jenen 75%, welche nichts bezahlen, und wie steht es mit der Opferfreudigkeit bei den 25%, welche zu zahlen gezwungen werden? Ich glaube, man dürfte etwas zurückhaltender sein mit der Proklamation dieser Opferfreudigkeit.

Ich komme immer und immer wieder zu der Ansicht, dass die Kriegssteuer, wie sie hier geordnet ist, nicht in gerechter Weise geordnet sei. Dieses Gefühl besteht übrigens auch bei einer grossen Zahl derjenigen, welche zur Steuer nicht herangezogen werden. Herr Häberlin und auch mein Nachbar zur Rechten haben das in sehr treffender Weise ausgeführt.

Zu der Ansicht des Herrn Häberlin könnte ich mich nicht bekennen, dass im Wege der Freiwilligkeit

hier etwas Wesentliches zu erreichen ist, schon deshalb nicht, weil die Kriegssteuer ja erst im Jahre 1916 erhoben wird, zu einer Zeit, wo vielleicht die Stürme des Krieges sich gelegt haben werden.

Herr Dr. von Streng hat namens der konservativen Partei die Erklärung abgegeben, die Erhebung einer Kriegssteuer dürfe kein Präjudiz für die Zukunft bedeuten, kein Präjudiz eventuell für die Erhebung einer Bundessteuer. Ich bin damit durchaus einverstanden. Allein, dass man nicht in allen Parteien so denkt, das geht aus dem Votum des gestern zum Doktor promovierten Herrn Wullschleger hervor. (Heiterkeit.) Ich meinerseits halte es mit Herrn Wullschleger nicht für ausgeschlossen, dass später vielleicht eine Bundessteuer doch kommt. Und dann wie steht es, wenn wir unsere Truppen noch längere Zeit unter den Fahnen behalten müssen, was voraussichtlich der Fall ist? Wird dann die Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer ausreichen? Ich glaube nicht; wir wollen es zwar hoffen; aber ob diese Hoffnung sich erfüllt, ist eine andere Frage. Man hat schon aus diesen Gründen alle Ursache, bei der Festlegung der Grundsätze für die Erhebung einer Kriegssteuer sehr vorsichtig zu sein und eine möglichst gerechte Besteuerung vorzusehen.

Konsequenterweise sollte man zu einer Kriegssteuer alle Steuerpflichtigen heranziehen. Allein im jetzigen Moment hätte natürlich ein derartiger Antrag keine Aussicht auf Erfolg. Ich stelle daher keinen solchen, schliesse mich aber dem Antrag des Herrn de Meuron an, welcher mit dem steuerfreien Vermögensminimum auf 5000 Fr. hinabgehen will. Ich weiss ja ganz gut, dass auch dieser Antrag sehr wenig Aussicht auf Annahme hat. Allein es liegt mir daran, heute zu konstatieren, dass das Prinzip für die Erhebung der Kriegssteuer nicht gerecht ist; es liegt mir das speziell deshalb daran, weil nach meiner Meinung es nicht ausgeschlossen ist, dass die Prinzipien, wie sie hier festgelegt sind, später wenigstens etwelchemassen auch für die Erhebung einer Bundessteuer und namentlich auch für die Erhebung einer weiteren Kriegssteuer massgebend sein werden.

Ich empfehle Ihnen den Antrag des Herrn de Meuron.

Sckenkel: Im Namen der sozialdemokratischen Gruppe habe ich Ihnen den Antrag zu stellen, Sie möchten in Al. 2 folgende Aenderung vornehmen: «Für Witwen ohne Erwerb mit Kindern wird das steuerfreie Vermögen erhöht. Für Familien ohne Vermögen wird der steuerfreie Erwerb um Fr. 100 für jedes Kind unter 18 Jahren erhöht.» Das Gesetz, das die Steuer regeln soll, leidet an einer Krankheit, nämlich der, dass man versucht, diese ganze Sache auf möglichst einfache Art und möglichst mechanisch durchzuführen. Und es ist selbstverständlich, dass gerade das Mechanische es mit sich bringt, dass diese Vorlage grosse Härten in sich schliesst. Es ist gestern von Herrn Sträuli gesagt worden, man sollte alles vermeiden, um die Vorlage zu komplizieren. Ja, man kann schon alles vermeiden. Man kann die Sache so einfach als möglich machen. Aber dadurch wird die Zahl der Ungerechtigkeiten und Härten ganz entschieden bedeutend erhöht, und ich glaube, bloss deswegen,

um die Sache etwas leichter zu machen, dürfen wir nicht ohne weiteres alle diese Härten und Ungerechtigkeiten schlucken.

Ueber die erste Hälfte unseres Antrages ist folgendes zu bemerken: Wenn heute eine Witwe mit Kindern ein Vermögen von Fr. 10,000 hat und sie auf den Ertrag dieses Vermögens angewiesen ist, so befindet sie sich sicher nicht in einer beneidenswerten Lage. Sie wird, wie heute jedermann, ihr Aeusserstes tun müssen, um nur ihre Kinder durchbringen zu können, und ich empfinde es als eine Härte, wenn eine solche Frau nun auch noch einen Beitrag an die Kriegssteuer leisten soll. Es soll deswegen das steuerfreie Vermögen hier erhöht werden.

Ich habe hier einigen Einwendungen zu begegnen, die mir nach Bekanntwerden des Antrages zu Ohren gekommen sind. Es wird vielfach dieses steuerfreie Vermögen mit einem steuerfreien Teil des Vermögens verwechselt. Es handelt sich ja nicht darum, dass von einem Vermögen ein bestimmter Teil der Steuer entzogen und bloss der Rest versteuert wird, sondern es handelt sich darum, dass, wenn das Vermögen eine bestimmte Grenze, in diesem Falle 10,000 Fr., nicht überschreitet, es überhaupt steuerfrei ist. Sobald aber diese Grenze überschritten ist, wird das Ganze versteuert. Es kann also da nicht der Fall eintreten, dass durch diese Ergänzung irgendwie Witwen, die über grössere Vermögen verfügen, profitieren.

Was nun den zweiten Teil des Antrages anbelangt, so ist folgendes zu betonen. Ich gebe zu, dass für ledige Personen und für Familien ohne Kinder eine Summe von Fr. 2500 gross genug ist, dass sie eine Steuer, wie sie in der Tabelle angesetzt ist, wohl zu entrichten vermögen. Wesentlich anders ist es, sobald Kinder in der Familie sind, und zwar ist die Aenderung schon ganz bedeutend, wenn nur ein einziges Kind da ist, geschweige wenn mehrere vorhanden sind. Mit dem Momente, wo Kinder in der Familie sind, ist die Hausfrau nicht mehr imstande oder nur in beschränktem Masse, auch dem Erwerb nachzugehen. Es wird der ganze Haushalt durch die Anwesenheit des Kindes verteuert und infolgedessen sind die Leute bei gleichem Einkommen entschieden weniger gut gestellt, als andere ledige Personen und kinderlose Ehepaare mit dem gleichen Verdienst.

Sobald die Zahl der Kinder einigermaßen grösser ist, werden die Verhältnisse direkt schwierig. Nehmen wir eine vier- oder fünfköpfige Familie, so ist es da schon schwierig, wenn sie mit einem Einkommen von Fr. 2500 unter den gegenwärtigen Verhältnissen auskommen wollen. Hat die Familie aber gar acht oder zehn Köpfe, so ist es schon mehr ein Kunststück, bei den heutigen Preisen der Lebensmittel eine solche Familie anständig durchzubringen. Es kommen da noch verschiedene Sachen in Betracht. Wenn wir bedenken, wie ausserordentlich verschieden das Einkommen eingeschätzt wird, wenn wir beobachten, dass auf der einen Seite die Fixbesoldeten ihr gesamtes Einkommen ohne irgendwelche Abzüge zu versteuern haben, wie das heute in den meisten Kantonen der Fall ist, wenn wir sehen, dass auf der andern Seite grosse Teile der Bevölkerung als Einkommen bloss das angeben, was sie über ihren Unterhalt hinaus verdienen, wenn wir diese grossen Diffe-

renzen sehen, müssen wir sagen, dass diese Vorlage, wie sie gegeben ist, eine ausserordentliche Härte bedeutet für die Fixangestellten, welche eine kinderreiche Familie haben. Wir sehen, dass diese Familien sowieso schon ausserordentlich belastet sind. Herr Weber hat Ihnen gesagt, wie gross die Belastung ist, speziell für die Angestellten des Bundes, der S. B. B., der Post usw., wie diese Leute schon ein ausserordentliches Opfer haben bringen müssen, und gerade sie kommen in die Kategorie derjenigen, deren Einkommen ganz genau auf Heller und Pfennig bekannt ist. Dazu kommt aber noch eine ganze Reihe anderer Angestellter, deren Erverbsverhältnisse ebensogut bekannt sind und die dadurch ebenfalls ausserordentlich schwer belastet werden. Für diese Leute wird es eine drückende Last, wenn sie neben dem andern, der Verteuerung der Lebensmittel, der Erhöhung der kantonalen, der Gemeindesteuer usw., nun auch hier noch bei der Kriegssteuer einen Beitrag leisten müssen.

Man sagt wohl, es ist eine ausserordentlich kleine Belastung, welche die Leute dadurch erfahren. Es handelt sich bei einem Vermögen von Fr. 10,000 und einem Einkommen von Fr. 2500 nur um wenige Franken. Wenn Sie aber bedenken, wie ausserordentlich genau diese Leute rechnen müssen, so müssen Sie nicht sagen, dass hier eine Ausgabe von nur Fr. 5.— in einem solchen Haushalt keine Rolle spiele, sie kann ein ganz bedenkliches Problem werden. Ich gebe zu, dass die meisten von Ihnen sich wohl kaum in diese Situation hincindenken können, dass eine kleine Summe von Fr. 5.— schon schweres Kopferbrechen verursacht. Tatsache ist aber, dass in diesen Familien eine solche Extraausgabe von Fr. 5.— etwas sehr Wichtiges ist und eventuell dazu führt, dass für einige Tage der sonst schon mager besetzte Tisch noch schlechter besetzt werden muss.

Ich komme noch kurz zu sprechen auf die Schwierigkeiten, welche unser Antrag bringen soll. Ich kann nicht einsehen, dass diese Schwierigkeiten so ausserordentlich seien. Es dürfte absolut nicht schwer fallen, auf den Einschätzungszettel eine Rubrik zu machen, wo die Zahl der Kinder angegeben ist, und das wäre ja das einzige, was man zu wissen hätte. Dass von den Betreffenden riskiert würde, falsche Angaben zu machen, das glaube ich nicht. Denn nichts wäre leichter zu kontrollieren als gerade diese Angaben. In denjenigen Kantonen, wo bereits beim Steuerbezug die Zahl der Kinder mit in Betracht gezogen wird, hat die Sache sowieso keine Schwierigkeit. In anderen Kantonen, wo dieses jedenfalls von allen als gerecht anerkannte Prinzip noch nicht eingeführt ist, da wäre gerade Gelegenheit, um die betreffenden Kantone bekannt zu machen mit diesem schönen Grundsatz, der überall eingeführt werden sollte.

Und wenn auch meinerwegen eine kleine Komplikation eintreten sollte in der Ausführung der Vorlage, so dürfen Sie nicht vergessen, dass Sie durch Annahme unseres Antrages der ganzen Vorlage entschieden etwas von der Härte nehmen, welche ihr anhaftet. Während auf der einen Seite gesagt wird, dass viele von der Steuer nicht ergriffen werden, die sehr wohl einen Beitrag leisten könnten, so muss man auf der andern Seite auch wieder sagen, es werden viele von der Steuer betroffen, die effektiv nicht imstande sind, aus dem Wenigen, was sie verdienen

oder besitzen, etwas abzugeben. Und wenn man auf der einen Seite nach Mitteln sucht, um die ersteren heranzuziehen, so sollte man die Mittel, die geboten werden, um die ungerechterweise Herangezogenen zu entlasten, nicht von der Hand weisen. Ich habe die Ueberzeugung, dass bei einer Volksabstimmung diese Steuer keinen grossen Schwierigkeiten begegnen wird, dass die Mehrzahl des Schweizervolkes mit Freude dieser Steuer ihre Zustimmung geben wird. Aber wenn Sie Hand dazu bieten, diese Härten, von denen ich gesprochen habe, noch etwas zu mildern, so werden Sie der Steuer im ganzen Schweizerlande noch viele Freunde werben, Freunde vor allem unter denjenigen, die heute schon mehr als andere Opfer haben bringen müssen in dieser Kriegszeit und die es deswegen nicht verstehen könnten, wenn sie noch einmal stärker als die andern belastet würden.

Ich empfehle Ihnen den Antrag der sozialdemokratischen Gruppe zur Annahme.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Gestatten Sie mir namens der Kommission ein paar Bemerkungen zu den verschiedenen Anträgen, die über den übrigen Teil des Alinea 2 gestellt worden sind. Diese Anträge gehen zum Teil auf das Vermögen, zum Teil auf den Erwerb. Auf das Vermögen der Antrag Schmid und der erste Teil des Antrages Schenkel-Sigg. Ich sage gleich, dass der erste Teil des Antrags Schenkel-Sigg der Vorlage entspricht, und dass neu in diesem Antrag der zweite Teil ist, der vom Erwerb spricht, von dem Abzug von je hundert Franken für jedes Kind unter 18 Jahren.

Im allgemeinen gestatte ich mir, Herrn Nationalrat Eigenmann zu bemerken, dass, wenn er davon spricht, dass das Gesetz, wie es vorliege, nicht billig und gerecht sei, ein Grund gewesen wäre, überhaupt auf die Sache nicht einzutreten. Sie sind aber einstimmig der Ansicht gewesen, es solle auf das Gesetz eingetreten werden. Die Frage, ob diese einmalige Steuer ausreiche, kann heute dahin beantwortet werden: Wir wissen nicht, wie gross die Schuldenlast sein wird. Aber nach allgemeiner Anschauung des Bundesrates und der Kommission soll ja diese Steuer nicht die Schuldenlast beseitigen, sondern nur einen Teil dieser Schulden durch ein einmaliges Opfer tilgen. Den Rest wird man suchen müssen, auf andere Weise zu decken.

Es ist die Anregung auch in der Kommission gemacht worden, ob man nicht bestimmen wolle, dass diese Kriegssteuer nicht nur einmal, sondern eventuell, wenn die Gesamtauslagen des Bundes 300 Millionen übersteigen, noch einmal zur Hälfte nacherhoben werden könne. Man hat diesen Gedanken abgelehnt, wiederum aus dem Grunde, dass, wenn es gelinge, 50 oder 60, vielleicht noch mehr Millionen als Ergebnis der Kriegssteuer für den Bund zu erhalten, damit wenigstens etwa $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{4}$ der genannten Schuld gedeckt sein dürften. Das war die Berechnung und das war der Sinn dieses Gesetzes.

Wenn Herr Eigenmann die Opferfreudigkeit im Volke, diese Steuer zu entrichten, in Zweifel zieht und auch daran zweifelt, ob die Opferfreudigkeit bei den 25% vorhanden ist, die, wie er sagte, zur

Bezahlung der Steuer gezwungen werden, so kann ich nur erklären, dass ich optimistischer bin als Herr Eigenmann und die Hoffnung und den Glauben habe, dass in der Tat die Opferfreudigkeit vorhanden ist oder, um mich etwas vorsichtiger auszudrücken, dass, wenn auch nicht eine ausgesprochene Freudigkeit da ist, die Steuer zu bezahlen, doch wenigstens der gute Wille und die Einsicht vorhanden sind, dass es notwendig sei.

Nun zunächst in bezug auf das Vermögen. Herr Schmid sagt in seinem Antrag, es solle das Vermögen bei Personen mit Erwerb auf Fr. 5000 gesetzt, bei solchen ohne Erwerb auf 10,000 Fr. belassen werden. Ich möchte ihm in erster Linie entgegenhalten, was vielleicht der verehrte Herr Berichterstatter französischer Zunge als gegenwärtiger Finanzchef eines Kantons noch näher auseinandersetzen wird, dass dieser Antrag eine grosse Kompliziertheit in den Steuerlisten zur Folge hat. Ich glaube nicht, dass Herr Nationalrat Schmid schon das Vergnügen, ich will nicht sagen die Ehre gehabt hat, Steuerlisten auszuarbeiten, den Steuerrodel zu erstellen. Wenn er vielleicht bei dieser Arbeit mithelfen müsste, würde er sicher sagen: «Ich, Schmid, hätte diesen Antrag nicht stellen sollen; die Kompliziertheit, die dadurch entstanden ist, ist wirklich gross.» (Heiterkeit.)

Aber nicht nur das. Es scheint mir auch innerlich der Antrag nicht begründet zu sein, weil er neue Schwierigkeiten schafft. Herr Schmid sagt: Bei Personen mit Erwerb geht die Steuergrenze hinunter bis auf 5000 Fr. Was will er sagen mit dem Ausdruck: «Personen mit Erwerb»? Meint er etwa Personen, welche einen Erwerb haben, der als Mindesterwerb für die Steuer angesehen wird, also Fr. 2500 im Minimum? Ich glaube nein. Er nimmt es allgemein und sagt: Wer einen Erwerb hat, der muss schon von Fr. 5000 an steuern. Aber nach seinem Antrag müsste nun schon ein kleiner Erwerb von, sagen wir 500 oder 800 oder 1000 Fr. in diese Klasse fallen und das würde ich für eine Ungerechtigkeit halten. Es ist ungerecht, jemand zu dieser Steuer heranzuziehen, nur weil er einen Erwerb hat, ohne zu sagen, wie gross der Erwerb sei, nur darum, weil er noch über 5000 Fr. Vermögen hat. Mit den 200 Fr., die er aus seinem Vermögen bezieht, und seinem kleinen Erwerb von 1000, 1200 Fr. hat er zusammen bloss Fr. 1400 Einkommen, die er deswegen versteuern müsste, weil er Fr. 5000 Vermögen besitzt. Das ist hart, und deswegen glaube ich, ist der Antrag Schmid nicht annehmbar. Herr Schmid hat zur Begründung seines Antrages gesagt, dass es keine Beeinträchtigung der kleinen Leute sei, was er mit seinem Antrage begehre. Ich glaube es ihm, er will es nicht. Aber in Tat und Wahrheit bedeutet sein Antrag doch eine Einschränkung des sozialen Gedankens, der in dem Entwurfe zum Ausdruck kommt. In jeder Herabsetzung des steuerfreien Betrags, also in der Heranziehung des kleinen Kapitals zur Besteuerung, in jedem dieser Versuche erblicke ich doch eine Beeinträchtigung des sozialen Zuges unserer Vorlage. Wenn Herr Eigenmann sagt, der Verfassungsartikel sollte eine Besitzsteuer nicht sein, man habe ihn zu dem gemacht, so sage ich: Ja, das wollte man gerade, getragen von der Erwägung, dass dieses Opfer nicht von den schwächeren, sondern von den kräftigeren Schultern getragen werden

soll. Aus diesem Grunde möchte ich Sie namens der Kommission bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Ich komme zum Antrage des Herrn Nationalrat Weber. Herr Nationalrat Weber will für einen Erwerb, der Fr. 3000 nicht übersteigt, Steuerfreiheit eintreten lassen. Er sagt weiter, dass für Witwen und Waisen das steuerfreie Vermögen erhöht werden kann. Dieser letztere Gedanke ist nun — ich glaube, Herr Weber wird das auch anerkennen — durch den Antrag der nationalrätlichen Kommission sogar verbessert. Wir sagen in unserem Antrag nicht: Es kann erhöht werden, sondern: Es wird erhöht für Witwen, welche keinen Erwerb haben.

Nun zu den 3000 Fr. Bei den Aktiengesellschaften hat man als Gegengrund gegen den Antrag des Herrn de Meuron gesagt, es sei eine einmalige Steuer, es können diese Aktiengesellschaften das grosse Opfer, das man von ihnen verlangt, auch eventuell diese soi-disant Doppelbesteuerung ertragen. Hier gilt es doch gewiss noch in erhöhtem Masse, dass man eine Steuer von Fr. 12.50, die nach dem Kriege in zwei Raten im Laufe zweier Jahre eingezogen werden wird, erträglich nennen kann. Dann bemerke ich Herrn Weber, dass mit seinem Antrag auch die ledigen Leute, welche Fr. 3000 Einkommen und für niemand zu sorgen haben als nur für sich allein, von der Steuer befreit würden, während man Leute mit Fr. 10,000 Vermögen, also mit einem Zinseinkommen von Fr. 400, zur Steuer heranzieht. Ich glaube, eine Vergleichung dieser beiden Punkte gibt schon die ablehnende Antwort.

Herr Weber hat gesagt, dass der Ausfall ein unbedeutender sein werde. Der gesamte Betrag der Erwerbssteuer wird von Herrn Steiger auf zirka Fr. 5,000,000 eingeschätzt. Nach den Erkundigungen, die ich gerade in bezug auf den Antrag des Herrn Weber eingezogen habe, würde der durch diesen Antrag verursachte Ausfall auf Fr. 500,000 anzusetzen sein. Wenn nun Herr Weber glaubt, dass ein Ausfall von einem Zehntel der ganzen Erwerbssteuer unbedeutend sei, dann kommen wir nicht weit.

Nun gestatten Sie mir, Herrn Weber noch etwas zu sagen. Er hat gesprochen von der Lage der Eisenbahner, er hat die Opfer geschildert, die sie für die Hilfsaktionen freudig gebracht haben. Ich anerkenne das voll und ganz und kann auch meinerseits von einem solchen Akte der werktätigen Nächstenliebe Zeugnis ablegen, den ich an einer kleinen Bahn erfahren habe. Aber ich glaube doch, dass Herr Weber bei seinen Ausführungen sehr stark übertrieben hat. Er übertreibt meines Erachtens, wenn er sagt, dass die Eisenbahner, die zwischen Fr. 2500 und 3000 Erwerbseinkommen haben, es sich am Munde absparen müssen, um im Laufe von zwei Jahren Fr. 12.50 zu bezahlen. Ich glaube, diese Fr. 12.50 müssen sie sich nicht vom Munde absparen. Wenn Sie nur in Berechnung ziehen, was Herr Weber wohlweislich nicht gesagt hat, dass die Eisenbahner für das Jahr 1914 und 1915 von je einer doppelten Militärpflichtersatzsteuer befreit worden sind, so lässt sich damit wohl das Opfer ersparen, ohne an der Lebenshaltung etwas einbüßen zu müssen. Es ist ja Pflicht des Herrn Weber, in seiner Stellung für seine Schutzbefohlenen ein Wort einzulegen, und ich bin der letzte, der den Eisenbahnern eine gute Bezahlung und gute Lebensbedingungen nehmen möchte. Aber wenn je einmal, so ist diesmal dieser Appell am unrichtigen Ort an-

gebracht worden. Ich zweifle sogar daran, dass die grosse Schar der Eisenbahner die Begründung des Herrn Weber unterschreiben würde, dass man ihretwegen den Ansatz auf Fr. 3000 erhöhen müsste. Ich glaube, auch in diesen Kreisen ist der Wille vorhanden, mit beizutragen. So gut, wie sie den Notleidenden anderer Arbeiterkategorien ausgeholfen haben, gerade so gut werden sie bereit sein, hier als Schweizer ihr Opfer zu bringen. Bei den Eisenbahnern ist keine Reduktion des fixen Gehaltes eingetreten. Sie haben einzig Mindereinnahmen infolge der geringeren Kilometerzahl, aber ihr fixer Gehalt ist ihnen erhalten geblieben, während so viele Angestellte in Privatbetrieben mit einer starken Reduktion ihres Gehaltes haben vorlieb nehmen müssen. Ich denke, die Angestellten des Bundes haben sich in diesem Punkte nicht zu beklagen. Ich möchte Ihnen also namens der Kommission beantragen, den Antrag des Herrn Weber abzulehnen.

Ich komme zum Antrag der Herren Schenkel und Sigg. Ich anerkenne mit Sympathie, dass das, was Herr Schenkel und Herr Sigg anstreben, an sich richtig ist, und ich habe in meinem Eintretensvotum bereits gesagt, wenn es sich um ein neues Steuergesetz in einem Kanton handeln würde, oder wenn es sich darum handeln würde, diesen Verfassungsartikel für eine längere Dauer in Kraft erwachsen zu lassen, so würde ich mit Herrn Schenkel und Herrn Sigg das Möglichste tun, um einen derartigen «Kinderartikel» in ausgiebigster Form nach allen Gesetzen der Gerechtigkeit und Billigkeit auszuarbeiten. Aber ich mache hier wieder darauf aufmerksam, dass es sich um eine einmalige Steuer handelt, und um einer einmaligen Steuer willen eine Maschinerie aufzustellen, welche so kompliziert funktioniert, das halte ich nicht für wünschenswert. Es ist eben doch so, und mein Herr Kollege zu meiner Rechten hat mir zu wiederholten Malen versichert, dass alle diese Anträge, der eine wie der andere, in der Erstellung der Steuerrodel grosse Schwierigkeiten bereiten, die Sache ungeheuer komplizieren würden. Es genügt nicht, wie Herr Schenkel betont hat, dass man bloss von einem Steuerpflichtigen seine Kinderzahl kenne, sondern man muss dann auch die Beträge verrechnen, man muss eine getrennte Liste aufstellen und muss das Alter der Kinder kennen. Auf diese Weise wird die Sache eben kompliziert.

Wenn sie auch kompliziert wäre, wenn sie aber anderseits einer Ungerechtigkeit abhelfen würde, so würde ich mich damit einverstanden erklären. Aber es ist nach dem, was der Ständerat und was die nationalrätliche Kommission — ich glaube verbessernd — getan haben, dem Genüge geleistet, dass eine Familie mit mehreren Kindern entlastet werden kann. Das kann nicht nur geschehen, sondern das muss geschehen, in jedem Fall, sobald mehr als vier Kinder da sind. Wir wollen nicht vergessen, dass es auch Familien mit grosser Kinderzahl gibt, die sich ordentlich stellen. Sobald Sie 18 Jahre als untere Grenze nehmen, muss gesagt werden, dass es auch Kinder von 15 bis 18 Jahren gibt, welche den Eltern bereits an den Unterhalt der Familie etwas beitragen können. In der Erhöhung des Alters bis auf 18 Jahre liegt ein oft nicht genügend erkanntes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen, wie sie von den Vertretern der sozial-

demokratischen Partei schon im Schosse der Kommission geäußert worden sind.

Dann bemerke ich, dass in dem Antrag der Herren Schenkel und Sigg ein nicht gewollter Nachteil liegt für Familien mit einer erhöhten Kinderzahl. Sie sagen, für jedes Kind 100 Fr. Wer also Fr. 2500 Einkommen hat und vier Kinder unter 18 Jahren besitzt, wäre mit Fr. 2900 steuerfrei. Aber ein Einkommen von 2900 versteuert soviel wie 2700, weil die unteren Zahlen jeder Steuerklasse den Ausgangspunkt für die Berechnung geben. Fr. 2500 bis 2700 bezahlen 1‰ von Fr. 2500. Bei vier Kindern könnte nach dem Antrag Schenkel-Sigg Fr. 400 vom Einkommen abgerechnet, bezw. zu der steuerfreien Summe hinzugezogen werden. Nach unsern Vorschlägen kann aber noch weiter gegangen werden, man kann sogar um das Vierfache dessen, was die genannten Herren vorschlagen, das steuerfreie Minimum hinaufsetzen, weil die Steuerbehörden freie Hand haben. Nach dem Antrag Schenkel-Sigg dürfen sie bei vier Kindern nicht höher als Fr. 400 gehen. Für diese Kategorie sagt also unsere Vorlage ein Mehreres zu als der Antrag der Herren Schenkel und Sigg.

Ich will nun keine Detailberatungen machen, aber ich habe mir doch eine Zusammenstellung gemacht, wie das herauskommt. Fr. 2500, 2600 und 2700 bezahlen die Steuer von Fr. 2500 ausgehend. Wenn Sie da ein Kind annehmen, so ist also Fr. 2600 steuerfrei, wenn Sie zwei Kinder haben, wären es Fr. 2700. Aber dieses Einkommen zahlt sowieso die gleiche Steuer wie Fr. 2500. Es kommt das nicht zur Geltung, was die Herren wollen und was ein solcher Artikel in einem kantonalen Steuergesetz bewirken würde, weil, wenige kantonale Steuergesetze ausgenommen, die meisten Gesetze den festen Betrag zur Grundlage der Steuerrechnung machen. Wenn jemand Fr. 2900 als Einkommen angibt, so versteuert er eben Fr. 2900, während wir das Klassensystem wählen, damit die Steuer immer vom untersten Betrag gerechnet werden kann.

Aus diesen Gründen möchten wir Sie bitten, auch diesen Antrag abzulehnen und bei unserem Antrag zu verbleiben, der den ständerätlichen Beschluss noch in loyaler Weise erweitert. Wir glauben, damit können die Steuerbehörden der Kantone den Verhältnissen wirklich gerecht werden.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Je me joins aux conclusions qui viennent d'être formulées par l'honorable rapporteur allemand. Parmi les amendements déposés, il y a des propositions contradictoires en ce sens que les uns voudraient élargir la base d'application de l'impôt tandis que les autres voudraient plutôt la restreindre. M. Weber, de St-Gall voudrait que les gains ne dépassant pas 3000 frs. fussent exonérés totalement de l'impôt sur le produit du travail. Tendrent à l'élargir par contre, ceux qui voudraient comme M. Schmid exonérer de l'impôt simplement les fortunes au-dessous de 5000 frs., c'est-à-dire atteindre tous les contribuables qui possèdent 5000 frs. lorsqu'à côté de leur petite fortune ils font encore un gain. On vous a dit tout à l'heure que l'application de cette disposition conduirait fatalement à une inégalité de traitement. Cela est vrai. Qu'on songe au cas par exemple où un contribuable possé-

dant 6000 frs. payerait en application de cette modification proposée d'abord l'impôt sur les fortunes calculé fixe sur une somme de 6000 frs. et en outre un second impôt sur le produit du travail. Nous supposons qu'il ait un tout petit gain, 1200 frs. par an. Par conséquent, celui qui n'a que 6000 frs. de fortune et un petit gain de 1000 ou de 1500 frs. par an serait imposé davantage que celui qui possède une fortune de 10,000 frs. Cette proposition semble dès lors aller par conséquent à l'encontre du but poursuivi, puisque son application réaliserait en définitive une injustice. La proposition formulée au nom du groupe socialiste par MM. Schenkel et Sigg tend à élargir encore et à préciser l'exonération prévue par le Conseil des Etats. Ne serrons pas de trop près les points de détail. Je crois que le principe posé par le Conseil des Etats suffit et nous verrons dans l'arrêté d'application à tirer de ce principe les conséquences normales qui en doivent découler. Je voudrais d'une façon générale insister encore sur ce qu'on vous a dit tout à l'heure quand on affirmait que la prise en considération de plusieurs de ces postulats entraînerait une complication extraordinaire de l'établissement des rôles d'impôt. Les directeurs des finances mettront certainement très volontiers leur activité au service de la patrie, mais ne compliquons cependant pas inutilement leur travail. J'ai la conviction que si par exemple la proposition formulée par le groupe socialiste était admise, nous serions en présence d'une difficulté d'ordre pratique presque insurmontable. Prenez le cas où par exemple une famille composée de plus de quatre enfants demanderait à être mise au bénéfice d'un traitement spécial. Il faudrait d'abord que celui qui établit le rôle vérifie combien cette famille compte d'enfants, ensuite qu'on voie si ces enfants sont bien en réalité tous âgés de moins de 18 ans. Et si tous les enfants n'habitent pas sous le même toit, ce sera une complication nouvelle. N'oublions pas qu'il s'agit d'une loi d'impôt qui ne trouvera qu'une seule application. Par conséquent ne multiplions pas les rouages de la machine — j'étais sur le point de me servir de l'expression utilisée tout à l'heure — de cette machinerie, parce qu'elle est déjà extraordinairement compliquée. Je me permets encore d'insister et d'affirmer que parmi tous ceux qui voteront le projet il en est bien peu qui se rendent dès maintenant compte de la difficulté extraordinaire qui attend les directeurs des finances et tous les fonctionnaires d'ordre fiscal. L'établissement des rôles seuls exigera certainement un travail d'une année. Je vous prie par conséquent d'en rester au projet formulé par le Conseil des Etats. Ceci ne m'empêche point de reconnaître que les contribuables au nom de qui parle tout particulièrement le groupe socialiste sont très intéressants. Nous relevons que ce n'est pas précisément d'un impôt qu'il s'agit, mais plutôt d'une contribution de guerre unique; par conséquent ne multiplions pas les difficultés que nous devons rencontrer dans la perception. La loi prévoit, dans la teneur du texte sorti des délibérations du Conseil des Etats, la possibilité de dégrèvement. Il va de soi que dans la pratique il sera fait usage de cette faculté, pour tenir compte dans une certaine mesure de la situation précaire des veuves chargées de famille et des citoyens qui ont à pourvoir à l'entretien de nombreux enfants. Par conséquent restons-en au système proposé. Ce n'est pas l'idéal, la perfection n'existe pas, dit-on, sur la terre,

et à ceux qui voudraient la trouver, je conseille de la chercher ailleurs que dans le domaine fiscal. Vous aurez beau essayer d'apporter toutes les modifications que pourrait vous suggérer une étude détaillée du projet, vous ne réussirez pas à faire un projet parfait. Le système proposé est dans son ensemble bien équilibré, par conséquent ne cherchez pas, comme on l'a dit, à faire de l'obscurité en voulant trop de lumière.

Sigg (Zürich): Die Argumente, die in der Eintretensdebatte von den Herren, die den Wunsch haben, weitere Kreise zur Steuer heranzuziehen, geltend gemacht wurden, sind widerlegt worden, kehren aber heute wieder. Es ist notwendig, einige von ihnen zurückzuweisen.

Mehrere Herren haben darauf hingewiesen, dass alle Klassen von der Grenzbesetzung einen Vorteil gehabt hätten und dass die Konsequenz erfordere, dass nun auch alle herangezogen würden, um die Kosten der Mobilisation decken zu helfen. Man macht hier einen Fehlschluss. Die Grenzbesetzung, der Militärdienst, ist zu unterscheiden von der Kostendeckung. Zum Militärdienst waren alle bereit, auch Sozialdemokraten, weil sie der Ueberzeugung sind, zu einem grossen Teil wenigstens, dass der Krieg, wenn er ins Land käme, alle schädigen würde. Aus ihrem Solidaritätsgefühl als Klassengenossen erwuchs bei ihnen die Volkssolidarität. Sie sagten sich, wir wären ohne Bedeutung als Klasse, wenn unser Land jetzt in Gefahr, vom Krieg überzogen würde. Sie waren bereit, ihren Dienst zu tun und Sie haben, meine Herren, keinen einzigen Fall anführen können, wo Arbeiter, Sozialdemokraten, sich geweigert hätten, jetzt den Militärdienst zu tun.

Von der Willigkeit in der Grenzbesetzung ist nun die Kostendeckung für die Mobilisation zu unterscheiden. Warum? Weil die Kosten natürlich repartiert werden müssen nach der Tragfähigkeit der Schultern. Es ist dabei dann auch zu untersuchen, wer den grössern Vorteil gehabt hat, wer am meisten Gefahr lief, durch den Krieg Schaden zu erleiden. Das sind nun zweifellos die Besitzenden. Mit Recht ist hervorgehoben worden, auch sogar vom Bundesrats-tische aus, dass die Gesamtfinanzreform noch unendlich viel mehr Forderungen des Finanzministers bringen werde, als nur die Kriegssteuervorlage, Forderungen, die abstellen müssten auf indirekte Einnahmequellen, von denen man weiss, dass sie die breite Masse und damit die unteren Schichten viel mehr heranziehen, als die Besitzenden. Diese Ueberlegung muss Sie, meine Herren, dazu führen, jetzt in der Kriegssteuer die unteren Schichten zu schonen.

Die Frage der Demokratie, die auch hereingezogen worden ist, hat mit der Deckung der Mobilisationskosten wiederum nichts zu tun. Es ist keine Frage der Demokratie, sondern eine Frage des Geldsacks. Wo die Demokratie wirtschaftlich so eingerichtet ist, dass der Besitzende auf Kosten des Besitzlosen lebt, kann letzterer nicht auch noch die öffentlichen Lasten in direkten Bundessteuern tragen. Sie wollen das Schäflein des armen Mannes und der armen Witwe auf den Altar des Vaterlandes legen, statt ihr eigenes Scherflein. Und das darf nicht sein.

Wir haben deshalb schon gestern Einsprache erhoben gegen Anträge, die bezweckten, das steuerfreie

Vermögen herabzusetzen, wie es die Anträge Schmid und de Meuron wollen. 5—6000 Franken Vermögen sind in Tat und Wahrheit kein Vermögen für denjenigen, der nur einen kleinen Erwerb hat.

Es hat schon der Herr Referent, gegen Herrn Dr. Schmid polemisierend, mit Recht darauf hingewiesen, dass hier die zwei Komponenten Vermögenseinkommen und Erwerbseinkommen entfernt nicht die Möglichkeit liefern, davon zu leben. 6000 Franken «Vermögen» sind nur eine kleine Rücklage für Krankheitstage und Unglücksfälle, kleine Sparbeträge, die der Familie ungeschmälert bleiben sollen. Es ist traurig, dass sogar bei der Anrechnung der Militärunterstützung und der Ausrichtung der Kriegsnotunterstützung zum Teil auf noch viel kleinere Spargelder gegriffen worden ist und man den Frauen sagte, sie müssten erst das aufbrauchen, bevor sie die Unterstützung bekämen.

Wer behauptet, dass eine Steuer von Fr. 5.—rein nichts bedeute, hätte für sich und den ganzen Rat einmal die Pflicht, mit einem besonderen Antrage herauszurücken und zu sagen: Wir Nationalräte beziehen für jeden Tag Fr. 20.—, auch für Samstag und Sonntag, wo wir nicht hier arbeiten. Lassen Sie uns diese Fr. 40 auf den Altar des Vaterlandes legen! Wir könnten dieselben eher entbehren, als ein armer Mensch mit Fr. 5000 «Vermögen» und einem «Einkommen» von vielleicht Fr. 1000 die Fr. 5 Steuer. Sie wollen immer nur die Kleinen heranziehen und auf diese Weise die Grossen entlasten, und denken, je mehr Geld jetzt eingeht durch die direkte Kriegssteuer, desto eher haben wir die Möglichkeit, nachher, bei dem grossen Steuerbudget, unsere Nasen abseits zu halten.

Herr Weber hat in der Begründung der Forderung der Erhöhung des steuerfreien Erwerbs auf Fr. 3000 unsere Argumentation nicht gelten lassen wollen, dass bei einer solchen Heraufsetzung ein grosser Teil der Bauernsamer leer ausgehen würde, der Bauernsamer, von der ich gestern sagte, dass sie durch die Mobilisation grosse Vorteile aus den Heereslieferungen und aus den Lieferungen an das kriegführende Ausland ziehe. Es ist doch so. Wir haben bei einer Interpellation, die Ihnen eingereicht worden ist, und von der ich hoffe, dass sie in dieser Session noch zur Behandlung kommen werde, uns mit dem Vertreter des Bundesrates auseinandersetzen, weil der Bundesrat Ausfuhrbewilligungen erteilt im Uebermass, wodurch uns wichtige Lebensmittel im Inland verteuert werden. Die Vorteile davon haben neben den Zwischenhändlern die Bauern.

Und nun wissen Sie, dass wir kantonale Steuergesetze haben, die die ganze Viehhabe als steuerfrei erklären. Diese Ungerechtigkeit müsste bei einer Einkommensgrenze von Fr. 3000 dazu führen, dass ein grosser Teil der Landwirtschaft in der Steuer leer ausgeht, um so eher, als ja auch Ihnen bekannt sein sollte, wie eigentlich der Bauer sein Einkommen berechnet. Der Arbeiter in den Städten, der fixbesoldete Beamte, haben ihr Einkommen so anzugeben, wie sie es wirklich beziehen. Wer Fr. 3000 hat, figuriert auch mit dieser Summe in der Steuerliste. Wie aber berechnet der Bauer? Er zieht erst von seinem Bruttoeinkommen seinen ganzen Lebensunterhalt ab, auch den Lebensunterhalt seiner Dienstboten, und ein Teil von dem, was dann noch bleibt, ist das Einkommen, das er für die Steuer anmeldet. So kommt es, dass wir in fast allen Kantonen gar keine hablichen Bauern

antreffen in den Steuerregistern, obwohl sie eine äussere Lebensführung erreicht haben, die ohne weiteres auf ein gutes Einkommen schliessen lässt.

Darum kamen wir dazu, einem Antrage, auf Fr. 3000 zu gehen, zu opponieren. Wir schlagen Ihnen dafür etwas anderes vor, nämlich, Unterschiede zu machen für Familien mit Kindern, und zwar andere, als der Vorschlag des Ständerates und unsere vorberatende Kommission empfiehlt. Dagegen werden nun Einwendungen erhoben. Es hat gestern ein verehrtes Mitglied der zürcherischen Vertretung in lichtvollen Ausführungen, die sich bezogen auf die Doppelbesteuerung, uns alle für sich gewonnen, uns alle mit Ausnahme natürlich der 26 vaterländischen Aktionäre, die als «Patrioten» nicht seiner Meinung waren. Wir folgten seiner Beweisführung, weil materiell keine Doppelbesteuerung vorlag. Ich wenigstens habe gegen den Antrag de Meuron-Vassalli gestimmt, nicht weil ich die Befürchtung teilte, dass seine Annahme formell zu unliebsamen Konsequenzen führen würde, sondern weil ich materiell diesen Antrag nicht stützen konnte.

Die formellen Bedenken, die Herr Sträuli gegen den Antrag, der zu Falle kam, äusserte, übertrug er dann auch auf unseren Antrag. Er erklärte, dass alle Einzelheiten bei einer Vorlage, die nur einen einmaligen Bezug wolle, die kein dauerndes Steuergesetz bringe, sehr erschwerend wirkten. Ich lasse für unseren Antrag diesen Einwand nicht gelten. Hinter der Verfassungsänderung steht ein Ausführungsgesetz, es ist schon im Ständerate in der Kommission behandelt worden. Ich habe es eingesehen und gefunden, dass in bezug auf das Verfahren Detailbestimmungen darin enthalten sind, die alles ordnen und die zugleich erkennen lassen, dass ohne eine bestimmte Wegleitung von seite des Bundesrates die ausführenden Organe der Kantone überhaupt nicht auskommen werden.

Ist es dann aber nicht möglich, schon auf den Steuerformularen, wie bereits Herr Schenkel ausführte, klar zu sagen: Das sind die Ansätze; sie reduzieren sich für jedes Kind um 100 Franken? Jeder wüsste dann, was er einzusetzen hat und es entständen auch nachher bei der Ausrechnung nicht die mindesten Schwierigkeiten. Es werden, meine Herren, in den kantonalen Finanzdepartementen, besonders in jetziger Zeit, ganz andere Schwierigkeiten überwunden, ganz andere. Also das ist kein Argument gegen unseren Antrag.

Viel stichhaltiger erscheint das, was der Herr Kommissionsreferent Herr Arthur Eugster zuletzt und in materieller Hinsicht ausgeführt hat. Er sagte, wir hätten uns offenbar nicht ganz klar gemacht, dass unser Antrag zu einigen Inkongruenzen führe, die nachher zutage treten liessen, dass man eigentlich wenig gebe, wo man scheinbar viel verspreche. Herr Eugster hat exemplifiziert mit zwei und vier Kindern. Erst von vier Kindern ab zeige sich ein Vorteil. Der Vorteil besteht aber schon bei drei Kindern, ja, schon bei zweien oder nur einem Kinde. Man kann nämlich auch noch anders argumentieren und sagen: Da ist einer, der hat ein Einkommen von Fr. 2550. Er müsste in der Kategorie von 25—2700 Franken Fr. 12.50 versteuern. Er hat aber ein Kind, und darum fällt er heraus aus der Gruppe und zahlt überhaupt nichts. Das ist für uns das Wertvolle. Wir wollen erkennen lassen, dass bei dieser Steuer, die im Erwerb sehr tief heruntergegangen ist, derjenige, der Kinder

hat, bevorzugt sein soll. Er bedeutet für die Gesellschaft mehr als der Junggeselle.

Unser Antrag empfiehlt sich auch, weil er eine unverkennbare böse Stimmung beseitigt. Es werden viele kleine Fixbesoldete dann sehen, dass der Nationalrat den guten Willen hatte, ihnen entgegenzukommen, wo er aus triftigen Gründen nicht auf Fr. 3000 hinaufgehen konnte. So wird der gute Geist für das Referendum erwachen und wir werden in gemeinsamer Arbeit die Vorlage sicher durchbringen.

M. le Président de la Confédération **Motta**: Je ne dirai que peu de mots; mais il me semble cependant nécessaire que le Conseil fédéral indique dans quel sens il a l'intention de se prononcer sur les différentes propositions présentées. Je le ferai d'une manière tout à fait brève et sommaire parce que les honorables rapporteurs de la commission ont déjà indiqué toutes les raisons essentielles militant contre ces diverses propositions.

Je déclare tout d'abord que le Conseil fédéral adhère à toutes celles de la commission du Conseil national. Il existe entre ces propositions et celles votées par le Conseil des Etats quelques divergences à mon avis presque secondaires. Le Conseil fédéral adhère aux nouvelles propositions de la commission du Conseil national et il espère que le Conseil des Etats à son tour se ralliera à ces propositions, que de cette manière toute divergence sera supprimée entre les deux Conseils. Vous vous souvenez peut-être du fait que le texte primitif prévoyait certaines faveurs pour certaines catégories de contribuables; il s'agissait particulièrement des veuves ayant des enfants. Le texte primitif disait que le législateur pourrait, dans l'arrêté d'exécution, accorder ces faveurs. Votre commission estime qu'il est préférable de dire qu'elles devront être accordées. Il ne s'agit là évidemment que d'une pure question rédactionnelle. Je reconnais volontiers que le texte proposé par la commission du Conseil national est plus clair. Je constate en outre que les représentants du parti socialiste dans la commission ont exprimé le désir que la faculté soit transformée en obligation et qu'ensuite on élève l'âge des enfants donnant droit à certains privilèges ou à certaines exemptions. Nous nous déclarons d'accord, je le dis encore une fois, pour donner ici une preuve de notre esprit de conciliation chaque fois qu'elle se justifie intrinsèquement.

J'en viens aux différentes propositions déposées par d'autres orateurs, qui ne font pas partie de la commission et tout d'abord à celle de M. Weber. Je passerai rapidement ensuite à celle de MM. Schenkel et Sigg et je me permettrai d'ajouter quelques mots au sujet de la proposition de M. de Meuron — qui, lui, est membre de la commission, proposition combinée en quelque sorte avec la proposition de M. Schmid.

En ce qui concerne la proposition de M. Weber, il me suffira de vous indiquer un seul chiffre pour vous démontrer qu'on ne peut pas l'accepter. M. Weber demande que tous les revenus au-dessous de 3000 frs. soient libérés de l'impôt. Par esprit de conciliation entre les différentes tendances qui se sont fait jour soit dans la commission, soit dans l'opinion publique, nous avons accepté le chiffre de 2500 frs. comme limite; cette limite

a été consacrée par le vote presque unanime de la conférence des directeurs des finances cantonales. On peut admettre facilement qu'un revenu de 2500 frs., en ville, est un petit revenu, mais à la campagne, c'est déjà en général un revenu d'une certaine importance. Il fallait donc faire une transaction entre les conceptions diverses ayant cours dans les différents cantons, soit qu'ils se rapprochent du type du canton-ville soit qu'ils se rapprochent du type du canton-campagne. La transaction s'est faite sur le chiffre de 2500 frs. On ne peut y toucher sans risquer de troubler le compromis qui s'est formé très heureusement entre les représentants des diverses tendances.

Si vous admettez la proposition de M. Weber, 93,4% des contribuables seront exemptés de l'impôt. C'est le résultat auquel aboutit la statistique dressée à l'aide des matériaux fournis par les cantons. Il me semble qu'un impôt qui n'atteindrait que le 7% des contribuables ne peut pas être sérieusement défendu; c'est, à mon avis, la raison majeure qui milite d'une manière décisive contre la proposition de M. Weber.

J'arrive à la proposition de MM. Schenkel et Sigg. Cette proposition joue de malheur: elle ignore, me semble-t-il, complètement le système d'après lequel sont établis les deux tableaux d'impôt. Cette proposition veut aller au-delà de celle de la commission du Conseil national, acceptée par esprit de conciliation par les représentants du parti socialiste au sein de la commission. La commission du Conseil national vous demande d'accorder une faveur spéciale aux familles qui ont au moins quatre enfants. MM. Schenkel et Sigg veulent en faire bénéficier déjà le premier enfant ou l'enfant unique. Il y a sans doute des raisons très sérieuses, morales surtout, qui appellent la bienveillance du législateur sur les familles nombreuses. Mais, Messieurs, vouloir accorder des faveurs législatives aux familles qui n'ont qu'un ou deux enfants, cela paraît excessif. Ce qui distingue surtout cette proposition de MM. Schenkel et Sigg de toutes les autres, c'est qu'elle ignore que les limites ou les bases de l'échelle de l'impôt ne varient pas de 100 francs, mais de 300 frs. d'abord entre la première classe et la seconde et ensuite de 500 et de 1000 frs. entre les classes supérieures. Vous voyez donc, Messieurs, que le système consistant à accorder des faveurs pour chaque enfant en adoptant une limite imposable de 100 frs. par enfant est en contradiction avec le système même du projet et avec toute l'échelle du projet. Vous devriez pour ainsi dire l'établir à nouveau parce que notre système applique l'imposition à la limite inférieure de la classe et qu'entre les classes, il établit des différences qui, au minimum, sont de 300 frs., puis de 500 frs. entre les classes et plus haut de 1000, 2000 et même 3000 frs. La proposition de MM. Schenkel et Sigg est donc absolument incompatible avec le système du projet.

J'arrive à la proposition de M. de Meuron combinée avec celle de M. Schmid. J'ajoute immédiatement que si j'avais à choisir entre ces deux propositions, mon vote irait à celle de M. de Meuron, parce que la proposition de M. Schmid crée une complication inutile. M. de Meuron vous dit franchement et nettement: Commençons l'imposition par les fortunes de 5000 frs., n'appliquons pas l'imposition au-dessous de ce chiffre. M. Schmid fait une distinction; il dit: Commençons au chiffre de 5000 frs. en tant qu'il s'agit de personnes qui ont des ressources, mais il ne

spécifie pas ces ressources, ni même si des ressources minimes doivent suffire ou s'il en faut de considérables. On ne se rend pas compte de l'importance des ressources qui peuvent faire baisser la limite de l'imposition. Une telle complication, Messieurs, est incompatible avec le caractère de cet impôt, qui est un impôt extraordinaire à prélever une seule fois. Si donc, Messieurs, vous deviez choisir entre les deux propositions et si votre siège était fait dans le sens de l'idée émise par M. Schmid, je voudrais, dans l'intérêt de la simplicité et pour éviter des complications absolument inutiles, vous conseiller plutôt d'adopter la proposition de M. de Meuron; mais je m'empresse de dire que je ne puis pas, moi, à la suite de la commission, donner mon appui à cette proposition. J'ai eu l'honneur de vous expliquer, dans la discussion qui a eu lieu hier au sujet de l'entrée en matière, les deux conceptions qui, à l'origine, se trouvaient en présence: celle de l'impôt à larges bases, de l'impôt démocratique en donnant à ce mot «démocratique» cette signification spéciale; l'autre conception, celle de l'impôt sur les classes possédantes, sur les classes privilégiées de la fortune qui ont le moins souffert des conséquences économiques de la guerre, un impôt qui, à mon avis, revêt un caractère social meilleur, qui ne frappe qu'une partie moins grande des contribuables. La première pensée avait été de ne frapper les contribuables qu'au delà d'une fortune de 30,000 frs. J'ajoute immédiatement que l'exemple allemand était de nature à nous encourager dans cette voie, puisque les limites imposables de l'impôt de guerre allemand sont en partie supérieures à celles que nous vous avons proposées. L'examen des données statistiques qui nous sont parvenues des cantons nous a persuadé que la consistance de la fortune en Suisse ne permettait pas de maintenir cette limite de 30,000 frs. Nous l'avons portée à 20,000 frs. dans l'avant-projet du département des finances soumis à la conférence des directeurs cantonaux des finances. Ceux-ci ont demandé d'abaisser ce chiffre à 10,000 frs. Au vote, cette proposition fut acceptée par la grande majorité, et les directeurs des finances cantonales sont pourtant, à mon avis, les personnes les plus compétentes, celles qui peuvent le mieux juger de l'opportunité d'une mesure de cet ordre et ils se sont prononcés pour la limite de 10,000 frs., en écartant d'un côté celle de 20,000 frs. et, de l'autre, celle de 5000 frs. proposée contrairement aux aspirations de son parti par le Conseiller d'Etat de Zurich M. Ernst qui représente dans le gouvernement de Zurich le parti socialiste. J'ajoute encore que si vous acceptez la proposition de M. de Meuron, vous n'obtiendrez nullement un résultat financier notable. Vous améliorerez peut-être le rendement de l'impôt de $\frac{1}{2}$ million. Certes, je ne suis pas de ceux qui prétendent qu'une somme d'un demi-million est sans importance, mais une telle somme n'est rien si je la mets en regard des dangers que le Conseil national créerait le jour où, en violant en quelque sorte le compromis formé entre les différentes tendances et les différents partis, il risquerait de provoquer l'opposition de ces partis contre l'impôt de guerre. Le parti socialiste vous a déclaré qu'il réservait son vote final pour le cas où les bases du projet du Conseil fédéral auraient été altérées par les délibérations ultérieures du Conseil national. Or, Messieurs, je dois à la loyauté de dire et de proclamer ici que les bases fondamentales du projet

seraient altérées le jour où la limite de la fortune imposable serait abaissée à 5000 frs. Je vous supplie donc d'abandonner des idées particularistes. Je puis les comprendre; je peux leur rendre hommage; je ne suis pas intransigeant, mais je vous supplie de conserver autour de l'impôt de guerre et des idées qui l'inspirent cette union que vous me permettrez d'appeler sacrée, qui s'est maintenue jusqu'à ce jour et qui se maintiendra, je l'espère, devant le peuple.

M. Eigenmann, en défendant, soit la proposition de M. de Meuron, soit celle de M. Schmid, a soulevé une question qui, à mon avis, eût été mieux à sa place dans la discussion sur l'entrée en matière. Il a prétendu que la conception qui se trouve à la base de la proposition du Conseil fédéral, n'est pas juste: il aurait voulu la capitation, c'est-à-dire l'impôt frappant tout le monde. Je ne veux pas prolonger la discussion pour développer encore les raisons qui, à mon avis, s'élèvent contre cette idée. Il a ajouté encore que le rendement de l'impôt sera si insuffisant que, nécessairement, plus tard, il faudra songer à prélever un deuxième impôt de guerre. C'est contre cette idée que je tiens à prendre nettement position, car, de même que je n'ai pas voulu hier laisser se créer la légende d'après laquelle nous marcherions vers l'impôt direct fédéral permanent, je ne veux pas non plus maintenant laisser croire qu'après ce premier impôt de guerre nous ayons l'intention secrète d'en demander un deuxième. Non. Nous prélevons, dans les temps troublés que nous traversons, une somme d'environ 80 millions sur l'économie nationale de la Suisse et cela dans un moment très difficile, mais nous ne pourrions aller au delà de ce sacrifice déjà considérable sans nous exposer à des secousses économiques dont nous ne voudrions pas prendre les responsabilités. Messieurs, l'empire allemand a demandé à son peuple industriel, en pleine prospérité, un milliard par un impôt extraordinaire. Nous demandons, nous, 80 millions. Nous demandons à notre peuple, toute comparaison faite et toute proportion gardée, plus que l'empire allemand lui-même n'a demandé au sien. C'est assez. Au delà, il y a un danger que nous voulons à tout prix éviter. Certes, je suis le premier à reconnaître que l'impôt de guerre n'est pas une mesure pouvant assainir la situation financière de la Confédération; il y aura encore d'autres sacrifices à consentir, vous en avez déjà consenti, vous devrez en consentir surtout dans le domaine des subventions; vous avez déjà imposé des sacrifices qui pèsent lourdement sur le commerce et l'industrie lorsque vous avez élevé les taxes téléphoniques et les taxes postales. Vous aurez encore à vous prononcer sur une autre matière — je ne voudrais pas préjuger la question aujourd'hui, d'ailleurs le Conseil fédéral n'en a pas encore délibéré — mais il se peut qu'il demande la suppression complète de la franchise de port, ce qui serait aussi un moyen d'augmenter dans une certaine mesure les ressources postales. Et enfin, Messieurs, vous aurez à consentir d'autres sacrifices et vous me permettrez de saisir cette occasion, non pas pour la discuter, mais pour vous exprimer ma conviction mûrie, après une étude prolongée, objective et sans passion, c'est que si les Conseils et si le peuple n'ont pas le courage de procurer à la Confédération, à côté des autres ressources qu'ils lui ont offertes ou qu'ils vont lui offrir encore, de larges ressources financières, il sera difficile de maintenir à l'avenir l'équilibre budgétaire. Il serait

dangereux, Messieurs, de compter sur l'augmentation continuelle des droits d'entrée. Nous ne pouvons pas songer à déchaîner dans le pays une lutte sociale, une lutte de classes, entre les consommateurs d'un côté et les producteurs de l'autre; nous ne pouvons pas songer à déchaîner à l'intérieur une lutte entre la classe ouvrière et celle des paysans. Nous devons faire appel à d'autres moyens que ceux qui nous ont été indiqués dans certaines réunions publiques. Quoiqu'il m'en coûte et que je reconnaisse la force de l'opinion publique, je faillirais à mon devoir si je vous disais qu'il y a un autre moyen de remédier à la situation qu'en instituant le monopole du tabac. Je le dis avec la conviction absolue d'être dans le vrai. Je ne me dissimule pas toutes les difficultés de la tâche et ce n'est pas de gaîté de coeur que le Conseil fédéral vous proposera le monopole du tabac. Mais nous espérons que vous reconnaîtrez, et que l'opinion publique reconnaîtra avec vous, que c'est la carte forcée, qu'il y a nécessité et que devant cette nécessité doivent disparaître toutes les considérations secondaires. Quant à moi, en ma qualité de chef responsable des finances fédérales, je le dis en toute franchise, mon delenda Carthago est aujourd'hui: Il faut, pour assainir et réformer les finances de la Confédération, le monopole du tabac.

Keller: Ich habe das Wort nicht verlangt, um einen Antrag zu stellen, sondern um ganz kurz den Ausführungen des Herrn Kollegen Sigg entgegenzutreten. Von Herrn Sigg und der sozialdemokratischen Seite überhaupt ist wiederum die weitgehende Entlastung nach unten, die weitgehende Steuerbefreiung hauptsächlich damit begründet worden, dass die Massnahmen zum Schutze unserer Landesgrenze hauptsächlich den besitzenden Klassen zugute kommen und dass es deshalb auch Pflicht dieser besitzenden Klasse sei, in erster Linie für die Kriegsteuer aufzukommen.

Ich glaube, es ist nötig, dass dieser Behauptung, so oft sie erhoben wird, immer und immer wieder entgegengetreten werde, und zwar mit aller Entschiedenheit. Meine Herren, es ist nicht so, wie Herr Sigg behauptet. Wir stehen an der Grenze nicht nur zum Schutz materieller Güter. Wir fassen unsere Aufgabe höher auf. Wir stehen an der Grenze, um die Greuel des Krieges von unserem Lande, von unseren Familien fern zu halten; wir stehen an der Grenze zum Schutz der idealen Güter, um Schutz unserer freiheitlichen Institutionen, zum Schutz der Unabhängigkeit unseres Landes, zum Schutz — wie das von anderer Seite bei anderer Gelegenheit gesagt worden ist — von Kulturwerten, die wir über die materiellen Güter stellen und an deren ungeschmälerter Erhaltung nicht nur die Besitzenden, sondern auch die wenig Begüterten, überhaupt das ganze Volk in gleicher Weise beteiligt ist. Die zahlreichen Züge mit meist armen, bedauernswerten Internierten dürften in deutlichster und eindrucksvollster Weise das Interesse auch der weniger begüterten Klasse der Bevölkerung an der Fernhaltung des Krieges vom Lande darzutun geeignet sein. Darum würde es sich auch rechtfertigen, dass die Kriegsteuer nicht nur von einem Teil der Bevölke-

ung aufgebracht würde, sondern vom ganzen Volke. Das ist meine Ansicht, die ich in der Kommission vertreten habe, die ich aber hier nicht neuerdings verteidigen will. Ich füge mich dem Kompromiss, der geschlossen worden ist.

Es ist nötig, dass bei diesem Anlass auch gleich einem Vorwurf entgegengetreten wird, den Herr Sigg gegenüber der besitzenden Klasse erhoben hat. Er hat erklärt, die Besitzenden seien wohl immer bereit, zu verlangen, auf die untern Schichten der Bevölkerung abzuladen, ohne selber sich opferwillig zu zeigen. Ich glaube, damit stellt Herr Sigg die Tatsachen auf den Kopf. Gegenüber dieser Behauptung des Herrn Sigg muss daran erinnert werden, dass nach der Vorlage, nach dem einstimmigen Beschluss des Ständerates und nach dem Beschluss, den zweifellos auch der Nationalrat fassen wird, die Kriegssteuer von etwa 20%, also von einem kleinen Teil des Volkes aufgebracht werden soll und dass mehr als 80% leer ausgehen. Das rechtfertigt nicht die Behauptung, die Herr Sigg aufgestellt hat. Ich stelle im Gegensatz dazu die andere Behauptung auf, dass die den besitzenden Klassen zuzudachten, wenn auch nicht übertriebenen, so doch schönen Leistungen sich sehen lassen dürfen, und dass das gute Beispiel, das mit der Belastung der Begüterten gegeben worden ist, zum mindesten von den Anträgen auf Herbeiführung noch weiter gehender Entlastungen hätte abhalten sollen.

Zum Schluss möchte ich gegenüber den Anträgen, die auf weitere Entlastung gehen, nur darauf hinweisen, dass wir doch ein Steuergesetz schaffen wollen, das dem Bunde etwas einträgt und nicht ein Gesetz von lauter Steuerprivilegien, Steuerbefreiungen. Ich empfehle Ihnen die Anträge der Kommission.

Weber (St. Gallen): Nur einige kurze Bemerkungen. Der Berichterstatter der Kommission hat den Eindruck erwecken wollen, als habe der Sprechende als bezahlter Anwalt des Verkehrspersonals und in dessen Auftrag den Ihnen bekannten Antrag gestellt. Das ist keineswegs der Fall. Meine Stellung beim Verkehrspersonal stellt nicht einmal einen Nebenerwerb dar und ist nicht viel mehr als eine «Amateurbeschäftigung». Der Antrag wurde gestellt aus der grundsätzlichen Erwägung heraus, dass in Anbetracht des geringen Betrages der vorgesehenen Ansätze der Kriegssteuer für das Vermögen es nicht angängig sei, die Grenze der Erwerbsteuerpflichtigen soweit herunterzusetzen, wie beabsichtigt ist. Der gleichen Auffassung war ursprünglich der Bundesrat, und in der nationalrätlichen Kommission ist ein Antrag, auf 3000 Fr. zu gehen, wie der Sprechende ihn in Vorschlag gebracht hat, nur mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt worden.

Die Eisenbahner sind meinerseits lediglich als Beweis dafür herbeigezogen worden, dass unter den geschilderten Gesichtspunkten hier eine nach meiner Auffassung ungerechtfertigte Belastung stattfindet, und wenn der Herr Kommissionsberichterstatter geltend macht, dass die in Frage stehenden 500,000 Franken 10% des aus der Erwerbssteuer zu erwartenden Betrages ausmachen, so wird zu sagen

sein, dass diese 500,000 Fr. nicht einmal 1% des mutmasslichen Gesamtergebnisses der Kriegssteuer von 80 bis 85 Millionen Franken darstellen. Ich habe ferner gesagt, und ich beharre darauf, dass dieses Personal nach mehr als einer Richtung durch die Kriegsmassnahmen bereits tributpflichtig geworden ist, und die Folgen dieser Massnahmen werden keineswegs ausgeglichen durch den Erlass der Militärpflichtersatzsteuer, welcher Erlass nicht als Akt besonderen Entgegenkommens betrachtet werden darf, weil nach dieser Richtung durch den Bundesrat lediglich eine gesetzliche Vorschrift zu erfüllen war. Ich sehe nicht ein, wie mein Vorschlag das ganze System der bundesrätlichen Vorlage durchbrechen soll, nachdem, wie schon erwähnt, der Bundesrat selber die Steuerpflicht bei Fr. 3000 beginnen wollte. Ich schliesse, indem ich feststelle, dass mein Antrag lediglich die Tendenz hatte, die Vorlage zu verbessern und sie beim Volk in das Licht einer höheren Gerechtigkeit zu bringen. Den gleichen Zweck verfolgt der Antrag der Herren Schenkel und Sigg. Ich ziehe meinen Antrag zugunsten des Antrages Schenkel zurück.

Wullschleger: Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn nicht Herr Keller in seiner Entgegnung auf das Votum des Herrn Sigg auch die gesamte sozialdemokratische Gruppe apostrophiert hätte in einer Weise, die mir durchaus ungerechtfertigt erscheint. Es ist von keiner sozialdemokratischen Seite irgendwie und irgendwo bestritten worden, dass die Mobilisation und der Grenzbesetzungsschutz nicht allein dem Besitzenden, sondern dem ganzen Lande zugute gekommen ist, und der Sprechende hat gestern ausdrücklich hervorgehoben, dass natürlich jedermann, ob reich oder arm, sich glücklich schätzen dürfe, dass die Schweiz von den Greueln des Krieges verschont geblieben ist. Aber es musste darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Besitzenden einerseits natürlich über mehr Güter verfügen, die des Schutzes bedürfen, als der kleine Mann, der nur seine bescheidene Habe besitzt, und es musste weiter darauf hingewiesen werden, dass im grossen und ganzen der weniger Bemittelte und Unbemittelte unter den direkten und indirekten Wirkungen des Krieges viel schwerer zu leiden hat als die Angehörigen der besitzenden Klasse, wenn auch sie selbstverständlich in den geschäftlichen Unternehmungen durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Und es ist doch nachgerade jedermann bekannt, dass zu den Erfordernissen einer modernen Steuergesetzgebung in erster Linie gehört, die einzelnen Steuerpflichtigen nach dem Mass der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu belasten, namentlich bei der direkten Steuer, und diejenigen, welche nur über ein bescheidenes Mass von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verfügen, von der Steuerlast vollständig zu befreien. Gerade im jetzigen Moment, wo die breiten Schichten der Bevölkerung, besonders die Arbeiter und die Angestellten und viele andere kleine Existenzen Not leiden, ist das Schwergewicht darauf zu legen, dass diese Kreise entweder nur schwach zur Steuer herangezogen oder vollständig befreit werden.

Ich habe gestern gesagt und wiederhole es, dass breite Schichten der Bevölkerung indirekt schwere Opfer gebracht haben und fortlaufend schwere Opfer bringen müssen, weil auch bei einem Einkommen, das vor einem halben Jahre oder einem ganzen Jahre als ordentlich bezeichnet werden konnte, das heute nicht mehr gesagt werden kann angesichts der Steigerung der Lebensmittelpreise. Vergessen Sie nicht, dass die Lasten, welche die kleinen Leute zu tragen haben, nicht kleiner werden, sondern eher grösser. Es muss die kantonale und Gemeindesteuer nach wie vor entrichtet werden, sie muss sogar an verschiedenen Orten erhöht werden, und es ist klar, dass die kleinen Leute in den kantonalen und Gemeindesteuern stärker belastet werden, als es bei diesem Projekt der Kriegssteuer der Fall ist.

Eines freut mich bei Herrn Keller, dass er heute eine so grosse Zuversicht in das Gelingen der Vorlage bekundet. Er wird sich erinnern, dass in den Verhandlungen der Kommission dieses Vertrauen nicht allseitig vorhanden war, und man hat Stimmen gehört, welche die Vorlage dem Volksentscheid entziehen wollten, nicht aus patriotischer Begeisterung, nicht um dem Bundesrat Zutrauen zu bekunden, sondern weil man befürchtete, dass diejenigen, welche von der Kriegssteuer betroffen werden, oder doch ein Teil derselben nicht den nötigen Patriotismus besässe, um der Vorlage in der Volksabstimmung zum Durchbruch zu verhelfen. Wir wollen hoffen, dass alle, arm und reich, dafür sorgen werden, dass wir in der Volksabstimmung mit Ehren dastehen. Wir wollen hoffen, dass die Besitzenden wie die Besitzlosen für das Gesetz einstehen werden. Diejenigen, welche von der Steuer befreit sind, werden es gleichwohl annehmen in der Ueberzeugung, für das Gesetz einstehen zu können mit dem Stolz, der dem schweizerischen Republikaner wohl ansteht, obwohl sie selber von der Kriegssteuer befreit sind. Denn sie wissen, dass der Krieg sie durch seine direkten und indirekten Folgen schwer belastet hat. Wir lassen es nicht gelten, dass wir mit unserm Eintreten für die Unbemittelten etwas Unzulässiges angestrebt hätten und den Besitzenden zu nahe getreten seien.

Abstimmung. — Votation.

Eventuell:

Für den Antrag de Meuron	69 Stimmen
» » » Schmid (Zürich)	29 »

Definitiv:

1. Für den Antrag der Kommission	122 Stimmen
» » » de Meuron	18 »
2. Für den Antrag der Kommission	109 Stimmen
» » » Schenkel und Sigg (Zürich)	25 »

Absatz 3.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Ich glaube, ich kann mich über diesen

Abschnitt kurz fassen, da ich Ihnen bereits über die Besteuerung der Aktiengesellschaften und über die dabei anzuwendende Progression das Notwendige in meinem einleitenden Referat gesagt habe.

Ich möchte hier folgendes nochmals betonen. Bei der Aktiengesellschaft unterliegen nicht nur das Aktienkapital, die Reserven und die offenen Rückstellungen der Besteuerung, sondern bei der Bemessung der Steuer ist Rücksicht zu nehmen auf die Höhe der Dividende, welche die Aktiengesellschaft im Durchschnitt dreier Jahre bezahlt hat. Man hat deshalb darin den richtigen Massstab erblickt, weil die Steuer nach der Leistungsfähigkeit entrichtet werden soll und eine Gesellschaft, die in der Lage ist, höhere Dividenden zu bezahlen, eben leistungsfähiger ist.

Wir sind aber auch nicht so weit gegangen, diesen Massstab fallen zu lassen und eine Gesellschaft, die keine Dividende bezahlt, von der Kriegssteuer zu befreien, sondern wir haben uns gesagt, dass eine jede Aktiengesellschaft wenigstens einen kleinen Tribut von 2‰ zu entrichten habe, auch wenn sie keine Dividende verteilt. Eine einzige Ausnahme haben wir gemacht — und darüber wird besser zu sprechen sein bei Alinea 6 — da wir die Transportanstalten, die keine Dividenden bezahlen, für denjenigen Teil des Aktienkapitals, der keine Dividende erhalten hat, von der Kriegssteuer befreien. Dass man den andern Gesellschaften, auch wenn sie keine Dividende bezahlen, doch 2‰ auferlegen will, hat den Grund darin, dass auch diese Gesellschaften alle Vorteile des Rechtsschutzes haben und dass sie doch auch etwas beitragen dürfen an die Opfer zur Deckung der Mobilisationskosten.

Nun noch ein kurzes Wort über die Heranziehung des nicht einbezahlten Aktienkapitals zur Kriegssteuer, und zwar mit einem Steuerkapital, welches der Hälfte desjenigen gleichkommt, das für die anderen Aktiengesellschaften gilt, nämlich 1 bis 5‰ statt 2 bis 10‰. Der Bundesrat hat diesen Grundsatz ursprünglich nur mit einem Viertel aufgenommen, der Sänderat ging auf die Hälfte des Ansatzes für die übrigen Gesellschaften. Wir haben uns gesagt, eine Gesellschaft, welche nicht das volle Aktienkapital einzahlen lässt, hat gewisse Vorteile gegenüber anderen Aktiengesellschaften. Ein Vorteil liegt einmal darin, dass sie eine sichere und bestimmte Forderung an die Aktionäre besitzt. Der Aktionär hat immer ein Obligo auszustellen für den nicht einbezahlten Teil der Aktien, die Gesellschaft hat somit eine Forderung, auf welche sie greifen kann, wenn die Verhältnisse es notwendig machen, wenn sie im Betriebe mehr Geld braucht. Die Nicht-einzahlung hat aber auch den Vorteil, dass die Dividende für den einbezahlten Teil der Aktie höher bemessen werden kann, und sodann den weiteren, dass die Gesellschaft das Obligationenkapital nicht nach der Höhe des einbezahlten Aktienkapitals, sondern nach dem Nominalbetrag des Aktienkapitals bemisst. Damit gelingt es ihr, für einen Teil der Aktien grössere Dividenden auszurichten. Wir ersuchen Sie daher, den Antrag der Kommission zum Beschlusse zu erheben und müssen Sie dringend bitten, den Antrag der drei Mitglieder, welche die Minderheit der Kommission bilden und die das nicht einbezahlte Aktienkapital von der Steuer befreien wollen, abzulehnen.

M. de Meuron: Nous avons déposé avec MM. Calame et Maillefer une proposition dont le but est de soustraire à l'impôt le capital-actions non versé des sociétés anonymes et de sociétés en commandite par actions. Cela peut se faire d'une façon extrêmement simple en supprimant simplement dans le texte du projet la phrase qui atteint ce capital, c'est-à-dire les mots: «d'un pour mille à cinq pour mille sur le capital-actions non versé». Nous constatons ici encore qu'il s'agit non pas d'une institution nouvelle, puisqu'il n'existe pas actuellement d'institutions en matière d'impôt fédéral, mais d'une notion, d'une modalité d'impôt qui est nouvelle et inconnue dans une très grande partie de notre pays. Nous ne connaissons pas dans bien des cantons cette notion de l'impôt atteignant le capital-actions non encore versé, non encore libéré et nous n'avons pas trouvé dans le message des motifs suffisants pour nous convaincre de l'utilité de cette innovation. Il n'y a rien dans le message du Conseil fédéral sauf erreur. Il y a en revanche dans le commentaire de l'article 15 de l'arrêté d'exécution quelques lignes consacrées à la justification de cette mesure: «... de même que, mais dans une mesure réduite, le capital-actions non versé qui contribue également à la capacité économique de la Société». Et c'est tout. Nous combattons cette proposition comme constituant une innovation dangereuse. Nous voudrions que dans toute cette question, nous fussions davantage animés d'un esprit de concessions réciproques, de compromis; que nous n'admettions que ce qui est envisagé dans la majorité des cantons suisses comme des notions acquises en matière fiscale et que nous nous gardions d'introduire, dans des circonstances et dans une loi aussi exceptionnelles, des idées toutes nouvelles, qui sont discutables et qui sont inconnues dans les législations fiscales de la majorité des cantons. Cette notion de l'impôt qui atteint le capital non versé est exceptionnelle, rigoureuse et discutable. Je ne connais qu'un seul canton dans lequel existe un semblable impôt, lequel s'explique peut-être par des circonstances locales et particulières. On ne le retrouve pas dans la pratique fiscale habituelle des cantons, même de ceux qui vont très loin en matière d'impôt et qui ont une législation fiscale particulièrement développée et vigoureuse. On cherche à justifier cette innovation par cette considération que le capital non versé constitue une valeur, une matière imposable. Mais, Messieurs, cette matière imposable ne constitue qu'une valeur théorique et non productive; ce n'est pas un capital rapportant un intérêt. Sans doute le capital non versé augmente dans une certaine mesure le crédit de la société, la confiance qu'elle inspire, en raison du fait que le capital nominal d'une société permet dans une certaine mesure l'augmentation du chiffre d'affaires et peut-être même du dividende qu'elle distribuera. Mais ce n'est là qu'une espérance, une éventualité: ce n'est pas une réalité. En outre il est extrêmement difficile de préciser dans quelle mesure cette possibilité pour la société d'augmenter son capital a pour effet d'accroître en réalité son chiffre d'affaires. C'est là une influence inappréciable, impondérable. Ce qui contribue à la réputation d'une société, à son crédit, c'est la manière dont elle est administrée, c'est sa direction, c'est son genre d'affaires, ce sont ses pratiques administratives et les résultats de son exploitation bien plus que la possibilité qu'elle aura un jour d'augmenter

son capital social. Lorsque nous avons discuté cette question en commission et demandé quelques explications sur le motif de cette innovation, on nous a répondu qu'en réalité si l'on atteignait ce capital éventuel et futur par un impôt, c'est qu'il fallait le considérer comme une véritable créance, comme une «Forderung» de la société. Mais c'est une créance absolument éventuelle, incertaine, qui n'est pas encore réalisée et qui, en attendant de l'être, reste improductive. Si d'ailleurs cela représente une créance pour la société, cela constitue une dette pour l'actionnaire qui peut être appelé à la payer. Si, d'une part, il y a une créance, d'autre part il y a dette. Il serait donc juste que celui qui est appelé à la payer fût autorisé à la déduire de sa fortune personnelle. Il faudrait alors que les personnes physiques, qui peuvent un jour être appelées à libérer les actions qu'elles possèdent fussent autorisées à défalquer le montant non libéré. Qui dit prétention de la part de la société dit obligation et engagement de la part de l'actionnaire pris individuellement. Si nous atteignons tous les deux, si nous frappons, d'un côté, le capital-actions non libéré et de l'autre côté la somme non versée qui attend d'être appelée et payée nous nous trouvons de nouveau en présence d'un cas de double imposition. Si pour chaque action de frs. 1000 libérée de 500 frs., mais qui peut encore être appelée à verser 500 autres francs, je réclame l'impôt pour une somme de 1000 frs. à la société et pour la même somme de 1000 frs. au particulier qui devra un jour verser encore 500 frs., je frappe deux fois la même matière imposable. Ce n'est pas la double imposition interdite par la Constitution fédérale et par le Tribunal fédéral, mais c'est une double imposition et c'est à nous qu'il appartient de dire si nous voulons l'admettre ou l'interdire. Le Code des obligations considère bien l'obligation de l'actionnaire comme un engagement pris à l'avance, comme une dette. L'article 637 du Code des obligations dispose en effet que tant qu'une action n'est que partiellement libérée, l'actionnaire qui la transfère demeure obligé au paiement du solde, à moins que la société n'accepte en son lieu et place le cessionnaire et ne relève le cédant de ses engagements. Mais, même dans ce dernier cas, le souscripteur originaire reste subsidiairement tenu des versements non effectués jusqu'à concurrence de la valeur nominale de l'action, si la société tombe en faillite dans l'année qui suit la libération par lui obtenue. Il s'agit donc bien d'un engagement éventuel, d'une obligation de l'actionnaire qui forme la contre-partie de la créance de la société. Si vous voulez atteindre l'une, il est juste que vous autorisiez l'autre à défalquer, sinon, je le répète, vous créez de nouveau un cas de double imposition. Voilà pour ma part comment je conçois la question. Il serait hautement à désirer que dans une oeuvre comme celle que nous faisons, oeuvre délicate et difficile entre toutes, nous nous en tenions à des notions généralement admises, et que nous n'atteignons pas d'emblée le maximum de ce qui est possible en matière fiscale; que nous n'admettions pas, dans ce premier essai de législation fédérale en matière d'impôt, des notions exceptionnelles et rigoureuses. Je ne me fais pas d'illusion; les succès remportés par nos propositions jusqu'à présent ne nous laissent aucun espoir sur l'accueil qui sera fait à cette nouvelle tentative. Nous la faisons par raison, par devoir et par conscience. Nous estimons en effet qu'il y a un très grand danger

soit pour la loi actuelle, soit pour l'avenir, à introduire dans l'arrêté sur l'impôt de guerre des principes aussi discutables, aussi nouveaux et nous tenons à dégager toute notre responsabilité personnelle, mes collègues et moi, quant aux conséquences de la mesure qui nous est proposée.

M. Fazy: Je suis de ceux qui ont fait de très larges concessions dans le sein de la commission. On m'a conduit par toutes sortes de bons arguments de conciliation à voter des choses, dont certainement je ne voulais pas. Je ne m'en repens pas, mais il y a cependant certains cas qui nous forcent à remplir un devoir et la proposition de M. de Meuron est une de celles sur lesquelles, en ce qui me concerne, je suis intransigeant. Je comprends à la rigueur que dans certains cas, en vue d'un projet tout à fait exceptionnel, des mesures exceptionnelles soient prises, et c'est ce qui m'a fait passer sur beaucoup de choses que j'aurais préféré ne pas admettre, mais ici il ne s'agit pas même d'une question de justice et d'équité, il s'agit pour moi d'une question de simple bon sens. Je ne pourrai jamais admettre qu'on frappe un capital inexistant. Vous voulez frapper deux fois le même capital, vous frappez la société anonyme et vous frappez en second lieu le contribuable, qui est porteur des titres. Cela peut se discuter au point de vue de la justice, mais il ne s'agit pas de cela, il s'agit de frapper quelque chose qui n'existe pas. J'ai un titre de fr. 500, je verse sur ce titre fr. 250. La société doit payer sur ces fr. 250, parce qu'elle n'a en mains que fr. 250. Et remarquez-le bien, vous allez à des conséquences qui touchent à l'absurde; en effet, les fr. 250 que moi actionnaire, je suis tenu de verser, si la société fait appel à mon versement, ces fr. 250, vous devez supposer que je ne les garde pas en poche, mais que je les place, de sorte que ces fr. 250 me rapportent un intérêt, et ces fr. 250 payent déjà l'impôt, ils le payent par la voie de l'actionnaire lui-même. Vous voyez à quelles conséquences vous arrivez, en frappant un capital inexistant. Encore une fois, tant que les fr. 250 ne sont pas versés dans la caisse de la compagnie, ces fr. 250 n'existent pas pour elle. Le jour où l'action est libérée, l'action tout entière doit payer. C'est une affaire parfaitement en règle, soit pour la compagnie, soit pour l'actionnaire. Mais faire payer sur un capital qui n'est pas versé, sur une fraction de capital inexistant, c'est contraire à la nature des choses. C'est pour cela que je demande à ce conseil de bien vouloir voter la proposition de M. de Meuron. Je ne crois pas qu'elle entraîne une grande diminution de recettes, mais en présence des arguments donnés par M. de Meuron et auxquels je m'associe, il y a lieu de modifier la rédaction de la proposition dans le sens de la proposition de M. de Meuron.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Nous touchons ici certainement au point de vue technique, en tout cas à l'une des questions les plus

difficilueuses du gros problème de l'impôt de guerre. On vous a exposé hier avec beaucoup de compétence les divers systèmes d'imposition pratiqués dans les différents cantons suisses, à l'égard des sociétés par actions. Dans les Etats pauvres en industrie on applique des méthodes d'imposition très rudimentaires. Il est des cantons où l'on impose uniquement le bénéfice, le capital-actions étant complètement exonéré. On autorise également dans certains Etats les porteurs d'actions à défalquer dans leur déclaration les titres dont ils sont propriétaires. C'est un traitement éminemment favorable qui n'a pas été pratiqué longtemps par les cantons où la puissance industrielle s'est développée considérablement sous la forme de sociétés anonymes. Vous savez que M. Speiser, de Bâle, a trouvé un système qui réalise un maximum de perfection dans ce domaine et qui consiste à imposer simultanément le capital-actions entre les mains de la société et chez le propriétaire détenteur du titre. En outre l'impôt est perçu sur le bénéfice réalisé par la société. C'est une conception très spéciale, nouvelle, mais il faut reconnaître que économiquement et surtout au point de vue fiscal elle peut se justifier. Le système qui nous est proposé par le projet tient compte de la nature très spéciale de cette forme économique moderne qu'est la société anonyme. Le projet propose non pas de frapper purement et simplement un capital-actions ou le produit, le bénéfice net accusé par le compte de profits et pertes, mais il propose un moyen terme, il veut imposer ce que nous appellerons la puissance financière des sociétés par actions qui réside très certainement dans son activité économique. Elle réside dans la combinaison de deux facteurs, d'un côté le capital-actions avec les réserves, c'est-à-dire les disponibilités financières des sociétés et d'autre part le bénéfice réalisé. Encore une fois la solution paraît heureuse parce qu'elle tient compte d'une façon toute spéciale de la nature particulière de la société par actions qui ne peut pas être traitée comme une personne physique ordinaire ou comme les autres personnes morales de notre droit suisse. Il y a cependant un point dans la solution proposée qui me paraît toucher à l'exagération. C'est le mode qui consiste à prendre en considération comme facteur de calcul le capital non versé. Je me suis posé aussi la même question à laquelle M. le Conseiller national Fazy répondait tout à l'heure. Je me suis demandé comme lui si, du point de vue fiscal, on ne frappe pas quelque chose d'inexistant, ce qui serait irrationnel. Nous avons, avec raison à mon sens, dit tout à l'heure que ce n'était pas une double imposition que de frapper simultanément le capital-actions chez le porteur des titres et le bénéfice réalisé par la société. Ce n'est point en effet le capital social que l'on atteint une seconde fois, mais bien le bénéfice effectué. On tiendra compte toutefois pour fixer la cote des disponibilités financières que l'on considère avec raison comme facteur important de travail. On nous propose maintenant de frapper le capital-actions non versé. Cela me paraît alors une combinaison un peu risquée. Je ne prétends pas qu'elle soit illogique, parce qu'encore une fois je tends à croire que l'idée directrice qui a inspiré le projet n'a pas été l'imposition du capital-actions, des disponibilités elles-mêmes, mais plutôt la perception d'un impôt sur le bénéfice réalisé par la société. On dit avec raison sans doute que le capital non versé constitue un élément de crédit important et

que par exemple en cas de faillite il sert de couverture supplémentaire garantissant tous les engagements de la société. Il semble dès lors raisonnable que l'on tienne dans une certaine mesure compte de cet élément dans le calcul de la puissance financière. Mais alors soyons logiques. Si l'on doit considérer le capital non versé comme une créance en faveur de la société imposée, celui qui le doit, ce capital non versé, a-le droit, lui, de le considérer comme une dette. Ces 500 frs. qu'il n'a pas versés sur l'action libérée à concurrence de 50% constituent pour lui une dette vis-à-vis de la société. Je me demande dès lors si, pour rester logiques, nous ne devrions pas, au cas où le projet serait accepté dans la forme où il est présenté, nous ne devrions pas autoriser celui qui est porteur d'actions non encore entièrement libérées à défalquer de sa fortune la somme qu'il n'a pas encore versée. Nous admettons, au point de vue fiscal avec le Code des obligations, que le capital non versé constitue une créance de la société contre le porteur qui n'a pas encore libéré intégralement le nominal de son action. Par conséquent je suis impressionné d'une façon très désagréable quand je regarde d'un côté la solution qui vous est proposée et d'un autre côté la situation très désagréable, je dirai presque contraire à toute solution équitable, dans laquelle vous allez mettre tout porteur de titre non intégralement libéré. Je ne veux pas dire que j'adhère purement et simplement à la proposition qui est faite par M. de Meuron, mais enfin je dois reconnaître comme directeur des finances qui s'occupe souvent de problèmes fiscaux, qu'elle a certainement beaucoup pour elle. Et je crois que si le projet qu'on nous présente devait être la base d'un système d'impôt renouvelable, je n'hésiterais pas un seul instant à me rallier franchement à la proposition formulée par M. de Meuron et à dire: Vous ne pouvez pas frapper le capital-actions non versé. Une dernière remarque. Si nous frappons le capital non versé parce qu'il constitue une créance en faveur de la société, ne serait-il pas logique d'autoriser le porteur du titre non entièrement versé à déduire de sa fortune la somme non encore versée? Il y a là un point sur lequel nous ne sommes pas encore bien au clair. En d'autres termes: autoriserons-nous dans l'application ceux qui sont débiteurs d'un capital non versé à le défalquer de leur fortune? Si nous admettons cette solution, nous arrivons comme résultat pratique au même résultat que si nous acceptons l'amendement proposé par M. de Meuron, parce que nous perdrons d'une part ce que nous aurons gagné de l'autre. Le système proposé par M. de Meuron suppose naturellement que le contribuable ne déduira pas de sa fortune la somme nécessaire à couvrir le capital non encore versé. Par conséquent, si je dis que le projet est accepté et voté dans la teneur où il est proposé, pour ce qui me concerne, je serais presque tenté d'admettre que n'auront pas fait une fausse déclaration ceux qui auront défalqué de leur fortune la part des actions dont ils sont porteurs dans la mesure où elles n'ont pas encore été libérées. Que vous admettiez l'un ou l'autre des systèmes proposés, j'ai la conviction que pratiquement nous arriverons au même résultat et je serais plutôt disposé à admettre la solution de M. de Meuron parce que j'ai aussi un peu peur: que les principes que nous posons dans notre projet fassent école. Différents cantons qui ont jusqu'à présent une législation encore très rudimentaire, trop rudimentaire en ce qui concerne l'imposition

des sociétés par actions, pourraient bien chercher dans notre solution le modèle de leur future loi fiscale.

M. le président de la Confédération **Motta**: C'est à très grand regret que je suis obligé de prendre encore une fois position contre une des propositions formulées par M. de Meuron, auquel je suis très reconnaissant de la déclaration très patriotique qu'il a bien voulu faire hier au nom de son groupe dans la discussion sur l'entrée en matière. Je lui en suis tout particulièrement reconnaissant, parce que je sais que ce projet heurte quelques-unes de ses conceptions, peut-être, puis-je ajouter, quelques-unes des conceptions de ses amis et que, malgré cela, il a bien voulu déclarer qu'il ne faisait pas de ces réserves une condition sine qua non, que son vote sur l'ensemble aurait été néanmoins acquis au projet d'arrêté constitutionnel, même dans le cas où les propositions qu'il a bien voulu formuler pour la clarté de la discussion seraient éliminées. Je dois d'autant plus prendre position expressément et explicitement contre la proposition de M. de Meuron, que celui-ci ne se plaindra pas sans doute de la manière dont l'honorable rapporteur français de la commission a bien voulu combattre sa proposition (Rires). Je dois me placer un moment presque dans le rôle de M. le rapporteur français de la commission.

Le Conseil fédéral avait déjà sanctionné le principe de l'imposition des sociétés par actions non seulement pour le capital versé, mais aussi pour le capital non versé. Cependant nous avons été au Conseil fédéral un peu plus doux dans le choix des taux, nous en avons prévu, pour le capital non versé, un correspondant au quart de celui qui frappe le capital versé de la société par actions. Un examen plus approfondi de la question au sein de la commission du Conseil des Etats nous a conduits, la commission d'abord et le Conseil fédéral ensuite, à nous persuader qu'il était possible d'appliquer sans danger au capital non versé non pas le quart, mais la moitié du taux ordinaire. Cette proposition a été acceptée à la presque unanimité par le Conseil des Etats en opposition à une proposition formulée, si je ne me trompe, par l'honorable M. Robert. La commission du Conseil national a de même adopté cette proposition votée par le Conseil des Etats à une très forte majorité. Quelle est la raison, Messieurs, qui a fait admettre la possibilité de frapper non seulement le capital versé, mais aussi et en même temps le capital non versé? Messieurs, le capital non versé est un capital en puissance, une énergie cachée dans un certain sens, mais qui fortifie dans une mesure considérable le crédit de la société par actions. Celle-ci émet son capital-obligations, non seulement eu égard au capital versé, mais aussi au capital non versé. Il est devenu presque de pratique constante chez les sociétés par actions prospères qui veulent distribuer à leurs actionnaires de gros dividendes, de faire plutôt appel au capital-obligations et de limiter dans une mesure très restreinte le capital effectivement versé. Je vais vous en citer un exemple, qui sera tout à fait probant. D'après l'annuaire financier de la Confédération, les sociétés

d'assurances par actions ont un capital versé de 30,33 millions. Le capital non versé de ces sociétés est de 70,15 millions. Le capital non versé est donc effectivement le double du capital versé, et les dividendes de ces sociétés par actions oscillent entre le 6 et le 32 pour cent. Il nous semble, dans ces conditions, qu'il serait en quelque sorte injuste de ne pas frapper aussi le capital non versé qui, sans être une partie du capital pouvant être directement disponible, est pour ainsi dire disponible pour la société en cas de besoin, puisque dans cette éventualité, les sociétés par actions peuvent obliger leurs actionnaires à verser le capital non versé. La société par actions n'a pas cet argent en disponibilité, mais elle possède une créance, qui peut être en quelque sorte mise sur le même pied que les fonds effectivement versés.

Nous vous prions donc, Messieurs, d'accepter ce principe. Nous ne voulons pas faire école. Je comprends les scrupules de quelques-uns d'entre vous, qui nous disent: Vous lancez dans la circulation, par ce projet de loi extraordinaire, quelques idées que nous estimons dangereuses, et que nous ne voudrions pas voir fructifier et germer plus tard dans les législations cantonales. Je n'estime pas, quant à moi, que ce danger existe. Tous nos cantons possèdent des institutions démocratiques et si certains principes, qui n'ont pas aujourd'hui la sympathie de tout le monde, étaient expérimentés par les législations cantonales, chaque parti aurait le droit de faire appel au peuple et si le peuple donne raison à vos scrupules, votre conscience peut être entièrement satisfaite. Si le peuple ne donne pas satisfaction à vos opinions et à vos conceptions dans ce domaine, c'est que la majorité du peuple dans son instinct profond de la justice est convaincu que les principes en question sont bons et acceptables. Dans ce cas-là, il est du devoir de tout bon citoyen de s'incliner devant la volonté populaire.

J'arrive à la conception, qui m'a paru quelque peu singulière, de l'honorable rapporteur français de la commission qui consisterait à dire qu'on pourrait ou accepter la proposition de M. de Meuron ou, si on ne l'acceptait pas, autoriser l'actionnaire qui est en possession d'une action, dont le capital n'est pas encore entièrement versé, à faire la déduction de la somme non encore versée du total de sa fortune. Il me semble qu'une réflexion un peu plus approfondie montre le manque de logique de cette conception. Si l'actionnaire était taxé pour son action, pour le total de l'action elle-même, pour la valeur versée et non versée, M. Musy aurait certainement raison, parce que, dans ce cas-là, il serait légitime de permettre une défalcation d'une dette, car la partie de l'action qui était placée effectivement, n'existe pas encore ou correspond dans tous les cas à une dette que l'actionnaire aura à payer le jour où la société par actions appellera le versement de la partie de l'action qui n'est pas encore versée. Mais tel n'est pas le cas. L'actionnaire sera taxé dans sa fortune, non pas sur la valeur du capital non versé, mais pour la valeur de l'action en tant que cette valeur correspond au capital effectivement versé et alors il me semble que la défalcation de la partie non versée, permettez-moi cette expression, a quelque

chose qui heurte absolument le bon sens. Voilà pourquoi je ne puis pas, et je le regrette, me rallier ni à l'opinion de M. de Meuron, ni à celle de M. Musy et au nom du Conseil fédéral, au nom aussi de la commission qui, je puis l'ajouter, a été presque unanime, je vous recommande d'accepter le point de vue consacré dans le texte de la commission.

M. Secretan: Je suis comme M. Fazy. Je veux bien sauter des ruisseaux, mais je veux tout de même mesurer mon saut à la largeur du fossé, afin de ne pas tomber dans l'eau. Et vraiment ce qu'on nous demande dans ce moment-ci est inacceptable par une intelligence moyenne. (Rires.) On représente le capital non versé comme une créance de la société anonyme contre ses actionnaires. M. Musy, en homme logique, dit: Si le capital non versé est une créance de la société anonyme contre l'actionnaire, celui-ci aura le droit de défalquer cette dette de sa fortune et ce que vous prenez d'un côté, vous le perdez de l'autre! C'est d'une logique absolue. M. Musy l'a si bien senti qu'il en est resté perplexe. Si nous interprétons sa pensée comme elle doit l'être, elle revient à dire ceci: J'avale cette hérésie parce que je ne puis pas faire autrement.

En présence de cette conclusion très logique tirée par M. Musy du raisonnement de la commission, M. le directeur des finances de la Confédération s'insurge et s'écrie: Non, non, ce n'est pas une créance. Alors qu'est-ce? Nous disons que ce n'est rien. Mais M. le Président de la Confédération répond: c'est un capital en puissance! Un capital en puissance! Je ne connais pas cela. Je sais ce que c'est qu'une pièce de 20 frs., mais je ne sais pas ce que c'est qu'une pièce de 20 frs. en puissance.

M. le Président de la Confédération, citant l'exemple des sociétés d'assurances, dit que ces sociétés ont un tiers de leur capital versé pour deux tiers non versés et que certaines de ces sociétés distribuent sur ce capital versé jusqu'à 33% de dividende à leurs actionnaires. Mais ce 33% est calculé sur la valeur nominale de l'action.

M. le Conseiller fédéral **Motta:** Non pas sur la valeur nominale, mais bien sur le capital-actions.

M. Secretan: Eh bien, je prends une action de Compagnie d'assurance d'une valeur nominale de 1000 frs. et sur laquelle on a versé 500 frs. Cette société d'assurance distribue sur ces 500 frs. versés un dividende équivalant à 33% de ces 500 frs. Le jour où une société anonyme, d'assurance ou non, distribue 33% sur 500 frs., la valeur de l'action ne sera plus de 500 frs., mais elle sera capitalisée à 5% ou 6% et vaudra 2500 frs. ou 3000 frs. La valeur nominale d'une action ne signifie rien pour la supputation de sa valeur; celle-ci se calcule sur le bénéfice de la société et suivant le taux de capitalisation adopté dans le pays où cette valeur a cours. Et quand vous dites qu'une société distribue 33% de son capital

versé, vous dites une chose qui ne signifie rien; ce n'est qu'un amusement de statisticien, parce que le capital versé à ce moment-là, au moment où la société distribue ce bénéfice, doit être calculé en capitalisant au taux de 5 ou 6% les bénéfices réalisés. Ce qui m'amène à dire que le capital non versé n'ajoute rien à la puissance financière de la société anonyme. Il peut servir de miroir aux alouettes, mais pour aucun financier sérieux le fait qu'une société anonyme s'est constituée sur la base d'un tiers du capital versé et de deux tiers n'ajoute rien à sa puissance financière. La puissance d'une société anonyme provient, comme l'a fort bien dit M. de Meuron, de ses bénéfices, du dividende qu'elle distribue, de sa bonne administration et de la vitalité de l'entreprise. Si la société anonyme est bien administrée, si elle est une société prospère, le jour où elle éprouvera le besoin d'augmenter son capital, elle trouvera auprès de ces actionnaires ce qui lui est nécessaire. Si la société ne prospère pas, si elle ne distribue pas de dividende, si son bilan est mauvais, elle ne trouvera pas le capital dont elle a besoin et l'actionnaire qui aura versé 250 frs. sur une action de 500 frs. préférera abandonner ce versement plutôt que de jeter encore pareille somme dans le même groupe. La société a si peu une créance contre l'actionnaire qu'elle ne sait même pas où sont ses actions, à moins que ce ne soient des actions nominales. Mais s'il s'agit d'actions au porteur la société ne connaît pas ceux qui les possèdent. Un mot encore. On dit que nous faisons une loi pour une fois et que par conséquent il n'est pas nécessaire d'y regarder de si près. Telle disposition peut ne pas paraître très bonne, mais nous la votons quand même parce qu'elle ne sera appliquée qu'une fois. Einmal ist keinmal. Cela ne veut rien dire non plus, c'est un calembour, rien de plus. On ne peut pas soutenir davantage que ce que nous faisons ici ne constitue pas un précédent. Que vous le vouliez ou non c'est un fait et ce fait demeurera et lorsque cet article que nous faisons maintenant aura disparu de la constitution après la perception de l'impôt, l'article n'en subsistera pas moins par ses conséquences.

M. de Meuron a parlé hier d'une plante rare qui ne doit fleurir qu'une fois et qui, après cela meurt et disparaît. J'accepte l'image, mais je la complète. Il n'existe pas de plante qui disparaisse complètement. Une plante qui a fleuri porte une graine. Cette graine subsiste; autrement la plante disparaîtrait pour toujours. Or, cette graine que va porter la loi sur l'impôt de guerre est un germe empoisonné. Lorsque l'impôt aura été perçu, ce germe malsain n'en flottera pas moins dans l'atmosphère et empoisonnera la bonne et saine doctrine fiscale dans notre pays. Les cantons et les communes sauront très bien dire: il y a dans telle commune une société affichant un gros capital non versé, sur lequel nous allons percevoir un impôt comme la Confédération nous en a donné l'exemple. Ne disons donc pas: Einmal ist keinmal, mais Einmal ist einmal. Le principe que vous déposez là subsistera et demeurera. Alors même que vous diriez: ce n'est pas un précédent, ce sera un précédent et vous ne serez pas maîtres de le supprimer.

Je préférerais, pour une fois que la Confédération fait une loi d'impôt direct dans des circonstances graves, lorsqu'elle fait appel au patriotisme des contribuables, lorsqu'elle fait une loi qui atteint le 30% des contribuables pour 80 millions de francs, je

voudrais au moins que la Confédération abordât l'opinion publique, à laquelle on demande ce sacrifice, avec une loi bien faite et non pas avec une loi où se trouvent des hérésies comme celle que je combats. L'imposition du capital non versé ne procurera pas beaucoup d'argent et c'est dans la loi une tache que je regrette.

J'accepterai la loi quand même, mais je dénonce cette tache comme une hérésie fiscale de premier ordre.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	88 Stimmen
Für den Antrag de Meuron	33 Stimmen

Absatz 4.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Wir kommen zu Alinea 4, zu den Genossenschaften des Obligationenrechtes. Wir stehen hier vor einem Kompromiss, der bereits im Ständerate die grosse Mehrheit, fast die Einstimmigkeit der Ratsmitglieder für sich gewonnen hat, und zwar bezieht sich dieser Kompromiss einmal auf die Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, andererseits auf die Konsumgenossenschaften, d. h. die Genossenschaften, welche ihren Anteilshabern eine gewisse Rückvergütung auf ihren Bezügen zukommen lassen. Anfänglich war in diesem Artikel die Sache so geordnet, dass alle Versicherungsgesellschaften, welche in Form der Aktiengesellschaft betrieben werden, ohne weiteres gleich behandelt wurden wie andere Aktiengesellschaften und die Genossenschaften alle auch nach einer Form, durch die Besteuerung des Ertrages, und zwar mit der Belastung von 8%. Also die Versicherungsgesellschaften in Aktienform wurden nach ihrem Aktienkapital, ihren Reserven, ihren andern offenen Rückstellungen gefasst, und die Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit wurden als Genossenschaften bei ihrem Ertrag gefasst. Dabei kam es bei der Ausrechnung der Beträge, welche diese Gesellschaften zu entrichten gehabt hätten, zu grossen Differenzen. Es ergab sich z. B., dass die Versicherungsgesellschaften, welche in Aktienform arbeiten und zusammen ein Kapital von 460 Millionen umfassen und eine Prämieinnahme von 24 Millionen haben, zusammen nur einen Betrag von ca. 75,000 Franken an Steuer zu entrichten gehabt hätten. Das macht ungefähr 3% ihrer Prämieinnahme, während die Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, die als Genossenschaften nach dem Ertrag gefasst werden sollten und ein Kapital von 410 Millionen umfassen mit einer Prämieinnahme von ca. 20 Millionen, eine Steuer insgesamt von ca. 328,000 Fr. hätten bezahlen müssen, so dass es auf sie 16% ihrer Prämieinnahme ausgemacht hätte. Da wollte offenbar der Gesetzgeber nicht, und darum hat man gesucht, eine Lösung zu finden, welche den Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit gerecht werden würde. Und man fand diese, indem man sich sagte, es sollen diese Gesellschaften nicht nach ihrer rechtlichen Form, ob Aktiengesellschaft oder Genossenschaft, besteuert werden, sondern nach ihrem wirtschaftlichen Zwecke. Man hat gefunden, dass die richtigste Basis für die

Berechnung der Steuer in der Prämieinnahme bestehe. Diese Basis hat den weiteren Vorteil, dass man auch die ausländischen Gesellschaften in der gleichen Form zur Besteuerung heranziehen kann, soweit es das schweizerische Geschäft betrifft — und das kommt ja einzig in Betracht — weil die Prämieinnahmen der ausländischen Gesellschaften für ihr schweizerisches Geschäft dem Versicherungsamt bekannt sind. Die Bilanzen kennt man nicht; aber die Prämieinnahmen kennt man, weil ja auch für die ausländischen Gesellschaften die Konzessionsgebühr nach der Prämieinnahme berechnet wird. Man hat es also hier mit einer sicheren, einwandfreien Basis für die Berechnung der Steuer zu tun, und das hat man nun den Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit zugebilligt.

Noch ein Wort über die Konsumgenossenschaften. Hier besteht der Kompromiss darin, dass man nicht vom ganzen Ertrag dieser Genossenschaften eine Steuer von 8% erhebt, vielmehr soll von demjenigen Teil, welcher den Genossenschaftern als Rückvergütung am Schlusse des Jahres ausbezahlt wird, nur die Hälfte des Ansatzes, also 4%, berechnet werden, während vom übrigen Ertrag, der nicht zur Verteilung gelangt, 8% erhoben werden. Man ist dazu gekommen, weil man sich sagte, dass die Rückvergütungen an die Genossenschafte nicht gleich zu taxieren seien wie der gewöhnliche Ertrag, weil ja das in den Preisen liege, zu denen im Laufe des Jahres verkauft wird, und ein Benefiz diesen Genossenschaftern zugute kommen soll, das Benefiz, wodurch sie am Schlusse des Jahres einen Teil der bezahlten Preise wieder zurückbekommen. Man hat also den Charakter dieser Rückstellung gewürdigt und deshalb eine niedrigere Steuer auf dieselbe gelegt. Sie werden wohl auch mit Interesse vernommen haben, dass der «Konsumverein», das Organ des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, in einem längeren Artikel sich über diesen Kompromiss ausgesprochen hat. Der Verband hat höhere Forderungen gestellt, die aber von den Kommissionen und vom Ständerat nicht angenommen worden sind, und hat sich dann mit diesem Kompromiss zufrieden gegeben. Es ist darum die Stellungnahme der Konsumvereine eine wohlwollende geworden, während dies früher nicht der Fall war.

Ich möchte Sie also im Namen der Kommission ersuchen, diesen Kompromiss gutzuheissen, wie es auch der Ständerat getan hat, und das Alinea 4 in der vorliegenden Form anzunehmen.

M. Musy, rapporteur français de la commission: L'égalité fiscale n'exige pas que l'on traite de la même façon les contribuables qui sont dans des conditions économiques différentes. Il faut tenir compte au contraire de la nature et de la puissance financière de chaque contribuable pour lui appliquer le système qui convient le mieux à sa situation. C'est avec raison dès lors qu'on propose d'appliquer aux sociétés coopératives un autre système que celui réservé aux sociétés par actions. Ce que l'on nous demande d'imposer ici c'est le bénéfice net des coopératives, parce que la puissance financière de la coopérative ne réside pas principalement dans son capital social, mais surtout dans l'ensemble de son organisation, dans sa clientèle, dans l'ensemble des moyens

qu'elle utilise pour développer son activité économique. Je vous recommande donc la solution proposée. Je crois qu'équitablement et fiscalement, elle répond bien aux conditions spéciales de la société coopérative.

En ce qui concerne les sociétés d'assurance dont la nature est différente, c'est le capital qu'on veut imposer. L'auteur du projet a eu raison de ne pas confondre la société d'assurance avec la coopérative ordinaire. Je me rallie donc aux idées émises tout à l'heure à cet égard par le rapporteur allemand et je vous propose d'accepter le texte présenté par la commission.

Angenommen. — (Adopté.)

Absatz 5.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Hier beantragen wir Ihnen nur zwei kleine redaktionelle Aenderungen, die sich von selbst verstehen. Ich habe keine weiteren Bemerkungen zu machen.

Angenommen. — (Adopté.)

Absatz 6.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Wir kommen zu Al. 6, das von der Steuerbefreiung spricht. Ich glaube, auch hier braucht es langer Erklärungen nicht, da jede Litera dieses Alineas deutlich für sich spricht. Der Grundgedanke ist der, dass die Vermögen der Bundes-, Kantons- und Gemeindebetriebe nicht versteuert werden müssen, weil es keinen Sinn hat, dass Bundesanstalten dem Bund eine Steuer entrichten, und ich habe schon einmal in meinem Eintretensvotum bemerkt, dass es auch in den fiskalischen Betrieben des Bundes Einnahmen gebe, welche den Kantonen zugute kommen, so dass es keinen Sinn hat, hier den Kantonen etwas wegzunehmen und ihnen andererseits von der Steuer ein Fünftel abzugeben. Es ist ausdrücklich nur folgendes festzulegen, dass die Kantone und Gemeinden nur für diejenigen Betriebe steuerfrei sind, die, wie das Alinea sagt, öffentlichen Zwecken dienen, und wir drückten dies in unserer Redaktion — es war auch die Redaktion der ständerätlichen Kommission, wurde aber vom Ständerat dann geändert — dadurch aus, dass wir sagen: Frei sind die Betriebe der Gemeinden und Körperschaften: für das Vermögen, dessen Ertrag öffentlichen Zwecken dient, oder bei den übrigen Körperschaften und Anstalten: für das Vermögen, dessen Ertrag Kultus- und Unterrichtszwecken oder der Fürsorge für Arme und Kranke dient. Es gilt also als Kriterium nicht, ob ein solcher Betrieb in Aktienform ausgeübt werde oder nicht, sondern ob sie öffentlichen Zwecken dienen und nicht etwa als Bürgernutzen oder sonstwie Privaten ausgehändigt werden.

Wir haben dann bei lit. e noch eine Aenderung angebracht. Der Ständerat hat die konzessionierten Transportanstalten freigegeben, sofern sie keine Dividende bezahlen. Der frühere Vorschlag war, diejenigen Transportanstalten freizugeben, welche mit kantonalen oder Gemeindegeldern erbaut

worden sind oder betrieben werden. Das hat der Ständerat gestrichen aus der Erwägung heraus, dass man die andern Transportanstalten, die ja auch öffentlichen Zwecken dienen, die aber nicht das Glück gehabt haben, von Staat und Gemeinde subventioniert zu werden, nicht schlechter stellen soll als diejenigen, denen öffentliche Mittel zu Gebote standen.

Nun ist eine Eingabe von den Transportanstalten gekommen, welche um weitergehende Berücksichtigung bat. Wir sind diesem Wunsche entgegengekommen, indem wir sagten, dass alle diese Transportanstalten für denjenigen Betrag des Kapitals, dem keine Dividende zugekommen ist, steuerfrei sein sollen. Wir glauben, damit das getroffen zu haben, was recht und billig ist. Diese Transportanstalten haben geltend gemacht, dass man beispielsweise ihren Erneuerungsfonds doch nicht besteuern solle, und wir halten dafür, dass das sehr richtig ist, indem der Erneuerungsfonds im Grunde genommen eben nicht ein Reservefonds ist, sondern eine Amortisation bedeutet, welche zu gelegener Zeit in Wirksamkeit tritt. Im Prinzip stehen wir auf dem gleichen Standpunkt wie der Ständerat. Immerhin glaubten wir, den früheren Text der ständerätlichen Kommission wieder herstellen zu sollen, weil die ständerätliche Beschlussfassung nicht ganz klar ist. Es wird voraussichtlich mein verehrter Kollege, Herr Musy, hier noch einiges hinzufügen, da er speziell aus seiner Erfahrung Beispiele anführen kann. Ich beantrage Ihnen, diese lit. e des Al. 6 in der Fassung der nationalrätlichen Kommission annehmen zu wollen.

M. Musy, rapporteur français de la commission: Puisque le but de l'impôt de guerre est d'augmenter les ressources de la Confédération il serait illogique d'imposer les biens qui sont la propriété de la Confédération, tant ceux qu'elle possède directement qu'indirectement. L'application logique du principe sur lequel l'impôt de guerre repose veut également qu'on exonère les corporations et toutes les institutions en général poursuivant un but d'utilité publique. J'ai eu l'occasion de vous dire avant-hier, lors de la discussion générale, qu'évidemment ces institutions avaient à supporter depuis la déclaration de guerre, à raison de la crise, des charges extraordinaires. En particulier, celles qui poursuivent des buts philanthropiques ont été fortement mises à contribution. Puisque nous frappons surtout le superflu, il est évident qu'il fallait exonérer toutes ces institutions. Le texte du Conseil des Etats a sensiblement modifié la rédaction primitive de la commission du Conseil national. Le texte primitif voulait que l'on exonérât tous les biens propriété des communes, des autres corporations de droit public et ecclésiastique dont le produit est affecté à des services publics. On nous a dit que la modification apportée par le Conseil des Etats n'était qu'une modification d'ordre rédactionnel. Nous prenons acte de cette déclaration parce que nous ne voudrions pas qu'au moment de l'application on donnât au texte révisé la signification littérale qu'il semble avoir. Quand on dit que les biens appartenant

à une corporation seront exonérés dans la mesure où ils sont affectés directement à un service public, on est en droit de dire que les biens qui ne sont pas affectés directement à un service public sont imposables. Je prends un exemple pratique. Je suppose qu'une commune possède un hôpital, des immeubles affectés à l'enseignement et d'autres propriétés lui rapportant une location annuelle considérable affectée à équilibrer le budget communal. Il se vérifie que les produits de ces propriétés sont absorbés par les services publics. Si nous nous en tenons au texte de la commission du Conseil des Etats, il semble que ceux qui feront l'application de la loi seront en droit de soutenir avec succès que cette exonération ne s'étendant pas aux biens qui ne sont pas affectés à un service public, les immeubles à revenus locatifs doivent l'impôt de guerre. Si l'on veut en rester à l'idée première exprimée d'une façon très claire dans le texte primitif de la commission du Conseil des Etats, il faut, pour éviter toute ambiguïté, revenir à la première formule et dire explicitement que tous les biens dont le produit est affecté à un service public sont exonérés de l'impôt de guerre. Et dans la pratique nous étendrons cette exonération non pas seulement aux biens affectés directement aux services publics, mais à tous les biens dont le produit sert indirectement à un service public. En d'autres termes les biens d'une commune ne pourront être imposés que dans la mesure où leur produit constituerait un bénéfice non affecté à faire les charges générales du budget. Je me permettrai plus tard, quand nous fixerons le texte définitif, de prier la commission du Conseil des Etats de reprendre sa première formule. On nous a bien affirmé que l'on n'a pas attaché d'importance à cette modification d'ordre purement rédactionnel. Mais j'insiste sur la nécessité de donner à cette loi qui sera grosse de difficultés une formule claire ne contenant aucune ambiguïté.

Quant aux entreprises de transport, on avait d'abord prévu que l'exonération ne s'étendrait qu'aux lignes construites avec l'appoint et les subventions de l'Etat ou des communes et uniquement lorsqu'elles ne distribuent aucun dividende. M. Maillefer, membre de la commission du Conseil national, a fait remarquer avec beaucoup de raison que cette exonération était trop restreinte, qu'elle n'était pas équitable. Il nous a présenté un exemple qui illustre son affirmation d'une façon très vive, mettant en relief le cas où un certain dividende est versé à une partie du capital social soit au capital privilégié. M. Maillefer estimait qu'on devait dans ces circonstances exonérer de l'impôt de guerre le capital qui n'est pas renté. Quand il développait les motifs à l'appui de sa proposition d'amendement, M. Maillefer avait certainement devant ses yeux la situation spéciale dans laquelle se trouvent plusieurs compagnies de la Suisse romande. Une partie de leurs capitaux ont été fournis par les communes intéressées. L'Etat a fait une subvention. Le solde par contre a été trouvé chez les particuliers contre des actions privilégiées. Plusieurs de ces entreprises, grâce à des économies, arrivent à rentrer dans une certaine mesure le capital-actions privilégié tandis qu'elles ne versent aucun dividende aux actions ordinaires. Eh bien, il est juste dans ce cas, lorsqu'il s'agira de fixer la base de l'impôt, que le calcul ne porte que sur le capital renté et non pas sur le capital qui ne touche aucun dividende.

Je vous recommande l'adoption de la proposition Maillefer qui n'a du reste pas été combattue et nous vous recommandons d'accepter tel quel le projet du Conseil des Etats.

Angenommen. — (*Adopté.*)

Absatz 7 und 8.

Angenommen. — (*Adoptés.*)

Lit. B. und C.

Angenommen. — (*Adoptés.*)

Lit. D.

Arthur Eugster, deutscher Berichterstatter der Kommission: Keine Bemerkung.

M. Musy, rapporteur français de la commission: J'avais, à l'occasion de la discussion qui a été soulevée dans la commission du Conseil national concernant cette disposition finale, fait une proposition acceptée par la majorité de la commission. J'avais demandé, pour bien marquer le caractère extraordinaire de la nouvelle constitutionnelle, qu'il fût dit expressément qu'elle ne serait pas insérée dans le texte de la charte fédérale. Dans le même sens j'avais demandé également que cette disposition constitutionnelle ne portât pas de numéro, de façon que l'on comprît bien qu'il ne s'agissait pas d'une nouvelle disposition constitutionnelle pouvant dans la suite sortir des effets, mais purement et simplement d'une nouvelle transitoire dont le principe vital serait épuisé par l'application unique en vue de laquelle elle est élaborée. On a observé que le texte de la lettre b) était suffisamment explicite pour me donner pleine et entière satisfaction et cette formule me fournit en effet toute garantie que cette disposition constitutionnelle ne sera pas un précédent pouvant être invoqué plus tard.

Je tiens en terminant, puisque la parole nous est donnée pour la dernière fois, à souligner encore d'une

façon toute particulière que si ceux qui sont restés les partisans du système des contingents cantonaux se sont par esprit de solidarité confédérale ralliés au système proposé par le Conseil fédéral, je souligne que cette minorité a placé dans les circonstances très graves actuelles au-dessus de toute autre considération quelconque les intérêts supérieurs de notre commune patrie. Nous espérons que le Conseil fédéral et en particulier le directeur des finances fera garde vigilante autour de cette plante dont on a parlé dans un langage très coloré et que l'on écartera définitivement les jardiniers qui voudraient venir l'arroser dans l'intention de la transformer en une plante vivace. J'observe en outre que si l'on arrosait cette plante d'un déluge de paroles du genre de celles que nous avons entendues à un moment donné hier, on arriverait probablement à fin contraire, c'est-à-dire qu'au lieu de réussir à transformer cette plante rare en une plante vivace, on arriverait peut-être à en empêcher l'unique floraison que nous désirons tous. Si jamais on devait nous proposer d'en venir à l'idée d'un impôt direct, pour ce qui me concerne j'y verrais la tentative de réduire les cantons au simple rôle de circonscription administrative. Ce serait, Messieurs, au point de vue historique, renoncer à notre passé et dans une certaine mesure compromettre l'avenir. La logique exigerait d'abord, avant de recourir à semblable mesure, que la Confédération réduisît les subventions qu'elle accorde annuellement aux cantons. Pourquoi nuire à la souveraineté cantonale en accordant aux Etats confédérés des subventions pour leur reprendre sous forme d'impôt direct ce qu'on leur a donné!

Angenommen. — (*Adopté.*)

Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme des Bundesbeschlusses 136 Stimmen.
(Einstimmigkeit.)

An den Ständerat.
(Au Conseil des Etats.)

Volksbegehren betreffend Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum.

Demande d'initiative populaire tendant à soumettre au referendum certains traités internationaux.

Eduard Scherrer: Der Bundesrat hat mit Botschaft vom 29. Mai vorigen Jahres uns seinen Bericht über das Volksbegehren betreffend Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum unterbreitet. Im Juni des gleichen Jahres haben die beiden Räte die vorberatenden Kommissionen bestellt, der Nationalrat eine fünfzehngliedrige Kommission; gleichzeitig wurde unserem Räte die Priorität für die Behandlung des Gegenstandes eingeräumt.

Wir beabsichtigten, im Herbst eine Kommissionssitzung zu halten, um dann im Dezember im Plenum des Rates über die ganze Angelegenheit referieren zu können. Durch alle diese Pläne hat dann der Kriegsausbruch einen Strich gemacht. Die Kommissionssitzung musste verschoben werden. Es war dem Chef des Politischen Departements, der diesen Verhandlungen beiwohnen sollte, absolut nicht zuzumuten, dass er in jener Zeit mit Rücksicht auf seine

**Kriegssteuer. Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42bis in die
Bundesverfassung. BB vom 15. April 1915**

**Impôt de guerre. Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42bis à insérer dans la
Constitution fédérale. AF du 15 avril 1915**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1915_002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.04.1915 - 08:00
Date	
Data	
Seite	90-111
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 331

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amtliches
stenographisches Bulletin

der
schweizerischen Bundesversammlung



N^o 7

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL

DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnement: Jährlich Fr. 2.— für die Schweiz, Fr. 6.— für
das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann
nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 2.—, Union postale frs. 6.—.
On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices
postaux.

Nationalrat — Conseil national

Sitzung vom 15. April 1915, vormittags 8 Uhr — Séance du 15 avril 1915, à 8 heures du matin.

Vorsitz: {
Présidence: { Mr. Bonjour.

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Artikels 42^{bis} in die Bundesverfassung.

Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42^{bis} à insérer dans la constitution fédérale

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe die Verhandlungen des Ständerates Seite 60 ff. — Voir les débats du conseil des Etats page 60 et suivantes.)

Arthur Eugster, Berichterstatter der Kommission:
Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen,
dass der Ständerat unseren sämtlichen Abänderungs-
anträgen zugestimmt hat. Es ist auch gestern in
einer Abendsitzung von der Redaktionskommission
der Text in beiden Sprachen definitiv festgelegt
worden. Die Redaktion ist Ihnen diesen Morgen aus-
geteilt worden. Es bleibt mir nichts übrig, als Ihnen
zu beantragen, den Bundesbeschluss in der vorliegen-
den Redaktion zu genehmigen.

Schlussabstimmung. — *Votation finale.*

Für Annahme des Beschlussesentwurfes

114 Stimmen
(Einstimmigkeit.)

M. le **Président:** Permettez-moi, Messieurs, de
saluer ce beau résultat, de remercier tous les groupes

de l'assemblée qui y ont contribué, et d'espérer en
même temps que le jour de la votation populaire, le
peuple suisse offrira le spectacle de la même union
dont vous avez donné l'exemple pour consentir les
sacrifices qu'exige le maintien de l'intégrité de notre
patrie. (Bravos.)

An den Bundesrat.
(Au Conseil fédéral.)

**Kriegssteuer. Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42bis in die
Bundesverfassung. BB vom 15. April 1915**

**Impôt de guerre. Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42bis à insérer dans la
Constitution fédérale. AF du 15 avril 1915**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1915_002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.04.1915 - 08:00
Date	
Data	
Seite	113-113
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 333

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amtliches
stenographisches Bulletin
der
schweizerischen Bundesversammlung



BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL
DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

N^o 1

Abonnement: Jährlich Fr. 2.— für die Schweiz, Fr. 6.— für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 2.—, Union postale frs. 6.—. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Ständerat — Conseil des Etats

Sitzung vom 6. April 1915, nachmittags 4^{1/2} Uhr — Séance du 6 avril 1915, à 4^{1/2} heures de relevée

Vorsitz: } Hr. Geel.
Présidence: }

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42^{bis} in die Bundesverfassung.

Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42^{bis} à insérer dans la constitution fédérale.

Anträge der Kommission des Ständerates vom 11.—13. März 1915.

Zustimmung zum Beschlusse des Bundesrates, wo nichts anderes bemerkt ist.

Bundesbeschluss

betreffend

Erlass eines Artikels der Bundesverfassung zur Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer.

Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 12. Februar 1915; in Anwendung des Art. 121 der Bundesverfassung,

beschliesst:

A. Der Bundesverfassung wird folgender Artikel beigelegt:

Propositions de la commission du Conseil des Etats du 11 au 13 mars 1915.

Adhésion au projet du Conseil fédéral partout où il n'y a pas de modification.

Arrêté fédéral

concernant

l'insertion d'un article dans la constitution fédérale en vue de la perception, une fois pour toutes, d'un impôt de guerre.

L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE,

Vu le message du Conseil fédéral du 12 février 1915;

En application de l'art. 121 de la constitution fédérale,

arrête:

A. La constitution fédérale est complétée par l'article suivant:

¹ Der Bund erhebt zur teilweisen Deckung der Kosten des Truppenaufgebotes während des europäischen Krieges eine einmalige Kriegssteuer.

² Die natürlichen Personen haben diese Steuer zu entrichten auf ihrem Vermögen und ihrem Erwerb. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das zehntausend Franken, und bei einem Erwerb, der zweitausendfünfhundert Franken übersteigt; für Witwen ohne Erwerb mit Kindern kann das steuerfreie Vermögen erhöht werden. Der Steuersatz ist progressiv und steigt in Klassen von eins bis fünfzehn vom Tausend des Reinvermögens und von einhalb bis acht vom Hundert des Reinerwerbs, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen.

³ Die Aktiengesellschaften und Kommandit-Aktiengesellschaften haben die Steuer von ihrem Aktienkapital, ihrem Reservefonds und ihren andern Rückstellungen zu entrichten. Der Steuersatz beträgt zwei bis zehn vom Tausend des einbezahlten Aktienkapitals und der Reserven, und eins bis fünf vom Tausend des nicht einbezahlten Aktienkapitals. Innert dieser Grenzen richtet er sich nach der Höhe der zur Auszahlung gelangten Dividenden.

⁴ Die Genossenschaften des Obligationenrechts, mit Ausnahme der konzessionierten Versicherungsgenossenschaften, entrichten die Steuer von ihrem Reinertrag; der Steuersatz beträgt vier vom Hundert der den Mitgliedern gewährten Rückvergütungen und acht vom Hundert des übrigen Reinertrags. Die konzessionierten Versicherungsgenossenschaften entrichten die Steuer von ihrer schweizerischen Prämieinnahme; der Steuersatz beträgt fünf vom Tausend dieser Prämieinnahme.

⁵ Die übrigen juristischen Personen entrichten die Kriegssteuer auf ihrem Vermögen nach den Vorschriften, die für die natürlichen Personen gelten; der Steuersatz steigt aber bei ihnen nur bis zehn vom Tausend an.

⁶ Von der Entrichtung der Kriegssteuer sind befreit:

- a) der Bund und die Kantone und ihre Anstalten und Betriebe, die schweizerische Unfallversicherungsanstalt in Luzern und die eidgenössische Alkoholverwaltung;
- b) die schweizerische Nationalbank;
- c) die Gemeinden, sowie die andern öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, dessen Ertrag öffentlichen Zwecken dient;
- d) die übrigen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, dessen Ertrag Kultus- oder Unterrichtszwecken oder der Fürsorge für Arme und Kranke dient;
- e) die konzessionierten Transportanstalten, die mit Subventionen aus öffentlichen Mitteln errichtet worden sind oder mit solchen betrieben werden, sofern sie keine Dividende bezahlen.

⁷ Der Bezug der Kriegssteuer erfolgt in mindestens zwei Raten. Er liegt den Kantonen ob. Diese haben vier Fünftel der eingehenden Steuerbeträge dem Bund abzuliefern.

⁸ Die Bundesversammlung wird die Vorschriften über die Ausführung dieses Verfassungsartikels endgültig aufstellen.

¹ En vue de subvenir partiellement aux dépenses qu'entraîne la mobilisation de l'armée suisse durant la guerre européenne, la Confédération perçoit une fois pour toutes un impôt de guerre.

² Les personnes physiques acquittent cet impôt sur leur fortune et sur le produit de leur travail. L'impôt est dû sur toute fortune excédant dix mille francs et sur tout produit du travail supérieur à deux mille cinq cents francs. La fortune exonérée de l'impôt peut être fixée à un chiffre plus élevé pour les veuves qui ont des enfants et n'exercent aucune profession lucrative. Le taux de l'impôt est progressif; il s'élève, par classes, d'un pour mille à quinze pour mille sur la fortune nette et de demi pour cent à huit pour cent sur le produit net du travail, conformément aux tableaux annexés au présent arrêté.

³ Les sociétés anonymes et les sociétés en commandite par actions paient l'impôt sur le capital-actions, le fonds de réserve et les autres disponibilités. Le taux de l'impôt s'élève de deux pour mille à dix pour mille sur le capital-actions versé et les réserves, et d'un pour mille à cinq pour mille sur le capital-actions non versé; il est fixé dans ces limites d'après les dividendes répartis aux actionnaires.

⁴ Les sociétés coopératives au sens du code des obligations, à l'exception des sociétés d'assurance au bénéfice d'une concession, paient l'impôt sur le produit net; le taux de l'impôt est fixé à quatre pour cent sur la ristourne accordée aux sociétaires et à huit pour cent sur le reste du produit net. Les sociétés d'assurance concessionnaires acquittent l'impôt sur les primes suisses; le taux de l'impôt est fixé à cinq pour mille de ces primes.

⁵ Pour les autres personnes morales, l'impôt de guerre est perçu sur la fortune conformément aux prescriptions qui font règle pour les personnes physiques; il ne peut être, toutefois, supérieur à dix pour mille.

⁶ Sont exonérés de l'impôt de guerre:

- a) La Confédération et les cantons, ainsi que leurs établissements et leurs entreprises, la Caisse nationale suisse d'assurance en cas d'accidents à Lucerne et la régie fédérale des alcools;
- b) la Banque nationale suisse;
- c) les communes, ainsi que les autres corporations de droit public et ecclésiastiques, pour la partie de leur fortune dont le produit est affecté à des services publics;
- d) les autres corporations et établissements, pour la partie de leur fortune dont le produit est affecté aux cultes ou à l'assistance des pauvres et des malades;
- e) les entreprises de transport concessionnaires qui ont été créées ou sont exploitées à l'aide de subventions prélevées sur les deniers publics, en tant que ces entreprises ne répartissent aucun dividende.

⁷ La perception de l'impôt de guerre aura lieu en deux termes au moins et incombe aux cantons. Ceux-ci verseront à la Confédération les quatrièmes cinquièmes des contributions encaissées.

⁸ L'Assemblée fédérale édictera à titre définitif les prescriptions concernant l'exécution du présent article constitutionnel.

B. Dieser Bundesbeschluss ist der Abstimmung des Volkes und der Stände zu unterbreiten.

C. Der Bundesrat ist mit der Vollziehung beauftragt.

D. Nach Erhebung der Kriegssteuer tritt dieser Verfassungsartikel wieder ausser Kraft.

B. Le présent arrêté sera soumis à la votation du peuple et des États.

C. Le Conseil fédéral est chargé des mesures d'exécution.

D. Le présent article constitutionnel est abrogé après la perception de l'impôt de guerre.

Eintretensfrage. — *Entrée en matière.*

Isler, Berichterstatter der Kommission: Nach dem Reglement haben wir zuerst, und so ist ja auch der Gegenstand aufgerufen worden, über das Eintreten zu entscheiden, und man könnte sich füglich fragen, ob das überhaupt noch notwendig sei. Denn wir sind ja alle mit dem Gedanken und Willen hieher gekommen, die Kriegssteuer zu beschliessen, und soeben hat unser Herr Präsident sie ein Opfer genannt, ein notwendiges, das wir in ernster und schwerer Zeit unserem Land und unserem Volke bringen wollen. Trotzdem, glaube ich, ist es angezeigt, dass wir uns an die Vorschrift des Reglementes halten. Wir wollen uns doch erinnern, dass die Angelegenheit nicht von Anfang an so klar vor uns lag wie heute und dass die Meinungen sich nicht mehr oder wenig einhellig äusserten, sondern eine Zeitlang stark auseinandergingen. Die Angelegenheit hat verschiedene Stadien durchschritten, und es dürfte sich als wohlbegründet erzeigen, dass wir heute, nachdem wir glauben, den richtigen Weg gefunden zu haben, und den Entschluss bekunden, auf ihm zu beharren, uns den Gang der Dinge noch einmal vor Augen führen. Wir werden uns dabei in acht nehmen müssen, dass wir die beiden Beratungen, diejenige über das Eintreten und diejenige über den Gegenstand selbst, nicht vermengen, wie das gerne bei Beratungsgegenständen geschieht, die in einem Artikel bestehen. Das ist für die Beratung dann nicht vom guten; es verlangsamt und erschwert sie. Ich will als Ihr Berichterstatter mit dem guten Beispiel vorgehen und hoffe, Sie werden mir folgen. Ich will in meinem Bericht, der der Eintretensfrage gilt, zwei Dinge tun und nur die zwei: ich werde einmal die konstitutionelle Frage behandeln, die Frage des Verfahrens, und sodann in einem zweiten Teile aus der Vogelschau den Steuerartikel mit Ihnen durchgehen, aber eben nur in allgemeiner Weise, während das Detail in der Einzelberatung zum Ausdruck kommen wird.

Wir beginnen also mit der konstitutionellen Seite der Frage, und da könnte ich nun zuerst einleitend von der Notwendigkeit der Steuer sprechen, von unserer Finanzlage, von den 300 Millionen ausserordentlicher Auslagen, mit denen wir zu rechnen haben und an die vor einem Jahre noch niemand gedacht hat. Aber ich glaube, das ist nicht nötig. Ich glaube, da auf die Botschaft verweisen zu können und auf das, was jeder bei sich zu Hause, wenn er des Vaterlandes Not überdachte, schon längst sich vor Augen geführt hat.

Ebenso werde ich Sie auch nicht bei dem Programme aufhalten, das wir entworfen haben oder entwerfen müssen, um dieser ausserordentlichen Situation Rechnung zu tragen und sie zu überwinden. Ich will nur daran erinnern, dass die ordentlichen Einnahmen der Eidgenossenschaft dazu nicht ausreichen. Wohl hat man an sie in erster Linie gedacht und damit begonnen, sie zu erhöhen, und gewiss ist man damit noch nicht fertig. Es wird noch anderes kommen, als was wir in dieser Beziehung schon beschlossen haben.

Aber die ordentlichen Einnahmen allein werden nicht ausreichen. Man wird für den ausserordentlichen Bedarf auch auf ausserordentliche Mittel Bedacht nehmen müssen, und diese ausserordentlichen Mittel sind nun in erster Linie die Anleihen, mit denen wir begonnen haben, und in zweiter Linie ist es die Kriegssteuer. Denn auch diese Steuer, so gewöhnlich an und für sich Steuern sind, die in jedem Staate vorkommen und etwas sind, woran wir uns so gewöhnt haben wie an das tägliche Leben, gleichviel ob es angenehm sei oder nicht, weil wir wissen, es ist notwendig — auch diese Steuer ist für uns etwas Neues. Unser Bund hat das direkte Steuerrecht bisher nicht besessen, und also ist auch diese Kriegssteuer eine ausserordentliche Massregel. Weil dem so ist, so haben sich auch gleich von Anfang an Schwierigkeiten eingestellt. Trotzdem mussten wir auf diese Steuer Bedacht nehmen; denn mit Anleihen allein ist es nicht getan. Das Anleihen ist etwas Bequemes; aber es tilgt die Schuld nicht, sondern verschafft nur Aufschub und führt zur langsamen Tilgung durch Abladen der Schuld auf künftige Zeiten und auf die nächste Generation. Wir müssen neben den Anleihen zu dieser Steuer greifen, weil sie tilgt und Luft schafft. Wir müssen und wollen es aber auch deswegen tun, weil wir alle in solcher Lage des Landes das Bedürfnis empfinden, selber in contingenti etwas zu leisten und nicht auf die Nachkommen es abzuladen.

In unserer Bundesverfassung ist ja von einem anderen ausserordentlichen Mittel die Rede: von den Beiträgen der Kantone, den sogenannten Kontingenten. Dazu braucht es keine Verfassungsrevision; die Frage, ob es zu einer Volksabstimmung kommen solle oder nicht, ist bei den Kontingenten beseitigt. Aber es will niemand recht nach diesem Mittel greifen. Man empfindet es, diese Kontingente haben sich überlebt und sind das Ueberbleibsel einer Zeit, die untergegangen ist. Sie waren das ausserordentliche Deckungsmittel für den Staatenbund, für die Eidgenossenschaft der Mediationsverfassung und der Restauration, wo es einen Gesamtstaat noch nicht gab, sondern die Eidgenossenschaft in die Kantone aufgelöst war und von diesen Kantonen nur verlangte, sie sollten ihre Pflicht tun und zum Vaterlande schauen. Der Gesamtstaat, wie wir ihn glücklicherweise seit dem Jahre 1848 haben, bestand damals noch nicht. Seit er da ist, ist ihm und nicht den Kantonen die Aufgabe zugefallen, für die Wehrhaftigkeit, für die Verteidigung des Landes zu sorgen und für deren Kosten aufzukommen. Da ist es ein Widerspruch in sich selbst, dass dieser Gesamtstaat sich ohnmächtig erkläre und auf die Kantone das wieder zurückschiebe, was er leisten soll. Ueber dieses Ueberbleibsel einer vergangenen Zeit ist Moos gewachsen und wir wollen dieses Moos nicht wieder entfernen es würde darunter nichts Nützliches und nichts Einigen des stecken, sondern Streit und Hader. Wir müssten

erst durch ein neues Gesetz diese Beiträge modernisieren, mit den jetzigen Verhältnissen in Einklang bringen, die zu grossen Verschiedenheiten, die die Zeit geschaffen hat, beseitigen, um grosse Ungerechtigkeiten zu vermeiden, und dann: Was wäre das schliessliche Ende? Streit und Zwist. Man hat deshalb auch, seit der neue Bund besteht, diese Kontingente als eine Verfassungsbestimmung betrachtet, auf die man mit Scheu und Ehrfurcht ihres Alters wegen hinblickte, aber von der es hiess: Rühr mich nicht an! Und diese Scheu ist nicht von heute, wirklich nicht. Schon vor 50 Jahren hat der erste Darsteller unseres Bundesstaatsrechtes, der ehemalige Bundesgerichtspräsident Dr. Blumer, in seinem Buche ihr deutlich Ausdruck gegeben und davor gewarnt, auf die Kontingente zurückzugreifen, weil sie Zwietracht säen. Er hat erklärt, an Hand seiner Erfahrung: Die Kantone seien dafür nicht mehr eingerichtet; ihr Staatshaushalt und ihr Benehmen gehe dahin, von der Eidgenossenschaft Mittel zu verlangen und nicht umgekehrt, und er hat von ihrer Anwendung nur in ganz ausserordentlicher Zeit etwas wissen wollen, wo der Gemeinsinn, der Patriotismus dann über den Ortsgeist siegen werde. Aber wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, liest auch hier aus denen Blumers heraus, dass er selbst für diesen Fall kein rechtes Zutrauen mehr zu den Kontingenten hatte.

Es kann deshalb nicht überraschen, dass trotz dem Anlaufe, der eine Zeitlang hauptsächlich in der Presse für die Kontingente genommen worden ist, sich in der vereinigten Kommission der eidgenössischen Räte nur ganz wenige Stimmen dafür noch ausgesprochen haben, und ich will diesen Gegenstand nun ebenfalls verlassen.

Ich komme nun zu der andern Frage, ob die Kriegssteuer nicht erhoben werden könnte ohne Verfassungsrevision und damit natürlich ohne Abstimmung des Volkes und der Stände. Sie wissen ja, dass das zu einem Hauptpunkt in der öffentlichen Diskussion geworden ist. In den vereinigten Kommissionen der Räte zeigte sich dafür eine erheblich stärkere Minderheit als für die Kontingente, und es mag manch einer von Ihnen eine Zeitlang schwankend gewesen sein, was er tun, zu welcher Ansicht er sich entscheiden solle. Aber nachdem die Dinge ihren weitem Gang genommen haben und wir uns die Frage aufs neue ernstlich stellen, so wird doch mehr und mehr die Anschauung jetzt sich Bahn brechen, dass der Antrag des Bundesrates auf Verfassungsrevision das Richtige getroffen hat.

Was ist von der Minderheit, die keine Abstimmung wollte, in erster Linie geltend gemacht worden? In erster Linie hat man einen Artikel der Bundesverfassung angerufen, den Artikel, der von den Kompetenzen der Bundesversammlung spricht und in einem der vielen Abschnitte auch von der Wahrung unserer Neutralität und den Massregeln handelt, die sie notwendig macht. Es ist Art. 85, Ziff. 6, der Bundesverfassung. Nun frage ich: Kann daraus, wie es diese Minderheit getan hat, ich will sagen versucht hat, im besten Glauben versucht hat — kann daraus nun wirklich abgeleitet werden, was hat abgeleitet werden wollen, nämlich, dass alle Massregeln, die für die Erhaltung der Neutralität notwendig sind, auch soweit es sich um Finanzmassregeln handelt, der Bundesversammlung souverän überlassen seien? Ich glaube, die Frage stellen, heisst sie verneinen. In diesem Arti-

kel der Bundesverfassung wird, um drastisch zu sprechen, kein neuer Text, kein neuer Inhalt geschaffen, sondern es wird der Text, der Inhalt der Bundesverfassung, wie er in ihr schon ausgesprochen war, nur nach der Seite der Kompetenzen hin überschrieben. Es wird erklärt: diese Massnahmen sind Sache der Bundesversammlung. Es werden keine neuen Massnahmen bezeichnet. Es wird der Bundesversammlung nicht das Recht eingeräumt, mit andern Massnahmen — vom Notrechte abgesehen, worauf wir später kommen werden — für die Neutralität des Landes einzutreten und sich ihrer anzunehmen als mit denen, die in der Bundesverfassung selber genannt und enthalten sind. Es ist also mit diesem Artikel nicht gesagt, die Bundesversammlung soll die Neutralität mit denjenigen Massregeln wahren, die ihr gut scheinen, seien sie in der Verfassung enthalten oder nicht, sondern sein Sinn ist: der Bundesversammlung komme es zu, die Massregeln, die die Bundesverfassung für die Erhaltung der Neutralität vorsieht, zur Anwendung bringen. In solchen Fällen ist es gut, wenn man es macht wie bei den Rechnungen, wenn man die Probe aufs Exempel vornimmt. Was ist die erste Massregel, die wir in unserem Lande nötig haben und treffen für die Wahrung unserer Neutralität? Es ist die Schaffung und Erhaltung einer tüchtigen Armee, das wissen wir. Und diese Massregel ist mit grossen finanziellen Opfern verbunden. Jahr für Jahr werden diese Opfer beschlossen, und die Bundesversammlung erlässt die Beschlüsse mit Dringlichkeit, wie es ihr die Verfassung zugesteht. Dann wird die nötige Ausgabe ins Budget eingestellt, unter Umständen auch durch Anleihen beschafft. Aber ist schon jemand eingefallen zu behaupten, es stehe der Bundesversammlung zu, zu dem Zwecke eine eigene Kriegssteuer zu erheben, mit der Begründung, es gehe mit den Anleihen nicht so, wie man wünschte, oder das Budget sei bereits voll belastet. Ist je schon ein solcher Versuch gemacht worden? Man kann nicht einwenden, das gelte für Friedenszeiten, und jetzt hätten wir Krieg. Denn der Artikel der Verfassung unterscheidet nicht zwischen Friede und Krieg. Oder dann kommen wir auf das Gebiet des Notrechts und das ist etwas für sich, wovon wir nachher sprechen werden; hier reden wir noch nicht von Notrecht, sondern von diesem Artikel der Bundesverfassung und davon, ob er uns das Recht gebe, Mittel anzuwenden, die die Verfassung nicht kennt. Und weil dem so ist, weil wir alle zugeben müssen, dass der Artikel uns nicht ermächtigt, in Friedenszeiten zur Wahrung unserer Neutralität eine Bundessteuer zu erheben, so erzeigt sich daraus eben, dass der Artikel nicht den Sinn hat, den man ihm hat geben wollen, dass er nicht passt und nicht angerufen werden kann. Sonst müssten wir ihn im Frieden so gut anwenden können wie im Krieg, weil er eben nicht unterscheidet.

Und jetzt komme ich zum zweiten Argument, das man angeführt hat und das viel ernstlicher ist als das eben behandelte, zu dem Argument, das auch mich zuerst beschäftigte, während das erste Argument mich nie aufhielt: ich komme zum Notrecht. Es ist schon in der letzten Bundesversammlung zur Genüge gesagt worden, und wir sind ja alle davon überzeugt, dass die Schweiz kein Staat ist, der nicht in die Lage kommen könne, das Notrecht anzurufen, und wenn je eine Anwendung dieses Notrechtes uns bevorzugen geschienen, so ist es in der heutigen Zeit mit

ihrer schrecklichen Kriegsnot jenseits unsern Grenzen. Wir haben auch schon Akte des Notrechtes vorgenommen, und es steht nirgends geschrieben, wenn wir auch lieber nicht davon sprechen, dass die Dinge auch wieder sich so gestalten können, dass wir neuerdings vom Notrecht Gebrauch machen müssen. Aber das ist in der gegenwärtigen Stunde nicht die Frage. Man kann nicht auf Prophezeiungen, auf Vermutungen eine Verfassung suspendieren. Man kann es nur tun in dem Augenblick, wo das Notrecht wirklich vorhanden ist! Die Frage lautet also: Befinden wir uns zur Stunde in einem solchen Augenblick? Ich sage nein. Darüber besteht in der Staatsrechtslehre kein Streit, dass zum Notrecht des Staates zweierlei gehört: einmal eine Lebensgefahr des Staates — die kann natürlich in unserem Falle nur eine äussere sein, denn eine innere ist nicht vorhanden — und sodann ein Versagen der verfassungsmässigen Mittel, um die Not zu beseitigen. In dem jetzigen Zeitpunkte trifft weder das eine, noch das andere zu. Eine äussere Gefahr solcher Art, dass wir von Lebensgefahr für unser Staatswesen zu sprechen hätten, liegt nicht vor. Unser Gebiet ist von unseren Truppen bewacht; unsere Neutralität ist von den kriegführenden Mächten anerkannt. Versagen die verfassungsmässigen Mittel? Da sind zuerst die ordentlichen, die üblichen Einnahmen, an deren Vermehrung man denken kann. Man wird nicht sagen können, sie versagen, bevor man diese Vermehrung versucht hat. Dann kommen die ausserordentlichen Mittel, die die Verfassung ja auch vorsieht und zu deren Ausübung es keines Notrechtes bedarf. Ich erwähne die Anleihen. Unser Staatskredit ist ja noch gut, nach innen wie nach aussen. Das hat wieder die letzte Anleihe gezeigt, die wir im Auslande eingegangen sind. Ich will nicht dazu aufmuntern, dass man nun ohne weiteres das Anleihewesen fortsetze; aber das ist doch sicher, dass uns solche Anleihen noch immer zu Gebote stehen.

Die Kriegssteuer dagegen ist kein solches uns durch die Verfassung zu Gebote gestelltes Mittel, sondern eines, das wir uns auf verfassungsmässigem Wege erst schaffen müssen. Und besteht dagegen, dass wir dies tun, irgend ein Hindernis? Können wir unser Volk, können wir unsere eidgenössischen Stände nicht anfragen, ob sie das Opfer bringen wollen, das notwendig ist? Haben wir irgendwie das Recht zu behaupten, eine solche Abstimmung sei uns nicht möglich? Daran wäre ja nur zu denken wegen Waffengefahr oder wegen Verhinderung der Armee. Aber auch das trifft nicht zu, und es wird auch unseren Soldaten im Felde wohl-tun und wohlbekommen, wenn sie bei dieser Abstimmung in die Urne ihr Ja einlegen können, nicht nur denen, die zu Hause sind. Also es ist weder die eine noch die andere Voraussetzung in staatsrechtlicher Beziehung vorhanden, die notwendig wäre, um das Staatsnotrecht anzuwenden.

Aber es ist ein dritter Grund noch angerufen worden, ein Grund, der eigentlich mehr ein Gefühlsgrund ist, ein Grund, über den man nicht gern spricht und den man mit grosser Zurückhaltung behandelt hat. Man sagt, man dürfe sich auf unser Volk nicht verlassen, dass es die Steuer bewillige. Ist das wirklich der Fall? In heutiger Zeit unserem Volke nicht zutrauen, dass es seinem Lande gibt, was das Land so dringend bedarf, unseren Ständen nicht trauen, die seit Jahrhun-

erten beieinander sind und aus ihrer Geschichte gelernt haben, dass nur einträchtliches Zusammengehen und Opfersinn vor Unglück und Niederlage bewahren? Ich kann es nicht verstehen, dass man solche Befürchtungen hegt. Wenn wir vollends betrachten, was um uns herum vorgeht, wo man die grossen Opfer bringt, nicht nur an Gut, sondern auch an Blut, wo die Leute das Liebste, was der Mensch auf Erden besitzt, hergeben müssen und gern hergeben für ihr Land; in diesem Augenblicke sollen wir so kleinstütig sein und glauben, unser Schweizervolk werde sich fernhalten vom Opfersinn?

Ich habe dieser Tage in einem alten Buche geblättert über die Zeit des dreissigjährigen Krieges. Das war ja auch schon so eine schreckliche Zeit. Unser Land war damals zerrissen durch die Glaubensspaltung, weil die Zeit noch nicht da war, wo die Wunde sich geschlossen hatte, und doch sind wir damals dem Elend entgangen, in das gewaltige Ringen der Völker hineingezogen zu werden. Und da habe ich gelesen, wie einer von jenseits des Rheins, ein Deutscher, von unserem Land geschrieben hat, da sei alles so ruhig, so friedlich, jeder lebe seiner Arbeit und sei geschützt vor der Gewalttätigkeit der Menschen, die Schweiz sei ein wahres Paradies. Mutet das einen nicht an nach bald 300 Jahren wie eine Schilderung der heutigen Verhältnisse, und in dieser Stimmung wollen wir kleinstütig sein?

Nein, es handelt sich jetzt für uns nicht nur um eine Abstimmung. Es handelt sich für uns um ein Manifest, ein Manifest für unsere Geschichte, für unsere Demokratie. Es handelt sich darum, dass wir unser Panier aufpflanzen, dass wir uns selber aber auch dem in den Krieg verwickelten Auslande kundgeben: Wir wollen das kleine freie Volk der Schweiz sein und bleiben; wir wollen zusammenhalten; wir wollen die Freiheit pflegen und die Kultur und die Menschlichkeit, und das soll diese Abstimmung besiegeln. Sie soll der rechte Abschluss dafür sein, und dann ist sie für uns ein Gottesdienst und nicht ein Akt des Zweifels und der Befürchtungen. Diese Stimmung hat ja auch bereits, zum Glück sei es gesagt, unsere Bevölkerung ergriffen. Ich spreche da nicht von den vielen, die die Steuer gar nicht berührt. Ich spreche von denen, die sie tragen. Und da habe ich, ich komme ja in viele Kreise hinein, noch nie auch nur mit einem Worte gehört, dass man sich weigerte, das Opfer zu bringen. Wie sollte es nur möglich sein, dass die Abstimmung eine Verwerfung brächte? Das kann und wird nicht sein. Ich kontatiere, dass auch in den vereinigten Kommissionen die Stimmung durchaus die war, es solle auf dem Wege, den der Bundesrat vorgezeichnet hat, weitergeschritten werden, es solle eine Abstimmung des Volkes und der Stände stattfinden. Und dann hat sich gezeigt, dass alle die Minderheiten — ich meine die bekannten Minderheiten, die organischen Minderheiten, die im Parlament und im Volk bestehen, durchaus dagegen sind, eine Kriegssteuer zu bewilligen, die ohne Befragung des Volkes und der Stände versucht würde. Es hat uns das die konservative Partei und auch die sozialdemokratische Partei in den Kommissionen erklärt. Was würde bei dieser Sachlage die Folge

sein, wenn wir den Versuch machen wollten, nicht auf dem verfassungsmässig vorgezeichneten Weg zum Ziele zu gelangen? Ein Gezänke in einem feierlichen Augenblick. Und das würde ich für nicht besser erachten, als ich es erachtete, wenn die Volks- und Ständeabstimmung einen negativen Erfolg hätte. Aber ich sage, es wird dazu gar nicht kommen. Wenn ich je an etwas geglaubt habe, so ist es das, dass diese Steuer mit grossem Mehr beschlossen werden wird.

In etwas ist ja vom Notrecht trotz alledem zu sprechen. In etwas müssen wir von dem verfassungsmässigen Pfad abgehen, und es hat das auch der Bundesrat getan. Während bei einem Verfassungsartikel jeweilen der Grundsatz aufgestellt wird und nachher das Gesetz kommt, das Volk also zweimal angefragt wird, einmal beim Grundsatz und nachher beim Gesetz, wo es also vorkommen kann, dass ein verfassungsrechtlicher Grundsatz beschlossen, das Gesetz dagegen in einer ersten oder auch noch in einer zweiten Form abgelehnt wird, will hier von einem solchen Vorgehen Umgang genommen werden, weil es wirklich mit der Situation, in der wir uns befinden, sich nicht verträgt. Wir können nicht, nachdem die Kriegssteuer als Verfassungsartikel beschlossen ist, nachher noch mit einem Gesetze nur den Versuch machen. Das hielte die Besserung unserer Finanzlage zu lange auf und leicht könnte auch eine Aenderung der Stimmung eintreten, durch das oder jenes verursacht, und ein Misserfolg dann wirklich das Ende sein. Nein, hier muss anders vorgegangen werden und der Bundesrat hat es getan. Er hat die Hauptgrundsätze der Kriegssteuer, ihr Fundament, in den Verfassungsartikel selber aufgenommen, dann aber den Vollziehungserlass nicht einer zweiten Volksabstimmung vorbehalten, sondern der Bundesversammlung überwiesen. Darin folgen ihm auch die Kommissionen der beiden Räte, und das darf man als durch die Notlage, ich meine durch die Art der Notlage, wie ich sie geschildert habe, als gerechtfertigt erachten, während ich für die Hauptfrage, den Verfassungsartikel, das Notrecht negieren muss.

Durch dieses Vorgehen ist nun allerdings der Artikel etwas lang geworden, und es wird ja immer, wenn Kritik geübt wird, Stimmen geben, die Dinge vorbringen, an die vorher eigentlich niemand gedacht hat. So ist jetzt gegen den Artikel auch die Aesthetik aufgerufen worden. Bisher pflegte man in solchen Dingen nicht von Aesthetik zu sprechen. Wenn man den Alkoholartikel der Bundesverfassung sich ansieht, so kann man bei ihm auch da nicht von einer aesthetischen Fassung sprechen. Er ist in seinen beiden Abteilungen viel länger als unser Artikel. Bezeichnend ist auch, dass die Bundesverfassung von 1848 eine ganze Anzahl recht langer Artikel enthielt. Woher kam das? Aus demselben Grund und Bedürfnis: man musste damals den Uebergang vermitteln, man hatte noch kein Staatswesen mit alter Gesetzgebung vor sich; man wollte Neues bringen, und um es gleich in Kraft zu setzen, hat man es in der Verfassung gleich auch in Kraft gesetzt. In derselben Lage befinden wir uns gegenwärtig. Aber der Artikel selber wird ja, wenn er erfüllt ist, wieder verschwinden. Er wird nicht bleibend der Verfassung einverleibt werden, sie

nicht bleibend beschweren. Ich glaube, der kleine Mangel, der darin liegt, dass der Artikel länger als gewöhnlich ausgefallen ist und viele Details enthält im Gegensatz zu allgemeinen Verfassungsbestimmungen, wird weit aufgewogen dadurch, dass da jeder weiss, woran er ist und die Beruhigung hat, der Beschluss werde wirklich so und nicht anders vollzogen werden, als wie jetzt man es erklärt und zusichert. Der Bundesrat ging mit einer solchen, tatsächlich ein Verfassungsgesetz enthaltenden Formulierung des Artikels voraus. Er hat sich gegenüber der anfänglich vorgesehenen ganz kurzen Fassung gesagt, dass es geboten sei, den Artikel auszubauen. Und wir haben in unserer Kommission dann nur noch als notwendig erachtet, diesen Ausbau durch die Bestimmungen über die Steuerfreiheit zu ergänzen, weil da bereits Misstrauen entstanden war, Zweifel und unrichtige Behauptungen aufgetaucht waren.

Der Bundesrat hat dann noch etwas Weiteres getan und damit gewiss durchaus opportun gehandelt. Er hat sich gesagt: wir wollen doch den Ausführungsbeschluss, den wir für die Räte bereitstellen, gleich der Vorlage an die Räte beilegen, damit er so öffentlich werde und die Bevölkerung ihn kennen lerne und noch mehr den einzelnen betreffendes Detail vor Augen geführt bekommt als durch den Verfassungsartikel, damit noch weitere Beruhigung geschaffen werde. Der Bundesrat hat allerdings beigefügt, es solle das nicht etwas jetzt schon Angenommenes, Unabänderliches sein, denn es könne nötig werden, Verbesserungen und Ergänzungen daran später noch vorzunehmen; aber in der Hauptsache, hat er erklärt, solle nach seiner Auffassung der Vollzug des Verfassungsartikels dann so durch die Räte erfolgen, wie es in dieser Beilage vorgesehen sei, und das ist auch die Ansicht Ihrer Kommission.

Die Kommission ist von vorneherein entschlossen gewesen, auf diese Beilage gleich näher einzutreten. Aber nicht in der Meinung, ein anderes Verfahren zu wählen, als der Bundesrat es vorgeschlagen, also nicht in der Meinung, dass sie nun auch diese Vollziehungsverordnung von der Bundesversammlung dann auch gleich beraten und promulgiert werden solle unter der Suspensivbedingung der Annahme des Verfassungsartikels. Die Kommission hält dafür, dass dafür die konstitutionelle Grundlage fehlen würde. Nein, sie ist ihrerseits auf eine Beratung des Beschlusses eingetreten, weil sie sich sagte, es werde durch die Behandlung dieser Einzelheiten ihr selber am besten klar, wie der Verfassungsartikel gemeint sei und wie er in den Punkten geformt werden müsse, wo noch Zweifel bestünden. Und das hat sich wirklich bestätigt. Als wir, bevor wir mit dem Verfassungsartikel uns beschäftigten, die Beilage, diesen Vollzugsbeschluss, in allen Details berieten, unter Zuzug der Experten, da ist uns so recht klar geworden, wie wir uns im Verfassungsartikel selber auszudrücken hätten. Und wir haben auch da und dort noch an diesem Vollziehungsbeschluss wesentliche Aenderungen vorgenommen, wie wir sie für nötig und opportun gefunden haben. Es wird dann bei der Detailberatung das und jenes darüber zu sagen sein.

Auch die nationalrätliche Kommission ist so verfahren, und wir freuen uns, festzustellen, dass

sie mit wenig Abweichungen uns beipflichtete. Aber wir sind nach wie vor der Meinung, und ich glaube, die Kommission des Nationalrates teile diese Ansicht ebenfalls, dass wir nicht weitergehen sollen, sowenig als der Bundesrat weitergegangen ist, dass wir diese Beilage im Plenum der Räte jetzt nicht beraten, sondern damit zuwarten, bis der Verfassungsartikel selber nach vorausgegangener öffentlicher Diskussion seine Annahme gefunden hat. Erstens werden damit eine Anzahl Dinge, die jetzt Kritik erfahren, damit zu akademischen Fragen werden, während wir uns jetzt darüber ereifern würden. Ich will nur eines nennen, die Frage der sogenannten Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften. Zweitens soll uns doch die Möglichkeit bleiben, Unebenheiten noch zu beseitigen, die zutage treten würden. Mit der Vorbereitung dieser Vorlage ist es eben sehr rasch gegangen, und in die Öffentlichkeit ist sie noch nicht lange gekommen. Von einem Eindringen in die Bevölkerung ist heute noch kaum zu sprechen, geschweige denn früher. Da wird vor der Abstimmung noch allerlei kommen, und es werden sich zweifellos da und dort Punkte ergeben, wo wir noch bessernd und ausgleichend, sagen wir da und dort auch mildernd werden eingreifen müssen, um beim Rechten zu bleiben, und das wäre uns verwehrt, wenn wir jetzt ohne Not uns schon auf die Verordnung bänden, wenn es hiesse: ne varietur. Das leuchtet wohl ein und ich brauche weitere Ausführungen nicht mehr darüber zu machen.

Nun komme ich, nachdem ich die verfassungsmässige, konstitutionelle Seite, das Verfahren, besprochen habe, zum zweiten Teil meiner Betrachtungen, der dem Verfassungsartikel oder der Steuer als solcher im allgemeinen, im grundsätzlichen, gilt.

Da ist vor allem die Frage der Beschaffenheit der Steuer von Bedeutung. Die Steuer hat verschiedene ausserordentliche Eigenschaften. Ich werde sie kurz nacheinander besprechen.

Die erste ausserordentliche Eigenschaft ist die: sie soll nur einmal erhoben werden. Es ist alle Sorgfalt darauf verwendet, dass das der Bevölkerung klar wird. Die Redaktion des Verfassungsartikels ist darüber so deutlich wie möglich und jedermann darüber auch einig. Der Bundesrat hat erklärt, er wolle von etwas anderem als einer einmaligen Steuer nichts wissen, und ich möchte ihm für diese Erklärung danken, nicht für meine Person, sondern als Vertreter meines Landes. Wir müssen denn doch bei allem Opfersinn, den wir heute haben, unsere Zukunft und den staatsrechtlichen Boden, auf dem wir uns bewegen, nicht aus den Augen lassen. Wir haben vor allem zu bedenken, dass es eine direkte Steuer ist und wir damit in das Gebiet der Kantone hineingreifen. Es kann gar nicht davon die Rede sein, dass der Bund den Kantonen das direkte Steuerrecht schmälere oder durch eigene Steuern beschränke, da sie ja sonst schon schwer leiden unter den vielen Bedürfnissen, die an sie herantreten. Sodann müssen wir auch bedenken, dass diese Steuer auch ausserordentlich ist in der Weise, wie sie die Besteuerten trifft. Es ist eine Steuer mit einer Staffelung nach oben, wie sie für eine gewöhnliche, sich wiederholende Steuer nicht gerechtfertigt wäre. Für ein einmaliges

Opfer ist sie es; für eine ständige Einrichtung wäre sie es nicht. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass gerade eine Demokratie die Gerechtigkeit, den Schutz der Rechtsgleichheit, durchaus notwendig hat, und dass gerade die Demokratie mit ihrem allgemeinen Stimmrecht den Anfängen wehren und verhüten muss — die Geschichte lehrt es uns genug —, dass es eine Mehrheit gebe, die nichts leistet und nur befiehlt und auf die Minderheit überwälzt was zu leisten ist. Auch fangen wir bei dieser Steuer erst bei Fr. 10,000 Vermögen und bei Fr. 2500 Erwerb an und lassen das, was darunter ist, steuerfrei, sofern einer nicht mehr als dieses Vermögen besitzt. Dass bei diesem Vorgehen eine sehr beträchtliche Anzahl Steuerpflichtiger steuerfrei erklärt wird, liegt auf der Hand, und es ist ja gerade unsere Absicht, diese Steuerfreiheit den wenig Bemittelten bei diesem Kriegsoffer zu gewähren.

Aber für eine gewöhnliche, sich wiederholende Bundessteuer würde sich diese ausgedehnte Steuerfreiheit nicht rechtfertigen und nicht eignen. Sie ist eben eine blosser Besitzsteuer und absichtlich als solche gewählt und damit ein Novum und für den normalen Staatshaushalt nicht zu verwenden. Sie wissen ja, dass man erst an eine noch viel höhere Steuerfreiheit dachte und mit Fr. 30,000 begonnen hat in den vorbereitenden Beratungen und dann auf Fr. 10,000 hinuntergegangen ist, und dass man mit einem Erwerb von Fr. 5000 begonnen hat und auf Fr. 2500 hinuntergegangen ist.

Das ist ja auch ein Punkt, der am meisten kritisiert worden ist, und zwar nicht etwa bloss von seiten derer, die von der vorgeschlagenen Steuer betroffen werden und sie zu leisten haben, sondern ebensowohl oder mehr noch von solchen, die von ihr befreit werden sollen. Man hat gesagt, man hätte noch unter die Fr. 10,000 hinuntergehen sollen, es sei nicht schweizerisch, es vereine sich nicht mit dem Grundsatz des «Einer für Alle, Alle für Einen», dass ein so grosser Betrag von Vermögen und Erwerb frei bleibe. Es würden dadurch weite Bevölkerungskreise, die in diesem Fall durchaus nicht ganz steuerfrei bleiben, sondern beitragen wollten, dem Vaterlande in der Not zu helfen, abgehalten, es zu tun. Ich habe noch als Präsident Ihrer Kommission hier einen Brief erhalten von einem solchen von der Steuer Befreiten, der sich angelegentlich verwendete — dass der Kreis tiefer gezogen werde, sonst müsse, in den Dörfern, ja nur der Pfarrer steuern und am Ende noch der Schulmeister, die andern Leute nicht —. Und ich gestehe Ihnen offen, der Punkt hat auch mir Mühe gekostet, bis ich ihn überwand. Nicht weil ich fand, der Ertrag der Steuer würde dann grösser oder die Last für die andern kleiner. Die Last bliebe für diese dieselbe. Nein, aus dem Grunde, den ich schon angeführt habe, weil es allzu sehr unserer Anschauung widerspricht, dass so grosse Kreise frei sein sollen. Und ich habe noch in der Kommission den persönlichen Antrag gestellt, man solle beim Vermögen auf Fr. 5000 hinuntergehen und beim Erwerb auf Fr. 2000, dagegen bei Vermögen von Fr. 5000 auf Fr. 10,000 nur die halbe Taxe erheben und mit der ganzen erst bei Fr. 10,000 beginnen. Das ist abgelehnt worden, und schliesslich habe ich mich dann auch

gefügt. Ich habe mir gesagt, wenn solche Dinge, wo die Meinungen auseinandergehen, zu einem glücklichen Ende geführt werden sollen, muss jeder etwas nachgeben. Ich habe es getan. Ich muss ja zugestehen, dass es auch Gründe gibt, die dafür sprechen, dass man nicht mehr weiter heruntergehe, vor allem der, dass die Steuer nur eine einmalige ist, und dass es sich also um ein Opfer in einer Notlage des Vaterlandes handelt, aber sodann auch aus Gründen, die mehr geschäftlicher, finanzieller Natur sind und von denen ich noch ein Wort sagen will.

Das ist zuerst zu beachten, und darüber besteht auch noch Unklarheit; deshalb spreche ich davon, dass die Steuersätze ohne Existenzminimum berechnet werden. Ich las noch heute in der Zeitung über eine Versammlung von gestern, wo man den Ausdruck Existenzminimum gebraucht hat. Als das sind das Vermögen von Fr. 1—10,000 und der Erwerb von Fr. 1—2500 nicht zu verstehen. Der Sinn des Artikels ist nicht der, dass das Vermögen bis zu Fr. 10,000 und der Erwerb bis zu Fr. 2500 überhaupt, bei allen Bürgern steuerfrei bleiben, sondern der, dass die Steuer nur bezahlt wird von dem, der mehr besitzt, dann aber vom Ganzen, auch von dem Teil seines Vermögens unter Fr. 10,000 und dem Teil seines Erwerbes unter Fr. 2500. Vermögen und Erwerb werden also, um mich drastisch auszudrücken, brutto berechnet; es wird kein Existenzminimum vorher noch abgezogen, wie es in den kantonalen Gesetzen geschieht. Man stellt fest, so und so viel Vermögen hat der Mann, so und so viel Erwerb trägt ihm sein Beruf ein. Man sagt nicht, es werden ihm für sich und die Familie noch so und so viel abgezogen. Sobald die Steuer beginnt, wird mit dem vollständigen Vermögen und Erwerb ohne jeden Abzug gerechnet. Wer über Fr. 10,000 hat, zahlt von einem Franken an für das Ganze ohne Abzug und ebenso beim Erwerb. Das muss die Steuerbefreiung für die Betrachtung derjenigen, denen sie noch immer etwas zu hoch geht, mildern.

Ein weiterer Grund ist der, dass wir ja noch nicht am Ende der Opfer sind, die wir zu bringen haben. Es werden andere Auflagen noch kommen, Vermehrung der Einnahmen auf anderem Wege. Es wird insbesondere, nachdem nun der Besitz versteuert wird, auch der Konsum sein Opfer zu bringen haben. Ich denke dabei speziell an das Tabakmonopol oder was noch kommen kann. Da ist zum vorneherein zuzugeben, dass die weniger bemittelten Schichten der Bevölkerung im Verhältnis stärker hergenommen werden als die Bemittelten. Also auch das wird eine Ausgleichung bringen. Und so habe ich mich für meine Person mit der vorliegenden Lösung abgefunden und stelle keinen Antrag mehr auf die Fr. 5000. Aber die Ueberzeugung behalte ich: der Antrag, noch etwas weiter herunterzugehen, wäre in grossen Kreisen unserer Bevölkerung populär gewesen. Bezeichnend genug ist es ja, dass es in der Kommission der kantonalen Finanzdirektoren ein Sozialdemokrat war, der den Antrag stellte, auf Fr. 5000 Vermögen hinunterzugehen, aus demselben Gedankengang heraus, den ich Ihnen nun entwickelt habe.

Nun gelange ich zu der Beteiligung der Kantone an dem Steuerertrag. Das ist auch eine Eigen-

tümlichkeit dieser Steuer. Wir sehen vor uns eine Art umgekehrte Kontingente; aber es zeigt sich darin gerade, wie sehr es zutrifft, wenn man sagt: die Kantone sind schon lange nicht mehr eingerichtet, dem Bunde etwas abzuliefern; sie wollen von ihm nur empfangen. Auch jetzt, wo diese Steuer kommt, haben sie sofort erklärt, sie möchten auch davon. Ich gebe gerne zu, mit Grund. Denn man weiss ja, dass nicht nur die Eidgenossenschaft, sondern dass auch die Kantone unter dem Krieg leiden. An sie muss auch gedacht werden. Sobald man sich das vor Augen führt, wird man auch finden, dass der Satz von $\frac{1}{5}$ des Ertrags, wie er schliesslich beschlossen worden ist, nicht zu hoch geht. Es ist ja mehr verlangt gewesen; man hat sich mit weniger begnügt. Wir wollen auch diesen Frieden nicht brechen, obschon in der Kommission die Neigung vorhanden war, den Kantonen noch etwas wegzunehmen zugunsten des Bundes.

Endlich müssen wir noch von der Steuerveranlagung und von der Steuererhebung reden. Da geht es vorab nicht ohne die Kantone und das ist mit ein Grund, warum ihnen von der Steuer etwas zufließen soll. Der Bund ist dazu nicht eingerichtet und die Zeit zu kurz, als dass er sich einrichten könnte. Die Kantone werden also die Veranlagung vornehmen. Aber sie werden es unter eidgenössischer Aufsicht und eidgenössischen Vorschriften, eben denen, die wir ihnen geben, tun müssen. Und eine eidgenössische Instanz wird die Rekursinstanz bilden für die Streitigkeiten, die von den Kantonen her nicht erledigt werden können.

Aber das ist es weniger, wovon ich noch sprechen will. Es ist etwas anderes noch zu berühren, ein Punkt, der in der ganzen Eidgenossenschaft herum viel zu reden gibt. Es ist den Kontingenten entgegengehalten worden, dass sie für unsere Zeit nicht mehr passen, indem die Jahrzehnte eine zu grosse Verschiedenheit zwischen den Kantonen geschaffen hätten im Vergleiche zu dem Zeitpunkt, in dem die Kontingente einst festgesetzt worden sind. Es steht nun in bezug auf die Steuerprotokolle und die Steuersitten in der löblichen Eidgenossenschaft auch nicht viel besser. Es fällt mir natürlich nicht ein, mich darauf näher einzulassen und mit dem Beispiel einzelner Kantone aufzurücken. Ich sage nur, das Gefühl ist vorhanden, dass hier, wenn nicht einiger Wandel eintritt, augenscheinlich Ungerechtigkeiten vorkommen müssten, und zwar nicht geringe. Die Tabellen, die Sie in dem Steigerschen Bericht gefunden haben, zeigen das. Die Ziffern sprechen eine ausserordentlich deutliche Sprache. Ich sage noch einmal, ich möchte nicht wehe tun und unterlasse deshalb die Gegenüberstellung. Aber es sind zu grosse Ungleichheiten vorhanden bei der Einschätzung von Vermögen und Erwerb, als dass nicht auf irgend eine Weise noch ein Ausgleich getroffen werden sollte. Die Eidgenossenschaft besitzt der Kürze der Zeit wegen neben den Strafandrohungen eigentlich kein anderes Mittel dazu, als den Appell an das Gewissen und den Patriotismus der Steuerpflichtigen selber. Daneben sollte aber da, wo ein Tiefstand in der Besteuerung vorhanden ist, das Niveau dadurch erhöht werden, dass man die Wirkung des Appells nicht durch das Gesetz selbst wieder verhindert. Das ist der Grund, warum die

Kommission des Ständerates bei ihren Beratungen auch die Frage in ihren Bereich gezogen hat, ob man nicht denen, die in der Versteuerung zurückgeblieben sind, irgendwie den Weg erleichtern solle, nachzurücken, und sie damit nicht gerade den Steuerstrafen in die Arme zu treiben. Das könnte natürlich nicht individuell, sondern nur allgemein geschehen. Ihre Kommission hat es — im Vollziehungsbeschluss — mit einer Bestimmung versucht. Man hat über dieselbe bereits den Stab gebrochen; aber es ist gegenwärtig noch nicht die Zeit, davon des näheren zu sprechen; sie wird kommen, wenn wir den Ausführungsbeschluss behandeln. Aber mir will nach wie vor scheinen, gerade als Bürger eines Kantons, der im ganzen gut steuert, dass hier etwas geschehen sollte, um anderswo, wo es anders ist, die Leute aufzurütteln, dass sie ihre Pflicht besser tun und nicht in einem Kanton dann die Leute halb so viel an die Steuer beitragen als in einem andern. So ganz ohne dass man die Zurückgebliebenen sicherstellt, nicht in den Rücken geschossen zu werden, wird das kaum möglich sein. Wie gesagt, heute ist es noch zu früh, darüber zu reden. Die nationalrätliche Kommission soll ja den bezüglichen Antrag gestrichen haben, aber ich betrachte die Frage damit als noch nicht erledigt. Die Sache ist so wichtig, dass ich denke, sie werde später noch einlässlich behandelt werden müssen.

Damit habe ich Ihnen nun auch den zweiten Teil meines Vortrages vorgeführt, und ich hoffe, Ihnen nach beiden Richtungen, sowohl was die konstitutionelle Seite, das Verfahren, die Notwendigkeit der Volks- und der Ständeabstimmung, als was den Kriegssteuerartikel selber, im grossen und ganzen, betrifft, nach dem Herzen gesprochen zu haben. Ich sage nach dem Herzen, weil ich erwarte, dass Sie alle für diese Kriegssteuer eintreten werden.

Es bleibt mir nur noch übrig, bevor ich den Antrag auf Eintreten stelle, den Experten, die der Bundesrat zugezogen hat, den aufrichtigen Dank aller derjenigen auszusprechen, die nachher als Kommissionsmitglieder an der Arbeit sich auch noch beteiligt haben. Die Arbeit der Experten war für uns von grossem Nutzen und zeugte von eifrigem Studium, und insbesondere ist trotz der verschiedenen Anfechtungen, die der Speisersche Entwurf in bezug auf die Steuerfreiheit nach unten in der ersten Fassung erfuhr, er ebenso luzid als im ganzen genommen gerecht und sozial, eine Arbeit von einer Güte, an die man in den Kantonen bei Steuerentwürfen fast nicht mehr gewohnt ist. Hier haben wir ein Steuergesetz mit reichlichem Ertrag, das trotzdem im ganzen und grossen nicht von der Gerechtigkeit abweicht.

Ich beantrage Ihnen namens der einstimmigen Kommission, auf den Entwurf in der Weise einzutreten, dass Sie nur den Steuerartikel behandeln, dagegen den Ausführungsbeschluss noch beiseite legen, für den Verfassungsartikel aber das Eintreten jetzt beschliessen.

Wirz: Der Herr Referent hat am Schlusse seines ausserordentlich gründlichen Berichtes bemerkt, dass er den Antrag auf Eintreten stelle und begründe im

Namen der einstimmigen Kommission. Wenn ich nun als Mitglied der Kommission mir erlaube, das Wort zu ergreifen, so geschieht es nicht, weil ich einen andern Standpunkt einnehmen will als denjenigen, der vom Herrn Referenten in so erschöpfender Weise vertreten wurde; aber ich möchte mir doch erlauben, die Gründe darzulegen, welche mich bestimmen, auf die Vorlage einzutreten und Ihnen das Eintreten auf dieselbe zu empfehlen. Ich glaube, dass diese Gründe nicht nur für den Sprechenden selbst, sondern im wesentlichen auch für seine politischen Freunde massgebend sind. Die Wichtigkeit der Frage, die uns beschäftigt, unter dem staatsrechtlichen und unter dem finanzpolitischen Gesichtspunkte und namentlich auch die Rücksicht auf die ausserordentlichen Zeitverhältnisse werden es als nicht unangemessen erscheinen lassen, wenn auch die parlamentarische Minderheit die Gründe für ihre Stellungnahme Ihnen auseinanderzusetzen sich erlaubt.

Der Sprechende und seine Freunde, so gut wie die übrigen verehrten Herren Kollegen, sind überzeugt von der Notwendigkeit, dem Bunde die finanziellen Mittel zu verschaffen, um die durch die Mobilisation erwachsenen gewaltigen Ausgaben zu decken. Der Herr Referent hat davon Umgang genommen, anhand der Zahlen diese Notwendigkeit näher klarzulegen. Ich folge seinem Beispiel und berufe mich ebenso gut, wie er es getan hat, auf die bundesrätliche Botschaft vom 21. November vergangenen Jahres zum eidgenössischen Voranschlag und auf die bundesrätliche Botschaft vom 12. Februar 1915, durch welche der uns nun beschäftigende bundesrätliche Antrag bei den eidgenössischen Räten eingeleitet wurde. Ich habe meines Ortes auch die Ansicht, dass diese Botschaften in durchaus ausreichender und einen Einwand ausschliessender Weise die Notwendigkeit finanzieller Massregeln ausnahmsweiser Natur begründet haben. Der hohe Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, dass die Mittel um die ausserordentlich grossen Ausgaben zu decken, welche die Kriegslage notwendig gemacht hat, auf doppeltem Wege zu beschaffen seien, durch direkte und durch indirekte Steuern, durch eine direkte Kriegssteuer und durch indirekte Steuern, indem Abgaben auf diesen oder jenen Gegenstand des Konsums in dieser oder jener Form gelegt werden. Bisher hat man im Bunde die direkten Steuern nicht gekannt. Diese direkten Steuern waren Sache der Kantone und der Gemeinden. Das ist altes Bundesrecht, und ich betone, und zwar durchaus im Anschluss an die Ausführungen des hohen Bundesrates und an die Darlegungen des Herrn Berichterstatters der Kommission, dass der Sprechende und seine Freunde Gegner einer direkten Bundessteuer sind, und wenn wir dazu die Hand bieten, dass ein neues Prinzip in unser Staatsrecht eingeführt werde in dem Sinne, dass durch direkte Besteuerung des Schweizervolkes von seiten des Bundes ein erheblicher Teil der durch die Mobilisation verursachten Kosten gedeckt wird, so betonen wir dabei, dass es sich nicht um ein Vorgehen oder um ein Prinzip handelt, welches ein Präjudiz bilden soll für andere Fälle und für die Zukunft überhaupt. Wir fassen diese eidgenössische Kriegssteuer gar nicht als eine Steuer im eigentlichen und gewöhnlichen Sinne des Wortes auf, sondern wir betrachten sie vielmehr

als ein Opfer, welches die wohlhabenderen Kreise der Bevölkerung auf den Altar des Vaterlandes legen. Es handelt sich dabei um einen Akt, der aus patriotischem Pflichtgefühl entspringt.

Natürlich muss dieser Akt in die Form einer Steuer gekleidet werden. Es ist notwendig, dass Grundsätze aufgestellt werden über das Mass und die Art und Weise, wie der Einzelne an diesem patriotischen Opfer mitzuwirken hat. Wir sind der Ansicht, dass es sich um ausnahmsweise, noch nie dagewesene und nach aller Voraussicht wenigstens auf absehbare Zeit, auf lange Jahrzehnte hinaus oder, wie wir hoffen wollen, für alle Zukunft nicht wiederkehrende Verhältnisse handelt und dass die ganz ausserordentliche Situation, der wir uns gegenübergestellt sehen, es rechtfertigt, auch ein ausserordentliches Verfahren einzuschlagen und ein aussergewöhnliches Opfer zu bringen. Darum nehmen wir auch verschiedene Bestimmungen, auf welche der Herr Referent teilweise hingewiesen hat und welche die Vorlage enthält, wie sie vom hohen Bundesrate eingebracht wurde und wie sie aus den Beratungen der ständerätlichen Kommission hervorgegangen ist, in den Kauf, gegen welche Bestimmungen wir, wenn es sich um eine Bundessteuer als ständige Institution handeln würde, entschieden Stellung nehmen müssten.

Wir stimmen der Verfassungsnovelle zu, eben weil sie eine Verfassungsnovelle ist. Die Kriegssteuer wird dadurch auf einen konstitutionell unanfechtbaren Boden gestellt, und das ist für uns von einer ganz wesentlichen Bedeutung. Wir hätten nie einer Vorlage zustimmen können, bei welcher die Faktoren, die unser Bundesstaatsrecht konstituieren, ausgeschaltet worden wären. Es sind dies das Schweizervolk und die eidgenössischen Stände. Die Bundesverfassung statuiert für den Bund das Recht der direkten Besteuerung des Schweizervolkes nicht. Dieses Recht ist für den Bund sogar förmlich ausgeschlossen. Die Bundesverfassung zählt in einer erschöpfenden Weise die Einnahmequellen des Bundes auf. Darunter befindet sich aber eine direkte Bundessteuer nicht. Es ist nun ohne weiteres klar, dass, wenn dem Bunde, auch nur in gewissen Fällen und unter bestimmten Umständen und Voraussetzungen, das Recht der Erhebung einer direkten Steuer hätte eingeräumt werden wollen, dies in der Bundesverfassung ausdrücklich hätte gesagt werden müssen. Ein solches Recht des Bundes lässt sich nicht präsumieren oder in die Verfassung hinein interpretieren, sondern es müsste in der Verfassung ausdrücklich vorgesehen sein. Dem Bunde kommen nur diejenigen Befugnisse zu, welche die Bundesverfassung ihm ausdrücklich beilegt. Es ergibt sich dies eigentlich schon aus dem Art. 3 der Bundesverfassung. Die Bundesverfassung weist in Art. 42 ganz bestimmt den Weg, auf welchem der Bund zu seinen finanziellen Hilfsmitteln gelangt. Dadurch, dass in Art. 42 der Bundesverfassung, wo die Einnahmen des Bundes aufgezählt sind, neben verschiedenen andern Einnahmequellen des Bundes auch die Geldbeiträge der Kantone genannt werden, wollte man offenbar das direkte Besteuerungsrecht des Bundes ausschliessen; denn sonst wäre dasselbe zweifellos aufgeführt worden. Die Verfassung weist dem Bunde zur Bestreitung seiner Ausgaben den Weg an die Kantone und nicht direkt an das Schweizervolk. Aus der ausserordentlichen Vollmacht vom 3. August

1914 und aus der durch den Weltkrieg bedingten Notlage kann die Befugnis des Bundes zur Erhebung einer Kriegssteuer nicht hergeleitet werden. Für friedliche Zeiten und bei normalen Verhältnissen gilt gewiss der staatsrechtliche Grundsatz, dass die Bundesversammlung Vollmachten oder Rechte, welche sie selbst nicht besitzt, nicht an den Bundesrat übertragen kann. Nun soll aber nach der bestimmt abgegebenen Erklärung des hohen Bundesrates die Kriegssteuer nicht erhoben werden zu einem Zeitpunkt, in welchem die durch die Kriegslage geschaffenen Verhältnisse fort dauern, sondern die Erhebung der Kriegssteuer soll dann eintreten, wenn wir zu friedlichen Zeiten und normalen Verhältnissen zurückgekehrt sind. Darum kann denn auch die Befugnis zur Erhebung der Kriegssteuer nicht aus der durch den Krieg geschaffenen Notlage hergeleitet werden. Diese Befugnis findet ihre Begründung nicht in der Lage, in welche unser schweizerisches Vaterland angesichts des Weltkrieges versetzt wurde.

Ebensowenig kann nach der bestehenden Bundesverfassung das Recht zur Erhebung einer direkten Steuer, um die durch die Mobilisation erwachsenen Kosten zu decken, hergeleitet werden aus Art. 85, Ziff. 6, der Bundesverfassung. Es ist vom Herrn Referenten in sehr zutreffender Weise ausgeführt worden, dass dieser Art. 85, Ziff. 6, nur diejenigen Massnahmen vorsehe, die zur Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit des Vaterlandes getroffen werden können, welche konstitutionell berechtigt und verfassungsmässig zulässig sind. Es wäre denn, dass es sich um eine absolute Notlage handeln würde und dass man angesichts der Verhältnisse, wie sie sich in Kriegszeiten ja gestalten können, gar nicht über die Notwendigkeit hinwegkäme, Massregeln zu treffen, die sich nicht im Rahmen der Verfassung bewegen und die über die Kompetenzenschreibung, wie sie die Bundesverfassung für die eidgenössischen Behörden vorsieht, hinausgehen. Aber glücklicherweise sehen wir uns nicht einer derartigen fatalen Situation gegenübergestellt. Das ist also ein wesentliches Moment, das uns veranlasst, der Vorlage zuzustimmen, dass durch diese Vorlage eine bundesstaatsrechtlich durchaus unanfechtbare Grundlage geschaffen wird für die Erhebung der Kriegssteuer.

Es ist ja vom Herrn Referenten angedeutet worden, dass man konsequentermassen dazu gelangen würde, nachdem der Verfassungsartikel von der Mehrheit des Volkes und der Stände angenommen sein werde, auch das Bundesgesetz, welches zur Vollziehung dieses Verfassungsartikels dienen soll, dem Referendum zu unterstellen. Das wäre der gewöhnliche und für normale Verhältnisse vorgezeichnete Gang der Dinge. Es lässt sich nun aber nicht bestreiten, dass gewichtige Gründe dafür sprechen, dass der Vollziehungsbeschluss, der durch die Räte gefasst wird, endgültig von diesen Räten auszugehen hat, ohne dass er dem Referendum zu unterstellen wäre, und weil ich glaube, dieses Vorgehen bilde gar keinen Einbruch in unser Verfassungsrecht, so habe ich keine Bedenken, auch in dieser Richtung der Vorlage beizustimmen. In erster Linie ist zu betonen, dass alle wesentlichen Grundsätze, welche für die Erhebung der Kriegssteuer massgebend sind, in den Verfassungsartikel selber aufgenommen werden sollen. Beim Bundesbeschluss, der die Voll-

ziehung regelt, handelt es sich also nur noch um Ausführungsbestimmungen. Alles, was grundsätzlicher und wesentlicher Natur ist, enthält der Verfassungsartikel schon. Sodann darf man nicht übersehen, dass wir eben Verfassungsrecht schaffen. Wir nehmen einen neuen Artikel in die Bundesverfassung auf, und da steht nun, staatsrechtlich gesprochen, nichts im Wege, dass dieser Verfassungsartikel die Bestimmung enthält, die Bundesversammlung solle befugt sein, von sich aus die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu treffen. Ich glaube also nicht, dass in diesem Vorgehen ein Einbruch in unser Staatsrecht liege.

Der Herr Referent der Kommission hat sehr warme und patriotische Akzente gefunden, um dem Gedanken Ausdruck zu leihen, dass es in keiner Weise angezeigt wäre, wenn im vorliegenden Falle das Mitspracherecht des Schweizervolkes und der eidgenössischen Stände ausgeschlossen werden wollte. Ich teile in dieser Beziehung durchaus seine Auffassung. Es würde den alt eingelebten und tief eingewurzelten Anschauungen, welche das Fundament unseres Staatsrechtes bilden, widersprechen, wenn man in einer bedeutungsvollen Frage und in einer kritischen Situation die Demokratie ohne Not ausschalten wollte, und eine zwingende Notwendigkeit dazu ist, gewiss nicht vorhanden. Was für einen Eindruck müsste es erwecken, wenn man in einem kritischen Momente das Grundprinzip unseres Staatswesens und unseres Staatsrechtes verleugnen wollte? Angesichts der Weltereignisse ist für uns die Einigkeit und die innere Geschlossenheit doppelt notwendig. Es darf kein Misstrauen herrschen. Wir müssen auch dem Volke Zutrauen entgegenbringen, wenn wir vom Volke verlangen, dass es uns sein Vertrauen schenke, und ich glaube, angesichts der Weltlage und der für uns daraus sich ergebenden Konsequenzen und Bedürfnisse, seien die eidgenössischen Behörden darauf angewiesen, an das Zutrauen des Volkes den Appell zu ergreifen und dafür zu sorgen, dass dieses Zutrauen ihnen gewahrt bleibt.

Nun gestatten Sie mir noch, dass ich auf eine andere Frage zu sprechen komme. Warum greift man zur Kriegssteuer und nicht zu den Geldkontingenten der Kantone? Seitdem die Geldkontingente in unsere Bundesakte aufgenommen wurden, sind mehr als hundert Jahre verstrichen, und in diesem langen Zeitraum haben die finanzpolitischen und namentlich die steuerpolitischen Grundsätze und Systeme eine fundamentale Umgestaltung erfahren. Bei Erhebung der Geldkontingente müssten die Kantone, und zwar sämtliche Kantone, auch an die Steuerkraft des Volkes appellieren. Es wäre wohl in der Schweiz kein einziger Kanton zu finden, der das Geldkontingent, das er dem Bunde zu leisten hätte, bestreiten könnte, ohne Besteuerung seiner Bevölkerung. Wenn ein so erklecklicher Beitrag an die Kosten der Mobilisation aus den Geldkontingenten resultieren soll, wie ihn die in Aussicht genommene Kriegssteuer abwerfen wird, so müssten diese Geldkontingente während eines längeren Zeitraumes erhoben oder dann müsste eine grosse Zahl von Geldkontingenten auf einmal eingefordert werden. Die eidgenössische Geldskala, wie sie gegenwärtig besteht, entspricht den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr. Sie müsste revidiert werden, und diese Revision wäre gewiss mit doppelten Schwierigkeiten

verbunden in dem Moment, wo man der Notwendigkeit gegenübersteht, diesem Gesetz über die eidgenössische Geldskala eine praktische Bedeutung zu geben, in dem Moment, wo man eben diese Geldkontingente einfordern wollte. Es würde das zu einem unerquicklichen Markt unter den Kantonen führen. Die Einforderung der Geldkontingente hätte nach der Natur der Verhältnisse die unabwendbare Folge, dass eine ungleiche Behandlung der Steuerpflichtigen in den verschiedenen Kantonen eintreten würde. Dadurch müsste das Gefühl der Unbilligkeit oder der Ungerechtigkeit erweckt werden, und damit ginge der erhebende patriotische Gedanke, welcher der Kriegssteuer zugrunde liegt, verloren. In einer grösseren Anzahl von Kantonen würde zweifellos auf dem Wege der Initiative bewirkt werden, dass die Summe, welche der Kanton in der Form des Geldkontingentes dem Bunde zu leisten hat, durch eine Steuer gedeckt würde, welche nach den gleichen Grundsätzen zu erheben wäre, wie sie für die eidgenössische Kriegssteuer vorgesehen sind. Ich hebe alle diese Gesichtspunkte hervor, weil ich durchaus anerkenne, dass die Verfassungsbestimmung, welche den Bund im Bedürfnisfalle an die Geldkontingente der Kantone verweist, auf dem föderalistischen Gedanken beruht und weil ich ja bekanntermassen ein Anhänger föderalistischer Anschauungen bin und Volkskreise hier vertrete, welche diesen Anschauungen huldigen. Aber ich habe den Eindruck, dass der föderalistische Gedanke bei diesen Geldkontingenten weit mehr in der Form, als tatsächlich zur Geltung kommt, und es ist in meinen Augen ausserordentlich zweifelhaft, ob man den Kantonen einen Dienst leisten und den föderalistischen Gedanken fördern würde, wenn man die Summe, die der Bund aus der Kriegssteuer beziehen soll, ihm durch die kantonalen Geldkontingente beschaffen wollte. Jedenfalls gelangt man auf dem Wege der Kriegssteuer einfacher, rascher und leichter zum Ziele, als es durch die kantonalen Geldkontingente geschehen könnte.

Der Verfassungsartikel, der uns vorliegt, sieht eine Mitbeteiligung der Kantone am Ertrag der Kriegssteuer vor. Ich halte diese Bestimmung für durchaus zweckmässig und durch die Verhältnisse geboten. Sie alle stehen gewiss auch unter dem Eindrucke, so gut wie der Sprechende, dass die Kantone schwer unter den Rückwirkungen des Krieges zu leiden haben. Ich könnte an die Notunterstützungen erinnern, die ja teilweise auch von den Kantonen zu bestreiten sind. Die Kantone haben den Bezug der Kriegssteuer durchzuführen, und es ist vom Herrn Referenten der Kommission gewiss zutreffend betont worden, dass die kantonalen Behörden die richtigen Organe seien für die Vollziehung des Kriegssteuerbeschlusses. Schon aus diesem Grund rechtfertigt es sich in meinen Augen vollkommen, einen wesentlichen Teil der Kriegssteuer dem kantonalen Fiskus zu belassen. Dann darf man eines nicht übersehen. Die Kantone und die Gemeinden werden bei ihren Steuerbeschlüssen auf die eidgenössische Kriegssteuer Rücksicht nehmen müssen, und sie werden in denjenigen Jahren, in welchen die beiden Raten der Kriegssteuer bezogen werden sollen, die Steuerkraft ihrer Bevölkerung weniger stark in Anspruch nehmen dürfen, als es sonst geschehen wäre, und manchenorts in Kantonen

und Gemeinden wird der Krieg dazu führen, dass die Steuerkraft auf einen gewissen Zeitraum hinaus stärker angespannt wird, als es sonst der Fall gewesen wäre. Ich glaube, aus allen diesen Gründen rechtfertigt es sich vollkommen, die Kantone zu einem erheblichen Teile am Ertrag der Kriegssteuer partizipieren zu lassen. Dadurch kommt ja allerdings der föderalistische Gedanke auch zur Geltung. Ich stehe in dieser Beziehung auf dem Boden der Vorlage und halte sie auch unter diesem Gesichtspunkte für durchaus gerechtfertigt.

Ziehen wir die folgenden Momente in Betracht: Die Kriegssteuer ist für den Bund zur Notwendigkeit geworden. Sie wird auf verfassungsgemäsem Wege eingeführt. Sie ist das Mittel, welches am raschesten und einfachsten zum Ziele führt. Sie ist eine ganz ausnahmsweise Massregel, welche nur durch die Verhältnisse bedingt ist, denen wir gegenwärtig gegenüberstehen und die, wie wir hoffen wollen, nie wiederkehren werden. Ein Präjudiz für die Zukunft bildet sie aus diesem Grunde nach keiner Richtung. Sie ist als ein Opfer zu betrachten,

das in schwerer Zeit dem Vaterlande gebracht wird. Man darf dabei nicht etwa nur vom fiskalischen Gesichtspunkte ausgehen, sondern begleitend muss sein der eidgenössische Solidaritätsgedanke, und der Herr Referent hat sehr schön hervorgehoben, dass je und je in Zeiten, in denen Not und Gefahr an das Vaterland herangetreten sind, die Eidgenossen sich zusammengefunden haben, um die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu wahren und zu verteidigen. Und so, glaube ich, wollen auch wir zusammenstehen in dem Augenblicke, wo es sich darum handelt, für den Bund die Mittel aufzubringen, welche die aus der Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes für ihn erwachsenen Opfer erfordern. In diesem Sinne stimme ich für Eintreten auf die Vorlage.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

**Kriegssteuer. Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42bis in die
Bundesverfassung. BB vom 15. April 1915**

**Impôt de guerre. Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42bis à insérer dans la
Constitution fédérale. AF du 15 avril 1915**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1915_002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.04.1915 - 16:30
Date	
Data	
Seite	1-12
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 337

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amtliches
stenographisches Bulletin

der
schweizerischen Bundesversammlung



N^o 2

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL

DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnement: Jährlich Fr. 2.— für die Schweiz, Fr. 6.— für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 2.—, Union postale frs. 6.—. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Ständerat — Conseil des Etats

Sitzung vom 7. April 1915, vormittags 8^{1/2} Uhr — Séance du 7 avril 1915, à 8^{1/2} heures du matin

Vorsitz: } Hr. Geel.
Présidence: }

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Artikels 42^{bis} in die Bundesverfassung.

Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42^{bis} à insérer dans la constitution fédérale.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 1 hievor. — Voir page 1 ci-devant.)

Scherrer (St. Gallen): Es hat gestern der Herr Referent der Kommission mit erhebenden Worten zu uns gesprochen, mit Worten, die von Herzen kamen und gewiss überall auch zu Herzen gingen. Ich möchte speziell vom Standpunkte meiner Fraktion aus sprechen, deren einziger Vertreter ich in diesem Rate bin, die aber im Volke eine grössere Zahl von Stimmen zählt und ich möchte mich in meinen Auseinandersetzungen keineswegs in Widerspruch setzen zu dem, was gestern sowohl vom Referenten als namens einer weiteren Minderheit gesagt worden ist, sondern lediglich dem Bilde, das uns gezeichnet worden ist, einige Striche hinzufügen.

Ich nehme von vorneherein an, dass es jetzt nicht an der Zeit ist, von einer allgemeinen bleibenden direkten Bundessteuer zu reden. Sie wissen, dass eine solche auf dem Programm meiner Partei steht. Ich gebe zu, dass gerade im gegenwärtigen Moment mehr als in einem andern der Ertrag der direkten Steuern den Kantonen gewahrt werden muss, dass die Vorbereitung einer solchen Steuer eine viel weitgehendere und sorgfältigere Vorarbeit bedürfte, als das im gegenwärtigen Momente möglich ist, wo doch eine gewisse Dringlichkeit, die Bundeseinnahmen zu vermehren, vorliegt, und dass es eine nicht ganz leichte

Aufgabe sowieso sein würde, auf dem ausserordentlich mannigfaltigen, vielgestaltigen, vielfach unvollkommenen Unterbau der kantonalen Gemeinde- und Staatssteuern, ohne einen vorherigen Ausgleich in dieser oder jener Form, ein drittes Stockwerk, eine bleibende direkte Bundessteuer aufzubauen. Ich will auch nicht von einem weiteren Gedanken ausgehen, der gelegentlich geäussert worden ist und dahin geht, es möchten wenigstens die Kosten der gegenwärtigen Grenzbesetzung in ihrem ganzen Umfange auf dem Wege einer direkten Steuer gedeckt werden. Die Annahme geht ja dahin, dass diese Steuer höchstens, vielleicht nicht einmal ganz, soweit sie in die Kasse des Bundes fällt, einen Fünftel der gesamten Kosten decken wird und dass der weitaus grösste Teil der Kosten mit vier Fünftel des Betrages auf anderem Wege zu decken sein wird. Ich gebe auch hier zu, dass es im gegenwärtigen Moment schwierig wäre, eine auch nur so weit gehende Steuer im Lande zur Annahme zu bringen, die vielleicht in fünf Malen in grösseren Zeitabständen, ich will sagen von zwei bis drei Jahren, erhoben werden müsste und die wahrscheinlich bei sehr vielen Mitbürgern die Furcht erregen könnte, dass alsdann aus dieser Steuer doch eine bleibende Institution werden könnte. Ich stelle mich

also mit meinen Erörterungen durchaus auf den Standpunkt der Vorlage, auf den Standpunkt der einmaligen Steuer, die vom Vermögen und Einkommen erhoben werden soll.

Nun möchte ich zunächst auf ein Moment aufmerksam machen, von dem bisher, glaube ich, nicht gesprochen worden ist, das aber bei den Experten im Vordergrund stand und das von einer gewissen Bedeutung für die Beurteilung der Vorlage ist. Die Experten sind doch von dem Gedanken ausgegangen, dass die einmalige Wehrsteuer ein Entgelt sein soll für den Schutz, dessen der Besitz durch die Grenzbesetzung teilhaftig geworden ist gegen die Gefahren und die Schädigungen des Krieges. Darum haben auch die Experten ursprünglich nur von einer Vermögenssteuer und nicht zugleich auch von einer Einkommenssteuer gesprochen. Sie sagten mit vollem Rechte: Das Vermögen ist es, der Besitz an Gebäuden, an Grund und Boden, an Werttiteln, und all die anderen Werte sind es, die durch den Krieg geschädigt und konfisziert werden können, welche im besonderen den Schutz der Armee genossen haben; die sind daher in erster Linie auch pflichtig, die Wehrsteuer zu tragen. Einen gleichen Schutz genießt das Einkommen keineswegs. Das Einkommen ist, obwohl wir vom Kriege nicht direkt berührt sind, unten und oben und mehr unten als oben beinahe so schwer geschädigt und einträchtig, wie das infolge eines Krieges geschehen wäre. Es ist der schlechte Geschäftsgang, der vielleicht Vermögen nur vorübergehend entwertet, der aber dauernd Verluste an Einkommen und Lohn bewirkt hat. Es ist die Arbeitslosigkeit infolge des schlechten Geschäftsganges, und es ist die Absorbierung einer sehr grossen Zahl von Mitbürgern durch den Militärdienst, der es ihnen unmöglich macht, zu erwerben. Gerade die unteren Schichten des Volkes haben durch diesen Dienst vielfach auch für die Zeit nach dem Dienste ihr gesamtes Einkommen verloren, weil sie nicht mehr leicht eine Anstellung finden, während in den mittleren und höheren Schichten lediglich nur eine Reduktion der Gehälter und der Löhne eingetreten ist. Ich sage also, es war eine Konsequenz des Grundgedankens dieser Steuer, wenn man ursprünglich daran gedacht hat, das Einkommen überhaupt nicht zu belasten.

Daraus ergeben sich nun die Konsequenzen für die Vorlage, nämlich die starke Entlastung nach unten und die starke Belastung nach oben. Dem ausnahmsweisen Zweck der Steuer, der ausnahmsweisen Verursachung derselben entspricht diese ausnahmsweise Veranlagung durchaus. Eine Konsequenz dieser Tatsache ist ferner, dass das Einkommen, wenn man es nun doch belastet hat — ich will nicht dagegen irgendwie demonstrieren — an und für sich und grundsätzlich in höherem Masse berücksichtigt, also nach unten mehr entlastet werden soll als das Vermögen. Das ist zweifellos eine Folge des Grundgedankens der Wehrsteuer. Es ist gestern vom Herrn Referenten vollkommen richtig auseinandergesetzt worden, dass es sich bei dem steuerfreien Vermögen von 10,000 Fr. und bei dem steuerfreien Einkommen von 2500 Fr. keineswegs um ein Existenzminimum handelt. Ein solches wäre allerdings niedriger zu bemessen gewesen, und diejenigen Herren, die gelegentlich in der Kommission — vielleicht geschieht es auch im Rate — dafür gesprochen haben, man hätte eigentlich weiter hinuntergehen können, auf 5000 Fr. beim Vermögen,

auf 2000 Fr. beim Einkommen, haben in diesem Augenblicke eine Verwechslung begangen. Sie haben wieder den Gedanken des Existenzminimums im Kopfe gehabt, statt des Gedankens, der dem Gesetze zugrunde liegt, einer Leistung, eines Entgeltes für den Schutz des Besitzes gegen die Gefahren und Schädigungen eines allfälligen Krieges.

Ich werde Gelegenheit haben, auf diesen Gedanken noch zurückzukommen, und ich will jetzt schon sagen, dass ich es für konsequenter betrachtet hätte, wenn man im Sinne der Experten beim Einkommen von 3000 Franken stehen geblieben wäre, dass ich es aber als eine Inkonsequenz betrachte, wenn man auf der einen Seite, was ich an sich durchaus begrüsse, beim Vermögen für Witwen und Waisen eine gewisse Ausnahme macht, die man beim Einkommen den Witwen und Waisen nicht gestatten will.

Ich meine aber, es ist noch ein weiteres wichtiges Moment mehr in den Vordergrund zu stellen, als das vielleicht in den bisherigen Voten geschehen ist, und das ist die schon erwähnte Tatsache, dass diese Wehrsteuer lediglich und höchstens ein Fünftel der Auslagen für die Grenzbesetzung deckt. Bei einem Fünftel dieser Auslagen will man also nach unten einigermaßen entlasten, nach oben belasten. Bei den übrigen vier Fünfteln, d. h. beim Grossteil der Schulden, die infolge der Mobilisation zu decken sind, wird das nicht der Fall sein, und wir müssen dieses Moment hier schon betrachten, wo wir gewissermaßen im Beginn einer Finanzreform des Bundes stehen. Denn es steht das im engsten Zusammenhang mit der richtigen Beurteilung der Wehrsteuer. Diese vier Fünftel sollen, und ich will auch dagegen durchaus nicht etwa einen Einwand erheben, im allgemeinen durch indirekte Steuern, sei es durch vermehrte Zölle, sei es durch besondere indirekte Steuern, sei es durch Monopole, z. B. durch das Tabakmonopol, gedeckt werden. Diese indirekten Steuern und diese Monopole belasten nun zweifellos die unteren Schichten des Volkes, die nicht besitzenden Klassen und die wenig besitzenden Klassen, und zwar in dauernder Weise. Man kann darüber streiten, in welchem Masse. Aber sie belasten sie zweifellos verhältnismässig mehr als die oberen Schichten. Also hier durch diese indirekten Steuern, durch welche der Grossteil der ausserordentlichen Auslagen gedeckt werden muss, werden die unteren Klassen bleibend belastet sein. Sie werden nicht nur in verhältnismässig grösserer Masse an diesen Steuern oder an den Lasten des Monopols beteiligt sein, sondern sie haben ja gleichzeitig auch in verhältnismässig grösserer Masse die Last des Militärdienstes tragen müssen. Denn es sind die Angehörigen dieser Schichten, die bei verhältnismässig kleinem Sold als einfache Wehrmänner ihren Dienst getan und, wie ich schon erwähnte, vielfach im Einkommen auch für die Zeit nach dem Dienste, jedenfalls aber für die Dauer des Dienstes geschädigt sind. Es rechtfertigt sich also aus dieser Situation heraus von neuem, dass wir bei der Kriegssteuer unten entlasten und dass wir gar nicht daran denken, unter die Grenzen hinunterzugehen, die jetzt gesetzt sind — denn darin läge nach meiner vollen Ueberzeugung ein Unrecht — dass wir aber auf der andern Seite noch einen weiteren Ausgleich suchen. Der Ausgleich in der Wehrsteuer selbst, ein Fünftel der ganzen Last, ist nicht genügend gegenüber der Tatsache, dass vier Fünftel durch indirekte Steuern erhoben werden müssen. Diese Zahlen

$\frac{1}{5}$ und $\frac{4}{5}$ sind ja hypothetische; aber sie mögen vielleicht den Verhältnissen ungefähr entsprechen.

Und nun betrachten Sie es nicht als eine Abschweifung, wenn ich hier mit ganz kurzen Worten auf ein wichtiges Moment des Ausgleiches zu sprechen komme; denn es gehört zum Ganzen. Ich meine, der Ausgleich für die Mehrbelastung der untern Klassen kann nur darin gefunden werden, dass die Erträgnisse der indirekten Steuern dieser oder jener Art, oder von Monopolen, sobald die Kosten der Grenzbesetzung gedeckt sein werden, zu ihrem Grossteil einem sozialen Zwecke zugewandt werden. Dieser Zweck kann nur die Alters- und Invalidenversicherung sein, d. h. vorläufig und fortschreitend mit der Amortisation der Mobilisationsschuld und mit dem Freiwerden von Erträgnissen der indirekten Steuern oder der Monopole die Ansammlungen von Fonden, die es gestatten, nach einem gewissen Zeitraum, sagen wir jetzt einmal nach Verlauf von 20 Jahren, den Gedanken der Alters- und Invalidenversicherung endlich zu verwirklichen. Das ist der Ausgleich, das ist der Ersatz dafür, dass jetzt die unteren Klassen hauptsächlich belastet werden mit den Folgen des Krieges durch den wirklichen Dienst und die indirekten Steuern, dass sukzessive auch das Erträgnis ihnen wieder zugewandt wird. Ich treffe mich dabei bei einem Gedanken, der, soviel ich weiss, an einer Delegiertenversammlung der radikalen Partei vor dem Krieg ausgesprochen und begründet worden ist: das Tabakmonopol speziell für die Schaffung einer Alters- und Invalidenversicherung einzuführen, und ich denke, die Ereignisse, die inzwischen eingetreten sind, dürften niemand schwankend machen, niemand veranlassen, zu sagen: nun haben wir kein Geld mehr hierfür, nun muss diese Aufgabe auf die Seite geschoben werden.

Und da komme ich allerdings zu der weiteren Forderung, dass ich sage: Nur ein Monopol, und zwar nur das Tabakmonopol, und nicht irgendwelche Zölle und Zollerhöhungen werden in der Hauptsache geeignet sein, den Versicherungsgedanken zu verwirklichen, nicht Zölle, bei denen wir abhängig sind von dem, was das Ausland tut, nicht Zölle, bei denen wir, vom Meere rundum abgeschlossen, immer suchen müssen, uns eine gewisse Freiheit der Bewegung zu erhalten, um nicht nur den Bedürfnissen der Landwirtschaft, sondern namentlich als Industrievolk auch den Bedürfnissen unserer Industrie und unseres weiteren Verkehrs, sowie ihrer Entwicklung zu dienen. Es kann nicht die Rede davon sein, dass durch unsichere Zölle, sondern es kann nur die Rede davon sein, dass durch ein festes, sicheres und dauerndes finanzielles Fundament geholfen wird, wenn ein grosses Versicherungswerk geschaffen werden soll. Das wird ein Monopol sein wie das Tabakmonopol.

Und nun noch eine Bemerkung. Ich meine, in grossen Zeiten soll man sich auch an grosse Aufgaben machen. Wir dürfen im gegenwärtigen Moment nicht bloss daran denken, die Lücke zuzumachen, die in die Bundesfinanzen gerissen worden ist, sondern der gleiche Moment soll dazu dienen, die Mittel für ein grosses soziales Werk zu schaffen. Das ist nach meiner Ueberzeugung das wahre Verständnis der Gegenwart.

Und ich sage weiter, wenn wir nicht den gegenwärtigen Moment benutzen und in unmittelbarem Anschluss an die Schaffung der Wehrsteuer diese weitere und grössere Aufgabe des Landes lösen, so

werden wir in einem halben Jahrhundert und länger nicht zur Lösung derselben gelangen.

Was hat die Kraft der alten Schweiz ausgemacht? Eine gewisse Sicherheit der Existenz der breiten Masse des Volkes, damals eines Bauernvolkes, jene Ueberreste des Gemeinbesitzes an Grund und Boden, die aus der alten Marchgenossenschaft erhalten geblieben waren. Diesen Gemeinbesitz, das Vaterland im engsten und bestimmtesten Sinne des Wortes, haben unsere Altvordern gegenüber den Ansprüchen des Feudalismus wahren und schützen wollen. Das hat ihre Tapferkeit und ihren Mut belebt; diese Versicherung, wenn ich so sagen darf, war ihre Stärke. Man hat sich in der letzten Zeit gewundert, warum das serbische Volk einen so gewaltigen, so ausdauernden Widerstand nach vorangegangenen Kriegen einer europäischen Grossmacht zu leisten vermochte. Die Sachkundigen sagen es uns: Es ist auch eine Versicherung im rein bäuerlichen Staate; es ist die geringe Verschuldung des Grund und Bodens; es ist die Tatsache, dass dort die Erbteilung noch nicht in dem Masse in den Grundbesitz eingegriffen und ihn belastet hat, wie das bei uns z. B. der Fall ist. Es ist die Tatsache der Heimstätte, die dort verwirklicht ist. Anders die Sicherung bei einem Industrievolk. Heute sagt es uns jedermann, Vornehm und Gering, heute können Sie es in den deutschen Blättern aller Schattierungen lesen, heute sagen es Ihnen die Schöpfer der Versicherungsgesetze, dass der Zusammenhalt und die Kraft des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kampfe, die Einigkeit der unteren und oberen Schichten, im wesentlichen dem grossen Versicherungswerke zu verdanken ist, nicht sowohl der Kranken- und Unfallversicherung — gewiss wirkt sie auch ganz wesentlich mit — als namentlich der Alters- und Invalidenversicherung. Das ist es auch, was mir von sehr massgebender Seite wiederholt in den letzten Monaten und Wochen aus Deutschland bestätigt worden ist.

Ich meine, ein solches Beispiel sollen wir befolgen. Wir haben eine doppelte Rüstung anzulegen für die Zukunft, nicht nur die Waffenrüstung für den Krieg, sondern auch jene ökonomische Rüstung, jene Stärkung speziell der untern Schichten des Volkes durch ein Versicherungswerk, das sie kampffähig, kampfwillig und widerstandsfähig macht gegen die Leiden und Gefahren, die unserem Lande in der Zukunft noch drohen können.

Ich bin damit am Schlusse meiner paar Worte angelangt. Ich gebe nicht viel — ich will das ganz offen aussprechen — auf die formalen Momente. Ich kann mich sehr wohl damit einverstanden erklären, dass man einen Verfassungsartikel schafft, in dem gewissermassen auch schon das Ausführungsgesetz enthalten ist, und dass man auf diese Weise sucht, mit einer einzigen Abstimmung über diesen Artikel, der ja nur ein einziges Mal angewendet werden soll, auszukommen. Ich kann mich namentlich damit einverstanden erklären, wenn auch der Rat im Sinne der Kommission beschliesst, dass diesem Artikel die Tabellen über die Vermögens- und Erwerbssteuer beigegeben werden, so dass jeder Steuerpflichtige von vorneherein ersehen kann, was es ihn trifft. Ich meine, dass diese Tabellen als Beilage zum Verfassungsartikel definitiv beraten und unabänderlich festgestellt werden sollen. Das ist die Quintessenz der Ausführung. Allfällige Aenderungen, welchen dann noch die übrigen Ausführungs-

bestimmungen unterliegen, werden weder allzu grosses Interesse, noch allenfalls allzu grossen Widerstand im Volke finden können. Ich möchte mich also auch meinerseits aussprechen für Eintreten auf die Vorlage im Sinne der Ausführungen, die ich soeben gemacht habe.

Legler: Auch ich möchte an die Spitze meiner kurzen Bemerkungen den Gedanken des Patriotismus stellen. Man ist wohl allseitig und freudig bereit, die verlangten Millionen, und wenn es noch viel mehr sein sollten, auf den Altar des Vaterlandes zu legen. Dabei ist es aber unsere Pflicht, diese hochwichtige Angelegenheit nach allen Seiten gründlich zu prüfen, auch wenn dabei in Nebenfragen Ansichten geäussert werden sollten, die nicht ganz mit dem Standpunkte der Kommission übereinstimmen.

In diesem Sinne zunächst einige Bemerkungen über die Kompetenzfrage und die Geldkontingente.

Der Herr Referent hat in sehr scharfsinniger und gründlicher Weise den Standpunkt der Kommission motiviert, und das gleiche hat auch der Vertreter der konservativen Fraktion, Herr Wirz, getan. Aber diese Beweisführungen sind meines Erachtens nicht derart zwingend, dass nicht eine andere Interpretation und andere Schlussfolgerungen in beiden Fragen gedenkbar wären.

Zunächst die Kompetenzfrage. Der vielgenannte Art. 85, Ziff. 6, enthält eine Formel, aus welcher man sehr viel machen kann: «Massregeln für die äussere Sicherheit, für Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz.» Zu diesen wichtigen Massregeln gehören doch auch die Finanzen, die Finanzen vielleicht in jedem Augenblick. Wir wissen ja nicht, wie der Verlauf des Weltkrieges sein wird. Wir haben durch unsere früheren Beschlüsse dauernde vermehrte Einnahmen geschaffen vom Standpunkte des Notrechtes aus, und da haben wir, die Vertreter einer weitgehenden Volkssouveränität, lediglich eine Befristung beantragt. Man hat davon Umgang genommen. Man hätte heute nach meiner Ansicht das gleiche tun können. Man hätte sagen können: Die Bundesversammlung ist kompetent. Dass der Bundesrat nicht so weit gehen wollte, begreife ich, da er ja die Bundesversammlung jeden Augenblick einberufen kann. Aber eine etwas weitergehende, eine freiere Interpretation wäre aus praktischen Gründen am Platze gewesen. Ich hoffe, wie Herr Ständerat Isler, dass die Stimmabgabe des Volkes eine gute sein wird; aber gerade «im Sack» haben wir sie noch nicht. Es sind doch noch Schattenseiten vorhanden. Denken Sie an die professionellen Neinsager, Leute, die keine Vorlage prüfen, die einfach nein stimmen, dann an die Agitation in der Presse, die vielleicht nicht ganz ausbleiben wird, dann an die geheime und vielleicht offene Opposition von Interessenten. Wenn die verwerfende Minderheit auch klein sein wird, so ist doch unter Umständen dem Ansehen des Landes mit der Abstimmung nicht gedient. Alle diese Klippen wären umschifft worden, wenn die ganze Angelegenheit durch die Bundesversammlung erledigt worden wäre. Auch ein Vertreter der Volksrechte im weitesten Sinne kann diesen Standpunkt einnehmen, wenn er

gerechtfertigt ist und aus der Verfassung hergeleitet werden kann.

Die Geldkontingente scheinen sang- und klanglos begraben. Wie ich der Presse entnehme, hat in der ständerätlichen Kommission Herr Kollege Böhi den Standpunkt der Geldkontingente vertreten, und ich bedaure sehr, dass er seinen Antrag zurückgezogen hat. Ich glaube, man wäre mit diesem Hilfsmittel ausgekommen. Die Geldkontingente beruhen doch auf einem feststehenden Verfassungsartikel. Man hätte allerdings eine Revision der Skala vornehmen müssen. Der Referent hat ausgeführt, das wäre unangenehm gewesen und hätte Streitigkeiten abgesetzt. Ich glaube, der Gedanke des Patriotismus und der Opferwilligkeit hätte dabei doch nahe gelegen, und Erörterungen in diesem Sinne wären den Kantonen vielleicht angenehmer gewesen als das Bestreben, gegenüber einer misslichen Steuergesetzgebung Abhilfe zu schaffen. Die Geldkontingente hätten ja mehrfach eingezogen werden können. Wenn man sie zehnfach eingezogen hätte, in kurzen Zwischenräumen, wäre das Opfer ja nicht grösser gewesen als heute. Die Kantone hätten sich nach ihrer jeweiligen Situation einrichten können. Sehr viel wäre auf freiwilligem Wege aufgebracht worden, wenn kurze Zeit nach Ausbruch des Krieges eine Sammlung von Bundes- oder Kantons wegen veranstaltet worden wäre. Vom Standpunkt der Geldkontingente aus wären offenbar Millionen geflossen. Man hätte in den Kantonen auch den Weg der Anleihe betreten können. Nun aber ist die Gelegenheit zu weit gediehen. Nachdem Bundesrat und Kommission auf diesen Weg verzichtet haben — unsere Kommission zählte ja 15 Mitglieder, also einen grossen Teil des Rates — will ich nicht mehr gegen den Strom schwimmen. Aber dass die Sache noch berührt worden ist, das erachte ich doch auch als am Platze. Weitere Erörterungen hätten nur akademischen Wert und will ich unterlassen.

Ein Wort dagegen noch über das Einschätzungsverfahren. Dieser wichtige Gegenstand muss hier unbedingt zur Sprache kommen. Ich will gerne die Mahnung des Referenten befolgen und nur bei der Eintretensfrage sagen, was dazu gehört. Bei jeder Steuergesetzgebung ist das allerwichtigste das Einschätzungsverfahren. Sie können ein prachtvolles Gesetz produzieren in seinem Wortlaut; aber wenn die Handhabung, die Einschätzung nicht klappt, so entstehen Ungleichheiten und Unbilligkeiten, und dann ist das Steuergesetz sofort schlecht. Nun existieren, wie schon der Herr Referent ausgeführt hat, auf diesem Gebiete bedenkliche Erscheinungen. Das ist der Hauptübelstand bei der ganzen Angelegenheit. Man hat auf die Tabellen Steigers verwiesen. Ich muss bemerken, dass diese Tabellen nicht in meinen Besitz gelangt sind; wie ich vernehme, sind sie nur den Herren Finanzdirektoren und den Mitgliedern der Kommission zugestellt worden. Aber ich hatte Gelegenheit, sie durchzublättern, und sie bestätigen, was ich eigentlich schon wusste und was wir alle wissen: die kolossalen Uebelstände in einzelnen Kantonen. Es ist tatsächlich wahr, dass es Kantone gibt, wo man sagt: es ist einer ein durchaus ehrlicher Mann, wenn er 50% versteuert. Sollen wir nun diese Sachlage bei einer so grossen eidgenössischen Steuer hinnehmen? Wir sind ja auf die Kantone bei der Einschätzung in der Hauptsache an-

gewiesen. Ich glaube, eben jetzt ist der Moment da, noch einen Beschluss zu fassen. Nach der Tabelle kann jeder Kanton ausrechnen, was er zirka bezahlen muss, was er zuviel, was ein anderer zu wenig zu bezahlen hat. Aber ich stimme mit dem Herrn Referenten Isler überein, dass solche Ausführungen kleinlich und gehässig wären, und ich will sie unterlassen. Diejenigen, die es betrifft, können die Sache selbst aus der Tabelle herauslesen. Nun ist aber in meinen Augen der Trost, den uns gestern der Herr Referent gab, ein geringer, dass man trachten werde und den Kantonen empfehle, diese Uebelstände zu beseitigen. Wenn wir nichts vom Bunde aus tun, wird einfach die kantonale Steuermoral fortdauern. Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten werden die Folge sein. Daher bin ich der Meinung, und das ist eine Abweichung vom Standpunkte der Kommission, dass wir unbedingt auch den Ausführungsbeschluss diskutieren sollten; es gehört das zum Ganzen. In diesem Ausführungsbeschluss sollten dann Massregeln festgesetzt werden, welche die Uebelstände beseitigen.

Der Bundesrat hat ja diesen Weg betreten. Er hat den Ausführungsbeschluss uns vorgelegt. Er sagt in der Botschaft auf Seite 21: Um dem demokratischen Empfinden gerecht zu werden, unterbreiten wir Ihnen diesen Ausführungsbeschluss, wie wir uns denselben denken, natürlich nicht verbindlich, das ist klar, aber damit das Volk urteilen kann. Und die Kommissionen haben die ganze Angelegenheit ebenso behandelt. In unserem Entwurfe finden Sie nach dem jetzigen Stande der Beratungen die Abänderungsanträge der Kommission. Ich stelle mir vor, wir würden darauf eintreten. Auch die nationalrätliche Kommission hat bereits bezügliche Beschlüsse gefasst. Wie der Bundesrat den Räten gegenüber wieder sagen wollte, man solle recht orientiert sein, so sollen die Räte dem Volk gegenüber sagen: man solle über das Wichtigste, namentlich über das Einschätzungsverfahren, orientiert sein. Man könnte ja eigentlich sogar diesen Ausführungsbeschluss definitiv feststellen nach dem Simultanverfahren, das Herr Kollega Usteri bei einem früheren Anlass sehr eingehend und gründlich verfochten hat und das gewissermassen nun hier angewendet werden soll. Aber wenn Sie nicht so weit gehen und nicht in verbindlicher Weise den Bundesbeschluss feststellen wollen neben dem Verfassungsartikel, so soll doch orientierungsweise die Sache behandelt werden können; wir sollen uns über den Weg aussprechen, den wir betreten wollen.

Da will ich jetzt schon ein paar Punkte nennen, wo ich eine andere Ansicht habe als die Kommission, in erster Linie betreffend die Pflicht zur Auskunfterteilung der Behörden, welche der Bundesrat aufgenommen hat, die aber von der Kommission gestrichen worden ist, ferner betreffend die eidgenössische Rekurskommission mit weitgehenden, gehörigen Kompetenzen, die Ausgestaltung der Selbsttaxation, die Bestrafung falscher Auskunft. Kein Freipass für die Herren Steuerdefraudanten. Ich verstehe nicht, wie die Kommission einen solchen Passus überhaupt aufgenommen hat. Wir müssen die Sache redressieren. Es hat da vielfach Kopfschütteln gegeben. Ferner hebe ich hervor den Verlust des Rekursrechtes, wenn die Auskunft nicht erteilt wird, wie die nationalrätliche Kommission das festgesetzt hat, und eventuelle

Taxation durch die Behörden. Dann die doppelte Nachsteuer bei falschen Angaben, die sich zu Lebzeiten des Pflichtigen oder bei seinem Ableben herausstellen. Das sind Punkte, welche gegenüber der misslichen Steuergesetzgebung der Kantone einige Sicherheitsventile bilden.

Schliesslich, sage ich auch, wird ja der Patriotismus so weit gehen, dass, wie schon vielfach ausgeführt wurde, die Betreffenden sagen: wenn es uns auch mehr trifft als andere, wenn wir unbilligerweise eingeschätzt werden, wollen wir doch voll bezahlen. Aber solange sich das ändern lässt, soll man es tun. Wenn das Volk auf das Referendum zum Ausführungsbeschluss verzichten soll — und da bin ich einverstanden — so darf es doch verlangen, dass im jetzigen Momente über solche wichtige Hauptpunkte Klarheit geschaffen wird.

Ich stimme deshalb für Eintreten. Aber ich setze voraus, dass der Ausführungsbeschluss ganz ähnlich wie von der Kommission von uns diskutiert wird dass wir uns in orientierender Weise über die Details aussprechen. Ich gehe mit Herrn Ständerat Isler darin einig, dass sich später Punkte herausstellen können, wo wir frei sein müssen. Aber das von mir proponierte Verfahren hat doch den Vorzug, dass das Volk über gewisse Hauptpunkte die Ansicht der Räte kennt, und dass es schwierig gedenkbar ist, dass man davon wieder abweichen würde. Mit diesem Vorbehalte und unter dieser Voraussetzung stimme ich für Eintreten.

von Arx: Ich bin natürlich auch meinerseits von der Notwendigkeit, der Finanzlage des Bundes durch die Erhebung einer einmaligen Kriegssteuer aufzuhelfen, vollständig durchdrungen. Nicht so ganz rückhaltlos befreunden kann ich mich und viele meiner Mitbürger, obschon ich, ich sage es jetzt schon, keinen Gegenantrag stellen will, mit dem uns vom Bundesrate und der Kommission vorgeschlagenen Wege der Verfassungsrevision. Mir scheint, dass von den verschiedenen Massnahmen, welche vom Bundesrat als Ausfluss der ihm unterm 3. August abhin von der Bundesversammlung erteilten ausserordentlichen Vollmachten getroffen worden sind, die Erhebung einer einmaligen direkten Kriegssteuer an erste Stelle gehört hätte. Ja, wenn es sich darum handelte, dem Bunde das Recht zur Erhebung alljährlich wiederkehrender Vermögens- und Einkommenssteuern einzuräumen, dann selbstverständlich wäre eine Befragung des Volkes und der Kantone nicht zu umgehen. Ich glaube auch nicht, dass von dieser Seite je einem solchen Vorschlage zugestimmt würde.

Die Kantone und die Gemeinden, die bis dahin einzig das Recht hatten, direkte Einkommens- und Vermögenssteuern zu erheben, müssen auch gelebt haben, und diese Steuern sind in den Kantonen und namentlich in den Gemeinden vielfach dormalen schon so hoch und der Bedürfnisse sind noch so viele zu befriedigen, dass für einen dritten Belastungsfaktor auf diesem Gebiete kein Platz mehr ist — das ist meine vollständige Ueberzeugung — es sei denn, dass wir dem wirtschaftlichen und öffentlichen Leben schwere Schädigungen zufügen wollten.

Allein darum handelt es sich ja de malen nicht, sondern wie der Bundesrat in seiner Botschaft sich selbst ausdrückt, handelt es sich darum, durch die Leistung eines einmaligen Opfers den Beweis zu erbringen, wie hoch das Schweizervolk den Umstand einschätzt, dass es von den Schrecknissen des Krieges bis jetzt verschont geblieben ist. Die Folgen des Krieges lasten ja allerdings schwer auf unserem Lande. Nicht nur gehen die Kosten der Mobilisation in Summen, von denen wir bis jetzt in unserem öffentlichen Leben gar keine Vorstellung hatten. Nicht nur erzeugen die Einnahmen unserer grossen eidgenössischen Verwaltungen, der S. B. B., der Post, des Telegraphen, des Telefons und namentlich auch der Zollverwaltung, dann aber auch die Einnahmen der Kantone und der Gemeinden grosse Ausfälle, sondern, was die Hauptsache ist, ein grosser Teil unseres wirtschaftlichen Lebens ist immobilisiert oder geradezu unterbunden.

Aber unwillkürlich fragen wir uns: was wäre aus unserem Lande geworden, wenn es, wie z.B. Belgien, ein neutraler Staat wie der unsrige, von einer fremden Armee überflutet worden wäre? Unser Herz zieht sich zusammen bei dem Gedanken, dass unsere Städte und Dörfer hätten zusammengeschossen, Tausende und Tausende von Schweizerfamilien ruiniert und auseinandergerissen werden können oder dass unsere Jugend auf Schlachtfeldern hätte dezimiert werden können. Wir wollen hoffen, dass es uns gelingen werde, wie bis jetzt, so auch in Zukunft, unsere Neutralität, die ja in der letzten Zeit von allen unsern grossen Nachbarn anerkannt worden ist, aufrecht zu erhalten. Aber es ist gut, wenn wir bei jedem passenden Anlass unserem Volke vor Augen halten, dass diese Neutralitätszusicherungen wertlos sind, wenn die Neutralität nicht durch eine starke Armee gestützt wird, die von dem unbeugsamen Willen durchdrungen ist, sie unter allen Umständen und gegen jedermann hochzuhalten. Darum erwächst uns aus der gegenwärtigen Lage die Pflicht, mit unseren militärischen Massnahmen bis zur Beendigung des Krieges durchzuhalten. Allerdings erfordert nun diese lange Dauer der Kriegsbereitschaft von uns enorme und grosse Opfer, und es ist nicht zuviel gesagt, wenn der Bundesrat bereits heute von einer Vermehrung der Staatsschulden um 300 Millionen spricht. Bis zum Austrag der gegenwärtigen Wirren werden es vielleicht noch mehr sein. Aber, wie gesagt, wir wollen uns glücklich schätzen, wenn der gegenwärtige unheilvolle Völkerkonflikt uns nur materielle Wunden schlägt. Der solide und praktisch veranlagte Schweizersinn wird in den langen Friedensjahren, welche dem gegenwärtigen Kriege zweifellos folgen werden, diese Wunden ohne allzu viele Beschwerden zur Heilung bringen. Inzwischen aber anerkennt das Volk mit ganz wenigen Ausnahmen, dass die Geschehnisse des Landes in dieser schweren und aufregenden Zeit mit sicherer Hand und grosser Umsicht geleitet worden sind. Es ist den Bundesbehörden dankbar dafür und auch gerne bereit, die Opfer auf sich zu nehmen, welche die gegenwärtige ausserordentliche Lage bedingt.

Darum will man es auch vielfach im Volke draussen nicht recht verstehen — man konnte das in den letzten Wochen landauf landab hören, bei Hoch und Nieder — warum für eine so einfache Sache wie diese

einmalige Steuer, welche mit dem Kriege in so unmittelbarer Beziehung steht und voraussichtlich vor dessen Beendigung wieder verschwinden wird, der Weg der Verfassungsrevision betreten werden soll.

Der Präsident der vorberatenden ständerätlichen Kommission hat uns ja selbst im letzten Dezember mit sehr bewegten Worten zugesprochen: wir sollten in der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, uns nicht in Spitzfindigkeit und Wortklauberei ergehen, sondern durch die frische und mutige Tat beweisen, dass wir uns des Ernstes der Lage bewusst und dass wir den Schwierigkeiten derselben auch gewachsen sind. Es gebe Zeiten, in denen Massnahmen getroffen werden müssen, welche man unterlassen hat, in der Verfassung und in den Gesetzen vorzusehen und in denen das Staatsnotrecht in Kraft zu treten habe. Nun sagt man allerdings, das Ergebnis wird das gleiche sein; man möge Vertrauen in das Volk haben, es werde die Vorlage annehmen, ganz sicher. Ich nehme das auch ohne weiteres an und hoffe, dass die Vorlage ohne zu grossen Widerstand angenommen wird. Aber ich hätte es doch gerne zur Ehre des Landes gesehen, wenn der Interessentstreit, der darum entstehen wird, und wir haben ja hiervon einen Vorgeschmack in den letzten Wochen erhalten, uns erspart geblieben wäre. Ich gebe ja gerne zu, dass der Bundesrat die Verantwortlichkeit nicht gut hat auf sich nehmen können, die Verantwortlichkeit, dem Schweizervolke von sich aus eine direkte Einkommens- und Vermögenssteuer zuzumuten. Aber ich glaube auch nicht, dass er deswegen einer missbräuchlichen Anwendung der ihm erteilten Vollmachten bezichtigt worden wäre.

Und was nun die Ausführungen des Herrn Kollega Scherrer anbelangt, die ich auch mit einigen Worten berühren möchte, so verdienen dieselben ja ohne Zweifel eine wohlwollende Prüfung. Aber es wird das dann wohl später zu geschehen haben, wenn wir die indirekten Einnahmen des Bundes, z. B. das Tabakmonopol, besprechen werden. Es wird dann Zeit sein, auf diese Anregung zurückzukommen. Nur scheint mir, dass Herr Scherrer etwas zu weit gegangen ist, wenn er sagt, dass die ärmere Bevölkerung von der Mobilisation verhältnismässig schwerer betroffen worden ist als die besser gestellte. Es ist doch darauf hinzuweisen, dass von den sogenannten Bessergestellten sehr viele ganz ausserordentlich stark und über alle Massen getroffen worden sind. Ein Chef, der die Leitung seines Geschäftes niederlegt und es im Stiche lassen musste, um dem Militäraufgebot Folge zu leisten, ist er nicht so schwer getroffen als der erste beste Arbeiter? Und wie viele Industrielle haben ihr Geschäft verlassen müssen! Wie viele unserer Hoteliers haben gelitten unter den gegenwärtigen Verhältnissen und wissen gar nicht, wie sie die Zinsen für ihre Schulden aufbringen wollen! Ja, die gegenwärtige Lage lastet fast auf allen Schweizerbürgern, lastet namentlich auch auf dem Kapitalisten, dessen Anlagen nach den verschiedensten Richtungen von schweren Schädigungen bedroht sind. Uebrigens ist dann doch darauf hinzuweisen, dass wir ja bestrebt sind, bei dem vorliegenden Entwurf für eine einmalige Einkommens- und Vermögenssteuer nach unten möglichst zu entlasten und nach oben zu belasten, und zwar so sehr, dass unser Kommissionspräsident gestern sagte, dass er, wenn es sich um eine all-

jährlich wiederkehrende Steuer handelte, absolut nicht dafür zu haben wäre. Aber wie gesagt: was die ändern Ausführungen des Herrn Scherrer anbelangt, wie Finanzierung der Alters- und Invalidenversicherung usw., so wird dann später, wird namentlich bei der Beratung des Tabakmonopols darüber zu sprechen sein.

Nun noch etwas. Ich bin überhaupt der Meinung, dass wir in unserem Lande viel zu viel an unserer Bundesverfassung herumlaborieren. Die Verfassungen anderer Staaten umfassen nur wenige grundlegende kernige Sätze. So ist z. B. die englische Verfassung auf einer einzigen Seite Pergamentpapier niedergeschrieben; das Original befindet sich im Britischen Museum in London, es kann es jedermann dort einsehen. Ebenso kurz ist die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika; sie umfasst nur die dauernden Grundlagen, auf denen das Staatsleben sich bewegt. Anders bei uns. Unsere Verfassung wird mit den schönen und getragenen Worten eingeleitet: «Im Namen Gottes des Allmächtigen! Die Schweizerische Eidgenossenschaft, in der Absicht, den Bund der Eidgenossen zu befestigen, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten und zu fördern, hat nachstehende Bestimmungen angenommen.» In der Folge kommen dann in der Verfassung Sätze vor, wie: «Das Brennen von Wein, Obst und deren Abfällen, von Enzianwurzeln, Wachholderbeeren und ähnlichen Stoffen, fällt betreffend die Fabrikation und Besteuerung nicht unter die Bundesgesetzgebung» (Heiterkeit); oder: «Im Namen Gottes des Allmächtigen! Also in der Absicht, die Einheit, Kraft und Ehre der schweizerischen Nation zu erhalten: Das Schachten der Tiere, ohne vorherige Betäubung vor dem Blutzuge ist bei jeder Schlachtart und Viehgattung ausnahmslos untersagt.» Und nun soll auch noch ein abgekürztes Steuerreglement hinzukommen. Im Ausland macht man sich über unsere Gepflogenheit, die Verfassung, wenn uns irgendwo der Schuh drückt, zu revidieren, vielfach lustig. Es hat vor Jahren einmal ein Engländer ein Buch über die Schweiz geschrieben. Er verbreitete sich darin auch über die Beschäftigung der Schweizer und behauptete, ihre Hauptbeschäftigung wäre, im Sommer die Fremden zu beherbergen und im Winter ihre Verfassung zu revidieren (Heiterkeit). Spass beiseite, habe ich das Gefühl, dass nach dieser Richtung des Guten zuviel getan wird und dass speziell im vorliegenden Falle eine Verfassungsrevision wohl zu umgehen gewesen wäre. Allein es geht mir wie dem Herrn Vordner: Nachdem der Bundesrat und die vorbereitenden Kommissionen der eidgenössischen Räte sich nun einmal auf die Revision versteift haben, und nachdem die Angelegenheit zuweit gediehen ist, als dass eine gegnerische Ansicht noch Aussicht hätte durchzudringen, so beschränke ich mich darauf, meiner Meinung, die von vielen braven und weitsichtigen Bürgern geteilt wird, hier Ausdruck zu geben und im übrigen auf einen Antrag zu verzichten.

Wettstein: Gestatten Sie mir als dem Angehörigen einer speziell demokratischen Partei, einige Worte zu sagen über die Form und den materiellen

Inhalt der Vorlage. Ich schicke voraus, dass vielleicht, seit es überhaupt eine schweizerische Steuer-gesetzgebung gibt, sich keine Steuer dieses Masses von Popularität erfreuen durfte wie die Kriegsteuer. Sie können es überall im Lande hören, selbst bei den Besitzenden, die sehr scharf hergenommen werden: Diese Steuer musste kommen. Sie wurde erwartet. Ja, man darf wohl sagen, was sonst bei einer Steuer kaum je erlebt worden ist: sie wurde gefordert. Wenn wir davon ausgehen, so glaube ich, hätte der Bundesrat keinen Staatsstreich begangen, wenn er im letzten Spätsommer, gestützt auf die damaligen Verhältnisse, den Beschluss gefasst hätte, eine solche Kriegskontribution vom Schweizervolke einzufordern.

Herr Ständerat Isler hat allerdings das Vorhandensein des Notrechtes in diesem Falle verneint, und ich glaube, rein formell betrachtet, kann man ja sagen: das, was man staatsrechtlich unter Notrecht versteht, lässt sich nicht ohne weiteres auf die damalige Situation anwenden. Aber ich mache doch darauf aufmerksam, dass die erste Kriegs-anleihe des Bundes auf einige Schwierigkeiten stiess. Sie wurde gezeichnet, aber nicht glänzend, und wenn der Bundesrat damals erklärt hätte: ich kann nicht riskieren, dass eine zweite Bundesanleihe womöglich noch schlechter untergebracht wird, ich muss von der Bevölkerung die Mittel eintreiben, so glaube ich, hätte man ihm daraus keinen Vorwurf machen können, und ich glaube, selbst vom extrem demokratischen Standpunkte aus wäre eine solche Massregel gerechtfertigt erschienen. Eine starke Demokratie verträgt auch eine starke Regierung. Es ist immer eine schwache Demokratie, die sich damit helfen muss, die eigene Regierung zu schwächen.

Heute aber steht die Sache ganz anders. Heute haben wir eine Reihe von geglückten Anleihen hinter uns; heute stehen wir in unsern Kreditverhältnissen besser als im September. Heute sehen wir finanzpolitisch durch, und der Bundesrat könnte nicht mehr ohne weiteres eine Situation anrufen, die damals bestanden hat, die aber heute wesentlich verändert ist. Deshalb können wir uns heute nur noch auf den Weg begeben, den die Kommission vorschlägt. Wir müssen auf dem Wege der Verfassung das Recht schaffen, eine solche Kriegsteuer einzutreiben.

Da möchte ich nun doch gegenüber Herrn von Arx bemerken, dass mir eine solche Verfassungsergänzung nicht ungeheuerlich erscheint. Die Verfassung ist der Wille des Schweizervolkes, sie kann also auch einen vorübergehenden Willensakt enthalten, der einer ausserordentlichen Situation angepasst ist; nur muss dieser Willensakt in seiner Formulierung nicht gerade in der Nähe von Paragraphen stehen, die einen ganz anderen Charakter tragen, das Transitorische des Willensaktes muss auch in der Einstellung in die Verfassung zum Ausdruck kommen, und insofern hat, glaube ich, die Kommission das Richtigere getroffen als der Bundesrat, indem sie den Artikel einfach anschiebt, in der Meinung, dass, wenn wieder normale Verhältnisse eintreten und der Zweck des Artikels erfüllt ist, er wieder von selber verschwindet.

Aber das darf ich wohl sagen: Herr Scherrer hat recht mit der Behauptung, diese ganze staats-

rechtliche Frage interessiere eigentlich das Volk recht wenig; es kümmert sich herzlich wenig darum; die Form ist ihm gleichgültig, wenn wir nur einmal die Kriegssteuer bekommen, ob das nun in Form eines Verfassungsartikels oder einer Notrechtsaktion des Bundesrates geschieht. Die Hauptsache ist, dass etwas geschieht. Denn die Sache hat ja keine präjudizielle Bedeutung für unser Verfassungsleben. Wir dürfen annehmen, dass derartige ungewöhnliche Situationen sich in den nächsten Jahrzehnten nicht wiederholen werden.

Und nun möchte ich doch auch ein Wort sagen über die Aussichten der Volksabstimmung. Herr Legler hat überraschend pessimistisch gesprochen. Er hat auf alle die impedimenta hingewiesen, welche sich bei unseren Abstimmungen zeigen. Aber glauben Sie nun doch, dass bei dieser Abstimmung ganz andere Kräfte tätig sein werden und dass, wenn wir in der heutigen Situation eine solche Frage dem Schweizervolke nicht vorzulegen wagten, darin ein Verzicht auf das Beste läge, was wir von jeher in der Demokratie gesehen haben, auf die Einsicht und die Fähigkeit des Volkes, eine Situation richtig zu erkennen. Ich habe ganz und gar kein Misstrauen. Ich gehe sogar einen Schritt weiter. Ich sage: Nicht für mich, aber für diejenigen, welche noch Misstrauen haben, wünsche ich die Volksabstimmung, damit sie eines besseren belehrt werden.

Man kann theoretisch davon sprechen: was dann, wenn das Volk anders entscheidet? Wir wollen einmal den Fall setzen, den ich für ausgeschlossen halte, dass das Volk die Kriegssteuer ablehnt. Dann werden wir von unten auf wieder zu beginnen haben, denn dann stehen wir allerdings vor einem Dêbâcle, einem Zusammenbruch alles dessen, was wir als das Natürliche, Gesunde und Starke an unserer Demokratie betrachtet haben. Etwas derartiges halte ich, wie gesagt, für ausgeschlossen; aber dann ist es mir immer noch lieber, ich sehe die Wahrheit, als ich lebe fortgesetzt auf einem lügnerischen und unwahren Fundament. Dann sage ich: *amicus plato, sed magis amica veritas*; besser, wir erkennen einmal die ganze Wahrheit, dann wissen wir, wo das Uebel sitzt.

Aber stellen Sie sich doch einmal diese Volksabstimmung vor! Sie erfolgt unter dem gewaltigen Druck der Zeitereignisse, unter dem Bewusstsein, dass das Schweizervolk als das privilegierte Volk Europas von den schlimmsten Folgen des Krieges verschont geblieben ist. Und in dem Augenblick halten wir es für möglich, dass das Schweizervolk sich weigere, die zur Aufrechterhaltung dieses glücklichen Zustandes nötigen Opfer zu bringen? Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen und sagen: halten wir es für möglich, dass die Mehrheit des Schweizervolkes erkläre: wir dulden nicht einmal, dass die besitzende Minderheit einen Teil der Opfer dieser Mobilisation trägt?

Dieser Gedanke führt mich zu einer Bemerkung des Herrn Referenten, die eine gewisse prinzipielle Bedeutung hatte. Ich habe aus seinen Worten herausgehört, dass er in dieser Art von Kriegssteuer grundsätzliche Gefahren sieht. Er wittert darin eine gewisse ochlokratische Gefahr, die Gefahr, dass die besitzlose Mehrheit schliesslich Gefallen daran finden könnte, die Lasten des Landes

auf eine besitzende Minderheit abzuwälzen. Dieser Gedanke ist nicht neu, er ist früher sogar häufiger geäußert worden. Ich hätte lieber gesehen, wenn er heute nicht erschienen wäre, denn die ganze Geschichte sowohl der Kantone als des Bundes hat dieser Befürchtung, die man früher ja hegen durfte, keine Nahrung gegeben. Wir haben immer gesehen, dass, wenn solche Tendenzen sich geltend machten, der natürliche und vernünftige Sinn und die Abneigung gegen jegliche Art von Pöbelherrschaft im Schweizervolke zu stark wären, als dass solche Tendenzen zur Herrschaft gekommen wären. Auch die Kriegssteuer wird keine Förderung dieser Neigungen bringen. Aber das muss ich doch sagen: die Meinung im Schweizervolke ist durchaus die, diese Steuer solle eine Besitzsteuer sein, nicht eine Besteuerung des ganzen Volkes. Die Besteuerung des ganzen Volkes wird nachher kommen, ob wir nun dieses oder jenes Monopol einführen, ob wir die Zölle erhöhen oder ob wir vielleicht, was ich wünschen möchte, eine eidgenössische Stempelabgabe bekommen. Die indirekten Steuern werden in einem viel höheren Masse als die Kriegssteuer dazu beitragen müssen, unsere Kriegsschuld zu amortisieren.

Was aber das Schweizervolk in dieser Steuer sieht, das ist tatsächlich ein Beitrag, ein Opfer des Besitzes an diese Lasten. Davon sind die Experten ausgegangen und meines Erachtens mit vollem Recht, und ich glaube, der Bundesrat und die Kommission sind an die äusserste Grenze gegangen, als sie sowohl den Vermögens- als den Erwerbetrug so bedeutend heruntersetzten. Es beginnt sich hier bereits das Prinzip einer Besitzsteuer mit dem Gedanken einer allgemeinen Volkskontribution an die Kriegslasten zu vermischen, und ich möchte nicht, dass noch darunter gegangen wird; es hat mich in Erstaunen gesetzt, dass gerade der zürcherische Finanzdirektor es war, der noch weiter hinuntergehen wollte und damit den Charakter dieser Kriegssteuer ganz verkannte.

Gehen wir davon aus, dass es eine Besitzsteuer sein soll, so erklärt sich nun doch auch der Betrag des freien Vermögens und des freien Einkommens sehr natürlich, und ich glaube, man darf gar nicht so sehr erschrecken vor dem Begriff des Existenzminimums. Es ist das tatsächlich doch eine Art Existenzminimum, nämlich das Existenzminimum für den Fall des Krieges. Ich glaube, ein Kapital von Fr. 10,000 und ein Einkommen von Fr. 2500 können als das Minimum dessen gelten, was in einer solchen Zeit wie der jetzigen die nötige Sicherheit gegen die Erschütterung der persönlichen Existenz bietet.

Was die Kontingentierung angeht, so gestehe ich Ihnen offen, dass ich mir früher die Frage vorgelegt habe, ob es nicht einfacher wäre, durch die Kantone auf dem Wege der Kontingente die nötigen Geldbeträge beibringen zu lassen, wobei natürlich das Ausführungsgesetz zum Bundesverfassungsartikel hätte geändert werden müssen. Ich bin aber durch die Ausführungen des Herrn Referenten überzeugt worden, dass wir auf dem Wege nicht dazu kämen, unsere Schuld in absehbarer Zeit zu tilgen. Nur mache ich auf eines aufmerksam. Es gilt allmählich, wie mir scheint, als eine Art Dogma, dass der Bund ein für allemal auf

direkte Besteuerung, von solchen Ausnahmefällen abgesehen, verzichtet habe. Gegen ein in dieser absoluten Form ausgesprochenes Dogma müsste ich entschieden Verwahrung einlegen. Der Bund hat allerdings den Kantonen die direkte Besteuerung überlassen; aber gerade in der Form der Kontingentierung hat er sich immer noch die Möglichkeit eines Anteils vorbehalten. Das ist gewissermassen das Notventil. Denn diese Kontingentierung hat nur einen Sinn, wenn wir sie betrachten als die Möglichkeit, dass die Kantone aus ihren direkten Steuereinnahmen einen Teil an den Bund abführen, und insofern ist die Kontingentierung doch nicht so durch und durch obsolet geworden und nur noch ein Rechtsaltertum in unserem Staatsrecht, sondern sie hat noch eine gewisse politische Bedeutung.

Nun gebe ich zu, dass der Bund heute eine dauernde direkte Besteuerung nicht ohne weiteres einführen kann; die Kantone würden das vorläufig nicht ertragen. Aber damit komme ich auf den Gedanken, von dem auch Herr Legler schon gesprochen hat: Die direkte Besteuerung in der Schweiz hat in den Kantonen eine sehr verschiedenartige Entwicklung erfahren, eine Entwicklung, die unzweifelhaft ein grosses Uebel in sich schliesst, das ist die Verschiedenartigkeit in der Veranlagung und die Verschiedenartigkeit der Steuermoral. Ich rede als Angehöriger eines Kantons, dem es leider noch nicht gelungen ist, diese Steuermoral auf den Stand zu heben, den wir alle für wünschenswert erachten. Und ich fürchte, wenn wir nicht von Bundes wegen einmal einen gewissen Ausgleich schaffen, so werden wir das Wort Gleichheit im Steuerrecht unserer Eidgenossenschaft nie verwirklichen. Ich glaube, wir sollten in dieser kritischen Zeit die Basis schaffen für eine gewisse Vereinheitlichung der Steuerveranlagungstechnik. Ich möchte nicht heute die Grundlage schaffen für eine direkte Bundesbesteuerung; diese Frage ist noch nicht reif. Aber das möchte ich, dass wir bei dieser Gelegenheit ein gewisses Fundament legen, damit wir einmal den Kantonen zuverlässige eidgenössisch vereinheitlichte Steuereinschätzungsnormen zur Verfügung stellen. Ich glaube, das sollte möglich sein und nicht am Föderalismus scheitern. Denn die Kantone haben alle miteinander das gleiche Interesse, dass die Steuerveranlagung möglichst gleichmässig geschieht und vor allen Dingen möglichst gleich ehrlich. Der Kanton, der gut versteuert — es gibt solche — hat doch selbstverständlich das grösste Interesse daran, dass andere ebenso gut versteuern, namentlich in Fällen wie dem jetzigen, wo der schlecht versteuernde Kanton infolge des gleichmässigen Steuersatzes dem Bunde weniger leistet, als er eigentlich leisten sollte, obwohl er selber ein Interesse daran hat, mit Hilfe eidgenössischer Bestimmungen so weit zu kommen, dass er seine schlechten Steuerzahler fassen kann. Ich will offen gestehen, ich habe hier eigentlich einen föderalistischen Grund als zentralistischer Zürcher. Ich wünschte nichts besseres, als dass wir durch diese Kriegssteuer zu einer ehrlicheren Veranlagung kämen. Es würde uns die Durchdringung unseres neuen Steuergesetzes sehr wesentlich erleichtern. Denn nachher würden die Steuerzahler sagen, jetzt sind wir sowieso entdeckt und müssen mehr steuern; da können wir auch das neue Steuergesetz

annehmen; denn es enthält ja niedrigere Steueransätze als das eidgenössische.

Wir tun gut, uns nicht darauf zu beschränken, das Allernotdürftigste vorzukehren, sondern bei der Ausarbeitung des Bundesbeschlusses dafür zu sorgen, dass bei dieser Gelegenheit wirklich durch das ganze Schweizerland hindurch eine ehrliche Veranlagung der Zensiten möglich ist. Insofern also würde ich dem Wunsche des Herrn Legler entgegenkommen. Aber ich bin mit ihm darin nicht einverstanden, dass wir bei der Gelegenheit, wo wir vom Verfassungsartikel reden, diese Details beraten sollen; dazu würde die Session kaum ausreichen. Wir müssen doch einmal erst den Verfassungsartikel haben, und entscheidend sind diese Fragen für den Verfassungsartikel keineswegs.

Dann noch ein Wort wegen der Bestrafung der Defraudanten. Man hat viel von einem Antrage in der Kommission gesprochen, der dahin ging, dass man diejenigen, die ihr Vermögen bei der eidgenössischen Taxation höher ansetzen, von Strafe wegen Steuerhinterziehung befreie. Ich halte einen solchen Artikel nicht für nötig. Denn es genügt vollkommen, dass wir bei der eidgenössischen Taxation das gleiche Verfahren anwenden wie bei den kantonalen Neutaxationen. Dort gelten höhere Taxationen, wenn nicht besondere Verhältnisse früheren Betrug offenbaren, nicht als Grundlage für eine Bestrafung, sondern man nimmt eben die neue Taxation an und geht über die frühere hinweg. Wenn Sie aber noch Zweifel daran haben, ob nicht doch eine solche ehrliche Taxation, wenn sie zu einer früheren in einem gewissen Widerspruch steht, eine Bestrafung des Zensiten zur Folge haben könnte, so können Sie dem dadurch abhelfen, dass Sie in den Bundesbeschluss die Bestimmung aufnehmen: die eidgenössische Taxation gilt auch kantonal als neue Taxation. Die Formulierung müsste ich mir vorbehalten, aber der Sinn wäre ohne weiteres klar: dass die eidgenössische Taxation gleich behandelt werden solle wie eine neue kantonale Taxation.

Aber ich glaube, von solchen Nebensachen wollen wir uns die Hauptsache in keiner Weise trüben lassen, sondern wir wollen uns auf den Standpunkt stellen, der, wie ich glaube sagen zu dürfen, bei der grossen Mehrheit unserer Bevölkerung im ganzen Lande gilt: heute handelt es sich um gar nichts anderes als darum, mit Hilfe derer, die leistungsfähig sind, dem Bunde einen ansehnlichen Teil seiner Kriegslasten abzunehmen. Dieses Opfer ist im Verhältnis zu den Vorteilen, die uns unser Grenzschutz gebracht hat, sehr gering, und dieses Opfer wollen wir bringen, wollen es freudig und rasch bringen.

Brügger: Ich dachte nicht, zur Eintretensdebatte das Wort zu nehmen; aber die Ausführungen des Herrn Kollega Wettstein bedürfen einer etwelchen Rektifizierung. Ich meine, man sollte doch jetzt bei dem Thema bleiben, um das es sich hier handelt, bei der Kriegssteuer, und dem einfachsten und kürzesten Weg, zu derselben zu kommen. Wie die Sache jetzt liegt, glaube ich, dass die Vorlage des Bundesrates, modifiziert durch die Kommission, den

richtigen Weg beschritten habe, und dass wir auf demselben weitergehen sollen. Aber ich möchte bitten, dass wir damit nicht die Frage des Steuerrechts des Bundes vermengen, und dass wir über diese Frage hier weiter nicht sprechen, diese Frage auch nicht anschnelden in der Form, wie Herr Kollega Wettstein es wünscht, dass man schon jetzt bei diesem Anlass allgemeine Steuernormen für die ganze Schweiz aufstellt. Das bringt eben die Schwierigkeit und das Misstrauen bei einem grossen Teile der Bevölkerung, dass von überzentralistischer Seite bei jedem Anlass an den verfassungsmässigen Grundlagen der Eidgenossenschaft gerüttelt werden will. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen sind doch andere, als Herr Wettstein sagte, der sich selber als Zentralisten ausdrücklich bezeichnet hat. Er hat den Ausdruck gebraucht, der Bund habe den Kantonen das Steuerrecht überlassen. Just das Gegenteil ist der Fall. Nach unserer verfassungsrechtlichen Grundlage sind die Kantone souverän, und die Kantone haben dem Bund von ihrer Souveränität abgetreten. Nicht der Bund überlässt den Kantonen das Steuerrecht, sondern die Kantone würden dem Bunde im einzelnen Falle von ihrem Steuerrecht etwas abtreten. Daran muss man festhalten. Es macht vollends keinen guten Eindruck, wenn man den Bund nur als Büttel brauchen will, um den Kantonen etwas aufzuzwingen, was diese selber nicht wollen. Herr Kollega Wettstein hat angeführt, er möchte ein Bundesgesetz, damit im Kanton Zürich dessen neues Steuergesetz durchgebracht werden könnte. Und wenn damit andern Kantonen unwillkommener Zwang angetan wird, die eines Bundesgesetzes nicht bedürfen, um bei ihnen selber Ordnung zu halten und zu schaffen?

Ich glaube, es war nicht ganz unnötig, diese Bemerkungen zu machen, damit die Herren verstehen, warum man bei all diesen Fragen, welche unsere verfassungsrechtlichen Grundlagen berühren, im Lager der Föderalisten wachsam ist und nicht ohne Vorsicht sein möchte.

M. le Président de la Confédération **Motta**: La discussion sur la prise en considération du projet a été déjà si approfondie, elle s'est mue, pour ainsi dire, dans de si nombreux détails que les questions essentielles à discuter en premier débat peuvent paraître déjà suffisamment étudiées. Le rapport lumineux du président de la commission nous a ouvert sur toute la matière une perspective si intéressante et si vraie que je me suis demandé s'il était nécessaire encore au représentant du Conseil fédéral de prendre la parole, car je pense que vous êtes tous d'accord avec moi pour considérer que nous vivons dans un temps où la devise chère à chacun doit être celle-ci: Peu de mots, beaucoup d'actes. C'est de cette devise que je voudrais m'inspirer en disant simplement quelques mots sur les questions absolument essentielles soulevées dans le débat et pour répondre à quelques-unes des objections, d'ailleurs très bienveillantes, qui ont été présentées par l'un ou l'autre des préopinants.

Tout d'abord, je tiens à vous donner quelques explications sommaires sur la question financière. Le message du Conseil fédéral du 12 février 1915

vous a exposé que les dépenses de la mobilisation, à la fin de décembre, s'élevaient en totalité à fr. 104,480,000. Il ajoutait que dans ce chiffre n'étaient point comprises certaines dépenses pour location, indemnités pour terrains etc., qui n'avaient pas encore été réglées ou qui n'avaient pu l'être complètement. Depuis lors, les dépenses pour la mobilisation ont augmenté, puisque les circonstances nous ont obligés de maintenir sur pied une bonne partie de nos troupes. A la fin du mois de mars, c'est-à-dire trois mois après la période sur laquelle portaient les calculs du Conseil fédéral exposés dans son message, la dépense effective de mobilisation atteint le chiffre de fr. 148,480,000. J'ajoute, Messieurs, non pas parce que les chiffres que je vais vous donner ont une importance directe dans la question des frais de la mobilisation, mais parce que ce renseignement doit certainement vous intéresser, que jusqu'à la fin du mois de mars, la Confédération a dépensé pour les achats de blé une somme totale de fr. 146,611,700, sur laquelle il y a eu des rentrées pour fr. 83,951,700. Nous avons donc à l'heure actuelle déboursé net, pour les achats de blé, fr. 62,660,000, somme qui correspond ou doit correspondre à peu près à la valeur des stocks de blé actuellement à la disposition de la Confédération. Ceci est une parenthèse et j'en reviens à la question de la mobilisation. Il ressort de la comparaison entre les dépenses faites de ce chef à la fin de l'année passée et celles à la fin du premier trimestre de cette année, que la mobilisation a coûté, depuis le 1^{er} janvier, environ 15 millions par mois. Si des complications ne surviennent point et ne nous obligent à lever encore plus de troupes qu'il y en a maintenant sur pied, nous espérons à l'avenir pouvoir nous en tirer avec une somme un peu inférieure à 15 millions, mais il serait téméraire, dans tous les cas, de songer que la mobilisation, aussi longtemps qu'elle sera nécessaire, nous coûtera moins de 10 millions par mois; ce chiffre est même plutôt optimiste. Si vous prenez tous ces chiffres dans leur ensemble, si vous admettez donc que la mobilisation nous a déjà coûté à l'heure actuelle environ 150 millions, que nous avons à couvrir le déficit de l'année courante (le budget prévoit un déficit de 23 millions et demi et il sera certainement dépassé par les crédits supplémentaires considérables que nous serons obligés de vous demander dans le cours de l'année), si vous ajoutez à ce chiffre le déficit inévitable de 1914 (il ne m'est guère possible de fournir des précisions, mais il s'agira en tout état de cause d'un déficit supérieur à 20 millions), vous arriverez à cette conclusion que les prévisions du Conseil fédéral exposées dans son message sur le budget de 1915, prévisions admettant que la dette fédérale subirait une augmentation d'environ 200 millions, que cette prévision est déjà atteinte et que chaque jour qui passe nous achemine à grands pas vers l'autre prévision, Messieurs, celle dont on a beaucoup parlé dans la discussion actuelle, la prévision qui fait admettre pour la fin de la mobilisation, pour la fin des troubles actuels dus à la guerre européenne, une dépense ou plutôt une augmentation de la dette fédérale se rapprochant certainement des 300 millions. Tout cela dépend

essentiellement de la durée de la guerre. Mais malheureusement les événements actuels ne sont pas de nature à nous faire espérer qu'elle sera courte. Il faut en conclure, Messieurs, que la nécessité de l'impôt de guerre s'impose à tout esprit non prévenu et qu'il a fini par apaiser toutes les consciences. J'ai entendu avec une satisfaction profonde, Messieurs, ce que plusieurs orateurs ont dit ce matin sur la nécessité de l'impôt de guerre, sur l'utilité et le devoir même de faire ce sacrifice sur l'autel de la patrie commune. Je constate cependant que ces idées que je souligne au passage et que j'ai accueillies, je le répète, avec une satisfaction profonde n'étaient pas les idées d'il y a quelques mois encore et cela vous montre, Messieurs, que toute bonne idée doit vaincre quelque résistance avant de s'affirmer d'une manière définitive. Il me souvient, Messieurs, ayant eu l'occasion de parler avec des personnages importants, il y a trois mois par exemple, lorsque l'idée de l'impôt avait déjà paru au Conseil fédéral comme une nécessité et un devoir, d'avoir entendu demander si l'idée était heureuse, s'il ne fallait pas attendre que la situation se fût éclaircie pour prendre une détermination. Après la guerre, disait-on encore, nous serons mieux en mesure d'étudier les conditions auxquelles nous devons payer l'augmentation de la dette fédérale. Et c'étaient des personnes certainement très bien intentionnées qui m'exposaient cette politique d'atermoisement. Je leur ai répondu que je ne pouvais pas les suivre dans cette voie et je constate aujourd'hui même que l'idée, victorieuse, n'est plus contestée dans son principe et qu'elle ne peut pas l'être, car si un citoyen suisse a devant les yeux la situation de la Suisse dont la dette s'augmente de millions de francs, si ce citoyen se dit qu'une partie de cette augmentation de la dette ayant été conséquence de la mobilisation doit être supportée non seulement par la génération actuelle, mais aussi par les générations futures qui, elles aussi, recueilleront les avantages et les bénéfices des mesures, que nous avons prises dans l'heure troublée actuelle, un fait cependant s'impose à cet esprit non prévenu, c'est qu'une partie au moins de cette dépense va peser directement et immédiatement sur la génération actuelle. Si vous admettez que l'impôt de guerre donnera à la Confédération de 50 à 60 millions nets (je ne voudrais pas semer des illusions parmi vous et vous indiquer des chiffres plus élevés, ce sont d'ailleurs les chiffres du rapport de l'expert, M. le professeur Steiger), j'en tire la conclusion que le sacrifice direct qui est demandé à la génération actuelle sous forme d'impôt direct correspond au cinquième ou au sixième de la dépense totale de mobilisation. C'est une proportion parfaitement légitime, parfaitement acceptable et qui ne peut soulever aucune objection sérieuse. Voilà, Messieurs, pour la situation financière.

Vous me permettrez de vous dire encore deux mots de la question des contingents, du caractère de l'impôt et de la procédure à suivre pour sa perception.

Les contingents d'abord. Je constate que les contingents ont aujourd'hui perdu leur cause, qu'ils sont pour ainsi dire périmés. Il y a quelques

mois, beaucoup de bons patriotes, beaucoup d'hommes politiques éclairés pensaient que les contingents auraient pu être la solution adéquate du problème. Aujourd'hui, quelques voix timides défendent encore les contingents, ainsi l'honorable M. Legler, mollement d'ailleurs, mais personne n'ose plus les défendre, je dirai, à visière levée. Et pourquoi? C'est qu'ils ne peuvent pas présenter la solution adéquate du problème de la contribution directe du peuple à une partie des frais de la mobilisation. Je ne veux pas dire par là que l'article 42 de la Constitution fédérale prévoyant que les contingents cantonaux constituent l'une des ressources financières de la Confédération, n'ait aucune importance. On peut encore, théoriquement, envisager des éventualités dans lesquelles la Confédération serait amenée à faire appel à l'article 42 de la Constitution fédérale et aux contingents. Mais le fait tangible, concret, ne s'est réalisé qu'une seule fois depuis 1848. Depuis lors, toute l'évolution financière de la Confédération se meut et se dirige non dans le sens de l'aide financière donnée par les cantons à la Confédération, mais plutôt dans le sens des subventions que la Confédération accorde aux cantons. A l'heure actuelle, Messieurs, notre budget fédéral prévoit non pas des secours donnés par les cantons à la Confédération, mais des subventions que leur accorde celle-ci et dont les chiffres, très élevés, atteignent même 20 millions. Or, Messieurs, entre les subventions fédérales, d'un côté, destinées à subvenir aux dépenses des cantons, à remplir les tâches des états cantonaux et l'idée des contingents il y a, pour tout esprit impartial, une telle antinomie, une telle antithèse et une telle opposition que si l'idée des contingents devait vraiment reprendre un jour une importance pratique, la première solution qui s'imposerait à l'esprit de tout homme raisonnable serait non pas, Messieurs, de demander des contingents aux cantons, mais de supprimer les subventions de la Confédération aux cantons. Mais nous ne voulons pas arriver à cette solution qui pourrait être très dangereuse, laisserait subsister trop d'imperfections et causerait trop de dommage à l'évolution pacifique de notre Etat constitué par les cantons d'un côté et la Confédération de l'autre. Si la Confédération doit prélever une contribution directe de l'importance de celle dont il s'agit dans le cas actuel, on ne doit pas recourir aux contingents, mais à l'impôt direct extraordinaire. Réfléchissez, Messieurs, d'ailleurs à la situation étrange dans laquelle vous placeriez les cantons le jour où vous leur demanderiez des contingents dont le total serait d'environ 50 millions. Ou bien vous obligeriez les cantons à faire des emprunts ou bien vous les obligeriez à prélever des impôts spéciaux pour en verser le montant à la Confédération. Ne serait-il pas absurde, Messieurs, d'obliger les cantons à faire des emprunts pour payer des sommes à la Confédération que celle-ci pourrait obtenir d'une manière plus facile en contractant elle-même des emprunts, car tout en reconnaissant que nos cantons jouissent d'un crédit considérable, il est absolument incontestable que le crédit de la Confédération — et les faits récents l'ont démontré, est supérieur à celui des cantons. En obligeant ceux-ci à faire des lois

d'impôts, vous verriez les organes législatifs des 25 Etats de la Confédération édicter des lois absolument différentes et disparates, dont le but serait le même, payer à la Confédération des sommes destinées à couvrir une dépense faite par la Confédération dans l'intérêt de tous les cantons, de toute la population au même degré. Messieurs, de quelque manière que vous envisagiez la question des contingents, vous finirez par vous convaincre qu'il y a là une impossibilité, parce que les contingents prélevés dans la mesure considérable où il le faudrait mettraient les cantons dans l'obligation de fournir des sommes qu'ils ne peuvent se procurer sans modifier leurs lois d'impôt. J'arrive, Messieurs, à une autre question: le caractère de l'impôt. L'honorable rapporteur de la commission l'a défini d'une manière magistrale: C'est une contribution extraordinaire tout d'abord et c'est une contribution qui doit frapper avant tout les classes aisées, une contribution extraordinaire, Messieurs, parce que nous n'avons pas voulu résoudre à cette occasion le problème de l'impôt fédéral direct et permanent. Quoi que l'on puisse penser du problème en lui-même, tout le monde doit reconnaître que le moment n'est pas venu de résoudre une question aussi difficile, aussi délicate et qui soulèverait au sein de notre peuple des résistances considérables. Il fallait donc, Messieurs, diminuer notre dette de mobilisation au moyen d'une contribution extraordinaire, sans éveiller les susceptibilités, les craintes, les résistances qui auraient été les conséquences de l'idée d'un impôt fédéral direct et permanent. Le Conseil fédéral déclare dans son message qu'il n'estime point qu'il faille songer à introduire, même dans des temps rapprochés, un impôt fédéral direct. Ce n'est ni le lieu ni le moment de discuter cette question. Je me borne à constater que tous les esprits non prévenus sont aujourd'hui d'accord pour considérer que quelles que soient les opinions individuelles qu'on puisse avoir sur la question, il y avait lieu de répondre à toutes les tentatives d'introduire dans la Constitution fédérale le germe d'un impôt direct futur: Non est hic locus, non est hoc tempus. L'impôt dont il s'agit est un impôt extraordinaire; ce caractère de contribution extraordinaire s'exprime particulièrement par les taux, on peut bien le dire, considérables et même en partie formidables de la progression. La progression commence pour les fortunes à 1 pour mille, et s'élève jusqu'à 15 pour mille. Pour les revenus, elle commence à $\frac{1}{2}$ pour cent et va jusqu'au 8 pour cent. Il n'y a pas d'exemple, à ma connaissance, de lois d'impôt dont la progression soit aussi accentuée. Même l'exemple de l'Allemagne ne correspond pas à celui que nous allons donner. Si l'Allemagne, par l'impôt de guerre qu'elle a voté il y a deux ans, a fortement frappé les petites fortunes, je dis petites dans un sens relatif, et les fortunes moyennes, elle frappe et a frappé les grosses fortunes beaucoup moins que nous ne nous proposons de le faire: Le résultat serait tel que comparé à celui obtenu par l'Allemagne, nous pourrions dire que le sacrifice demandé à notre peuple est supérieur à celui qui a été demandé au peuple allemand lui-même. En effet, Messieurs, l'impôt extraordinaire allemand a produit et produira une

somme dépassant un milliard de marks. Ce résultat a été considéré par le monde entier comme une preuve magnifique de l'esprit de sacrifice des classes aisées du puissant empire allemand. En demandant à l'impôt direct une somme qui sera, si l'on ajoute à la quote-part de la Confédération celle qui reviendra aux cantons, en demandant, dis-je, à l'impôt direct extraordinaire une somme d'environ 80 millions (il se peut que cette somme soit même en réalité dépassée, cela dépendra beaucoup de la manière dont l'assiette de l'impôt sera établie dans les cantons) nous aurons, Messieurs, relativement et proportionnellement, demandé à notre peuple un sacrifice plus considérable que celui du peuple allemand, et cela dans un moment où la fortune publique a baissé, dans un moment de dépression économique, dans un moment peu favorable au relèvement de l'impôt, mais au contraire où l'impôt devient une nécessité si le peuple suisse veut reconnaître par des actes de sa souveraineté ses devoirs envers la Confédération, les autorités, l'armée, la défense de l'indépendance nationale. Voilà, Messieurs, ce que j'avais à dire quant au caractère de l'impôt.

J'en arrive à la question de procédure. Vous me permettrez sur ce point de vous parler en toute franchise. Le Conseil fédéral devait éviter deux écueils également dangereux. Le premier était celui de faire acte d'autorité. Je m'en vais vous expliquer immédiatement pourquoi le Conseil fédéral ne s'est jamais, Messieurs, arrêté à l'idée de décréter lui-même cet impôt de guerre. Il devait éviter aussi l'autre écueil qui consistait à suivre pour l'impôt de guerre la procédure ordinaire de la révision constitutionnelle et de la législation.

J'ai entendu avec beaucoup de plaisir les témoignages de confiance donnés au Conseil fédéral par plusieurs orateurs lorsqu'ils ont dit: «Mais si le Conseil fédéral avait prélevé lui-même cet impôt de guerre en vertu de ses pleins pouvoirs, nous n'aurions fait aucune objection à cette manière de procéder.» Je tiens aussi à exprimer ma reconnaissance à tous les citoyens qui, dans les assemblées populaires tenues ces derniers temps, se sont également fait l'écho de ces sentiments de confiance envers l'autorité exécutive supérieure de la Confédération. J'ai vu dans ces témoignages de confiance la preuve que si le Conseil fédéral peut avoir pris quelques mesures discutables et même quelques mesures erronées (il est possible, Messieurs, que dans la quantité des mesures prises, il y en ait qui prêtent le flanc à la critique), le Conseil fédéral n'en a pas moins, dans l'ensemble des mesures prises, suivi la juste voie et fait ce que son devoir lui dictait. Dans ce sens, dans cette mesure et dans ces limites, je renouvelle ici, Messieurs, l'expression de ma reconnaissance à tous ceux qui se sont fait l'écho de ces sentiments. Mais réfléchissez un instant à la nature des pleins pouvoirs que vous avez donnés au Conseil fédéral. Ces pleins pouvoirs émanent de l'Assemblée fédérale. Le Conseil fédéral ne les a pas ipso jure en vertu d'un article de la constitution, en vertu d'un droit qui découle de sa situation gouvernementale elle-même. Ces pleins pouvoirs, Messieurs, le Conseil fédéral les tient de l'Assemblée fédérale, qui, au commencement du mois d'août, a fait application du principe général dominant la vie des Etats: *Salus Rei publicae suprema*

lex esto. Elle a cru pouvoir, en dehors et au delà de la constitution, donner au Conseil fédéral, dans les temps anormaux que nous traversons, le moyen de gouverner en dehors et au delà des lois et même parfois contre les lois. Je pourrais sans aucune difficulté vous énumérer plusieurs mesures qu'a prises le Conseil fédéral et qui sont absolument en dehors des lois ou même contraires aux lois existantes et à la Constitution fédérale. Mais, Messieurs, en accordant pleins pouvoirs au Conseil fédéral, l'Assemblée fédérale lui avait tacitement dit: «Vous ferez de ces pleins pouvoirs un usage loyal.» La loyauté dans les rapports entre les parlements d'un côté et les gouvernements d'autre part est la règle suprême de ces rapports et lorsque votre commission, réunie à celle du Conseil national, a délibéré sur les mesures à prendre pour garantir la neutralité de la Suisse, la délégation du Conseil fédéral dont j'ai eu l'honneur de faire partie lui exposa les raisons qui obligeaient l'Assemblée fédérale à donner pleins pouvoirs au Conseil fédéral. Votre commission a demandé à juste titre au Conseil fédéral de ne jamais prendre des mesures extra légales ou extra constitutionnelles sans consulter l'Assemblée fédérale chaque fois qu'il y aurait possibilité de le faire et chaque fois qu'il n'y aurait pas péril en la demeure. Or pouvions-nous, nous Conseil fédéral, soutenir loyalement et honnêtement qu'il était impossible de consulter à nouveau l'Assemblée fédérale dans la question de l'impôt de guerre sans qu'il y ait un danger à différer cette consultation? Poser la question, c'est la résoudre. Depuis le commencement du mois d'août, vous vous êtes réunis en décembre et maintenant; nous avons donc la possibilité de vous consulter et puisque nous avons cette possibilité, il était tout naturel, Messieurs, que les pleins pouvoirs, qui émanaient de vous, revinssent à leur source, c'est-à-dire à vous-mêmes. La seule question qui se posait alors était celle-ci: Pouvez-vous vous-mêmes décréter l'impôt de guerre sans une revision préalable de la constitution? Il n'y en a pas d'autre, parce que l'idée de faire décréter cette mesure par le Conseil fédéral, je le dis avec tout le respect que j'ai pour ceux qui ont cette opinion, ne résiste pas un seul instant à l'examen. Avez-vous le droit de prélever cet impôt sans reviser la constitution? On pourrait l'admettre si vous pouviez faire l'usage de ce qu'on appelle dans le langage juridique allemand le *Notrecht*, l'état de nécessité. Mais alors vous deviez tirer toutes les conséquences du *Notrecht* et dire: Nous allons décréter l'impôt de guerre, nous déclarons la mesure urgente et nous soustrayons cette mesure au vote populaire comme nous l'avons fait pour d'autres mesures déclarées urgentes, telles que la modification des lois sur les taxes postales et les taxes de transport par chemin de fer. Mais était-il possible d'arriver à cette conclusion? Pouviez-vous prétendre sérieusement qu'il y avait urgence? Ici encore, poser la question, c'est la résoudre. Il faut pourtant distinguer d'une manière bien nette, deux notions: celle de nécessité et celle d'urgence. Vous vous êtes trouvés dans la situation d'une nécessité urgente au mois de décembre lorsque vous avez modifié la loi postale et la loi sur les tarifs de chemins de fer, parce qu'à ce moment-là il y avait nécessité urgente de soutenir le crédit de la Confédération, d'empêcher que la publication du budget de 1915 ne jetât une

ombre de discrédit sur la Confédération. Mais aujourd'hui même, s'il y a nécessité de décréter un impôt de guerre il n'y a pas urgence. Nous sommes tous d'accord pour que cet impôt ne soit pas prélevé pendant la guerre; il le sera après la guerre, en 1916 ou 1917. Si telle est la vérité, s'il n'y a pas urgence, comment pouvions-nous vous demander de la décréter pour une mesure qui a si peu ce caractère, dans le sens juridique du mot, que nous laisserons encore s'écouler plusieurs mois avant de la rendre effectivement réalisable! Et permettez-moi de répondre immédiatement à l'objection de l'honorable M. Wettstein, objection qui paraît juste au premier abord, mais qui ne l'est pas quant au fond. M. Wettstein a dit que le Conseil fédéral aurait pu décréter au mois d'août l'impôt de guerre comme une sorte de succédané aux emprunts qu'il a contractés; s'il avait agi ainsi, tout le monde aurait compris. Mais M. Wettstein oublie qu'il n'aurait pas été possible d'étudier une chose si difficile, si délicate et si complexe dans le peu de temps qui restait à la disposition du Conseil fédéral s'il avait bien voulu suivre cette idée et dire: nous ne ferons point d'emprunt, mais nous préleverons un impôt de guerre; il aurait alors pu se décider pour un projet d'impôt dans l'espace de quelques semaines. Or, les travaux préparatoires de l'impôt de guerre ont été commencés à la fin d'octobre et ont été terminés à la fin de février. Il a fallu cinq mois pour venir à bout de la préparation de ce travail et l'on aurait voulu que le Conseil fédéral prît l'initiative d'une mesure telle que l'impôt de guerre de préférence à un emprunt, dans l'espace de quelques semaines seulement! Ici également, expliquer les conditions dans lesquelles la question s'est présentée, c'est démontrer l'inutilité de l'objection que l'on a faite au Conseil fédéral. J'ajoute encore qu'il y aurait eu danger pour le crédit public à recourir à l'impôt de guerre lorsque la voie de l'emprunt était encore ouverte. En effet, Messieurs, après avoir demandé 30 millions au public suisse au mois d'août, si, au lieu de faire un second emprunt de 50 millions quelques mois ou quelques semaines plus tard, nous avions demandé les 50 millions à l'impôt de guerre, quelles auraient été les conclusions que tout esprit non prévenu aurait tirées d'un acte de cette nature émanant du Conseil fédéral? C'est que le Conseil fédéral n'avait plus foi en la puissance économique de la Suisse et qu'il considérait le crédit de la Suisse comme épuisé. Ce crédit est si peu épuisé qu'il a montré sa force et sa vitalité dans une occasion toute récente, lorsque le Conseil fédéral a fait appel au marché étranger, au marché des Etats-Unis qui a répondu en souscrivant dans l'espace de quelques heures 15 millions de dollars que la Suisse demandait à l'Amérique. Eh bien, quant à moi, j'estime qu'il est heureux, qu'il a été de bonne politique de la part du Conseil fédéral qu'on n'ait pas pris cette voie erronée et recouru pendant la guerre à un impôt de guerre plutôt qu'à l'emprunt, qu'on ait au contraire demandé au crédit ce qu'il pouvait donner.

J'arrive, Messieurs, au second écueil. Il s'agissait d'autre part de ne pas suivre la voie ordinaire des revisions constitutionnelles et des actes de législation. Il est absolument indiscutable que la Confédération n'a pas le droit, en vertu de l'article 42 de la constitution, de prélever un impôt direct. Nous avons

même demandé sur cette question spéciale une consultation à un maître en droit public, au professeur Burkhardt de l'Université de Berne. Vous trouverez cette consultation dans le dossier à la disposition des commissions. Le professeur Burkhardt avait conclu qu'il était impossible de demander un impôt de guerre fédéral au peuple suisse sous quelque forme que ce fût, sous la forme permanente ou transitoire extraordinaire, sans reviser d'abord la constitution. Et alors le problème qui se posait n'était pas celui de savoir s'il fallait reviser la constitution, mais plutôt comment il y avait lieu de procéder à cette revision. En d'autres termes, convient-il de faire une revision de la constitution dans le sens ordinaire du mot, qui consiste à inscrire dans le pacte constitutionnel une norme générale de compétences et à laisser ensuite à l'arrêté d'exécution la réalisation de ce principe; ou bien faut-il inscrire dans le pacte constitutionnel un article prescrivant les normes générales à suivre pour le prélèvement de l'impôt de guerre et faut-il ensuite, pour la législation proprement dite, c'est-à-dire pour la réalisation du principe constitutionnel, suivre la voie ordinaire, c'est-à-dire celle du referendum facultatif, ou faut-il, au contraire, que ce deuxième acte soit classé dans la compétence définitive et exclusive de l'Assemblée fédérale? Sur ce point, nous avons rencontré des résistances. Je constate aujourd'hui avec plaisir que ces résistances et ces critiques n'existent plus. Mais j'ai souvenir qu'il y a quelques mois encore bien des gens et nombre de journaux s'étonnaient que le Conseil fédéral demandât une revision de la constitution aussi extraordinaire que celle qu'il proposait et qu'il voulait soustraire au referendum le deuxième acte législatif tendant à la réalisation du principe constitutionnel. On disait alors qu'il n'y avait aucune raison sérieuse pour ne pas suivre la voie ordinaire: revision d'abord, loi ensuite avec referendum facultatif. Ceux qui tenaient ce langage oublièrent simplement que la revision dont il s'agit revêt un caractère absolument extraordinaire et anormal. Comparez en effet une revision constitutionnelle ordinaire avec la revision de la constitution dont il s'agit. En temps ordinaire, nous inscrivons dans la constitution un principe qui comporte lui-même plusieurs solutions. Nous pouvons réaliser ce principe d'une manière ou d'une autre. Nous pouvons même dans la suite des temps substituer une formule d'application du principe constitutionnel à une autre formule qui a déjà été en vigueur. Nous pouvons, lorsque le peuple ne s'est pas déclaré d'accord sur un mode d'application du principe constitutionnel, faire l'essai d'une autre formule, et nous en avons des exemples. Nous avons dans la constitution le principe de la Banque nationale; nous avons tenté d'abord de créer la Banque nationale en en faisant une institution d'Etat. Le peuple n'en a pas voulu. Nous avons réalisé le principe d'une autre manière par la création d'une banque mixte. La constitution fédérale prévoit l'assurance contre les maladies et accidents. Nous avons cherché d'abord à réaliser le principe d'une manière un peu étatiste. Le premier projet a été repoussé par le peuple. Nous sommes revenus à la charge, nous avons proposé une solution plus libérale du principe constitutionnel et la deuxième formule, la deuxième solution de ce principe a été admise. Mais ici, Messieurs, si par hasard nous avons inscrit dans la constitution une

norme de compétence, elle aurait passé sans aucune difficulté devant le peuple, parce qu'elle n'aurait probablement heurté de front aucun intérêt, tout le monde, même les adversaires cachés de l'idée se seraient dit: Ce n'est pas le moment de montrer notre esprit de négation, nous ferons valoir plus tard nos arguments opposés, nous attendrons l'application du principe pour faire prévaloir notre idée. Messieurs, si, après avoir inscrit dans la constitution le principe de l'impôt de guerre, nous avions été ensuite, au moment de réaliser ce principe et d'élaborer la loi avec le referendum facultatif, en présence d'un principe constitutionnel voté par le peuple, mais d'une loi d'application repoussée par lui, ce deuxième vote aurait en réalité abrogé le principe constitutionnel, parce que personne de vous n'aurait songé à tenter une deuxième application du principe constitutionnel, parce que toute application du principe constitutionnel qui, dans le moment présent, n'est pas faite en liaison étroite avec la situation actuelle, aurait été un essai et un effort condamné à l'impuissance dès l'origine. Voilà pourquoi nous avons dû choisir cette formule spéciale qui consiste à dire: Nous allons vous proposer un article de la constitution prévoyant que l'application du principe lui-même est confiée à l'Assemblée fédérale, mais de manière que le peuple, en votant sur le principe, ait une idée nette de ce qu'il doit voter, qu'il en ait une image assez précise et assez exacte pour qu'il ne puisse pas dire qu'il l'a votée abstraitement et que le fond même de la question a été ainsi soustrait à son vote souverain. Telles sont, Messieurs, les explications que je tenais à vous donner.

Vous me permettrez de conclure en répondant d'abord à l'honorable M. Legler en ce qui concerne l'assiette de l'impôt. Personnellement, je crois que l'arrêté constitutionnel sur lequel vous êtes appelés à voter a des chances d'être adopté par le peuple. L'honorable M. Legler a déclaré qu'il faudrait pourtant que le Conseil des Etats ne se bornât pas à la discussion de l'arrêté constitutionnel, mais qu'il pût aussi se prononcer sur l'arrêté d'exécution. Je crois que l'honorable M. Legler fait ici une confusion. Le Conseil fédéral a cru bien faire en présentant au public et par conséquent aussi à l'Assemblée fédérale, dès le début, le projet d'arrêté d'exécution. Le Conseil fédéral a exprimé aux commissions parlementaires le désir de les voir discuter aussi cet arrêté d'exécution. Et pourquoi? Parce que les commissions ne pouvaient pas se former une idée absolument exacte et adéquate de ce que pouvait être l'article constitutionnel sans avoir discuté pour ainsi dire toute la matière indiquée dans l'arrêté d'exécution. Mais c'est ce qui a été fait. Grâce au travail consciencieux de votre commission, tout ce qui était essentiel dans l'arrêté d'exécution a été, pour ainsi dire, extrait de cet arrêté lui-même et inséré dans l'article constitutionnel. Le Conseil fédéral vous a déclaré par mon organe qu'il adhère en tout point aux propositions de la commission du Conseil des Etats, qu'il abandonne même son projet pour s'associer à l'arrêté proposé par la commission qui diverge de celui du Conseil fédéral sous certains points. Si vous voulez ensuite discuter l'arrêté d'exécution, vous devrez vouer à cette matière plusieurs séances encore, sans beaucoup d'utilité, parce que le Conseil fédéral, après l'adoption de l'arrêté constitutionnel par le peuple, se réserve, ainsi qu'il l'a déclaré ex-

pressément dans son message, de reprendre lui-même l'arrêté d'exécution, de tirer profit des discussions qui auront lieu dans les assemblées populaires, dans la presse, dans vos conseils même pour apporter à cet arrêté d'exécution toutes les améliorations dont il est encore susceptible. Or, discuter aujourd'hui l'arrêté d'exécution qui doit encore passer tout d'abord par la filière du Conseil fédéral et ensuite par la vôtre, c'est vouloir faire deux fois d'une manière absolument inutile un travail auquel vous pourriez procéder ultérieurement de façon plus utile en une seule fois. La question de l'assiette de l'impôt ne doit pas être discutée aujourd'hui; nous l'aborderons à notre aise plus tard. C'est l'Assemblée fédérale qui, dans sa compétence souveraine, aura à régler cette matière. Mais je tiens à dire d'ores et déjà à l'honorable M. Legler que nous nous ferons un devoir de chercher à appliquer la loi aussi uniformément que possible dans toute l'étendue de la Confédération. Nous ne pouvons pas atteindre l'idéal, car nous sommes nécessairement obligés de compter sur la bonne volonté des cantons et que nous ne pouvons pas d'un coup faire cesser les conditions de fait qui font de la Confédération un Etat fédératif dans lequel la compétence souveraine appartient aux cantons. Mais, Messieurs, nous avons l'intention de demander que les déclarations d'impôt pour toute la Confédération soient faites sur la base d'un formulaire uniforme. A l'article 21 et d'après la demande de votre commission, à laquelle le Conseil fédéral s'est rallié, nous avons prévu que l'assiette de l'impôt s'établira non sur la base d'une taxation, mais sur celle de la déclaration du contribuable; nous avons prévu en outre que le Conseil fédéral établira lui-même le formulaire de cette déclaration. Puis, à l'article 31, nous prévoyons que le Conseil fédéral prendra une disposition de nature à assurer l'exécution uniforme du présent arrêté et qu'en particulier, lorsque les rôles d'impôt seront établis, les cantons donneront à la Confédération les renseignements utiles sur l'assiette de l'impôt. Le Conseil fédéral aura le droit d'ordonner la révision des rôles d'impôt. Voilà, entre autres, ce que l'on pourrait faire pour obtenir une application égale et uniforme de la loi. Il convient qu'il en soit ainsi au double point de vue de la justice et du bon résultat financier de l'impôt. Il ne serait pas équitable que les localités où les moeurs en matière d'impôt ne sont peut-être pas d'une honnêteté parfaite jouissent d'un avantage sur les localités dont les moeurs fiscaux sont au contraire absolument conformes à l'esprit qui doit les animer. Mais il faut aussi que l'application de la loi se fasse d'une façon absolument uniforme. Plus l'assiette de l'impôt sera équitable et juste, plus grand sera le rendement de l'impôt. Nous avons donc, vous le voyez, Messieurs, un intérêt direct à ce qu'il en soit ainsi, et les cantons y ont aussi le même intérêt. C'est une des considérations, à mon avis, primordiales qui militent en faveur de la participation des cantons à cet impôt. Tout d'abord ces derniers ont aussi souffert de la guerre. Ensuite, ils nous prêteront leurs services pour le prélèvement de l'impôt, mais ils seront intéressés à l'impôt dans la proportion de 20%. Ils ont donc eux-mêmes avantage à ce que l'impôt se perçoive d'une façon équitable. Voilà pourquoi je voudrais vous prier de ne plus discuter cette question au cours de ce débat, parce que nous ferons tout notre possible,

dans la mesure de nos forces, pour que les desiderata qui se sont fait jour ici soient écoutés et réalisés.

J'arrive, Messieurs, à la question des chances de l'impôt. J'ai toujours eu la conviction que l'impôt sera accueilli avec faveur par le peuple. Il le sera avec faveur, parce que le peuple est profondément persuadé de la nécessité de faire un sacrifice dans le moment actuel.

Si l'Assemblée fédérale s'était laissé guider par l'autre conception contre laquelle l'honorable M. Wettstein s'est insurgé d'une manière très éloquente, conception qui aurait consisté à soustraire au peuple le vote sur l'arrêté, quelles en auraient été les conséquences? Qu'on le veuille ou qu'on ne le veuille pas, les conséquences auraient été celles-ci: Le peuple aurait considéré le vote de l'Assemblée fédérale comme un acte de défiance. Je ne prétends pas (je ne voudrais pas être mal compris) que la pensée qui a inspiré ceux qui ont justifié cette manière de faire soit une pensée de défiance, mais personne n'aurait empêché une grande partie de l'opinion publique d'interpréter cette manière d'agir et cette procédure comme un acte de défiance. D'abord toutes les minorités collectives du pays auraient eu cette idée. Or, l'intérêt primordial était que dans cette question il n'y eût pas de défiance entre les minorités et la majorité ni de division de partis. Et lorsque je dis minorité, je ne parle pas seulement des minorités politiques, je parle aussi des minorités de langues, des minorités régionales, des minorités de race. Il y avait un intérêt primordial à ce qu'une question comme celle dont il s'agit fût un acte de concorde et d'union. Or toute autre procédure que celle préconisée par le Conseil fédéral aurait été malheureusement interprétée comme un acte de défiance, et cela non seulement dans le cas où l'Assemblée fédérale, en répondant à cette idée de défiance, qui aurait été interprétée comme telle, aurait soustrait au peuple le vote sur cette matière, mais il y aurait eu répercussion de ce fait non seulement en Suisse mais en dehors de la Suisse. On aurait dit: La Suisse, dans un moment difficile de son histoire, dans un moment où tout l'invitait à faire un appel à l'esprit de sacrifice de son peuple, a préféré ne pas le faire. Au moment de livrer une bataille démocratique, la Suisse s'est contentée de la défaite avant d'avoir livré la bataille. Voilà quelle aurait été non seulement l'interprétation qu'une partie de l'opinion publique de la Suisse aurait donnée à votre acte, mais l'interprétation qui aurait été donnée à l'étranger à un acte de cette nature. Messieurs, quant à moi, je suis intimement persuadé que le peuple fera confiance aux autorités fédérales. Je suis aussi, M. Wettstein peut m'en croire, pour les gouvernements forts. Je ne serais pas membre du gouvernement si je n'avais pas cette conception, mais j'estime que les gouvernements forts sont ceux qui, avant tout, savent faire appel à la confiance du peuple.

Et après tout, il ne s'agit pas d'une question de pure forme, mais bien d'une question de fond et c'est la raison pour laquelle je me suis permis de prolonger cette discussion, peut-être plus que j'en avais l'intention. S'il ne s'était agi que d'une question de pure forme, j'aurais regretté tout le temps que je vous ai fait perdre en vous donnant ces explications, mais il s'agit d'une question de fond. Il s'agit de savoir si le peuple doit être consulté ou non sur une question des plus graves, sur une question les plus pri-

mordiales qui puissent se présenter dans une démocratie telle que la nôtre. Il s'agit de savoir quel doit être à l'avenir le sort de l'idée démocratique dans le monde. Je suis trop fier de mon pays, j'ai une trop haute opinion de lui pour ne pas penser que le jour où la Suisse aurait replié le drapeau de la démocratie, la démocratie elle-même aurait reçu un coup mortel non seulement chez nous, mais au delà de notre pays. Je sais bien qu'il faudra peut-être quelque effort pour faire aboutir ce projet, mais je suis persuadé qu'il aboutira avec une forte majorité. Je suis optimiste et mon optimisme n'est pas mal placé. Je voudrais que les membres du parlement qui sont appelés à diriger l'opinion publique disent aux citoyens dans les assemblées populaires que le peuple doit prendre conscience de son devoir, de la mission confiée à la Suisse dans le monde avant, pendant et après la guerre. Nous attendons du peuple la réponse que ses institutions fédérales et son sens profond de la démocratie doivent lui inspirer.

Je me permettais de rappeler ces mots: N'oubliez pas que la démocratie est le régime qui exige des autorités, du peuple, des citoyens les plus grands efforts et qu'il est difficile de gouverner une démocratie. Mais la satisfaction qu'on éprouve en gouvernant bien une démocratie est plus grande que celle que peuvent avoir les gouvernements des Etats qui sont régis sous d'autres formes. C'est pour la démocratie qu'ont été écrits les mots de Goethe:

Das ist der Weisheit letzter Schluss:

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben

Der täglich sie erobern muss.

(Bravos.)

Abstimmung. — *Votation.*

Für Eintreten

37 Stimmen.

(Einstimmigkeit.)

Isler, Berichterstatter der Kommission: Es ist noch ein Antrag gestellt von Herrn Legler. Ich wollte vorhin nicht unterbrechen. Herr Legler wünscht, den Kommissionsantrag dahin zu erweitern, dass man jetzt in diesem Stadium zugleich auf die Vollziehungsverordnung eintrete, und das lehnt die Kommission ab. Ich denke, wenn Herr Legler an seinem Antrage festhält, werden wir darüber abstimmen müssen. Ich würde es, wie Herr Bundespräsident Motta ausgeführt hat, als sehr fatal betrachten, wenn wir einen solchen Beschluss, wie ihn Herr Legler wünscht, fassen würden. Abgesehen von allem ändern würden wir kostbare Zeit verlieren. Wir müssen jetzt diese Kriegssteuer im Grundsatz beschliessen und ohne Zögern vor das Volk bringen. Wenn wir aber jetzt auf diesen Vollziehungsbeschluss auch noch eintreten, so ist nicht daran zu denken, dass wir diese und die nächste Woche fertig werden.

Legler: Meinem Antrage lag die Absicht zugrunde, dass man über die Hauptsache im klaren sein sollte. Ich stelle die Frage: Warum haben die Kommissionen

tagelang, ja wochenlang über die Sache diskutiert und nun den Entwurf mit den Änderungen vorgelegt? Doch offenbar in keiner anderen Absicht, als dass das Volk und wir über die Sache klar seien, speziell über den schwierigen Punkt der Einschätzung. Unsere Kommission hat den bundesrätlichen Entwurf abgeschwächt, z. B. hinsichtlich der Pflicht der Auskunfterteilung der Behörden und hinsichtlich der Behandlung solcher, welche nicht richtig versteuert haben. Man sagte, darüber muss Klarheit geschaffen werden, und die nationalrätliche Kommission hat verschiedene Verschärfungen vorgenommen. Es ist möglich oder wahrscheinlich, dass die gleiche Frage im Nationalrate aufgeworfen wird, und darum sollten wir um so mehr sie behandeln. Ich habe mir allerdings nicht vorgestellt, dass das Diskutieren des Ausführungsbeschlusses noch etliche Sitzungen brauche, sondern habe geglaubt, das werde kurz vor sich gehen. Ich hatte auch nicht im Sinne, dass gleichzeitig Verfassungsartikel und Ausführungsgesetz diskutiert werden, sondern das eine nach dem andern, entweder zuerst das Ausführungsgesetz und dann der Verfassungsartikel, wie es die nationalrätliche Kommission getan, oder umgekehrt. Natürlich nicht miteinander, das hätte ja eine Konfusion gegeben. Nun aber, nachdem man gesagt hat, die bez. Diskussion würde verschiedene Tage beanspruchen und wir könnten die Sache nicht matur machen — natürlich muss die nationalrätliche Kommission unsere Beschlüsse auch noch prüfen, und dann kommt der Nationalrat — so will ich, so sehr ich auch bedaure, dass wir nichts Sicheres gegen die fatalen Verhältnisse schaffen können, meinen Antrag fallen lassen. Einerseits mit Rücksicht auf die Zeit und andererseits mit Rücksicht auf die positiven Zusicherungen des Herrn Bundespräsidenten Motta und auch des Herrn Kommissionspräsidenten. Ich hoffe dann nur, dass diese Versprechungen auch erfüllt werden können. Es ist vielleicht möglich, dass sie nicht erfüllt werden, dass nach Annahme des Verfassungsartikels diese wichtigen, einschneidenden Bestimmungen von der Handhabung des Gesetzes und der Einschätzung abgeschwächt oder gar beseitigt werden. Das würde ich bedauern. Also gewissermassen in einer Zwangslage stehend, ziehe ich meinen Antrag zurück, um die Sache nicht zu verlängern, erkläre aber, dass, wenn er aufgenommen oder im Nationalrate akzeptiert würde, ich mich dazu bekennen würde. Aber um heute die Sache zu vereinfachen, ziehe ich meinen Antrag mit dieser Motivierung zurück.

Artikelweise Beratung. — *Discussion article par article*

Isler, Berichterstatter der Kommission: Ich denke, dass wir so vorgehen. Der Artikel ist lang und enthält verschiedene Absätze mit verschiedenem Inhalt. Wir wollen Absatz für Absatz behandeln und von einem Absatz zum nächsten nicht übergehen, bevor über ihn die Beratung fertig geworden und, wenn Widerspruch erfolgt, eine Abstimmung ergangen ist, also gerade so, wie wenn wir es, anstatt mit einem Artikel, mit einem aus verschiedenen Paragraphen bestehenden Beschluss zu tun hätten.

Im allgemeinen sodann will ich denjenigen von Ihnen, die sich noch zum einen oder andern Detail äussern wollen, jetzt schon, wie bereits in meine meinleitenden Votum, zu Gemüte führen, dass es sich nicht um eine bleibende Steuer, sondern um eine einmalige handelt. Verschiedenes, was wir bei einer bleibenden Steuer auf dem Herzen hätten und anordnen würden, Ausnahmen, die wir etwa bewilligen wollten, verlieren den grössten Teil ihres Wertes für eine bloss einmalige Steuer. Die Kommission hat sich deshalb überall zur Pflicht gemacht, möglichst bei der Regel zu bleiben und Ausnahmen nur da anzuordnen, wo sie sich auch für eine einmalige Steuer gebieterisch aufdrängen.

Präsident: Vom Standpunkt der Geschäftsleitung unterstütze ich den Antrag des Referenten, den Artikel abschnittsweise in Beratung zu ziehen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Es scheint der Fall zu sein.

Titel und Ingress. — *Titre et préambule.*

Isler, Berichterstatter der Kommission: In der Ueberschrift ist zunächst den kritischen Bemerkungen Rechnung getragen, die gegen die Einschaltung des Artikels in die Bundesverfassung, die Unterbringung in den schon vorhandenen Art. 42, in der Öffentlichkeit gemacht worden sind und, wie wir glauben, haben gemacht werden dürfen. Ein Artikel von so ephemem Charakter ist überhaupt nicht unter einen schon bestehenden Artikel der Bundesverfassung einzureihen. Es wird damit dann auch die Frage gelöst, wie man ihn behandeln wird, wenn er vollzogen ist. Er wird alsdann einfach als erledigt wieder weggenommen, und man schleppt ihn nicht weiter wie die Kontingente, die man von der Mediationsverfassung her in die moderne Verfassung hineingenommen hat, ohne sie anzuwenden. Dieser Artikel ist ein besonderer Artikel aus besonderer Veranlassung, mit besonderem, ausnahmsweisen Inhalt und mit besonderen, ausnahmsweisen Bestimmungen. Wenn das alles sich abgespielt hat, so ist der Artikel erledigt und wird nicht weiter abgedruckt. In der Zwischenzeit, während seiner ja verhältnismässig kurzen Existenz, wird man ihn ja einfach als Kriegssteuerartikel zitieren. Dieser Name ist dann viel deutlicher als die Bezeichnung Art. 42 bis.

Sodann haben wir mit bezug auf die Zitate im bundesrätlichen Vorschlag, wo die Artikel der Bundesverfassung angeführt sind, auf die sich das Vorgehen stützt, gefunden, dass einzig Art. 121, der von der Partialrevision der Bundesverfassung handelt, genügt. Um eine solche Partialrevision handelt es sich. Ich beantrage Ihnen also Annahme von Titel und Ingress.

Angenommen. — (*Adoptés.*)

Absatz 1.

Angenommen. — (*Adopté.*)

Absatz 2.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Es ist das nun der Abschnitt, der die Bevölkerung am meisten beschäftigt, weil er alle angeht. Die Aktiengesellschaften, die juristischen Personen, die nachher behandelt sind, sind ja weit in der Minderzahl gegenüber dem Gros der Bevölkerung, das hier durch den Absatz 2 aufgerufen wird. Der Abschnitt selber ist klar und gibt in kurzen Worten den Grundsatz wieder, nach dem die Steuer berechnet werden soll. Und es wird ihm nun nach dem Vorschlage der Kommission noch eine Beilage beigegeben, die fast einer Zeichnung gleicht und jedermann vor Augen führt und für ihn die Rechnung besorgt, die er anzustellen hat. Der Antrag der Beifügung der Tabellen ist, wie ich glaube, sehr glücklich. Er hat in der Kommission sofort Zustimmung gefunden, und ich denke, es wird ihm bei Ihnen auch so gehen. Diese Tabellen ermöglichen es, im Artikel, trotzdem man das Wesentliche darin niederlegen will, verhältnismässig kurz zu sein und doch für jedermann verständlich. Die Tabellen sind auch etwas, das bleibt und an dem bei der Vollziehung nicht mehr gerüttelt werden kann. Sie bieten insoweit auch eine Beruhigung für die Steuerpflichtigen. Sie sollen nach Ansicht der Kommission, und sie beantragt das dem Rat, nicht bloss als Beilage dem Artikel beigegeben werden, sondern sie sollen die Unterschrift der eidgenössischen Räte erhalten wie der Artikel selber.

Zu diesen Tabellen möchte ich nur in aller Kürze folgendes sagen. Die Progression nach oben ist verhältnismässig eine sehr starke. Aber es ist doch anzuerkennen, dass sie erst da recht einzugreifen anfängt, wo auch Vermögen und Erwerb danach gestaltet sind und die nötige Schulterkraft da ist, um die Last zu tragen. Sodann ist darauf hinzuweisen, dass die Progression gemildert wird, soweit eine Milde rung möglich war, durch die sogenannten Steuer spazien. Ohne Zwischenräume geht es ja auch bei der Progression nicht, weil sonst die Rechnung zu schwierig und zu kompliziert wird, sodann aber auch, weil man unmöglich immer von einem Franken zum andern genau die Rechnung anstellen kann. In der jetzigen Zeit zumal ist ein gewisser Spielraum dafür unerlässlich und, je stärker Sie die Belastung machen, um so notwendiger. Denn gegenwärtig sind ja alle Werte von Vermögen und Erwerb ins Schwanken geraten, vielmehr als man glaubt. Es sind nicht nur die unteren und untersten, sondern auch alle andern bis zum obersten hinauf, die laut oder leise davon reden und darüber klagen. Es ist so manches in Frage gestellt, was man früher als sicher annahm. Insbesondere gilt das für die grossen Vermögen und vor allem bei den Kapitalien. Da müssen wir gerade auch für die gewissenhaften Steuerzahler etwas freien Zwischenraum schaffen, der ihnen eine Berechnung gestattet, die den Verhältnissen nahekommt und sie in ihrem Gewissen nicht drückt. Und es ist gerade vom Verfasser der Tabellen, dem Schöpfer dieses Vorschlags, von Herrn Speiser in Basel, der ja durch seine Tätigkeit im Dienste seines Kantons gezeigt hat, dass er es ernst nimmt mit dem Steuerwesen und für gewissenhaftes Steuern und ein richtiges Steuergesetz zu sorgen weiss, betont worden, dass so vorzugehen sei. Der freie Spielraum beginnt zu unterst in einer Höhe

von nur 5000 Franken. Das ist ja noch ein kleiner Zwischenraum. Aber kleine Vermögen bedürfen auch keines grösseren. Bei 100,000 steigt er auf 10,000, bei 300,000 auf 20,000, und er bleibt dann auf 20,000, bis die erste Million erreicht ist. Mit der ersten Million steigt er von 20 auf 50,000 Fr. Das ist nun schon ein erheblicher Spielraum; aber niemand wird behaupten wollen, dass er etwa ungerecht oder unrichtig sei. Ich erinnere nur wieder an die Vermögen in Wertpapieren in der gegenwärtigen Zeit. Bei anderthalb Millionen wird er verdoppelt und steigt auf 100,000. Von da an erhöht er sich nicht mehr.

Ueber die Erwerbssteuer will ich mich weiter nicht aussprechen. Es sind da alle Dinge viel näher beieinander als beim Vermögen, und die Tabelle selber gibt die notwendige Erklärung. Dagegen möchte ich noch etwas sagen über eine Kritik, die heute wiederholt, und zwar von seiten des Herrn Legler, geübt worden ist, wegen der Steuerveranlagung. Auf einen Teil dieser Kritik hat schon der Herr Bundespräsident geantwortet, und ich will Gesagtes nicht wiederholen. Es wird sicherlich bei der Selbstdeklaration bleiben. Aber ich möchte einen andern Punkt besprechen, den Herr Legler aufgeführt und der, wie es scheint, auch in der Versammlung seiner parlamentarischen Partei einen Angriff erfahren hat; ich meine die Streichung der Bestimmung in dem Vollziehungsbeschluss, dass die Banken, speziell die Kantonalbanken, über die bei ihnen angelegten Vermögen Aufschluss geben sollen. Das ist allerdings in der Kommission abgelehnt worden, und ich glaube — Herr Legler mag damit einverstanden sein oder nicht — es wird auch in der Vollziehungsverordnung abgelehnt werden müssen. Es ist überhaupt irrtümlicherweise in den Entwurf hineingekommen. Soviel ich weiss, war es Herr Speiser, der die betreffende Fassung brachte. Sie ging dahin, dass die «öffentlichen Verwaltungen» pflichtig seien, Auskunft zu geben. Da wurde ihm in der Kommission entgegengehalten, unter den öffentlichen Verwaltungen seien auch die Kantonalbanken zu verstehen und eine solche Pflicht der Auskunfterteilung durch die Kantonalbanken wäre, da nicht daran zu denken sei, gegen die Privatbanken einen solchen Zwang auszuüben, geradezu ruinös für die Kantonalbanken. Denn das Publikum würde von den Kantonalbanken weg zu den Privatbanken laufen, und wer würde schliesslich betroffen? Gerade wieder das Volk, die Hypothekarschuldner, die Leute, die Hypothekaranleihen haben wollen und auf die Kantonalbanken verwiesen sind, die in der Hauptsache das Hypothekengeschäft betreiben. Herr Speiser hat dazu sofort den Kopf geschüttelt und gesagt: das habe er nicht so verstanden; nicht an die Banken habe er gedacht, sondern an die Amtsstellen in den Rathhäusern, wenn und soweit sie einander Auskunft geben können. Die Banken zu zwingen, über ihre Klienten Auskunft zu geben, das sei weder seine Meinung, noch sei daran zu denken. So ist dann in der Kommission der Artikel beseitigt worden. Aber dass die Auskunfterteilung in dem genannten Sinne für die öffentlichen Verwaltungen fortbesteht, ist ja klar, und daran wird man nicht rütteln. Auch in Deutschland, soweit ich unterrichtet bin, hat man nicht daran gedacht, das Bankgeheimnis aufzuheben. Wie es in Frankreich mit der Wehrsteuer zurzeit steht, weiss ich nicht; aber ich bin überzeugt, auch in Frankreich tut man diesen Schritt nicht. Es wäre eine unrichtige

Massregel, und sie würde gerade diejenigen treffen, die man schonen und schützen will. Das wollte ich sagen über die Befürchtungen des Herrn Legler. Im übrigen wird ja über diese Verhältnisse dann bei der Debatte über den Ausführungsbeschluss nach angenommenem Verfassungsartikel zu sprechen sein.

M. Robert: Nous sommes tous d'accord sur l'acceptation de l'impôt de guerre, et le vote unanime que le Conseil a émis tout à l'heure en est certes la meilleure preuve. Mais si nous sommes tous d'accord sur le principe de l'impôt et sur ses principales dispositions, s'il est désirable que le vote final intervienne sans trop de discussions académiques, nous revendiquons cependant le droit et nous envisageons même comme un devoir de dire notre opinion sur des dispositions qui sont contraires à nos idées et à nos principes et aussi de présenter, à l'occasion de la discussion par articles, tel ou tel amendement qui nous paraît de nature à rendre l'impôt plus équitable ou plus populaire.

Avec l'impôt de guerre, nous allons assister à la troisième mobilisation de nos forces suisses, la mobilisation des capitalistes. La première mobilisation, celle du mois d'août, a été la mobilisation militaire, la plus pressante et la plus importante, celle de nos soldats-citoyens se rendant à la frontière pour assurer le respect de notre neutralité et veiller à la défense du sol natal. Cette mobilisation s'est exécutée, dans ses grandes lignes, d'une manière satisfaisante et nous pouvons rendre hommage à ceux qui l'avaient préparée en temps de paix comme à ceux qui l'ont conduite au moment où le pays leur a adressé son appel.

La seconde mobilisation a été toute civile; après les quelques défaillances du début, bien excusables et compréhensibles certes, par la soudaineté du danger et le désarroi de nos existences individuelles et économiques, l'esprit public s'est ressaisi, le sang-froid et la confiance sont revenus. Devant le dénuement et le manque des chômeurs à l'intérieur; devant les plaintes et les souffrances des exilés et des blessés à l'extérieur, la Suisse civile s'est émue, elle a pris conscience une fois encore de sa mission pacifique et humanitaire et nous avons assisté à la mobilisation de la générosité! Et cette seconde mobilisation s'est accomplie dans toutes les parties du pays avec un entrain, une spontanéité, une quasi-unanimité que nous avons salués avec joie.

Aujourd'hui, par le moyen de l'impôt de guerre, la Confédération fait au pays un nouvel appel; c'est une nouvelle mobilisation qui se prépare: celle des contribuables, celle de tous ceux qui peuvent et par cela doivent apporter les ressources nécessaires à équilibrer le budget extraordinaire des dépenses faites pour la défense nationale. Nous sommes de ceux qui espèrent et croient que cette mobilisation s'effectuera dans le même esprit que les premières et qu'elle réussira comme elles. Le sacrifice qui est demandé à la fortune acquise, aux sociétés créatrices de prospérité économique, aux ressources importantes, sera très lourd et

pèsera sur certaines, d'un gros poids, mais il est nécessaire, et chacun le sent, que ce sacrifice soit joyeusement et loyalement consenti.

Je crois pouvoir affirmer ici que ceux qui seront frappés par l'impôt de guerre, l'accepteront avec patriotisme; ils l'accepteront avec plus d'entrain encore si vous faites disparaître de l'ordonnance tout ce qui peut avoir l'apparence même d'un manque d'équité ou d'une double imposition.

Mais il est une catégorie de citoyens consciencieux et patriotes qui eux n'accepteront pas sans regret la loi sur l'impôt de guerre; ce sont, comme le disait si bien hier M. le président de la commission, dans son magistral rapport, ceux qui sont exonérés de cet impôt. De toutes parts se sont élevées des réclamations à cet égard, vous en avez tous sans doute entendu, comme M. le président de la commission, comme moi-même aussi, réclamations venant même d'ouvriers vivant au jour le jour, qui réclament ce qu'ils envisagent être un droit, celui d'apporter leur obole patriotique et de participer à l'impôt de guerre.

Et la façon de répondre à ces demandes, d'exaucer ces vœux qui sont hautement respectables, nous pouvons le faire au moyen d'un modeste impôt de capitation. Nous savons que la question a été débattue au sein de la commission et qu'elle a été résolue négativement, mais le rapport avait sur ce point là un passage dans lequel on paraissait regretter en quelque sorte cette fin de non recevoir et dans une certaine mesure appeler une proposition au sein de ce conseil. C'est ce qui m'a fortifié dans mon opinion et engagé à vous présenter la proposition que j'ai eu l'honneur de vous faire.

S'il s'agissait d'un impôt durable, d'une imposition, d'un caractère permanent la question ne se poserait pas et l'exonération du 65 au 70 % des contribuables cantonaux serait sur ce terrain acceptable, mais il s'agit d'une contribution unique, extraordinaire, exceptionnelle, au sujet de laquelle nous pouvons aussi agir exceptionnellement. Un impôt demandé chaque année aux petits contribuables serait un poids trop lourd pour eux, mais un impôt consenti une fois seulement est aisément supportable, supportable d'autant plus que désiré.

L'impôt de capitation que je vous propose doit avoir un correctif et la disposition qui l'institue doit présenter une certaine élasticité, il doit en quelque sorte être facultatif, car il y a cependant, malgré leur désir, bon nombre de citoyens qui ne pourront ou d'autres qui ne voudront pas l'acquitter. Aussi pour permettre à ces derniers de ne rien avoir à payer du tout, l'amendement dont je vais vous donner lecture institue qu'il n'y aura pas de contrainte à leur égard et qu'ils ne pourront être obligés ni poursuivis.

Voici donc, M. le président et Messieurs, l'amendement que j'ai l'honneur de vous proposer:

Biffer les mots: excédant dix mille francs et dire, après cinq cents francs:

«Toutefois, en ce qui concerne le premier de ces impôts, aucune contrainte ne pourra être exercée pour sa perception en ce qui concerne les fortunes nettes n'excédant pas fr. 10,000.»

En adoptant ce texte nouveau, ou tout au moins le principe d'un impôt facultatif de capitation dont le texte définitif serait à fixer par la commission,

j'ai le sentiment que nous donnerions à l'impôt de guerre le caractère populaire qu'il doit avoir et que nous aurions donné une légitime satisfaction aux petits contribuables consciencieux et patriotes, qui demandent, eux aussi, un ordre de mobilisation.

Legler: Ich muss dem Herrn Referenten ein paar Worte entgegenen hinsichtlich seiner Ausführungen wegen der Erteilung von Auskünften. Dieser Gegenstand hat natürlich gegenwärtig einen praktischen Wert nicht, nachdem wir auf den Ausführungsbeschluss nicht eintreten können. Allein ich muss mich doch dagegen verwahren, dass ich eine irrtümliche Auffassung gehegt oder etwas gewollt hätte, was Inkonvenienzen ergäbe. Im Entwurfe des Bundesrates hiess es: «Desgleichen sind alle öffentlichen Verwaltungen zur Auskunfterteilung an die Steuerbehörden des eigenen Kantons und durch deren Vermittlung an die Steuerbehörden der andern Kantone verpflichtet.» Das ist die Fassung des Bundesrates und, wie ich annehme, der Herren Experten. Herr Speiser wird auch gewusst haben, warum er diese Bestimmung aufnahm. Von Banken oder Kantonalbanken ist darin gar nicht die Rede, und natürlich hätte das ja später detailliert werden können. Nun hat aber die Kommission des Ständerates den Satz einfach vollständig gestrichen, und es ist im Entwurfe der Kommission nur übrig geblieben: «Die Steuerbehörden sind unter sich zur Auskunft verpflichtet.» Das ist nun aber zweierlei. In den Kantonen, wo man 50 % oder weniger versteuert, wäre es eben eine Handhabe gewesen, bei den öffentlichen Verwaltungen Informationen einzuziehen, und da ist es nicht bedingungslos ausgeschlossen, dass man sich nicht auch an die Banken wenden könnte. Was wollen die Steuerbehörden machen, wenn sie kein Recht haben, weitere Informationen einzuziehen? Ich will den Faden nicht weiter spinnen; das wird dann bei der Beratung des Ausführungsbeschlusses kommen. Aber wenn man eine solche Bestimmung im Entwurfe des Bundesrates ganz streichen will, so habe ich einen Vorgesmack davon, wie es beim Ausführungsgesetz kommen wird.

Andermatt: Es besteht zwischen dem Antrag des Bundesrates und dem Antrag der Kommission eine kleine Differenz hinsichtlich Besteuerung der Witwen und Waisen. Der Bundesrat sieht ganz allgemein vor, dass für Witwen und Waisen das steuerfreie Vermögen erhöht werden kann. Die Kommission hat die Sache eingeeengt; sie will nur für Witwen ohne Erwerb mit Kindern das steuerfreie Vermögen erhöht wissen. Nun ist von seiten des Herrn Referenten der Grund nicht angeführt worden, warum diese Abänderung getroffen worden ist, und die Abänderung ist nicht auf den ersten Blick einleuchtend. Ich möchte für mich eher dem Antrage des Bundesrates den Vorzug geben. Denn ich frage mich: was ist das, eine Witwe ohne Erwerb? Wir haben es hier mit einem Steuergesetze zu tun. Und nun könnte man sagen: Eine Witwe ohne Erwerb ist steuertechnisch eine Witwe, die

nicht Fr. 2500 verdient. Ich glaube aber kaum, dass die Kommission es so verstanden wissen will, sondern sie will sagen: für eine Witwe, die überhaupt nichts verdient und Kinder hat — wie viel, ist nicht gesagt —, kann das steuerfreie Vermögen erhöht werden. Immerhin sollte die Sache klargelegt werden.

Noch eines. Im Entwürfe des Bundesrates ist vorgesehen, dass auch bei Doppelwaisen das steuerfreie Vermögen erhöht werden kann. Nach dem Antrage der Kommission ist dies nicht zulässig. Waisen, die Vater und Mutter verloren haben, werden, wenn sie Fr. 10,000 besitzen, zur Kriegssteuer herangezogen. Es können aber Verhältnisse vorliegen, wo solche Waisen übler dran sind als Witwen ohne Erwerb mit Kindern. Wenn deshalb die Kommission nicht überzeugende Gründe anführen kann, glaube ich, dass der Antrag des Bundesrates der zutreffendere wäre. Er würde der Taxationsbehörde mehr Latitudo gewähren und besonderen Verhältnissen, wie sie vorliegen können, besser Rechnung tragen. Ich stelle noch keinen definitiven Antrag. Wenn die Kommission mich überzeugen kann, kann ich mich mit ihrer Fassung einverstanden erklären; wenn nicht, würde ich dem Entwurf des Bundesrates den Vorzug geben.

Wettstein: Den Antrag, den Herr Andermatt andeutet, habe ich bereits gestellt, und zwar bin ich davon ausgegangen, dass die Fassung des Bundesrates einen grösseren Spielraum gewähre. Ich kann wohl begreifen, weshalb die Kommission diese Fassung aufgenommen hat. Sie stammt aus dem Entwurf des Bundesbeschlusses. Merkwürdigerweise hat nämlich der Bundesrat in seinem Verfassungsartikel eine allgemeine Fassung, die ihm erlaubt, die Fälle mehr zu individualisieren, und auf der andern Seite bringt er in seinem eigenen Bundesbeschluss eine Fassung, die mit dem, was die Kommission vorschlägt, übereinstimmt und meines Erachtens zu eng ist. Was heisst das: für Witwen ohne Erwerb? Ist darunter verstanden: jeder Erwerb, also auch 600 oder 800 Franken, oder ist darunter der Erwerb in der Höhe des kriegssteuerpflichtigen Einkommens verstanden? Sollte das erstere der Fall sein, so würde ich mich entschieden dagegen aussprechen. Sie können nicht einer Witwe mit Kindern, die über einen Erwerb von 600 oder 800 Franken verfügt, die volle Kriegssteuer überbinden. Was heisst ferner: mit Kindern? Wenn sie nur ein Kind hat, hat sie gar keinen Anspruch, aber wenn sie zwei Kinder hat, hat sie Anspruch auf die volle Ermässigung, so dass ihr das Vermögen erst von Fr. 30,000 an angerechnet wird. Das ist eine Diskrepanz, die nicht gerechtfertigt werden kann.

Ferner, warum sind nun bloss die Witwen mit Kindern steuerfrei bis zu einem höheren Grade, warum nicht auch die Waisen? Das sehe ich nicht ein. Denn wenn ein Vermögen da ist von Fr. 20,000 bei drei, vier oder fünf Waisen, so sind diese Waisen, wenn sie für ihre ganze Ausbildung auf dieses kleine Vermögen angewiesen sind, schlimmer dran als eine Witwe mit zwei Kindern. Ich finde deshalb, der Antrag der Kommission, der auf eine meines Erachtens unglückliche Fassung im Aus-

führungsbeschluss zurückgreift, sollte wieder ersetzt werden durch den Antrag des Bundesrates, wobei ich mir dann vorbehalte, bei der Beratung des Bundesbeschlusses jene Ausführungsbestimmung anders zu formulieren, als sie heute im Bundesbeschlussentwurf enthalten ist.

Kunz: Der warme Appell unseres Kommissionspräsidenten an die Ratsmitglieder, diese Vorlage von einem hohen Standpunkte aus zu beurteilen, hat auf mich einen grossen Eindruck gemacht, und ich war bereit, auf das Wort zu verzichten. Nachdem nun aber die Diskussion doch eingesetzt hat bei der Detailberatung, so mögen Sie auch mir zwei, drei Bemerkungen gestatten zu Art. 2. Was zunächst den Begriff «Erwerb» anbelangt, so scheint es mir zweifelhaft, ob derselbe ganz zutreffend sei. Bei Pensions- und Renteneinkommen und bei Aktiendividenden ist es fraglich, ob man den Ausdruck Erwerb in gewöhnlichem Sinne anwenden kann. Jedenfalls sollte bei Beibehaltung dieses Terminus bereits im Verfassungsartikel eine Begriffsbestimmung erfolgen, da sonst der Einwand der Nichtverfassungsmässigkeit zu gewärtigen ist. Wer etwas Praxis hat in Steuerrekursen, der weiss, wie leicht und wie gern alle derartigen Punkte aufgegriffen werden und wie gerne man die Nichtverfassungsmässigkeit einer Bestimmung zu Hilfe zieht, um seinen Steuerrekurs zu begründen. Ich will nun keinen Antrag stellen, sondern gerne hören, was der Herr Kommissionspräsident dazu sagt. Ich habe mir etwa folgende Redaktion notiert: «Die natürlichen Personen haben diese Steuer zu entrichten auf ihrem Vermögen und auf ihrem Einkommen aus Erwerb mit Inbegriff der Naturalleistungen, sowie aus Leibrenten, Pensionen, Gratifikationen usw.»

Was nun den Beginn der Steuerpflicht und die Fassung der Progression anbelangt, so wollen Sie mir auch einige kurze Bemerkungen gestatten. Es scheint mir nicht ganz billig, dass der Begriff der Steuerpflicht aus Vermögen und Erwerb unabhängig voneinander geregelt und dass auch die Progression bei jeder der beiden Steuerarten unabhängig vom Erwerb bzw. Vermögen aufgestellt worden ist. Die Gerechtigkeit, oder sagen wir doch wenigstens die Billigkeit, würde verlangen, dass Vermögen und Erwerb auf einheitliche Grössen umgerechnet würden, entweder der Erwerb kapitalisiert oder das Vermögen umgewandelt in Erwerb, damit man dann für beide Faktoren zusammen eine einheitliche Steuer und eine einheitliche Progression erhielte. Nur dadurch kann nach meiner Auffassung die ganze wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bei der Beurteilung des Beginnes und des Umfanges der Steuerpflicht Berücksichtigung finden.

Sie werden mir gestatten, dass ich Ihnen das an zwei Beispielen näher beleuchte. Jemand hat einen Reinerwerb von Fr. 2400 und daneben ein Reinvermögen von Fr. 10,000. Er ist gar nicht steuerpflichtig. Sein Nachbar hat kein Vermögen, aber einen Erwerb von Fr. 2500. Infolgedessen ist er steuerpflichtig. Ebenso ist steuerpflichtig derjenige, der keinen Erwerb, wohl aber ein Vermögen hat von Fr. 10,100, und doch ist in beiden Fällen

der erstere mit einem Vermögen von Fr. 10,000 und einem Einkommen von Fr. 2400 ungleich leistungsfähiger als die beiden letzteren. Oder nehmen Sie den Fall an: Der A hat ein Reinvermögen von Fr. 96,000 und einen Erwerb von Fr. 5100. Er zahlt an Steuer für das Vermögen Fr. 218. 50 und für den Erwerb Fr. 70. B dagegen hat nur einen Erwerb von Fr. 5100 und kein Vermögen. Er zahlt für diesen Erwerb genau die nämliche Steuer wie A, der neben diesem Erwerb noch ein Vermögen von Fr. 96,000 besitzt und damit zweifels- ohne wirtschaftlich viel leistungsfähiger ist als B. Ich glaube, es wäre richtiger gewesen, wenn man Erwerb und Vermögen zusammengezogen und in einheitlicher Weise veranlagt hätte; dann wäre die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des einzelnen besser zum Ausdruck gelangt und hätte besser berücksichtigt werden können.

Ich habe mit Mitgliedern des Rates über diese Frage gesprochen, und man hat mir von mehreren Seiten erklärt, es sei heute wohl nicht mehr möglich, einen Abänderungsantrag zu stellen; so begnüge ich mich mit dieser platonischen Erklärung.

Was nun noch die Frage der Witwen und Waisen anbelangt, so pflichte ich dem bei, was Herr Wettstein gesagt hat. In jedem Falle wird man sagen müssen, dass für Witwen «ohne steuerpflichtigen Erwerb» und nicht schlechthin «ohne Erwerb», das steuerfreie Vermögen erhöht werden kann. Ich denke an Fälle in dem Geschäft, dem ich vorstehe. Da ist z. B. eine Barrierenwärterin. Sie hat nicht Fr. 2400 Einkommen; aber sie hat ein gewisses Einkommen, und es wäre unbillig, wenn hier bei zahlreicher Kinderschar die Erhöhung ausgeschlossen wäre. Es ist aber noch eine weitere Ergänzung in diesem Satze notwendig. Es genügt nicht, dass man schlechthin sagt «mit Kindern», sondern man sollte sagen «mit Kindern ohne Vermögen». Nehmen Sie den Fall an, eine Witwe hat ein Vermögen von Fr. 10,000 und sie besitzt drei Kinder. Aber jedes dieser Kinder hat auch Fr. 10,000 Vermögen; das macht für die Familie ein Totalvermögen von zusammen Fr. 40,000. Bei uns im Kanton Bern, auf dem Land, wird eine Familie, bestehend aus einer Witwe und drei Kindern, die zusammen über ein Vermögen von Fr. 40,000 verfügt, jedenfalls als eine wohlhabende Familie taxiert. Ich glaube, man hat bei der Aufstellung dieser Bestimmung vielleicht zu sehr an städtische Verhältnisse gedacht. Ich will ohne weiteres zugeben, dass in der Stadt eine Witwe mit drei Kindern Mühe hat, sich mit dem Ertrag aus Fr. 40,000 schlecht und recht durchzuschlagen. Aber auf dem Lande geht das sehr gut. Wenn man nicht im Beschluss über den Verfassungsartikel diesen Bemerkungen Rechnung tragen will, so würde ich dann vorziehen, nach Vorschlag des Bundesrates zu sagen: «Für Witwen und Waisen kann das steuerfreie Vermögen erhöht werden.» Dann kann man immer noch den Ausführungsbeschluss so formulieren wie man will. Wenn man aber heute schon die Frage entscheiden will, dann müsste man doch sagen: «Für Witwen ohne «steuerpflichtigen» Erwerb mit Kindern «ohne Vermögen»». Ich stelle keinen Antrag, sondern möchte auch hier gerne hören, was die Kommission dazu zu bemerken hat.

Keller: Ich möchte mit einem Worte wenn nicht die Anträge, so doch den Gedankengang meines verehrten Kollegen und Nachbarn des Herrn Robert, unterstützen. Auch ich stehe, wie Herr Kunz, durchaus unter dem Eindruck der wirkungsvollen Eintretensrede des Herrn Referenten, die nach Form und Inhalt den grossen Gedanken angemessen war, welche die heutige ernste Zeit von uns und unserem Volke verlangt. Aber wenn ich die grossen Gedanken der Rede des Herrn Referenten und des Herrn Bundespräsidenten Motta vergleiche mit den Gedanken des vorliegenden Bundesbeschlusses, auch mit den Gedanken, welche zwischen den Zeilen zu lesen sind — denn auch hier kann man zwischen den Zeilen lesen und nicht bloss im Handbuch von Blumer — so ergibt es sich, dass sich auch in dieser Kriegssteuervorlage eine schwache Stelle findet, wo, um mit Hamlet zu sprechen, die angeborene Farbe der Entschliessung angekränkt wird durch des Gedankens Blässe. Ich will diesen «blassen Gedanken» nicht allzuweit nachgehen. Auch ich will nicht verletzen. Aber ich fühle mich verpflichtet, auf diese schwache Stelle nochmals hinzuweisen.

Ich meine die Stelle, auf welche gestern schon der Herr Referent hingedeutet hat, wo die Steuerpflicht nach unten abgegrenzt wird und Hunderttausende von der Steuerpflicht ausgeschlossen werden. Ich bin durch die heutigen Ausführungen des Herrn Bundesrat Motta in diesem Punkte nicht beruhigt und ich bin auch durch das Votum des Herrn Kollegen Scherrer nicht zu anderer Meinung gebracht worden. Ich weise sodann darauf hin, dass auch die bundesrätliche Botschaft in der Begründung dieser Frage ausserordentlich knapp ausgefallen ist, und was der Herr Referent gestern über diese Frage sagte, klang eher wie eine Aufmunterung zu einem Abänderungsantrag, wie eben auch Herr Robert hervorgehoben hat, als wie eine Begründung der bundesrätlichen Demarkationslinie.

Was sagte doch gestern der Herr Referent über diese Kriegssteuer? Er nannte die Abstimmung darüber mit schönen Worten einen Gottesdienst und er betonte: Sagen wir es gleich, dass jeder selbst das Bedürfnis empfinde, etwas zu tun und zu leisten in dieser Zeit und nicht bloss Beschlüsse zu fassen und zuzusehen. Dieses Bedürfnis ist weit verbreitet im Volke herum und hängt nicht ab von der Grösse des Besitzes und des Einkommens. Verschiedene kleine Leute, die nach der Vorlage von der Kriegssteuerpflicht befreit wären, haben mich ersucht, doch für eine Fassung einzutreten, die auch ihnen die Teilnahme an dieser vaterländischen Pflicht ermögliche. Ich tue dies um so lieber, weil es meiner innersten Ueberzeugung entspricht und weil es der altschweizerischen Auffassung, wie schon gestern der Referent gesagt hat, widerspricht, dass so viele von der Steuer befreit sein und dennoch an der Abstimmung darüber teilnehmen sollen. Diese Steuer wird in weiten Kreisen des Volkes nicht als ein Müssen aufgefasst, sondern als ein Dürfen, und der Ausschluss von der Steuer wird angesehen als der Ausschluss von einem Recht oder doch von einer schönen Pflicht, an der alle Volksgenossen teilhaben wollen. Ich bitte Sie, dieser weitverbreiteten Auffassung und diesen gewiss patriotischen Gefühlen Rechnung zu tragen und die Kriegssteuer durch Ausdehnung der Steuerpflicht im wahren Sinne des Wortes populärer und demokratischer zu machen.

Wenn diese Volksabstimmung über die Kriegssteuer eine Manifestation sein soll für unser Volk und für Europa, eine Art Feuerprobe der schweizerischen Demokratie in diesem weltgeschichtlichen Jahre, dann wollen wir diese historische Volksabstimmung nicht mit dem Odium belasten, dass zwei Drittel, die nichts bezahlen, die Steuer gegen ihre Mitbürger beschliessen müssen. Wenn das für eine dauernde Steuer, wie der Herr Referent gestern zutreffend ausgeführt hat, eine Ungerechtigkeit ist, so ist es auch eine Ungerechtigkeit für die einmalige Steuer. Und wenn der Herr Referent gesagt hat: wehret den Anfängen, so erwidere ich, dass der Anfang ja da ist und dass es schon hier gilt, den Anfängen zu wehren.

Auch das, was Herr Kollega Wettstein heute über diese Gefahr gesagt hat, vermag mich keineswegs zu beruhigen. Der natürliche, vernünftige Sinn des Schweizervolkes werde jede Gefahr einer Pöbelherrschaft beschwören, das waren seine Worte. Aber dem ist entgegenzuhalten, dass gerade dieser gesunde und vernünftige Sinn des Schweizervolkes es ist, der sich dagegen auflehnt, dass diese Kriegssteuer bloss ein Privileg der oberen Zehntausend sein soll und nicht ein Opfer des ganzen Volkes auf den Altar des Vaterlandes. Dieser gesunde Sinn des Schweizervolkes wird sich nicht nur gegen allfällige künftige Vergewaltigungen auflehnen, sondern er ist es, der sich heute schon dagegen auflehnt, dass dieser erste Versuch einer direkten eidgenössischen Steuer auf der Basis einer blossen Besitzsteuer aufgebaut wird. Grosse Teile des Volkes wollen eben nicht, dass diese Kriegssteuer als blosser Besitzsteuer konstruiert und etikettiert werde, sie verlangen eine eigentliche Volkssteuer. Diesem Begehren kann nach meiner Ansicht am besten dadurch Rechnung getragen werden, dass der jetzigen Vorlage einfach nach unten eine Kopfsteuer angehängt wird, eventuell auch durch weiteres Heruntersetzen der Grenzlinie.

Ich bin durchaus einverstanden mit der hier vorgeschlagenen Progression; mein Votum richtet sich in kein er Weise gegen diese. Aber ich sehe nicht ein, warum nicht eine Kopfsteuer damit verbunden werden sollte. Was die bundesrätliche Botschaft gegen den Vorschlag einer Kopfsteuer ausführte, ist nach meiner Ueberzeugung nicht stichhaltig und geht von einer unrichtigen Voraussetzung aus. Die Botschaft spricht sich gegen die Kopfsteuer aus, weil, wie sie sagt, in diesen Kriegszeiten eine ausnahmsweise grosse Zahl von Einwohnern auf öffentliche Unterstützung angewiesen sei. Diesem Einwand kann, soweit er überhaupt begründet ist, ja leicht Rechnung getragen werden dadurch, dass jeder von der Steuerpflicht befreit wird, der öffentliche Unterstützung genossen hat. Auch können die Kantone ermächtigt werden, noch andern Bedürftigen Steuerfreiheit oder Steuererleichterung in reichem Masse zu gewähren. Aber ich behaupte, dass die grosse Mehrzahl der Hunderttausende, die nach der jetzigen Vorlage von der Steuer befreit sind, nicht zu denen gehören, die unterstützt worden sind, und da liegt der Irrtum in der bundesrätlichen Voraussetzung. Ich bin überzeugt, dass die Mehrzahl dieser Leute die Beteiligung an der Kriegssteuer wünscht, schon um zu beweisen, dass der oft ausgesprochene Satz, die Armee sei nur oder vorab zum Schutze des Kapitals oder des Besitzes nötig, dass dieser Satz nicht richtig ist.

Aus diesen Erwägungen heraus möchte ich Ihnen den Antrag empfehlen, als Absatz 2 zu Ziffer 2 bei-

zufügen: «Die natürlichen Personen, welche nach dieser Vorlage von der Steuerpflicht befreit sind, bezahlen eine Kopfsteuer von Fr. 3.— Befreit von der Steuerpflicht sind diejenigen, welche eine öffentliche Unterstützung genossen haben. Die Kantone können auch andern Bedürftigen Befreiung oder Erleichterung gewähren.»

Genauere Redaktion behalte ich mir noch vor je nach dem Verlaufe der Diskussion, in erster Linie aber meine ich, die Kommission sollte die Frage erst noch beraten und dann die Voraussetzungen zur Pflicht der Zahlung einer Kopfsteuer noch näher umschreiben. Die Rückweisung an die Kommission halte ich um so mehr als angezeigt, als nun mit meinem Antrag und dem Antrage des Herrn Robert schon jetzt verschiedene Anträge vorliegen mit der Tendenz, die Steuerpflicht etwas auszudehnen, sei es obligatorisch, wie ich es vorschlage, mit dem Ventil der Befreiungsmöglichkeit durch die Kantone, sei es, wie Herr Robert es vorschlägt, fakultativ als freiwilliges Opfer. So stelle ich in erster Linie den Ordnungsantrag, es sei die Ziffer 2 an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, einen Vorschlag für weitere Ausdehnung der Steuerpflicht dem Rate vorzulegen. Eventuell, falls Sie diesen Ordnungsantrag ablehnen würden, würde ich Ihnen dann meinen Antrag zur Abstimmung vorlegen, und ganz eventuell stimme ich dem Antrag des Herrn Robert zu, der eine Art besondere Schublade schaffen und im Hauptbuche der eidgenössischen Kriegssteuer ein besonderes Konto für eine freiwillige Kopfsteuer anlegen will.

Präsident: Die Diskussion hat sich zu beschränken auf den Ordnungsantrag des Herrn Keller.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Ich möchte Ihnen beantragen, den Ordnungsantrag abzulehnen. Wir sollten wenn immer möglich heute oder doch jedenfalls morgen vormittag fertig werden. Die Kommission des andern Rates wartet auf unsere Beschlüsse, und ich glaube, offen gesprochen, doch nicht, dass die gestellten Anträge zu einem Effekt führen.

Ich weiss nicht, ob ich mich nun auch gleich über die Bemerkungen, die gefallen sind, aussprechen soll; es wird wohl angezeigt sein.

Herr Kunz hat eine Definition des Wortes Erwerb gewünscht. Erwerb im steuerrechtlichen Sinne ist im ganzen doch ein recht bekannter Begriff; er ist verschieden von Einkommen. Wir wollen nicht Einkommen, wo die Zinsen eingeschlossen sind, darunter verstehen, sondern das Produkt der Arbeit. Es gibt allerdings auch Zwittererscheinungen, die zwischen Einkommen und Erwerb liegen und die steuerrechtlich als Erwerb behandelt werden. Die genau einzelne gehende Definition des Begriffes Erwerb findet sich in Art. 10 im ersten und dritten Absatz des Vollziehungsbeschlusses. Da sind gerade die Fragen besprochen und beantwortet, die Herr Kunz aufgeworfen hat. Das wird dann also seinerzeit besprochen werden. Im Verfassungsartikel genügt es, wenn man von Erwerb spricht

Das Zweite, was bemerkt worden ist, betrifft die einzige Ausnahme, die der Artikel macht bei den natürlichen Personen, zugunsten von Witwen ohne Erwerb mit Kindern. Das erachtet man nun als zu eng. Man verweist darauf, dass in der Vorlage des Bundesrates von Witwen und Waisen allgemein, ohne Einschränkung, gesprochen war, und würde lieber diesen Antrag wieder aufgenommen sehen. Man fragt auch, warum man in der Kommission davon abgegangen sei. Ich will die Auskunft geben.

Man muss vor allem darauf bedacht sein, beim Anregen von Vergünstigungen und Ausnahmen von der Steuergrundlage auszugehen. Es lagen Anregungen vor, die weiter gingen, als sie von der Kommission genehmigt worden sind, und immer hat sich dabei gezeigt, dass man die Steuergrundlage aus dem Gesichte verloren und sich in die kantonalen Steuern hineinversetzt hatte, die auf einer andern Grundlage aufgebaut sind. Bei den kantonalen Steuern geht man hinunter bis zum untersten Besitz und Erwerb, man bleibt nicht in der Höhe von 10,000 Franken Vermögen und 2500 Fr. Erwerb. Die Verhältnisse aber sind in bezug auf Witwen und Waisen ganz andere bei einer Steuer, die unten beginnt, schon bei 500 oder 1000 Franken Erwerb oder bei 2000 Franken Vermögen, als wenn sie erst bei Fr. 10,000 Vermögen und Fr. 2500 Erwerb beginnt. Sodann müssen Sie beachten, wie wenig eigentlich die Besitzer von Fr. 10,000 bezw. Fr. 1000 Vermögen an dieses Kriegsoffer bezahlen müssen. Die Steuer beträgt im ganzen 10 Fr. Eine Witwe mit Fr. 10,000, ich meine eigenem Vermögen, und etwas Erwerb, hätte nach unserer Steuertabelle 10 Fr. zu bezahlen, und zwar nicht etwa alle Jahre wiederkehrend, sondern nur einmal. Ich denke, das Opfer ist wirklich nicht so, dass man da gleich wieder nach einer Ausnahme rufen muss. Ebenso ist es bei den Waisen, zumal wenn mehrere Waisen vorhanden sind. Da wird ja das Vermögen nach Köpfen geteilt. Es muss also bei zwei Waisen ein Vermögen von zusammen Fr. 20,000 da sein, bevor die Steuerpflicht sie erreicht, und die einmalige Abgabe an den Bund für Kriegszwecke ist dann für jede dieser Waisen nur Fr. 10.

Ueberdies haben wir in der Kommission gefunden, dass, wenn man nach dem Antrage des Bundesrates einfach von Witwen und Waisen spricht, da von vorneherein Fälle vorkommen könnten, wo eine Ausnahme gar nicht gerechtfertigt wäre. Denken Sie, es können Waisen da sein mit Vermögen, wie ich vorher gesagt habe. Drei Kinder, die miteinander 30,000 Franken haben, kommen noch gar nicht dazu, eine Steuer bezahlen zu müssen, weil es jedem nicht mehr trifft als 10,000 Fr. Wenn sie aber miteinander, sagen wir 35,000 Franken besitzen, so zahlen sie die einmalige Steuer zusammen mit Fr. 38.50. Ist das denn unrecht? Ebenso ist es mit den Witwen. Witwen können so situiert sein, dass sie eine Begünstigung gar nicht bedürfen. Sie können sich unter Umständen in viel günstigerer Lage befinden als andere. Auch bei den Kindern bitte ich nicht zu vergessen: Eine Witwe mit Kindern ohne Erwerb ist steuerpflichtig nur wenn ein Vermögen von über Fr. 10,000 vorhanden ist, und sie kann dann erheblich mehr besitzen als die Fr. 10,000, also besser daran sein als eine ledige Nachbarin oder ihr Nachbar, der kinderlos ist.

Und endlich, ich habe als Mitglied einer Bankverwaltung schon so oft gehört, Herr von Arx ist es

auch, er wird bestätigen, was ich sage, in den Berichten über die Schuldner: es werde ihnen jetzt wieder besser gehen, seine Kinder rückten nun nach, sie könnten ihm verdienen helfen. Kinderreichtum ist eben oft ein Segen gerade für die kleinen Leute, sobald einmal die Kinder arbeitsfähig werden. Und wir erheben nur eine einmalige Steuer. Ist es da gerechtfertigt, dass wir überhaupt bei diesen Verhältnissen so lange stille stehen? Wenn ich das sage, so geschieht es nicht wegen Herzhärte, das wissen Sie. Ich rechne nur mit den Verhältnissen und damit, dass immer die Gefahr besteht, dass vor lauter Ausnahmen schliesslich keine Regel mehr vorhanden ist und es dann heisst, es gehe nach Gunst und nicht mehr nach Recht und Gesetz zu. Ich meine also, wir sollten bei der Formel, die die Kommission vorschlägt, es bewendet sein lassen und immer mehr in Betracht ziehen, dass es sich nur um einen einmaligen Vorgang handelt.

Nun endlich der Antrag des Herrn Robert und meines Kollegen Herrn Keller. Der Antrag des Herrn Keller geht natürlich viel weiter als derjenige des Herrn Robert. Herr Keller will eine Kopfsteuer einführen, will also tun, was man bei einem anderen Steuergesetz der Eidgenossenschaft, der Militärsteuer, seinerzeit eingeführt hat. Diese Kopfsteuer hat auch bei unserer Vorlage schon da und dort einen Gegenstand der Erörterung gebildet, lebhafter Erörterung. Es liesse sich ja in der Theorie pro und contra darüber sagen. Aber in der Praxis ist die Sache schon schwieriger. Wenn ich an die grossen Städte denke und den Einzug einer solchen Kopfsteuer unter den gegenwärtigen Verhältnissen, da verliert die Theorie schon stark an Wert. Und dazu kommt der Widerspruch mit dem Charakter der Vorlage als Besitzsteuer. Ich bleibe daher bei dem Entwurfe, wie er nun vorliegt und halte daran fest. Sie ist ein gegenseitiges Entgegenkommen, das es zu halten gilt.

Die Frage wollen wir nicht wieder aufwerfen, wer durch unsere Armee nicht wieder aufgeworfen, wer durch unsere Armee geschützt worden sei. Diese Frage sollte überhaupt gar nicht gestellt werden. Wir sind alle geschützt worden, gross und klein. Der Arme ist so gut geschützt worden wie der Reiche, und mit dem Reichen ist auch der kleine Mann geschützt worden, der von ihm Arbeit erhält. Aber andernseits ist doch daran festzuhalten: Wir haben nun eine einmalige Steuer vor uns, und zwar auf dem Besitz unter Befreiung der Arbeiter, und wir Besitzenden wollen es nicht ablehnen, dieses Opfer dem Lande zu bringen. Wir haben die Zusage erhalten, dass die Steuer nicht eine bleibende wird und wollen an diesem Orte nun das Unserige tun, an einem andern Orte werden die andern auch wieder mithelfen und mithelfen müssen. So wollen wir nicht mehr zaudern und Bedingungen aufstellen, sondern bei dem bleiben, was vorliegt und was als erträglich betrachtet werden darf. In diesem Sinne möchte ich Ihnen beantragen, die Kopfsteuer des Herrn Keller und trotz der sympathischen Begründung abzulehnen.

Und nun noch der Antrag Robert. Er ist von ganz anderer Eigenschaft. Er will keinen Zwang ausüben, nur eine Art Appell erlassen an die Teile der Bevölkerung, die von der Steuer gesetzlich befreit sind. Er will sie aufmuntern, herbeirufen. Sie sollen doch mithelfen, wenn es ihnen ihr Gefühl und ihr Herz gebietet. Das ist ein schöner Gedanke; aber er ist schwer in ein Gesetz hineinzubringen. Wenn man den Leuten sagt: Ihr könnt kommen, aber ihr könnt auch zu Hause

bleiben, wir legen euch die Steuer auf, aber wenn ihr nicht bezahlen wollt, so könnt ihr es unterlassen, so entsteht eine Situation, die fast komisch wird; man kommt zu guten und schlechten Witzen, und an Stelle einer freudigen Hingabe an einen grossen Zweck tritt eine Art Schlendrian. Man sieht auf den andern, ob er bezahlen geht, und wenn man sieht, dass er nicht geht, so bleibt man auch zu Hause. So gut also der Antrag gemeint ist, so möchte ich ihn meinerseits nicht empfehlen.

Eine andere Frage wird die sein, und daran habe ich auch gedacht, ob man nicht mit der Steuer, wenn sie einmal kommt, einen Aufruf erlassen soll, in dem appelliert wird an alle Schweizer, gleichviel ob sie befreit sind oder nicht, womöglich auch freiwillig noch etwas zu tun. Aber diese Frage ist nicht durch die Verfassung zu lösen, sondern nach den Umständen durch einen Beschluss der Räte. Darum beantrage ich Ihnen, auf die Ordnungsmotion nicht einzutreten.

M. le Président de la Confédération **Motta**: Je n'ai que quelques observations à ajouter à celles de M. le Président de la commission. Tout d'abord le Conseil fédéral se rallie au texte proposé par le Conseil des Etats et j'abuserais certainement de votre patience si je n'avais à compléter l'explication de M. Isler sur ce point.

Pour ce qui est des demandes de M. Kunz, je voudrais attirer votre attention sur le texte français, qui est plus précis et qui donne la clef des explications mêmes demandées par M. Kunz. Tout d'abord, M. Kunz désire savoir ce que signifie Erwerbetrug. Le texte français dit «produit du travail». Il n'y a plus de doute, car chacun sait ce que c'est que le produit du travail. L'article 10 de l'arrêté d'exécution du texte constitutionnel donne une définition encore bien plus précise de cette notion et comme certains revenus participent de deux natures et qu'il y a doute sur la question de savoir s'il s'agit du produit du travail ou d'autre chose, il importe que la question soit tranchée par le législateur. Cette question a donc été réglée par l'alinéa qui dit qu'il s'agit de rentes viagères, pensions, gratifications. Le texte de l'arrêté constitutionnel déclare que, bien que la question de savoir si ces revenus et rentes sont des produits du travail soit douteuse en théorie, elle a été tranchée par la présente loi dans le sens affirmatif. Première explication.

Deuxième explication. M. Kunz a demandé ce que signifiait le mot «Erwerbetrug», lorsqu'il est appliqué aux veuves ayant des enfants. Là aussi je constate avec une certaine satisfaction que le texte français est de nouveau plus précis que le texte allemand, parce qu'il traduit le «Erwerbetrug» dans le cas de la veuve par les mots «profession lucrative». Personne ne peut douter de sa signification. Il me semble que l'explication que donne le texte français est peut-être plus courte que celle donnée par le texte allemand; l'un éclaire et complète l'autre.

M. Kunz a demandé encore une explication sur laquelle il serait oiseux de s'arrêter plus longtemps.

Il a dit qu'il aurait mieux valu, au lieu d'établir une échelle séparée sur les fortunes et le produit du

travail, trouver une combinaison de ces deux facteurs et établir une échelle unique. Je suis le premier à reconnaître qu'il y aurait certaines raisons en faveur du système préconisé par M. Kunz, mais j'ajoute immédiatement que l'Allemagne, pays qui a fait le premier essai d'impôt extraordinaire, a suivi le système que nous préconisons nous-mêmes. Elle a eu tout le temps nécessaire pour étudier cette question avec la maturité d'esprit voulue, contrairement à ce qui est arrivé pour nous qui avons été obligés d'y procéder en un temps relativement bref. Dans tous les cas, Messieurs, ce qui paraît absolument certain et absolument clair, c'est que la fortune doit être la base principale de cet impôt et que l'impôt sur les revenus ou sur le produit du travail n'a été ajouté qu'après coup. La pensée primordiale, soit du département des finances que j'avais l'honneur de représenter, soit des experts que le département avait consultés, a été d'abandonner complètement l'idée d'une imposition sur le produit du travail, pour ne frapper que les fortunes. Le Conseil fédéral, dans son message relatif au budget de 1915, avait déjà annoncé que son intention était de frapper surtout les classes privilégiées par la fortune. Réflexion faite, nous nous sommes dit qu'il n'était pas possible d'abandonner complètement l'idée de prélever un impôt sur le revenu, parce que certains gros revenus de hauts fonctionnaires, de magistrats, de directeurs de banque, de personnes touchant de gros tantièmes de banque, seraient complètement libérés de l'impôt de guerre; c'est pourquoi nous avons pensé qu'il fallait ajouter à l'impôt sur les fortunes un impôt sur les revenus; cette idée s'est imposée d'une manière plus ou moins victorieuse, mais une chose s'est juxtaposée à l'autre sans s'y mêler et s'y confondre complètement. La base de cet impôt reste encore la fortune et quant au résultat financier possible de cet impôt, nous pensons que tandis que l'impôt sur les fortunes des personnes physiques sera d'environ 60 millions, disons d'après les calculs du professeur Steiger 58 millions et demi, le produit de l'impôt sur le produit du travail ne sera que de 7 millions. Il y a donc entre ces deux impôts une telle disproportion qu'il ne convenait pas, semble-t-il, de mélanger les deux facteurs. Il valait mieux les considérer séparément et appliquer deux échelles absolument distinctes. En tout cas, je tiens à dire que les directeurs cantonaux des finances particulièrement consultés sur cette question ont eu l'occasion de se prononcer sur les principes inspirateurs du projet et ils se sont déclarés parfaitement contents et parfaitement d'accord du système choisi par le département des finances avec l'aide des experts. Voilà les explications que je tenais à donner à l'honorable M. Kunz, sans vouloir pour cela prétendre qu'il n'y a pas un germe de vérité dans les affirmations qu'il a formulées. Je sais que le système qu'il a préconisé est en faveur dans quelques cantons, mais nous avons pensé qu'il valait mieux dans ce cas spécial ne pas le suivre.

J'arrive à la question essentielle, étant donné que les autres sont plutôt des questions de détail sur lesquelles nous pourrions discuter à l'occasion des délibérations sur le projet d'application. Il ne s'agit maintenant que d'établir des principes généraux pour fixer la voie des législateurs futurs. J'en arrive donc à la question essentielle, celle posée par MM. Robert et Keller et j'avoue que je comprends parfaitement la pensée généreuse

et très belle qui les a inspirés. Néanmoins, je vous prie d'écartier leurs deux propositions. En voici les raisons. — Je suppose que M. le président du Conseil est d'accord pour que nous discutions le fond même de la question à l'occasion de la proposition de M. Keller, puisque l'opinion est faite là-dessus; il serait donc inutile de renvoyer ce débat à l'étude de la commission. Tout d'abord, je voudrais constater qu'il y a dans l'idée qui se trouve à la base de la proposition de M. Robert (je parlerai ensuite de la proposition de M. Keller) quelque chose d'absolument contradictoire. Qui dit impôt dit contribution forcée. L'idée d'un impôt volontaire soit, par exemple, l'obole que la veuve apporte sur l'autel de la patrie, ne correspond pas à la définition de l'impôt. Or, M. Robert prévoit un impôt, mais avec le caractère d'acte volontaire en éliminant complètement la contrainte. Mais, chose plus remarquable, il n'est pourtant pas maître de l'éliminer, parce qu'elle n'en subsiste pas moins. Voici pourquoi: vous faites un article constitutionnel, une loi dans laquelle vous dites en principe: Chacun doit payer un impôt. Mais cet impôt cependant est volontaire. L'impôt volontaire serait une contrainte morale exposant bien des personnes à d'étranges conflits de conscience. Elles se demanderaient s'il convient d'obéir aux appels dictés par l'intérêt direct plutôt qu'aux appels de la loi. Vous créeriez ainsi un impôt qui semblerait volontaire et qui ne le serait point du tout.

Deuxième réponse, qui me paraît décisive. On oublie, lorsque nous discutons la question de l'impôt de guerre qu'il n'est pas isolé. L'impôt de guerre formera l'anneau d'une chaîne, l'anneau d'un système de réformes financières que le Conseil fédéral préconise, que vous avez déjà en partie votées et que, je l'espère, vous voterez encore dans la suite. Il s'agit de faire face aux dépenses de la mobilisation dont l'impôt de guerre supportera de 50 à 60 millions. Si le produit est supérieur à ce que nous escomptons, tant mieux, mais ce ne sera pas dans tous les cas une partie très importante de la dépense totale de mobilisation. Comment paierons-nous le reste de ces dépenses? Nous le payerons par des augmentations de taxes. C'est ce que vous avez déjà fait en relevant les taxes téléphoniques. Nous le payerons en faisant des économies et ces économies priveront certaines catégories de la population des bienfaits correspondant aux dépenses. Que vous choisissiez dans vos délibérations définitives, le monopole du tabac qui vous sera proposé par le Conseil fédéral, parce que celui-ci ne pourra en conscience vous proposer autre chose lorsqu'il s'agira de résoudre le dernier problème et le plus grave de la situation financière, ou que vous choisissiez un impôt de consommation, impôt sur le tabac ou impôt sur la bière ou les deux impôts à la fois, ou que vous entriez dans un autre ordre d'idées, comme d'aucuns vous le demandent pour que tout soit donné par le tarif douanier, que vous demandiez encore la source première les 15 ou 20 millions dont vous avez besoin, qui paiera ensuite ces sacrifices, Messieurs, qui les supportera? Ce sera toute la population, ce seront tous les consommateurs et, parmi ceux-ci, ce sont les petits qui, proportionnellement, par le jeu même et par la nature de l'impôt indirect, apporteront l'obole la plus importante aux frais communs. J'en tire cette conséquence qu'il faut que cet impôt direct soit justement, car la justice doit

être inhérente, un impôt des classes possédantes. Les dépenses de mobilisation ont effectivement servi à tout le monde, elles ont été utiles au pays tout entier, à la défense non seulement des capitaux matériels, mais des capitaux moraux qui forment la raison d'être de la Suisse elle-même. En établissant la mesure de cette protection, il est indéniable que les fortunes ont été protégées dans une proportion qui n'est pas absolument en rapport direct avec leur raison même, mais dans un certain rapport cependant avec le chiffre de ces fortunes. Il suffit de supposer qu'un ennemi, pénétrant en Suisse comme un ouragan, ravage des villages, des villes, des fabriques, sème la destruction et la mort partout, pour se rendre compte que le premier frappé par le fléau de l'invasion sera évidemment la fortune assise. Si donc celle-ci est la première défendue et protégée, il est juste qu'elle donne elle-même en toute première ligne le bon exemple et qu'elle assume une charge spéciale à côté de toutes les autres charges dont les consommateurs seront frappés par les autres mesures qui seront prises pour faire face au déficit de la Confédération. J'ajoute encore que s'il y a vraiment dans le peuple, comme je le crois (j'ai trop de considération pour notre peuple pour ne pas penser que cela est juste et vrai) s'il y a vraiment, dis-je, dans notre peuple cet élan de pitié, ce besoin de générosité, ce sentiment de patriotisme éclairé et fécond, Messieurs, les occasions de le montrer, de l'épuiser même sont si nombreuses qu'il n'y a qu'à jeter les yeux autour de nous pour que chacun, grands ou petits, ait l'occasion de donner libre cours à toute sa générosité.

J'arrive à la question soulevée par M. Keller, la question de la capitation. L'impôt de capitation est en lui-même, personne ne le contestera, un impôt antidémocratique et je ne pense guère, Messieurs, que si vous alliez délibérer sur un projet de loi d'impôt permanent, on ferait ici une opposition analogue à celle qui vient d'être faite par l'honorable M. Keller, parce que tout le monde ferait immédiatement cette objection-ci, c'est que l'impôt doit frapper uniquement les fortunes ou le produit du travail. Tout le monde vous dira que l'impôt de capitation est injuste, car il frappe la personne comme telle et surtout les familles les plus nombreuses. Or, si tel est le principe inspirateur de toute législation d'impôt lorsqu'il s'agit de faire une loi d'impôt permanent, pouvons-nous tout à coup renverser ces principes normaux et les remplacer par un principe tout différent d'où découlerait un impôt extraordinaire? Je ne puis pas, quant à moi, arriver à cette conséquence, parce qu'il me semble que s'il y a des raisons pour considérer comme un impôt antidémocratique l'impôt de capitation dans les temps ordinaires, il y a encore des raisons majeures pour le considérer comme un impôt antidémocratique dans les temps anormaux que nous traversons, où les faibles, les petits sont particulièrement frappés, puisque même les occasions de travail sont moindres.

Enfin, permettez-moi de vous donner une raison qui n'a pas une portée intrinsèque considérable, mais qui en a une extrinsèque à mon avis décisive, c'est que cette question de l'impôt de capitation a été soumise à tous les directeurs cantonaux des finances dans une conférence très intéressante qui a eu lieu entre eux et le département des finances, lors des travaux préparatoires; à une très grande majorité, les directeurs

cantonaux des finances, qui sont certainement les personnes les plus au courant des matières dont il s'agit, se sont prononcés contre l'impôt de capitation. Voilà pourquoi je vous prie d'écarter soit la proposition de l'honorable M. Robert, soit la proposition de l'honorable M. Keller.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Ordnungsantrag Keller	4 Stimmen
Dagegen	30 »

Leumann: Ich hätte es lieber gesehen, wenn wir diese Ziffer 2 ohne weitere Diskussion nach Antrag der Kommission angenommen hätten, obschon ich nicht ganz damit einverstanden bin. Nachdem wir nun aber in die Diskussion eingetreten und Anträge gestellt worden sind, sehe ich mich doch veranlasst, mich auszusprechen, werde das aber angesichts der vorgeschrittenen Zeit in aller Kürze tun.

Darüber sind wir alle einig, dass es sich nicht darum handelt, dem Bunde überhaupt die nötigen Mittel, die er in den nächsten Jahren braucht, zu verschaffen, sondern dass es sich um eine einmalige Steuer handelt, um ein Opfer, das durch die Kriegsereignisse notwendig geworden ist, wie wir alle wissen. Da begreift man an vielen Orten nicht, dass wir sagen: Wer nicht wenigstens 10,000 Franken versteuert, der

wird als quantité négligeable beiseite gelassen. Ich habe mich gefreut darüber, dass man das nicht begreift und dass im Volke die Ansicht sich geltend macht, man sollte weitere Kreise zu dieser Steuer heranziehen.

Diesem Gedanken würde natürlich der Antrag des Herrn Keller am besten gerecht werden, der eine Kopfsteuer einführen und sagen will, jeder stimmfähige Schweizerbürger soll so und so viel zahlen. Etwas Aehnliches will der Antrag von Herrn Robert, der jedoch keinen Zwang ausgeübt wissen will. Ich glaube aber doch, das geht nicht an und es ist richtiger, wenn wir etwas in dieser Beziehung tun wollen, wenn wir einfach im Entwurfe mit dem Ansatz etwas weiter hinuntergehen. Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen beantragen, bei dem System, das der Bundesrat und die Kommission vorschlägt, zu bleiben, aber in Ziff. 2 zu sagen: Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das 5000 Franken usw. übersteigt. Das hätte dann die Folge, dass es in der Tabelle heissen würde: von über 5000 bis 10,000 Franken. Aber es hat das nicht die Meinung, dass die Progression tiefer anfangen sollte. Die Progression sollte dann doch erst bei 35—40,000 Fr. beginnen. Ich stelle also den Antrag, einfach zu sagen: 5000 Fr. und bei Tabelle I dann 5—10,000 Fr.

Hier wird die Beratung abgebrochen.
(Ici le débat est interrompu.)

**Kriegssteuer. Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42bis in die
Bundesverfassung. BB vom 15. April 1915**

**Impôt de guerre. Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42bis à insérer dans la
Constitution fédérale. AF du 15 avril 1915**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1915_002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.04.1915 - 08:30
Date	
Data	
Seite	13-38
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 338

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amtliches
stenographisches Bülletin

der
schweizerischen Bundesversammlung



N^o 3

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL

DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnemente: Jährlich Fr. 2.— für die Schweiz, Fr. 6.— für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 2.—, Union postale frs. 6.—. On s'abonne en Suisse exclusivement aux offices postaux.

Ständerat — Conseil des Etats

Sitzung vom 8. April 1915, vormittags 8¹/₂ Uhr — Séance du 8 avril 1915, à 8¹/₂ heures du matin

Vorsitz: }
Présidence: } Hr. Geel.

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42^{bis} in die Bundesverfassung.

Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42^{bis} à insérer dans la constitution fédérale.

Fortsetzung. — *Suite.*

(Siehe Seite 13 hievor. — Voir page 13 ci-devant.)

Präsident: Wir gehen über zur Kriegssteuervorlage. Wir sind stehen geblieben bei Absatz 2. Da habe ich Ihnen die Mitteilung zu machen, dass Herr Ständerat Keller seinen gestern gestellten Antrag zurückzieht, und zwar mit folgender Erklärung, die ich verlesen will. Er sagt: «Zur Vereinfachung der Abstimmung schliesse ich mich dem Antrage des Herrn Leumann an und ziehe meinen Antrag zurück, nicht weil ich ihn für unrichtig halte, sondern weil ich der Ansicht bin, dass mit der Ablehnung des Ordnungsantrages auch mein Antrag abgelehnt sei. Ich halte darauf heizufügen, dass meine Absicht nur dahin ging, volljährige und erwerbsfähige männliche Personen mit einer Kopfsteuer zu belegen, was eben von der Kommission doch hätte näher umschrieben werden sollen. Mit dieser Bemerkung ziehe ich meinen Antrag zurück.»

Ferner habe ich Ihnen mitzuteilen, dass Herr Ständerat Steiger zu Abs. 2 folgenden Antrag stellt: «Für Witwen ohne Erwerb mit Kindern kann das steuerfreie Vermögen (das ist der bisherige Wortlaut und jetzt kommt neu:) und für Familien

ohne Vermögen mit vier oder mehr Kindern unter 16 Jahren der steuerfreie Erwerb erhöht werden.»

Steiger: Ich erlaube mir, Ihnen den Antrag zu unterbreiten, den der Herr Präsident soeben verlesen hat. Der erste Teil dieses Antrages ist nicht neu. Er entspricht dem Kommissionalentwurf. Nur der zweite Teil ist neu und dieser Teil beschäftigt sich mit der Festsetzung des steuerfreien Erwerbes. Es ist gestern und vorgestern in sehr eindrucksvollen Worten darauf hingewiesen worden, dass die Kriegssteuer in der Hauptsache von der sog. besitzenden Klasse getragen werden müsse. Hauptsächlich haben der Herr Bundespräsident und der Herr Berichterstatter mit aller Deutlichkeit auf diesen Punkt hingewiesen und erklärt, dass das eine Hauptgrundlage der gegenwärtigen Vorlage sei. Dieser Gedanke ist noch mehr zum Ausdruck gekommen in dem ersten Entwurf, in welchem sowohl die Grenze für das steuerfreie Vermögen als auch die Grenze für den

steuerfreien Erwerb bedeutend höher festgesetzt waren, als sie es nun in dem gegenwärtigen Entwurf sind. Mit dem steuerfreien Vermögen befasst sich mein Antrag nicht. Er befasst sich nur mit dem steuerfreien Erwerb, der bekanntlich im jetzigen Entwurf auf Fr. 2500 festgesetzt worden ist.

Mit dem Ansatz von Fr. 2500 im allgemeinen kann ich mich durchaus einverstanden erklären, da er meines Erachtens den tatsächlichen Verhältnissen in allen Teilen entspricht. Man hätte sich zwar fragen können, ob nicht für einzelne Kategorien von Steuerpflichtigen dieser Ansatz auch noch hätte reduziert werden können. Wenn wir z. B. uns die Frage vorlegen, ob nicht ein lediger Mann, der also keine Familie zu versorgen hat und Fr. 2000 Einkommen besitzt, auch Tribut hätte zahlen können an die Kriegssteuer, so müsste diese Frage ohne weiteres bejaht werden. Allein, wie gesagt, mein Antrag befasst sich hiermit nicht, sondern damit, dass diejenigen Familienväter, die grosse, kinderreiche Familien besitzen, anders beurteilt werden als diejenigen Leute, die entweder ledig sind oder nur kleine Familien besitzen.

Und da glaube ich, muss ohne weiteres auffallen, dass ein Mann, der eine grosse Familie und Fr. 2500 Einkommen besitzt, gleichviel Steuer bezahlen soll, wie ein Mann, der keine Familie besitzt oder nur eine Ehefrau hat und keine Kinder zu ernähren hat. Das muss auffallen und muss auch stossen. Ich sage sogar, es entspricht diese Grundlage der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass ein Mann mit einer kinderreichen Familie viel grössere Auslagen hat, um den Unterhalt der Familie zu bestreiten, als ein Mann, der keine Familie oder nur eine Familie mit einem oder zwei Kindern besitzt. Deshalb sollte auch, um der Gerechtigkeit und der Billigkeit zu entsprechen, ein Unterschied in der Besteuerung gemacht werden, d. h. nicht in der Besteuerung im allgemeinen in dem Sinne, dass das Existenzminimum verändert würde — denn im Gesetze, das wir beraten, handelt es sich bekanntlich nicht um ein Existenzminimum — sondern um den Ansatz des steuerfreien Erwerbs und dieser steuerfreie Erwerb sollte bei kinderreichen Familien nicht gleichgesetzt werden wie bei andern Leuten, die keine Familie besitzen.

Es ist noch auf etwas anderes aufmerksam zu machen. Gestern ist bereits betont worden, dass in den kommenden Bundesbeschlüssen indirekt Bundessteuern wieder eingeführt werden und dass diese indirekten Bundessteuern unter allen Umständen die sogen. besitzlose Klasse viel schärfer treffen werden als die besitzende Klasse. Wenn man also von vornherein weiss, dass in den zukünftigen Beschlüssen die besitzlose Klasse stärker betroffen wird, so soll man auch dafür sorgen, dass in dem Beschlusse, den wir gegenwärtig beraten, die besitzlose Klasse etwas entlastet wird. Aber auch noch darauf ist zu verweisen, dass die Folgen des Krieges sich bei der besitzlosen Klasse viel schärfer bemerkbar gemacht haben als bei der besitzenden Klasse. Die Lebensmittelpreise sind ungemein gestiegen, und wenn man diesen Zustand ins Auge fasst, wird man ohne weiteres sagen, dass die ärmere Bevölkerung, sagen wir kurz die Arbeiterbevölkerung, durch diese Massnahmen viel schärfer

getroffen wird als die besitzende Klasse und dass deshalb auch aus diesem Grunde davon Umgang genommen werden sollte, dass die besitzlose Klasse in diesem Kriegssteuergesetz belastet wird.

Zum Schluss möchte ich noch auf eines hinweisen. Ich halte dafür, es sollte dafür gesorgt werden, dass dieses Gesetz keinen berechtigten Widerstand im Volke und in den einzelnen Bevölkerungsschichten findet. Wir haben den Tageszeitungen entnommen, dass die sozialdemokratische Partei erklärt hat, sie wolle dem Gesetze ihre Unterstützung leihen, insofern als nach dieser Richtung, die ich heute vorgebracht habe, ein Entgegenkommen bewiesen werde. Ich möchte nun dieses Entgegenkommen zeigen, um es auch der sozialdemokratischen Partei zu ermöglichen, diesem Gesetze zuzustimmen, damit alle Parteien des Schweizerlandes es unterstützen können. Das kann um so eher geschehen, als, wie gesagt, die Billigkeit und die Gerechtigkeit es erfordern, dass bei kinderreichen Familien in dieser Beziehung ein Unterschied gemacht werde.

Was die Form des Antrages anbelangt, so habe ich ausdrücklich gesagt, dass der betreffende Familienvater mindestens vier Kinder haben müsse und dass diese Kinder alle unter 16 Jahre alt sein müssen. Ich habe diese 16 Jahre gewählt, um dem Einwand des Herrn Präsidenten der Kommission von vornherein zu begegnen, der gestern, und zwar meines Erachtens durchaus mit Recht erklärt hat, dass Kinderreichtum auch zu einem Segen werden könne, sogar in finanzieller Beziehung, indem die älteren Kinder dann auch dazu helfen, die Familie mit ihrem Einkommen durchzubringen. Dieser Einwand kann nicht erhoben werden, wenn von vornherein festgesetzt wird, dass die Vergünstigung nur eintritt für Familien mit Kindern unter 16 Jahren. Es kommt dann auf den Moment der Veranlagung der Steuer an. In diesem Momente dürfen die Kinder nicht älter sein als 16 Jahre, damit die Familien diese Begünstigung geniessen können.

Mit diesen wenigen Worten möchte ich Ihnen die Annahme meines Antrages empfehlen.

Winiger: Die Frage, die durch den Antrag Steiger aufgeworfen wird, hat die Kommission wiederholt beschäftigt. Ich hatte dort einen ähnlichen Antrag gestellt, und es ist daher selbstverständlich, dass ich, nachdem nun der Antrag Steiger gestellt ist, ebenfalls für ihn stimmen werde. Ich möchte dies mit wenigen Worten begründen.

Es ist bereits gesagt worden, dass nach den ursprünglichen Intentionen der Schöpfer der Kriegssteuervorlage diese Auflage eigentlich eine Besitzsteuer hätte sein sollen, von dem Gedanken ausgehend, dass es in erster Linie der Besitz ist, der durch die Abwendung des Kriegs geschützt wird. Und zwar hat die Meinung obgewaltet, es solle der Besitz herangezogen werden, insoweit er eine gewisse Wohlhabenheit darstellt. Herr Wirz hat in seinem Votum zur Eintretensfrage die Kriegssteuer ein Opfer genannt, das die Wohlhabenden auf den Altar des Vaterlandes legen. Man hat

beim Vermögen ursprünglich nur bis auf 30,000 Franken gehen, also die Steuerfreiheit bis auf 30,000 Franken ausdehnen wollen, überall in der Vorstellung, dass nur die Wohlhabenden herangezogen werden sollen. Man ist dann auf 20,000, später auf 10,000 Franken gegangen. Meines Erachtens hat man sich dadurch von dem eigentlichen leitenden Gedanken der Kriegssteuer bereits etwas stark entfernt. Selbstverständlich müsste das noch mehr der Fall sein, wenn man dem Antrag des Herrn Leumann folgen und die steuerfreie Grenze beim Vermögen auf 5000 Franken herabsetzen wollte; denn hier kann von Wohlhabenheit an und für sich doch kaum gesprochen werden.

Hier reden wir nun aber vom Erwerb. Anfänglich hat man nicht daran gedacht den Erwerb bei der Kriegssteuer überhaupt heranzuziehen. Man ist dann dazu gekommen, wenigstens die grossen Erwerbe zu belasten. Aber man wollte anfänglich nur bis auf 5000 Franken gehen. Auch hier hat sich dann eine Entwicklung eingestellt. Man ist zunächst auf 3000 Franken gekommen. Meines Erachtens hätte man dabei bleiben sollen. Aber man ist noch weiter gegangen, bis auf 2500 Franken. Von «Wohlhabenheit» wird hier nicht mehr die Rede sein können. Allein ich habe gar nichts dagegen, dass man bei den 2500 Franken verbleibt, insoweit man sich sagen kann, dass der Mann, der so viel verdient, das Betreffnis von Fr. 12. 50 ohne weiteres ausgeben kann. Das wird der Fall sein bei alleinstehenden Erwerbem. Aber man sollte sich von dem Gedanken des Opfers der Wohlhabenden doch nicht soweit entfernen, dass man auch solche herbeizieht, für welche die Leistung des Steuerbetrages, auch wenn er gering ist, doch einigermaßen schwer wird, die den Steuerbetrag, sei er auch nur Fr. 12. 50, wie man sagt, sich und den Ihrigen am Munde absparen müssen. Und nun mögen Sie selbst urteilen. Ein Mann, der ein Einkommen von 2500 Franken hat und eine Familie von vielleicht 5, 6 Köpfen ernähren muss, zumal wenn er in der Stadt lebt, der muss doch mit dem letzten Batzen seines Einkommens haushalten und rechnen, wenn er sich und die Familie ehrlich durchbringen will. Ich glaube also, wenn wir den Gedanken der Opfergabe der Wohlhabenden, von dem Herr Wirz gesprochen hat, festhalten wollen, so sollten wir dem Begehren, hier, wo Familienunterhaltungspflichten auf dem Steuerpflichtigen ruhen, eine Entlastung eintreten zu lassen, entgegenkommen.

Es scheint mir, man sollte das auch aus referendumstaktischen Erwägungen tun, wie schon der Antragsteller, Herr Steiger, angedeutet hat. Es scheint nun wohl eine andere Strömung in letzter Zeit aufgekommen zu sein. Es heisst, gerade um die Vorlage populär zu machen, sei es wünschbar, auch nach unten mehr zu belasten. Man ist so immer weitergegangen, und wir haben gestern auch bei der Begründung des Antrags Keller auf Erhebung einer Kopfsteuer die Behauptung gehört, es werde in weiten Volkskreisen gewünscht, dass jedermann etwas beitrage. Der Antrag Keller ist nun ja zurückgezogen. Aber ich möchte doch betonen, dass das Beantragte eine vollständige Denaturierung der Kriegssteuer wäre, wie sie ursprünglich von den Schöpfern der Vorlage gedacht

war; eine allgemeine Volkssteuer würde geschaffen, an die anfänglich gar niemand gedacht hat. Wenn man nun gar damit rechnet, mit einer weiteren Belastung nach unten würde die Vorlage volkstümlicher, so fürchte ich sehr, diese Rechnung könnte ohne den Wirt gemacht sein, und wir könnten, namentlich wenn wir zur Kopfsteuer übergehen, im Monat Mai eine schwere Enttäuschung erleben. Ich möchte vor solchen Versuchen warnen.

Herr Wettstein hat gestern von Ochlokratie gesprochen. Einem solchen Gedanken möchte ich gewiss auch nicht Vorschub leisten. Es wäre für mich in höchstem Masse anstössig, wenn man die Kriegssteuer mit Berechnung so konstruieren wollte, dass ein grosser Haufe von Freiausgehenden einem kleinen Häuflein von solchen, die schwer getroffen werden, das Gesetz machen, und dass dann dieses kleine Häuflein der Wohlhabenden rücksichtslos und erbarmungslos geschöpft werden möge durch den grossen Haufen der Freiausgehenden. Aber es muss nun doch gesagt werden, dass wir von diesem «ochlokratischen» Anklang mit der Entwicklung, die sich hier gemacht hat, schon jetzt recht weit abgerückt sind. Nach den Berechnungen, die unser Experte, Herr Prof. Steiger, angestellt hat und die den Mitgliedern der Kommission zugestellt worden sind, würde doch mindestens ein Drittel aller kantonalen Steuerzahler durch die Kriegssteuer getroffen. Das Kontingent der kantonalen Steuerzahler wird sich ja nicht ohne weiteres decken mit der Masse der stimmfähigen Bürger. Es gibt mehr Steuerzahlende als stimmfähige Bürger. Allein man wird doch vielleicht das Verhältnis von einem Drittel auch hier anwenden können und dann hätten wir das Verhältnis, dass von ungefähr 900,000 Stimmfähigen ungefähr 300,000 durch die Kriegssteuer getroffen werden. Das ist nun schon nicht mehr ein kleiner Haufe. Nachdem das so ist, dürfen wir füglich den Gedanken der Opfergabe der Wohlhabenden, soweit er in dem heute vorliegenden Entwurfe noch durchgeführt ist, aufrecht erhalten. Wenn wir ihn aber festhalten, ist es konsequent, dass wir dem Antrag Steiger Folge geben. Denn um die Opfergabe eines Wohlhabenden wird es sich bei einem Mann, der über Fr. 2500 Einkommen verfügt und damit eine grössere Familie zu ernähren hat, nicht mehr handeln. Es ist schon gesagt worden und muss immer und immer wiederholt werden: es handelt sich bei der Kriegssteuer bloss um die Deckung von etwa einem Fünftel der Kriegskosten. Es bleiben vier Fünftel später zu decken und da wird die grosse Masse der Besitzlosen noch reichlich in Anspruch genommen werden.

Ich wiederhole also: Ich möchte Ihnen den Antrag Steiger sehr zur Annahme empfehlen.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Ich möchte vorerst etwas vorausschicken. Gestern hat Herr Ständerat Legler gerügt, dass die Tabellen des Herrn Steiger nicht an Sie gelangt sind. Ich nahm in meinem Referate an, das sei geschehen. Doch Herr Bundespräsident hat mir das gleiche erklärt; er sei auch der Ansicht gewesen, sie seien verteilt worden. Es ist nun Anordnung getroffen, dass Sie diese Broschüre noch bekommen.

Zur Sache selber bemerke ich was folgt: Der Antrag Steiger teilt sich in zwei Teile. Wie er selber richtig hervorgehoben hat, ist der erste Teil identisch mit dem Vorschlage der Kommission. Er betrifft also Witwen ohne Erwerb mit Kindern, und darüber ist ja nichts mehr zu sagen.

Was den zweiten Teil betrifft, so zieht er den Kreis weiter. Er will Familien kinderreicher Art berücksichtigen. Herr Steiger hat den Antrag schon in der Kommission gestellt und der Antrag ist dort abgelehnt worden. Der Antrag hat aber seither eine Verbesserung erfahren. Er war damals von Herrn Steiger etwas in der Eile redigiert worden und so gefasst, dass die Abgrenzung fehlte. Jetzt hat Herr Steiger eine, ich muss es gestehen, annehmbare und massvolle Form für die Idee gefunden, so dass sich dagegen wenig mehr einwenden lässt. Er sagt: es müssen wenigstens vier Kinder da sein. Der Fall wird also kein so häufiger sein. Auf alle Fälle ist er genau abgegrenzt. Man hat eine bestimmte Zahl: entweder 4 oder mehr, so dass nicht die Gefahr besteht, dass die Grenze von den Steuerorganen nach Willkür gezogen werde. Die Idee selber tritt einem menschlich so nahe, dass ich als Präsident der Kommission den Widerstand dagegen aufhebe, und wenn von seiten der Kommission nicht Einspruch erfolgt, so würde ich annehmen, dass die Kommission meine Meinung teilt und also den Antrag Steiger annimmt.

M. Lachenal: Je remercie M. le président de la commission qui s'est rallié à la proposition de M. Steiger dans la forme précise qu'elle revêt aujourd'hui et qui est de nature à lever tous les scrupules. Il faut reconnaître qu'elle répond à une idée de justice et d'équité. De même que la veuve, il faut dégrever le père de famille chargé de quatre jeunes enfants et dont le produit du travail n'atteint pas fr. 2500 de l'impôt de guerre, même unique et occasionnel. Cette proposition rentre bien dans le caractère de la loi, sur lequel on ne saurait trop insister et qui est d'atteindre la classe aisée. Cet amendement sera d'un heureux effet et contribuera à rallier l'opinion publique à la loi. C'est de bonne politique au meilleur sens du mot. Et l'on peut être certain que le Conseil national nous suivra à cet égard.

Scherrer (St. Gallen): Nur ganz wenige Worte. Ich hätte meinerseits eigentlich die Pflicht gehabt, den Antrag zu stellen, dass man beim Einkommen allgemein auf den Ansatz von 3000 Fr. gehe, jenen Ansatz, der seinerzeit in den Entwurf aufgenommen war, den man dann aber auf 2500 Fr. heruntersetzt hat. Wenn man den Grundsatz aufstellt, dass diese Steuer nur diejenigen Personen treffen soll, die sich in geordneten Verhältnissen befinden, so wäre diese Grenze von 3000 Fr. zweifellos die richtigere und dem Prinzip des Artikels entsprechendere als der Ansatz von 2500 Fr. Ich unterlasse es nur deshalb, diesen Antrag zu stellen, weil ich einerseits das Gefühl habe — ich habe es schon in der Kommission

erhalten und auch hier im Rat — dass er keinen Erfolg hätte, und ich möchte Sie nicht mit einer Sache belästigen, die Ihnen nicht beliebt.

Aber ich möchte nun um so mehr und um so lebhafter den Antrag unterstützen, der von Herrn Steiger gestellt worden ist. Ich danke dem Herrn Präsidenten der Kommission, dass er seinerseits dem Antrag zustimmen kann. Ich will nicht verhehlen, dass er eine ausserordentlich homöopathische Lösung der Frage ist und dass sich deshalb wohl niemand in diesem Saale befindet, der nicht mit gutem Gewissen dem Antrage des Herrn Steiger zustimmen kann. Er wird dem Ertragnis der Steuer sozusagen keinen Eintrag tun. Die Differenz wird so unbedeutend sein, dass sie nicht in Betracht fällt. Der Antrag zeigt mehr den guten Willen, den Begehren, die nach dieser Richtung von der Linken gestellt worden sind, ein wenig entgegenzukommen. Ich zweifle meinerseits allerdings nicht, dass im Nationalrat der weitergehende Antrag, auf 3000 Fr. zu gehen, mit guten Gründen wieder verfochten werden wird.

Nun möchte ich mich aber bestimmt gegen den Antrag wenden, beim Vermögen auf 5000 Fr. hinunterzugehen. Das darf nicht sein. Das wäre, wie schon von einem der Herren Vorredner gesagt worden ist, ein vollständiges Abweichen von dem Prinzip, das der ganzen Vorlage zugrunde liegt. Auf dem Grundsatz, dass der Besitz diese Steuer zahlen soll, beruht ja die Entlastung nach unten und die starke Progression nach oben, und wir verletzen ihn nach der einen Seite, wenn wir so weit hinuntergehen. Man ist von den 30,000 Fr., die zuerst angesetzt waren, auf 20,000 gegangen und dann von 20,000 auf 10,000 und nun will man noch von den 10,000 auf 5000 hinuntergehen. Die Steigerung nach oben in dem Masse, wie sie vorgesehen ist, wäre dann auch nicht mehr zulässig. Sie nähern sich dann der ordentlichen Steuergesetzgebung, wie sie etwa in den Kantonen für bleibende Steuern besteht, und die Folge ist, dass Sie den Verfassungsartikel in seinen ganzen Grundlagern abändern müssen. Das darf nach meiner Ueberzeugung nicht sein.

Nun will ich noch einen Punkt, der schon erwähnt worden ist, noch einmal schärfer hervorheben. Man beurteilt die Vorlage unrichtig, wenn man sie für sich allein nimmt und nicht in Betracht zieht, dass sie ja nur einen kleinen Teil der Kostendeckung bringt und dass die übrigen vier Fünftel sonstwie zu decken sind, dass es nur eine einmalige Steuer ist, während die übrigen vier Fünftel der Kosten durch bleibende indirekte Steuern gedeckt werden. Die Leute, die jetzt befreit werden bis auf 10,000 Fr. Vermögen und 2500 Fr. Erwerb, kommen dann an die Reihe, sobald die indirekten Steuern beschlossen sind, und sie kommen an die Reihe nicht bloss ein einziges Mal, sondern bleibend, durch eine indirekte Steuer, die eine dauernde Einrichtung wird in dieser oder jener Form und die die untern Klassen mehr belastet als die obern. Ich bitte Sie, das nicht zu vergessen und nicht die ganze Grundlage der Steuer zu zerstören. Es würde zu grossen Diskussionen führen, wenn Sie unter den Satz von 10,000 Fr. hinuntergingen. Es wäre im Prinzip eine durchaus falsche Lösung.

Darum bitte ich Sie, der Versuchung zu widerstehen, im Sinne weiterer Belastung nach unten von der wohlherwogenen Vorlage abzuweichen.

M. le président de la Confédération **Motta**: Permettez-moi encore une explication au sujet du rapport financier demandé par le département des finances à son expert, M. le professeur Steiger, et dont la distribution n'a pas été faite d'une manière générale. M. le président de la commission vient de vous dire qu'il avait cru — et j'avais cru un instant avec lui — que ce rapport avait été distribué à tous les membres du conseil. J'ai pris hier des informations et j'ai constaté malheureusement que sur l'édition d'environ 250 exemplaires que nous avons fait tirer de ce rapport il n'y en a plus actuellement au département des finances que 80 exemplaires environ. Les membres de vos commissions parlementaires, soit du Conseil national soit du Conseil des Etats, ont reçu ce rapport. A l'origine, nous n'avions pas l'intention de le faire distribuer d'une manière générale et immédiate, car, ainsi que nous l'avons déclaré dans le message, nous ne voulions pas donner un caractère officiel à ce rapport financier qui, à cause de l'imperfection naturelle des données statistiques recueillies, ne peut être autre chose qu'un calcul absolument approximatif, très approximatif même, sur le rendement probable de l'impôt de guerre. Cependant, comme il en existe encore 80 exemplaires au département des finances, ceux d'entre vous qui désirent en prendre connaissance pourront en obtenir un exemplaire au département des finances. Voilà, Messieurs, pour cette question de pure procédure.

En ce qui concerne la question soulevée par l'honorable M. Steiger, je puis quant à moi — non pas au nom du Conseil fédéral que je n'ai pu consulter, n'ayant pas eu connaissance de la proposition que M. Steiger avait l'intention de présenter — je puis déclarer en mon nom personnel, que la commission s'étant ralliée à cette proposition, je n'y fais pas non plus opposition. J'avoue, Messieurs, que la portée financière de cet amendement n'est certainement pas considérable. Je reconnais très facilement qu'elle s'inspire d'une idée de justice et surtout qu'elle est vraiment limitée dans ses conséquences et n'offrira aucun danger dans son application pratique. Ce qui me détermine à l'accepter, c'est surtout le fait qu'elle montre à la classe ouvrière et à ses représentants que nous sommes disposés dans toute la mesure possible et partout où nous pouvons le faire, à tenir compte de ses desiderata et j'espère que cette attitude de la commission et du représentant du Conseil fédéral, sera interprétée comme un acte de bienveillance par les représentants de cette classe (j'entends par là ceux qui sont censés en représenter plus spécialement l'opinion, puisque chacun représente ici tout le peuple). Cependant je tire de cette attitude une autre conséquence et je supplie le Conseil de ne pas adhérer à la proposition de M. Leumann et de ne pas consommer cette rupture avec le principe fondamental du projet du Conseil fédéral et de la commission. La proposition de M. Leumann se rapproche, quant au fond, d'une manière très sensible des propositions de MM. Robert et Keller. M. Robert n'a pas encore retiré la sienne et vous ne vous êtes pas encore prononcé sur la question de fond. Je ne sais, Messieurs, quelle sera votre attitude sur ce point. Quant à M. Keller, il a interprété votre vote d'hier sur la motion d'ordre comme un rejet du fond même de sa proposition et

il a jugé plus habile de se rallier à celle de M. Leumann. Mais permettez-moi de vous rappeler que le Conseil fédéral, dans son message concernant le budget de 1915, considère l'impôt de guerre comme un moyen de faire face aux futurs besoins financiers de la Confédération. Il n'a pas donné à l'impôt de guerre le caractère d'une mesure exclusive ou prédominante, mais il a considéré l'impôt de guerre comme un appel fait aux classes privilégiées par leur situation de fortune, aux classes possédantes. Fidèle à ce point de vue, le Conseil fédéral, dans son projet primitif ou plutôt dans les instructions qu'il avait données à son département des finances, s'était arrêté à l'idée d'un impôt sur la fortune qui n'aurait frappé que les fortunes dépassant 30,000 frs. L'examen détaillé des statistiques des cantons a démontré plus tard au Conseil fédéral la nécessité de descendre jusqu'à 20,000 frs. La question ayant été posée à la commission ou plutôt à la conférence des directeurs cantonaux, un examen encore plus approfondi de la situation et des conditions de la fortune en Suisse a démontré la nécessité de descendre jusqu'à 10,000 frs. et ceci à mon corps défendant, je dois le dire très franchement, parce que je pensais que cet abaissement progressif des limites de la fortune imposable m'éloignait toujours davantage de la première conception. Nous avons donc accepté la limite de 10,000 frs. Mais il y a plus. Dans cette même conférence, à mon grand étonnement d'ailleurs, le directeur des finances cantonales de Zurich et représentant du parti socialiste, qui se trouvait en désaccord complet avec tous ses corréligionnaires, a proposé d'abaisser la limite à 5000 frs. Présidant cette conférence, je provoquai un vote explicite sur cette question et, à une grande majorité, si je ne me trompe par 20 voix contre 2 ou 3, la conférence des directeurs des finances cantonales se prononça contre la limite de 5000 frs. Deux conceptions absolument différentes sont en présence: la conception défendue par M. Leumann, celle de MM. Keller et Robert, lesquels veulent créer un impôt ordinaire, un impôt populaire, si vous voulez, frappant toutes les sphères de notre population, pour ainsi dire tous les citoyens. L'autre conception, celle du Conseil fédéral et celle de la commission, consiste à créer un impôt que je me permettrai d'appeler social, c'est-à-dire un impôt qui ne frappe que ceux qui peuvent supporter sans trop d'efforts la charge qu'on leur impose. L'impôt social, dans le sens véritable du mot, aurait conduit à maintenir une limite supérieure à 10,000 frs. pour la fortune. Mais nous avons fait une transaction entre ces deux conceptions différentes, impôt populaire d'un côté, impôt social de l'autre. Il est dangereux de vouloir opposer ces termes: social et populaire. Ces choses doivent être traitées avec le plus grand doigté possible, avec le plus grand souci de justice pour ne pas susciter des conceptions erronées la démocratie et le sens social ne devant pas être deux termes inconciliables. Je m'efforce donc de concilier dans toute la mesure possible ces termes. En descendant au-dessous de la limite de 10,000 frs., vous aurez contre vous les classes ouvrières; les classes agricoles peut-être seront pour vous, car je sais qu'un impôt perçu sur un capital inférieur à 10,000 frs. et qui descendrait jusqu'à 5000 frs. y a une certaine popularité, je le tiens de déclarations qui m'ont été faites par les représentants autorisés du groupe agricole; mais je

sais, d'autre part, que les r représentants des partis ouvriers, disons plus exactement les classes ouvrières, avaient espéré une limite supérieure à la limite de 10,000 frs. Si donc vous rompez le compromis qui rentre dans l'évolution de la procédure de ces faits, vous risquez de troubler cette concorde et cette union, absolument nécessaires pour la réussite du projet et pour laquelle je prie ceux d'entre vous qui auraient d'autres conceptions que le Conseil fédéral de faire un sacrifice intelligent, afin, permettez-moi de le dire, de maintenir ce que j'appellerai — ce n'est pas un mot excessif — l'union sacrée des partis et du peuple autour de l'impôt de guerre.

Kunz: Ich habe in meinem gestrigen Votum darauf aufmerksam gemacht, dass Zweifel darüber bestehen, ob der Begriff Erwerb, wie er im gewöhnlichen Sinne angewendet wird, auf Pensionen usw. auch ohne weiteres anwendbar sei, und die Anregung gemacht, ob nicht eine nähere Begriffsbestimmung dieses Terminus schon im Verfassungsartikel aufzunehmen sei. Ich habe mir auch vorbehalten, diesbezüglich einen Antrag zu stellen, will nun aber gleich erklären, dass ich darauf verzichte, nicht deswegen, weil die Antwort des Herrn Berichterstatters meine Bedenken vollständig zerstreut hätte, sondern weil ich glaube, aus seinem Votum herauslesen zu sollen, dass man möglichst wenig Abänderungsanträge stellen und den Verfassungsartikel, so wie er vorliegt, annehmen solle. Immerhin muss ich mir mit Rücksicht auf das stenographische Protokoll eine kurze Erwiderung gestatten.

Herr Isler hat mich auf Art. 10, Al. 3, verwiesen und gesagt, auf die Bedenken, die ich geäußert hätte, sei dort die vollständige Antwort erteilt. Nun sagt dieses Alinea 3 einfach folgendes: «Zum steuerbaren Erwerb gehören auch Pensionen, Gratifikationen, Remunerationen und Tantiemen, wie auch der Wert der Naturalverpflegung und der freien Wohnung.» Ich vermag nicht einzusehen, wie in dieser Bestimmung die Bedenken erledigt sind, die ich geltend gemacht habe. Ich habe darauf hingewiesen, dass, wenn der Begriff Erwerb auf Pensionen nicht anwendbar ist, die Gefahr besteht, dass bei deren Heranziehung zu Steuern der Einwand der Nichtverfassungsmässigkeit erhoben wird, weil im Verfassungsartikel selbst die Grundlage einer derartigen Besteuerung nicht geschaffen ist, und ich halte nach wie vor an der Auffassung fest, dass ein Pensions- oder Renteneinkommen, jedenfalls das letztere, nicht schlechthin unter den Begriff Erwerb zu subsumieren ist.

Auch die Ausführungen des Herrn Bundesrat haben mich nicht überzeugt, wenn er mit dem französischen Texte argumentiert: le produit du travail. Das produit du travail kann herangezogen werden zur Begründung, wenn es sich um Unfallrenten handelt. Ich will ohne weiteres zugeben, dass die Unfallrente nicht anderes ist als eine Fortsetzung des Erwerbseinkommens. Aber wenn es sich um eine Kapitalrente handelt, wenn ich 10,000 oder 20,000 Franken statt sie in die Ersparniskasse zu legen, der Rentenanstalt übergebe und mir dadurch ein jährliches Einkommen sichere, so ist das kein Erwerb und man wird Mühe haben, derartige Pensions-einkommen unter den Begriff Erwerb zu subsumieren.

Die Frage hat vielleicht eine grössere Tragweite, als man ihr beilegen möchte. Ich verweise auf die zahlreichen pensionierten Beamten und Angestellten der Eisenbahnen. Und so hätte mir geschienen, wenn durch einen Artikel oder durch eine nähere Begriffsbestimmung im Verfassungsartikel alle diese Bedenken ausgeschaltet worden wären, so könnte das dem Verfassungsartikel keinen Eintrag und keinen Schaden tun. Der Herr Präsident ist ja ein grosser Jurist und wenn er glaubt, dass das, was hier aufgenommen ist, genügt, so kann ich mich auch damit zufrieden geben. Aber ich war es mir schuldig, doch noch diese Erklärung beizufügen.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Ich ergreife gern das Wort, nachdem mich Herr Kunz auf diese Weise interpelliert hat, weil er in der Tat einen Punkt berührte, der für die zukünftige Handhabung des Verfassungsartikels von grosser Wichtigkeit ist und deshalb erläutert werden soll. Ich meine die Stellung unseres Bundesgerichtes zu diesem Verfassungsartikel und hiernach zu der Ausführungsverordnung. Herr Kunz hat gesagt: Wenn in der Verfassung nicht steht, dass Pensionen und Renten als Erwerb zu behandeln sind, so wird man nachher von Verfassungsverletzungen reden, wenn man Pensionen und Renten in den Erwerb einbegreift. Er meint offenbar damit, das Bundesgericht könne mit einem staatsrechtlichen Rekurs behelligt werden und dann unabhängig von uns und unserer Meinung in Auslegung des Verfassungsartikels erklären, die Renten, die Pensionen gehören in den Erwerb oder sie gehören nicht hinein. Ich bin nicht der Ansicht, dass das der Lauf der Dinge sein wird. Das Bundesgericht ist berufen, Verletzungen von Verfassungsartikeln, die einem Bürger des Landes angetan werden, abzuwehren, darüber zu befinden und zu urteilen. Das ist geboten. Aber eine andere Vorschrift der Bundesverfassung bestimmt, dass hierbei das Bundesgericht an die allgemeinen Erlasse und Beschlüsse der Bundesversammlung gebunden ist. Das Bundesgericht befindet sich also, sobald es sich um einen eidgenössischen Erlass handelt, in einer ganz andern Stellung, als wenn es einen kantonalen Erlass betrifft. In der Bundesverfassung ist ein Vorbehalt zugunsten der kantonalen Behörden und ihrer Erlasse nirgends gemacht. Da urteilt das Bundesgericht frei und ist von der Bundesverfassung berufen, dies zu tun. Auf eidgenössischem Boden kann es das nicht, sondern es ist an die allgemeinen Beschlüsse der Bundesversammlung gebunden.

Nun stellen wir in dem Verfassungsartikel die Norm auf, dass der Vollzug des Verfassungsartikels und natürlich auch dessen Auslegung, soweit sie beim Vollzug nötig ist, Sache der Bundesversammlung sei und von der Bundesversammlung durch eine besondere Schlussnahme gehandhabt werden solle. Wir haben ja bereits einen solchen Entwurf vor uns, eben denjenigen, von dem Herr Kunz gesprochen hat. Wenn nun in diesem Entwurfe die Bundesversammlung sagt, zum Erwerb sind Pensionen und Leibrenten zu rechnen, so ist damit die Frage entschieden, und es wird nicht angehen, dass das Bundesgericht in Abweichung von der Bundesversammlung erklärt, es erkenne nicht an, was in

Bern gegangen ist, sondern spreche in Lausanne das Recht, das darüber gelten soll. Damit kämen wir* in das amerikanische System hinein, wovon man ja auch sprechen kann — ich habe auch schon hier davon gesprochen, aber ich bin in der Minderheit geblieben. Wir haben dieses System nicht und deshalb wird davon nicht die Rede sein können.

Nur in etwas wird das Bundesgericht als Organismus in dieser Sache drin tätig sein, und das betrifft die Frage der Doppelbesteuerung. Wir werden nämlich auch hier Fragen der Doppelbesteuerung haben, wo wir ein eidgenössisches Gesetz erlassen. Denn die Kantone sind an der Steuer mitbeteiligt und unter Umständen können Reibungen, Konflikte zwischen den Kantonen und auch zwischen den Kantonen und dem einzelnen Bürger eintreten, die sich auf die Frage beziehen, wo und, wenn der Ort entschieden ist, in welchem Umfange der und der Gegenstand oder der und der Erwerb zu versteuern ist. Davon hängt es dann ab, ob dem Kanton A oder dem Kanton B die Steuer zugeteilt wird oder ob sie repartiert wird. Wir haben also für diese Beziehungen die bekannten Kontroversen von Doppelbesteuerung. Dafür ist das Bundesgericht die Instanz, dagegen ist es nicht dazu berufen, zu untersuchen und zu entscheiden, ob die eidgenössischen Räte mit Grund oder Ungrund etwas in die Erwerbssteuer eingeteilt haben oder nicht.

Ich glaube, ich habe nun Herrn Kunz aufgeklärt und beruhigt.

Präsident: Die Diskussion ist geschlossen: Wir schreiten zur Bereinigung des Absatz 2. Dieser Absatz enthält vier Bestimmungen, ausgedrückt in vier Sätzen. Ich werde zur Vereinfachung des Verfahrens die Bereinigung Satz für Satz vornehmen lassen und setze dabei Ihr Einverständnis voraus.

Der erste Satz, lautend: «Die natürlichen Personen haben diese Steuer zu entrichten auf ihrem Vermögen und ihrem Erwerb» ist nicht angefochten, ich erkläre ihn als angenommen.

Der zweite Satz lautet: «Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das zehntausend Franken, und bei einem Erwerb, der zweitausend-fünfhundert Franken übersteigt.»

Hierzu liegen zwei Abänderungsanträge vor, einmal der Antrag des Herrn Robert, der lautet: «Die Steuerpflicht wird geschuldet von jeglichem Vermögen und von jedem Erwerb, der 2500 Fr. übersteigt. Immerhin dürfen in bezug auf die erstgenannte Steuer, insofern das Vermögen 10,000 Fr. nicht übersteigt, keine zwangsweisen Eintreibungen stattfinden». Herr Leumann beantragt, den zweiten Satz folgendermassen zu fassen: «Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögen, das 5000 Fr. usw. übersteigt» und dann eine entsprechende Aenderung der Beilage, der Tabelle, deren untere Zifferreihe entsprechend abgeändert lauten würde: Klasse 1 Vermögen von über Fr. 5000 (statt Fr. 10,000) bis zu Fr. 10000 (statt Fr. 15000) Steuersatz pro Mille 1, Steuerbetrag Fr. 5 (statt Fr. 10.)

Abstimmung. — Votation.

Eventuell:

Für den Antrag Robert	16 Stimmen
» » » Leumann	18 »

Definitiv:

Für den Kommissionsantrag	28 Stimmen
» » Antrag Leumann	9 »

Präsident: Satz 3 lautet: «Für Witwen ohne Erwerb mit Kindern kann das steuerfreie Vermögen erhöht werden.» Hierzu liegen folgende Anträge vor. Herr Wettstein beantragt, diesen Passus zu ersetzen durch den Wortlaut der bundesrätlichen Vorlage: «Für Witwen und Waisen kann das steuerfreie Vermögen erhöht werden.»

Herr Steiger stellt den Zusatzantrag: «Für Witwen» usw. (je nach der Fassung, die dann definitiv angenommen wird) und für Familien ohne Vermögen mit 4 oder mehr Kindern unter 16 Jahren kann der steuerfreie Erwerb erhöht werden.»

Der Antrag des Herrn Steiger ist vom Kommissionspräsidenten angenommen worden; er ist weder von einem Mitglied der Kommission noch von einem Mitglied des Rates angefochten worden; ich halte daher diesen Antrag für angenommen.

Abstimmung. — Votation.

Für den Antrag der Kommission	30 Stimmen
» » » Wettstein	4 »

Präsident: Der vierte Satz lautend: «Der Steuersatz ist progressiv und steigt in Klassen von eins bis fünfzehn vom Tausend des Reinvermögens und von einhalb bis acht vom Hundert des Reinerwerbs, nach Massgabe der diesem Beschlusse beigefügten Tabellen» ist von keiner Seite angefochten worden; ich erkläre ihn deshalb für angenommen. Damit ist dieser Absatz bereinigt.

Absatz 3.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Ich muss hier mit einem Punkte beginnen, der im Texte des Verfassungsartikels selber nicht zum Ausdruck kommt, aber stillschweigend darin enthalten ist und eine Frage von Wichtigkeit betrifft. Wir haben bisher die natürlichen Personen, also die physischen Personen behandelt und gehen jetzt über zu den juristischen Personen, zunächst den Aktiengesellschaften und den Kommanditaktiengesellschaften, dann zu den Genossenschaften und endlich zu den übrigen juristischen Personen, Gemeinden usw.

Nun stehen zwischen den natürlichen Personen und den juristischen in der Mitte gewisse Per-

sonalverbände, speziell kommerzieller Natur, vor allem die Kollektivgesellschaften und die Kommanditgesellschaften, dann aber auch die Gemeinderschaften, wie wir sie nach dem neuen Zivilrecht haben. Von denen ist hier nicht ausdrücklich die Rede. Aber stillschweigend sind sie auch verstanden, jedoch nicht unter dem Artikel, zu dessen Beratung wir übergegangen sind, sondern unter dem Artikel, den wir erledigt haben, demjenigen von den natürlichen Personen. Die Kollektivgesellschaften wie die Kommanditgesellschaften und die Gemeinderschaften stellen nach Steuerrecht keine eigene Persönlichkeit dar, sondern eine Vereinigung mehrerer Personen, wie beim Miteigentum überhaupt. Die Meinung des Verfassungsartikels ist die und es wird auch die Meinung des Vollzugsbeschlusses sein, dass die Kollektivgesellschaften usw., also diese Vereinigungen, die ich genannt hatte, wie physische Personen besteuert werden, und zwar nicht als eigene Persönlichkeiten, sondern in den Teilhabern. Es hat also jeder Teilhaber eine Quote der Steuer zu bezahlen, aber nur diese Quote, nicht wie bei den Aktiengesellschaften noch eine Extrasteuer für seine Person, so dass er von seinem kommerziellen Gewerbefonds zweimal Steuer zu bezahlen hätte. Von dem ist keine Rede. Es ergibt sich das daraus, dass man von den Kollektivgesellschaften gar nicht besonders spricht und sie unter den juristischen Personen nicht aufführt und ja auch nach der Doktrin nicht aufführen könnte. Ich wollte das besonders hervorheben, weil schon da und dort danach gefragt worden ist und wir auch in der Kommission länger darüber gesprochen haben. Man wird sich dann bei der Vollziehung darüber zu verständigen haben, ob die Steuer kollektiv an dem Ort des Geschäftes oder bei den einzelnen Teilhabern an ihrem Wohnort erhoben werden soll.

Ich komme nun zu einem zweiten Punkt, der eigentlich auch nur stillschweigend geordnet ist, ich meine zu der Frage der Besteuerung der Aktionäre; die Frage der Besteuerung der Aktiengesellschaften ist ja ausdrücklich geregelt. Der Verfassungsartikel, sowie der Vollziehungsbeschluss, beruht auf der Grundlage, dass neben der Besteuerung der Aktiengesellschaften auch eine Besteuerung der Aktien in den Händen der Aktionäre stattzufinden habe. Wenn man das nicht wollte, müsste man es sagen. Wenn man es will, wie es die Meinung der Kommission ist, so braucht es im Verfassungsartikel nicht besonders gesagt zu werden. Und wir werden wahrscheinlich wie schon in der Kommission einen Antrag erhalten, man solle ausdrücklich sagen, dass der Aktionär nicht mehr Steuer zu bezahlen habe, wenn die Aktiengesellschaft sie bezahlt hat.

Ueber die Frage der sogen. Doppelbesteuerung der Aktionäre ist in der Kommission lange gesprochen worden und es sind verschiedene Male Anträge gekommen und abgewiesen worden, so dass es natürlich notwendig ist, dass wir heute auch davon sprechen. Aber lange will ich Sie damit nicht aufhalten.

Die Frage, ob man den Aktionär neben der Aktiengesellschaft besteuern kann, ist gelöst. Wir haben ja längst Urteile des Bundesgerichtes darüber, dass es sich um verschiedene Steuerträger handelt.

Die Aktiengesellschaft ist ein Steuerträger und der Aktionär ist ein Steuerträger, die miteinander nicht identisch sind. Auch das Steuerobjekt ist nicht dasselbe, wenn man die Sache wenigstens theoretisch betrachtet. Etwas anderes ist es mit der praktischen Betrachtung. Praktisch muss man, wie bei allen Theorien auch hier sagen: sie ist grau. In der Praxis kommt es doch darauf hinaus, dass zweimal dasselbe versteuert wird. Dagegen hat man auch das Gefühl, dass bei den einzelnen Aktien diese Besteuerung für den Aktionär nichts Unerhörtes sei, sondern sich ertragen und verdauen lasse. Ich gehöre einem Kanton an, wo man bis vor etwa drei Jahren auch nur die einmalige Besteuerung hatte. Man besteuerte nur die Aktiengesellschaft, die Aktionäre nicht. Jetzt haben wir die zweite Besteuerung auch. Das Evangelium, dass es gehe, ist ja seinerzeit aus Basel gekommen (Heiterkeit) und von unseren Finanzdirektoren mit Jubel empfangen worden und man hat es sehr begrüsst, dass es die Sanktion des Bundesgerichtes erhielt. Ich glaube nicht, dass unsere Volkswirtschaft unter dieser Doppelbesteuerung besonders leidet, denn immer war es doch so: die ausserkantonalen Aktien wurden besteuert, nur die im betreffenden Kanton nicht. Schon in einem grösseren Teile der Schweiz werden die Aktionäre neben der Gesellschaft besteuert; aber keiner der Kantone, die die Aktionäre nicht besteuern, hat versäumt, die von ausserhalb seiner Grenzpfähle herrührenden Aktien zu besteuern, weil sonst der Ausfall ihm zu gross würde. Und nun wenn wir an eine eidgenössische Steuer gehen, an einen eidgenössischen Steuerbezug, so können wir doch nicht die Aktionäre der Aktiengesellschaften, die sich zufällig in dem Kanton befinden, wo die Steuer erhoben wird, als steuerfrei erklären, dagegen die Aktionäre der Aktiengesellschaften, die sich jenseits der kantonalen Grenze befinden, für ihre Aktien besteuern. Das würde ja nicht gehen. Dazu kommt dann noch, dass man die ausländischen Aktien auch besteuern muss — ich meine diejenigen von Aktionären, die in der Schweiz wohnen — sonst bekäme man auch da wieder eine ganz grundlose Steuerfreiheit. So blieb schon dem Experten der die Sache entworfen hat und dabei ja seiner Lieblingsidee folgen konnte, aber auch uns ändern, die wir in die Idee nicht gerade verliebt sind, nichts übrig, als auch zuzugreifen, zumal diese Steuer nur ein einmaliger, nicht ein sich wiederholender Akt ist. Dagegen fanden wir mit dem Experten dann auch richtig, dem Umstande, dass — ich habe ja schon vorhin gesagt, nicht nach der Theorie, aber nach der Praxis — doch eine gewisse Doppelbesteuerung vorliegt und dass diese in den Kantonen, wo das alte System noch besteht, von der Bevölkerung zweifellos empfunden wird (es geht ja mit allem Neuen so, bis man sich daran gewöhnt hat), in der Weise etwas Rechnung zu tragen und Oel auf die Wogen auszugliessen, dass die Aktiengesellschaften nicht in derselben Höhe besteuert werden sollen wie die physischen Personen, nicht mit einer so grossen Progression. Der Steuersatz beleibt also ziemlich niedriger als bei den physischen Personen. Das ist dargestellt durch die 10 vom 1000 des einbezahlten Aktienkapitals und der Reserven, und den weiteren Masstab für die Schaffung der Limite,

dass die Dividende das Massgebende sein soll. Wer viel Dividende bezahlt, ist gut dran und kann ruhig den höheren Satz bezahlen, wer eine kleinere bezahlt, kommt in eine niedrigere Stufe und wer gar keine zahlt, muss in die unterste Stufe genommen werden. Dabei wird man ein Mittel der Dividende von 3 Jahren annehmen und insbesondere auch das Jahr 1914 mitrechnen, so dass auch hier die Ausserordentlichkeit der Verhältnisse und das Nachgeben der Werte genug berücksichtigt wird. Denn im Jahre 1914 müssen ja viele Gesellschaften mit der Dividende zurückgehen und das kommt dann billig und recht zum Ausdruck darin, dass man bei der Abstufung des Satzes die Dividende zum massgebenden Faktor nimmt.

Es ist dann noch davon zu reden, dass man auch das nichteinbezahlte Aktienkapital mithineinnimmt. Ich glaube, an sich ist dagegen nichts einzuwenden. Diese Nichteinzahlung des Aktienkapitals erfolgt aus Zweckmässigkeitsgründen. Aber in der Bilanz steht das Aktienkapital und bildet mit die Grundlage des Unternehmens und die Garantie nach aussen. Es hat also darin die gleiche Funktion wie das einbezahlte Aktienkapital und man macht im allgemeinen die Wahrnehmung, dass die Gesellschaften, bei denen bloss teilweise Einzahlung des Aktienkapitals für längere Zeit erfolgt, gerade ihrer guten Verhältnisse und ihres erfolgreichen Betriebes wegen die Volleinzahlung des Kapitals nicht nötig haben. Es sind das insbesondere die Versicherungsgesellschaften, grosse Gesellschaften, die sehr gut marschieren. Deshalb rechtfertigt es sich, in einigem Masse auch dieses nicht einbezahlte Aktienkapital zu besteuern. In welchem Masse das geschehen soll, darüber kann man auseinandergesprochen. Es lag erst ein kleinerer Satz vor, als er jetzt beschlossen ist. Aber ein Vertreter aus einer unserer kommerziellen Metropolen hat gefunden, dass man ruhig auf 1—5 vom 1000 gehen könnte, das heisst auf die Hälfte der Steuer des einbezahlten Kapitals, und wir sind ihm gefolgt. Ich habe keinen Anlass, meinerseits heute einen andern Standpunkt einzunehmen und beantrage Ihnen, den ganzen Abschnitt 3 anzunehmen, wie er lautet.

Noch ein Wort über die vielen, ich muss sagen leider vielen Gesellschaften, die an ihrer Existenz laborieren und gar keine Dividenden bezahlen. Es mag der einen oder andern dieser Gesellschaften schwer fallen, überhaupt von der Steuer nur zu hören. Aber man soll nicht vergessen, dass für alle diese Gesellschaften der unterste Satz Anwendung findet, von 1 vom Tausend des Aktienkapitals und des Reservefonds und dieser Satz wird sie für eine einmalige Steuer einmal nicht schwer treffen. Eine gewisse Kategorie von solchen Gesellschaften, die speziell dem öffentlichen Dienste sich widmen und deshalb besondere Rücksicht verdienen, werden diese besondere Rücksicht auch noch von uns empfangen in einem späteren Artikel. Ich meine damit die Transportgesellschaften die sich in prekärer Lage befinden.

M. Pettavel: Il est donc bien entendu que nous ne discutons aujourd'hui que l'arrêté constitutionnel, à l'exclusion de l'ordonnance d'exécution.

Cependant il est certaines dispositions de l'article constitutionnel dont on ne peut bien comprendre la portée qu'à la lumière des dispositions d'exécution, telles qu'elles sont contenues dans le projet d'arrêté élaboré par le Conseil fédéral et révisé par la constitution. Au reste, Messieurs, si le Conseil fédéral a jugé utile d'élaborer en même temps que l'article constitutionnel un projet d'ordonnance d'exécution, et si la commission du Conseil des Etats a examiné cette ordonnance et y a apporté quelques modifications que j'estime heureuses, c'est uniquement pour que les Chambres d'abord et le peuple ensuite puissent, avant le vote, bien se rendre compte de la portée et des conséquences de l'article constitutionnel dans ses lignes essentielles. Mais il reste bien entendu que les Chambres seront encore libres d'apporter plus tard au projet d'ordonnance d'exécution telle modification qui leur paraîtra indiquée. D'accord avec le texte de l'article constitutionnel, tel qu'il nous est proposé, je pourrais m'abstenir de toute observation au sujet d'une disposition de l'arrêté d'exécution à laquelle au sein de la commission je n'ai pu donner mon adhésion, et je me tairais si je ne craignais pas qu'on inférât de mon silence comme de celui de mes collègues qui ont été en communion d'idées avec moi à ce sujet que nous avons renoncé à toute opposition et que nous nous sommes ralliés à la manière de voir de la majorité de la commission.

Je veux parler, Messieurs, de l'imposition des sociétés anonymes et des sociétés en commandite par actions, soit de l'imposition des personnes juridiques ou morales prévue dans le paragraphe que nous discutons maintenant. Les sociétés par actions seront, si ce paragraphe est adopté, imposées pour leur capital actions, leur fonds de réserve et leurs autres disponibilités. Rien de plus juste et de plus équitable. Mais, Messieurs, dans le paragraphe 4 de l'article 5 de l'arrêté d'exécution, qui détermine le mode de calcul de la fortune imposable du contribuable, nous lisons ceci: «La valeur d'actions ou de parts sociales ne peut être déduite de la fortune imposable.»

Ainsi le capital placé dans une société par actions sera donc frappé deux fois, une première fois dans la personne morale, qui est la société, et une seconde fois dans la personne physique, c'est-à-dire dans l'actionnaire. C'est là incontestablement une double imposition du même objet, du Steuerobjekt, qui froisse nos sentiments d'équité et de justice. Ce n'est sans doute pas la double imposition interdite par la jurisprudence fédérale. Celle-ci ne s'est préoccupée que de la double imposition du même objet par deux administrations cantonales ou par deux administrations communales différentes, mais elle ignore, si je suis bien informé, la double imposition sous deux formes différentes du même objet par la même administration.

Messieurs, l'imposition du capital placé dans une entreprise par actions serait jusqu'à un certain point soutenable, défendable et cela au même titre que la double imposition du capital et du revenu du capital, mode d'imposition admis, dans certains pays, mais à la condition formelle qu'elle s'appliquât non pas seulement aux sociétés par actions, mais à toutes les entreprises industrielles et commer-

ciales, qu'elles soient la propriété des seuls individus ou qu'elle soit la propriété d'une collectivité. Tout le capital qui travaille ainsi dans l'industrie ou le commerce payerait deux fois. Ce ne serait sans doute pas intelligent de la part des pouvoirs publics, et cela ne contribuerait pas au développement de nos ressources nationales, mais ce serait l'égalité de traitement. Ce serait l'application de ce principe fondamental de l'égalité de traitement entre tous les citoyens devant la loi qui est inscrit dans la constitution fédérale et dans nos constitutions cantonales.

Pour être équitable, la double imposition dont je parle du capital industriel et commercial devrait être généralisée et devrait être appliquée à toutes les formes de sociétés et aux individus travaillant isolément. Mais, Messieurs, si on ne peut étendre cette mesure à tous à cause des conséquences économiques graves et de la réprobation qu'elle soulèverait, pourquoi l'appliquer au capital industriel ou commercial travaillant dans les sociétés anonymes? Pourquoi également les auteurs du projet qui n'ont pas craint la double imposition du capital des sociétés anonymes n'ont-ils pas poussé la logique plus loin?

Nous lisons en effet à l'article 4 de l'ordonnance d'exécution ceci: «La fortune d'une société en nom collectif est attribuable aux associés suivant leur part dans l'avoir social.» Ainsi, par cette forme de société, l'individu qui devrait être assimilé à un actionnaire est seul imposable. Pourquoi? J'avoue ne pas comprendre les motifs.

Je signale encore à votre attention, Messieurs, une autre inconséquence du projet. L'article 5 de l'arrêté d'exécution dispose que le contribuable ne doit pas l'impôt sur les capitaux engagés dans des entreprises, qui lui appartiennent à l'étranger, à la condition toutefois qu'il fasse la preuve que ses capitaux y sont soumis à l'impôt direct. On a évidemment voulu éviter ici la double imposition simultanément en Suisse et à l'étranger, quoique la jurisprudence fédérale sur la matière ne trouve pas son application dans le domaine international. A mon avis l'on a eu raison. Mais pourquoi ne pas agir de même à l'égard des capitaux engagés dans des sociétés par actions dont le siège est en Suisse? Messieurs, un de nos collègues de la commission auquel je faisais part de mes scrupules au sujet de la légitimité de l'imposition simultanée des sociétés anonymes et de l'actionnaire me répondait qu'il n'y avait pas double imposition, parce que dans le premier cas il ne s'agit que d'un impôt sur la chose, d'un Realsteuer et dans le second cas d'un impôt sur les personnes (Personensteuer). J'avoue ne pas saisir la différence. Pour moi, la société n'est pas autre chose qu'un groupement de personnes et l'impôt sur cette société ne constitue effectivement qu'un groupement d'impôts sur les personnes.

Je tiens, Messieurs, à relever encore un reproche apparemment fondé que l'on a fait à la déduction par le contribuable du capital actions qu'il peut posséder. On a fait remarquer qu'avec le système de la progression, il serait classé dans une catégorie inférieure à celle correspondant au revenu de son capital. Il est très facile de remédier cet inconvénient en tenant compte de la fortune totale du

contribuable, donc aussi de son capital actions pour le classement sur la base duquel la progression qui le concerne doit être établie. L'on a objecté aussi que l'autorisation pour le contribuable de déduire son capital actions entraînerait une diminution des recettes totales de plus d'un million. C'est possible, mais ce n'est pas à mon avis une raison pour renoncer à une mesure équitable. M. Steiger dans son rapport dit: un et peut-être même deux millions. Messieurs, j'ai confiance dans les calculs de M. Steiger dont j'ai pris connaissance avec le plus grand intérêt, mais ce n'est pas une diminution d'un ou même de deux millions qui devrait nous arrêter s'il s'agit d'une mesure dont l'équité est reconnue.

On pourrait faire encore bien des objections au système de la double imposition, mais je m'arrête, ce sera assez tôt d'y revenir dans la discussion de l'arrêté d'exécution. J'ajoute cependant que dans la plupart des cantons, le législateur a eu soin d'éviter cette double imposition de la société par actions pour son capital et de l'actionnaire pour ses actions. Si je suis bien renseigné, trois cantons seulement, Bâle-Ville, Bâle-Campagne et Argovie, imposent la fortune simultanément de la société par actions et l'actionnaire. Les autres cantons imposent la société pour la fortune ou bien l'actionnaire pour le capital actions. Quelques cantons, un tout petit nombre, imposent l'actionnaire sur son capital actions et la société sur tout ou partie de ses revenus.

La loi neuchâteloise sur l'impôt direct impose les sociétés par actions sur leur capital actions, mais elle autorise l'actionnaire à déduire son capital actions dans sa déclaration.

Je suis certain que les contribuables neuchâtelois ne comprendront pas que s'agissant de l'impôt de guerre, il soit procédé sur d'autres bases et d'autres principes que ceux auxquels ils sont habitués et qui sont reconnus comme étant parfaitement justes et équitables. La solution de la question qui nous occupe, solution qui me paraît adéquate à la situation devrait être selon moi celle-ci: le capital actions dont dispose une société par actions doit être imposé, mais une seule fois comme tout autre capital. La question qui se pose est celle-ci: Faut-il imposer la société ou l'actionnaire? Je donne la préférence au premier système, celui de l'imposition de la société. Pourquoi? Parce que le capital qui est en mains d'une société peut être découvert plus facilement que celui qui se trouve en mains des actionnaires. Toutefois, Messieurs, et voici ce que j'ajoute, comme nombre de sociétés par actions réalisent des gains qui dépassent notablement le taux moyen de l'argent, il est équitable d'imposer cet excédent de gain dès qu'une société est arrivée à ce résultat, soit par le calcul de la capitalisation de cet excédent à un taux fixé au 5%, par exemple, soit en imposant cet excédent comme produit du travail ou revenu. Prenons l'exemple d'une société par actions au capital de un million. Cette société réalise un gain annuel de 100,000 frs, soit le 10% du capital actions; cette société devrait à mon avis être imposée en premier lieu pour un million, c'est-à-dire pour le montant de son capital actions, puis sur 50,000 frs. de ressources capitalisées au 5%, soit sur un second million. Ou bien, et je donnerais la préférence à ce second système, elle serait imposée seulement sur la fortune

de un million et de 50,000 frs. de revenu ou produit du travail. L'adoption de l'un ou l'autre des deux systèmes que je viens de vous exposer entraînerait la modification du texte constitutionnel, qui vous est proposé et je serais mal placé pour en prendre l'initiative, puisque je l'ai votée au sein de la commission. Mais l'on peut atteindre le même résultat, et d'une façon plus logique encore, en s'adressant à l'actionnaire et en l'imposant sur l'excédent de gain dont je viens de parler. La formule serait celle-ci: «L'actionnaire est autorisé à réduire son capital actions dans ses déclarations d'impôt, mais dans ses déclarations de ressources, il devra ajouter la partie du dividende de ses actions dépassant le 5%.» Exemple. Un contribuable possède un capital actions de 100,000 francs d'une société. Il reçoit comme dividende le 10%, soit 10,000 frs. Il a donc un excédent de gain de 5000 frs. sur un placement de son capital au taux de 5% et devra être imposé pour un revenu de 5000 frs.; la société continuant à payer l'impôt sur son capital actions.

En procédant ainsi, on ne fera qu'agir à l'égard du capital qu'un contribuable a placé dans une société par actions comme avec le capital qu'un industriel, un commerçant ou un banquier fait travailler lui-même. Ces contribuables payent l'impôt sur leur fortune et sur leurs ressources ou produit de leur travail — ce produit, c'est le dépassement des gains sur un taux déterminé de l'argent qu'ils ont placé dans leur commerce ou dans leur industrie. En traitant de la même façon le capital placé par un contribuable dans une société par actions on fera oeuvre d'équité et de justice.

Je termine en déclarant que pour les raisons indiquées je renonce à vous proposer une modification au texte constitutionnel qui vous est soumis, mais je me réserve de reprendre la question lors de la discussion de l'arrêté d'exécution. En attendant, je me permets de recommander aux réflexions de mes collègues les quelques observations que je viens d'avoir l'honneur de leur présenter.

M. Gabuzzi: Je suis d'accord avec les idées qui ont été développées par M. Pettavel et je pense en particulier que la question de l'imposition simultanée de la société anonyme, et de l'actionnaire doit être réservée pour le moment où on discutera la loi d'application. Elle n'est tranchée ni dans un sens ni dans l'autre par le texte de l'arrêté constitutionnel. En effet, le numéro 2 de l'arrêté dit purement et simplement que les personnes physiques doivent l'impôt sur leur fortune et sur le produit de leur travail. Ce qu'on doit entendre en l'espèce par fortune sera dit dans l'examen de l'article 5 du projet, que les Chambres discuteront après que l'arrêté constitutionnel sera devenu définitif. En effet, cet article 5 renferme un alinéa, qui se réfère à cette question et les Chambres ne seront pas empêchées par le texte constitutionnel adopté de la résoudre dans le sens soutenu par M. Pettavel.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Ich kann nicht zugeben, dass die Frage der Besteuerung der Aktionäre für ihre Aktien im Verfassungsartikel noch

offen gelassen sei. Gemäss dem Verfassungsartikel, wie er gefasst ist, speziell dem Alinea 2, ist erklärt, dass die natürlichen Personen diese Steuer zu entrichten haben auf ihrem Vermögen und auf ihrem Erwerb, und da eine Ausnahme für die Aktien nicht gemacht ist, so ist damit auch entschieden, dass diese Personen die Steuer von ihren Aktien auch zu bezahlen haben. Dass diese Aktien ihr Eigentum sind und zu ihrem Vermögen gehören, darüber können doch weder die Anhänger, noch die Gegner der Besteuerung der Aktien im Zweifel sein.

Was das Vorgehen an und für sich betrifft, so halte ich dafür, es sei richtig und ehrlich, dass man es jetzt sagt, wie es kommt, und nicht erklärt, man könne es später immer noch machen, wie man wolle. Ich bin der Ansicht, man kann es nicht mehr machen, wie man will, und die Mehrheit der Kommission ist meiner Ansicht; und gerade weil wir eine Volksabstimmung haben, ist es doch besser, man erkläre von vorneherein, wie es gemeint ist, sonst könnte man uns nachher Vorwürfe machen. Ich sage nochmals, die Frage ist so, wie der Text des Verfassungsartikels lautet, nicht mehr offen, sondern sie ist gelöst im Sinne der Besteuerung der Aktionäre und der Aktiengesellschaften. Ich beantrage Ihnen namens der Mehrheit der Kommission, diesem Gesichtspunkt beizupflichten aus den Gründen, die ich Ihnen im ersten Votum ausgeführt habe.

M. le président de la Confédération Motta: Je n'avais pas l'intention d'intervenir dans ce débat, puisque MM. Pettavel et Gabuzzi réservent leur attitude pour le moment où l'on discutera l'arrêté d'exécution. Je dirai cependant que M. Gabuzzi a exprimé une opinion qui, à mon avis, n'est pas défendable et qui oblige le représentant du Conseil fédéral, après l'honorable président de la commission, à dire quelle est la pensée inspiratrice du projet, afin que lors de la discussion de l'arrêté d'exécution, l'honorable M. Gabuzzi ne prétende pas, et l'honorable M. Pettavel avec lui, que la question n'est pas encore tranchée. Nous estimons que la question de l'imposition de l'actionnaire est tranchée par le deuxième alinéa du texte constitutionnel. Le texte constitutionnel déclare: «Les personnes physiques acquittent cet impôt sur leur fortune et sur le produit de leur travail.» Or, il n'est point discutable que l'action est une partie de la fortune des contribuables, et si l'on veut excepter de l'imposition de la personne physique l'action, il faudrait que la chose fût dite d'une manière absolument explicite dans le texte constitutionnel, parce que le jour où vous avez dit que l'impôt frapperait toute la fortune, vous avez entendu nécessairement par là tous les éléments de la fortune. Si vous voulez faire un traitement de faveur à une partie de cette fortune, à un élément de cette fortune, vous devez le dire expressément. Si vous ne le dites pas, la règle générale est applicable à l'élément de cette fortune comme à tous les autres éléments.

Je constate maintenant que personne, dans le Conseil, n'a soulevé d'objections sérieuses contre le système d'imposition des sociétés par actions et en général contre le système d'imposition des personnes morales, des personnes juridiques, tel que le projet

d'arrêté constitutionnel le prévoit. Je constate en outre que personne n'a soulevé d'objections contre l'idée d'imposer non seulement le capital versé des sociétés par actions, mais le capital non versé. Le texte constitutionnel, vous l'avez sous les yeux, traite différemment le capital non versé, puisqu'il lui applique un taux qui est la moitié du taux ordinaire appliqué au capital versé. Il y a là une raison d'équité, mais il n'en serait pas moins inéquitable de ne pas frapper le capital non versé. Je ne veux pas prolonger la discussion sur ce point; je tiens seulement à souligner ce fait, parce que dans l'opinion publique, dans les discussions qui se sont déroulées, dans les journaux, revues, etc., ce point a fait l'objet de critiques assez vives. Je constate que ces critiques ne sont plus formelles. Il ne reste donc que l'autre question: Faut-il imposer ou non l'actionnaire? Il faut tout d'abord éliminer de la discussion la première objection, qui était l'objection juridique, à savoir qu'il s'agissait d'une deuxième imposition. Cette question purement juridique a été portée devant le for compétent du Tribunal fédéral, qui a tranché la question dans le sens que l'imposition de l'action et de l'actionnaire ne constitue pas la double imposition dans le sens constitutionnel du mot. Il ne sera donc possible de soutenir d'une manière quelconque que cet arrêté renferme une disposition consacrant le système de la double imposition, telle qu'elle est prévue dans d'autres articles de la Constitution fédérale. Mais j'admets sans autre, pour être tout à fait loyal dans la discussion, que ce point de vue purement juridique ne tranche pas la question et qu'il faut en examiner le fond même pour savoir s'il y a ou s'il n'y a pas double imposition. Eh bien, à mon avis, il n'y a pas double imposition pour des raisons absolument catégoriques. La double imposition suppose nécessairement l'identité de la personne qui est imposée. Or, entre l'actionnaire et la société par actions, il y a cette différence fondamentale qu'il s'agit dans le premier cas d'une personne physique et dans le second cas d'une personne morale; la différence est absolue entre une personne physique et une personne morale; le cas de l'un n'est pas celui de l'autre. M. Pettavel a semblé l'indiquer lorsqu'il a donné l'exemple de la société en nom collectif, dans la participation de la personne physique à la constitution de la société en nom collectif; la société en nom collectif n'est pas une personne morale distincte de la personne physique du sociétaire qui la compose et la participation dans tous les cas du sociétaire à la société en nom collectif est si absorbante, elle prend le sociétaire d'une manière si exclusive, du moins dans son activité de travailleur, qu'il n'est pas possible de distinguer entre la participation du sociétaire à la société et celle du sociétaire considéré comme personne physique, ni de mettre sur le même pied la société en nom collectif et la société par actions. Mais, Messieurs, non seulement il n'y a pas identité entre les personnes frappées par l'impôt, mais il n'y a pas non plus identité entre les objets frappés par l'impôt. L'actionnaire est frappé dans l'action, mais la société l'est pour la totalité du capital qui, grâce justement à la réunion de plusieurs actions faite dans un but économique commun, acquiert par le fait de l'accumulation des capitaux une puissance économique plus considérable. Voilà la raison pour la-

quelle on estime qu'on peut frapper l'actionnaire et la société par actions. Il est vrai qu'à l'heure actuelle, la législation des cantons est loin d'être uniforme sur ces différents points. Je ne sais quelle solution l'avenir consacrera d'une manière définitive. Trois cantons en tout cas ont choisi le système qui est celui de l'arrêté constitutionnel que vous discutez; ce sont les cantons de Bâle-Ville, de Bâle-Campagne et d'Argovie. Aux raisons d'impopularité et de double imposition prétendues, je me permets d'opposer une simple constatation. Les mêmes arguments ont été invoqués dans le canton d'Argovie il y a trois ou quatre ans. Lorsque le législateur a voulu frapper l'actionnaire et la société par actions, les mêmes oppositions que celles de M. Pettavel se sont produites contre ce système. Le peuple d'Argovie l'a cependant accepté à une énorme majorité, parce que son instinct naturel de justice lui a dit que la chose était parfaitement admissible et possible.

En disant que cette prétendue double imposition viole le sentiment naturel de justice et d'équité de notre population, je crois vraiment qu'en toute bonne foi, M. Pettavel fait erreur. Il s'inspire probablement des idées qui ont cours dans son canton, mais je ne doute pas qu'un beau jour ce canton ne reconnaisse lui-même son erreur et n'abandonne le système actuel pour adopter l'autre système qui, à mon avis, est plus juste et au point de vue des impôts, plus acceptable. Quoi qu'il en soit, Messieurs, chaque canton restera libre de régler ces questions d'après les idées admises chez lui.

S'il s'agissait d'un impôt permanent, j'admettrais volontiers que l'on pût discuter d'une façon plus approfondie cette question. Mais en ce moment, il ne s'agit que d'un impôt à prélever une seule fois, d'un impôt dont la caractéristique est une progression très forte. Supprimer la progression très accentuée de ce projet d'impôt, c'est lui enlever tout ce qui en fait la valeur et la portée. Or, si vous supprimez l'imposition de l'actionnaire parce que vous ne voulez pas frapper celui-ci et la société, vous supprimez cette progression et vous enlevez à l'arrêté d'exécution la possibilité d'appliquer aux gros capitalistes, qui sont en général porteurs d'un grand nombre d'actions, la progression telle qu'elle est prévue dans le projet. Il y a donc, à mon avis, entre ce système d'impôt prélevé en une seule fois avec une forte progression telle que la propose le Conseil fédéral et l'idée de ne pas grever l'actionnaire une antithèse si absolue que vraiment je n'aurais pas le courage de partager l'opinion de M. Pettavel.

Telles sont les raisons pour lesquelles je dois vous prier d'admettre, lorsque vous aurez accepté le texte constitutionnel qui vous est proposé, qu'il ne sera plus possible de revenir sur la question même à l'occasion de la discussion de l'arrêté d'exécution. Je vous prie en outre, quelle que soit votre pensée sur le fond de la question, de vous rallier par esprit de sacrifice et par patriotisme à la proposition faite d'un impôt extraordinaire à prélever une seule fois.

M. Pettavel: Deux mots seulement. M. le Président de la commission et M. le Président de la Confédération viennent d'émettre l'opinion que si le texte constitutionnel, tel que nous l'avons sous les yeux, était

adopté, la question de l'imposition de l'actionnaire conjointement à celle de l'imposition des sociétés par actions serait résolue dans le sens affirmatif et qu'elle ne pourrait plus faire l'objet d'une discussion et d'une solution contraire au sein des commissions et des conseils lorsque l'arrêté d'exécution viendra en discussion. C'est une opinion. Mais si dans l'exposé que j'ai eu l'honneur de vous faire, je me suis réservé la possibilité de revenir sur cette question, en voici la raison. Il me paraît, à la lecture du projet d'ordonnance d'exécution, que la question n'est pas aussi nettement tranchée qu'on veut bien le dire j'en trouve la preuve dans le quatrième alinéa de l'article 5 du projet d'ordonnance d'exécution qui est de la teneur suivante: «La valeur des actions ou de la part sociale ne peut être défalquée de la fortune imposable.» Si les auteurs du projet avaient été aussi certains de l'interprétation qu'ils préconisent dans le moment, auraient-ils introduit cette phrase dans l'ordonnance? Non, s'ils l'ont fait, c'est qu'ils ont estimé que le texte constitutionnel laissait la porte ouverte à une autre interprétation. Il est donc permis d'avoir une autre opinion. En inscrivant dans l'arrêté d'exécution une disposition prescrivant que les actionnaires ne peuvent défalquer leurs actions du capital imposable, on a entendu donner ainsi au législateur, à l'occasion de la discussion de l'arrêté d'exécution, la faculté d'introduire une autre disposition que celle-là. Je me réserve donc de reprendre à ce moment la question de la double imposition. Cela dit, je m'empresse d'ajouter que je voterai l'arrêté quelle que soit la solution qui interviendra à ce sujet. M. le Président de la Confédération nous a dit que la question de la double imposition avait été soumise au Tribunal fédéral et que ce de nier avait été timé qu'il n'y avait pas ici double imposition d'acte. L'imposition des sociétés par actions et des actionnaires, il n'y a en effet pas double imposition dans le sens de la double imposition interdite par la jurisprudence fédérale. Celle-ci a interdit la double imposition du même objet par deux cantons ou deux communes, soit par deux administrations différentes, mais le Tribunal fédéral ne s'est pas, à ma connaissance, prononcé sur un cas analogue au nôtre, sur la double imposition d'un même objet par la même administration, ce qui est évidemment tout autre chose.

Dans les quelques considérations que je vous ai exposées, j'ai insisté sur l'égalité de traitement entre tous les citoyens et malgré tout ce qu'on vient de dire, je n'arrive pas encore à comprendre pourquoi le capital industriel placé dans une société par actions doit payer l'impôt deux fois, soit par la société et par l'actionnaire, alors qu'un même capital placé dans l'industrie ou le commerce, dans la banque par un seul individu ou par une société en commandite simple ne paye l'impôt qu'une fois, par l'intermédiaire de son propriétaire et non pas par l'association.

M. le Président de la Confédération a parlé des bénéfices considérables que l'on pouvait réaliser grâce à l'association. J'accorde tout cela, mais ces mêmes bénéfices, on peut les obtenir quand on est soi-même l'administrateur et le possesseur du capital industriel et commercial ou lorsque ce capital est placé sous forme de société en commandite simple. Pourquoi ne pas être logique et imposer doublement ces capitaux-là sous cette forme? Je me réserve donc de reprendre la question. J'ajoute que si je soutiens ici

une conception qui est celle de mon canton et celle de beaucoup de mes concitoyens de la Suisse romande ce n'est pas par esprit de clocher, par amour-propre cantonal, mais parce qu'elle correspond à nos conceptions sur la justice et l'équité dans le domaine de l'imposition.

M. le président de la Confédération **Motta**: Je tiens seulement à faire une déclaration. L'article 5 de l'arrêté d'exécution prévoit que la valeur de l'action et de la part sociale ne peut être défalquée de la fortune imposable, mais l'honorable M. Pettavel doit se rappeler que dans la commission elle-même nous avons déclaré qu'il s'agissait là d'un excès de clarté et qu'il n'était pas nécessaire de le dire, puisque cette disposition était déjà contenue dans le premier alinéa de l'article 5. Je constate une fois de plus que par excès de clarté on arrive à l'obscurité. Il n'était pas nécessaire de répéter cette disposition. Si nous l'avons fait, néanmoins, c'est parce que cette question avait été controversée et que nous n'avons pas voulu laisser subsister un doute sur ce point. Je tenais à faire cette déclaration uniquement pour montrer que lorsque j'ai prétendu que le texte constitutionnel tranchait déjà cette question, j'étais tout à fait dans la logique et que je restais fidèle à mon attitude antérieure.

M. **Robert**: Mon intention n'était pas de prendre la parole aujourd'hui et de prolonger le débat, mais vous me permettez cependant de dire deux mots. J'y suis amené par la constatation qu'a faite tout à l'heure M. le conseiller fédéral Motta disant qu'aucune proposition n'ayant été faite au sujet du capital social non versé, il en tirait la conclusion que nous étions tous d'accord avec cette disposition qui a d'ailleurs été assez vivement combattue dans la presse et dans les cercles financiers. Je tiens à dire que pour ce qui me concerne personnellement, je ne suis pas d'accord avec cette disposition-là et que je suis obligé, après la constatation qui a été faite, de vous présenter une proposition de suppression de cette disposition à l'article 3. En la faisant je me place uniquement au point de vue national et vous me permettez de vous présenter deux exemples de capitaux, l'un celui que j'appellerai le capital actif et l'autre le capital inactif, le premier travaillant en Suisse, qui rend service à l'industrie du pays, le second d'un capital que j'appellerai plutôt un capital paresseux, placé en obligations ou fonds d'Etats étrangers. Supposons un capital de 100,000 frs. par exemple: Un capitaliste se serait intéressé pour ce chiffre dans une société dont un cinquième seulement du capital actions aurait été appelé. La société par actions payera un premier impôt sur la somme de 100,000 frs., deuxièmement le capitaliste aura tout naturellement à payer l'impôt sur sa fortune de 100,000 frs. S'il a réservé les $\frac{4}{5}$ du capital non versé dans la première société, pour les employer dans une seconde société par actions, société industrielle ou autre travaillant également en Suisse, cette seconde société repayera donc pour le capital correspondant aux $\frac{4}{5}$ de 100,000 frs., soit pour 80,000 frs. Ceci nous conduit à cette constatation

que le même capital payera l'impôt une première fois sur 100,000 frs. partie du capital social de la première société, une seconde fois sur 100,000 frs. fortune personnelle du capitaliste et une troisième fois sur 80,000 frs. partie du capital social de la seconde société; soit pour une fortune réelle de 100,000 frs. une imposition sur un chiffre de 280,000 frs. Si vous prenez un exemple contraire, celui d'un capitaliste qui, ayant moins d'initiative que le précédent, aurait placé sa fortune de 100,000 frs. en obligations ou en fonds d'Etats étrangers, son capital ne payera l'impôt que sur la valeur réelle de 100,000 frs. Vous voyez ainsi que le premier capitaliste qui se sera intéressé à une affaire, à deux affaires même dans le pays, sera désavantagé en regard de celui qui a placé son argent à l'étranger. Et voilà ce que je ne puis absolument pas admettre. Ce qui se passe chez nous et autour de nous en ce moment nous fait voir cependant l'importance qu'il y a pour la Suisse à ce que nos entreprises industrielles soient soutenues par de l'argent suisse et je crois que s'il y a une différence à faire, elle devrait l'être dans le sens d'une diminution d'impôt des capitaux travaillant en Suisse plutôt que dans le sens d'une aggravation de l'impôt qui pèsera sur eux. Je suis intervenu dans le présent débat seulement pour souligner ce fait. Je vous propose donc de biffer à l'article 3 les mots «un pour mille à 5 pour mille sur le capital non versé».

M. Ruty: Dans la commission, je me suis rangé à la proposition faite par M. Pettavel et qu'il vient de soutenir devant vous de déduire du chiffre de fortune imposable les actions en mains des actionnaires, lorsque ces actions sont déjà frappées dans la société et je persiste dans cette opinion. Ce n'est pas cependant ce que je veux spécialement soutenir en ce moment. Je voudrais simplement répondre quelques mots à l'argumentation de forme de M. le Président de la Confédération. Il estime que la question est définitivement tranchée et qu'il résulte d'un article que nous discutons actuellement que les personnes physiques devant acquitter l'impôt sur toute leur fortune, il n'est pas possible d'en soustraire le montant des actions. Cette argumentation n'est pas soutenable d'une façon sérieuse, que M. le Président de la Confédération me permette de le lui dire, en présence des dispositions de l'article 5 de la loi organique qui, après avoir déclaré que l'impôt porterait sur toutes la fortune, fait une exception formelle au principe constitutionnel non seulement en faveur des immeubles situés hors du pays, mais des capitaux engagés dans les entreprises qui ont leur siège à l'étranger. Il résulte de cette constatation que l'application de l'impôt à la fortune n'est pas absolue et sans limite d'appréciation et qu'il peut comporter certaines exceptions. Rien n'empêche de faire rentrer dans ces exceptions celle que prévoit la proposition annoncée par M. Pettavel de soustraire la valeur des actions taxée dans le capital social de la fortune des contribuables, parce que ces actions sont déjà ainsi frappées par l'impôt sur les sociétés anonymes. C'est une question extrêmement importante et il ne faut pas croire qu'il y a là seulement une question théorique de la double imposition. M. le Président de la Confédération a, si je puis le dire, enfoncé une porte ouverte en exposant qu'il ne s'agit pas là de la double imposition légale telle que la conçoit le Tribunal

fédéral. Il est bien certain qu'en droit strict l'un des impôts frappe la société qui est une personne morale et le même impôt frappe l'actionnaire qui est une personne physique. Par conséquence les conditions de la double imposition juridiquement ne se rencontrent pas, mais au point de vue du bon sens, au point de vue de l'interprétation populaire, il est incontestable que lorsque vous frappez à la fois du même impôt le capital d'une société anonyme, puis les actions dans la fortune des personnes qui les détiennent, vous frappez deux fois le même capital, la même somme se trouve payer l'impôt à deux reprises. Il y a là une violation des sentiments de justice auxquels fait appel M. Pettavel dans sa proposition. Quant à moi, je ne puis pas admettre l'interprétation de M. le Président de la Confédération et du Président de la commission tendant à faire admettre que la question sera tranchée par l'adoption du texte constitutionnel. Celui-ci dit que la fortune est frappée, mais dans la loi organique, il est expressément admis qu'il peut y avoir des exceptions, puisqu'il en est fait pour le capital placé à l'étranger, ce qui n'est pas réservé dans la loi constitutionnelle. S'il est admis qu'on peut faire une exception pour les immeubles et les capitaux engagés à l'étranger la porte reste ouverte à d'autres réserves de même genre qui permettront lors de la discussion de la loi organique de représenter la proposition de M. Pettavel que j'appuierai alors comme je l'ai déjà appuyée dans la commission.

M. Gabuzzi: La question soulevée par M. le président de la commission et M. le président de la Confédération est relative aux rapports devant exister entre l'arrêté constitutionnel et l'arrêté législatif d'exécution que les Chambres fédérales seront appelées à décréter ensuite. Comme membre de la commission, j'avais soutenu dans celle-ci qu'on ne pouvait pas admettre l'imposition simultanée de la société anonyme et des actionnaires et la majorité de la commission en examinant le projet a admis à l'article 5 le principe contraire. Je n'ai pas soulevé la question lorsqu'on a discuté le numéro 2 de l'arrêté constitutionnel parce que je croyais que la question était réservée au moment où l'on devait discuter la loi d'application. Si l'interprétation que M. le Président de la Confédération et M. le rapporteur, président de la commission, donnent à présent à l'article 5 de la loi est vraie, nous devons dire alors qu'en acceptant l'arrêté constitutionnel, nous acceptons tous les principes qui sont déjà contenus dans le projet, que nous n'avons pas examiné.

Je ne veux pas revenir sur les arguments qui ont été développés par M. Pettavel et par M. Ruty, mais je crois aussi pouvoir répéter, malgré les opinions qui ont été manifestées en sens contraire, que je regarde comme réservée encore cette question et beaucoup d'autres lorsqu'on discutera la loi d'application.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Es kommt mir gegenwärtig vor, wie wenn ich vor Gericht stünde und Advokaten gegen mich plädieren würden. Man hält mir entgegen, im Vollziehungsbeschluss sei ausdrücklich von der Besteuerung der Aktionäre die

Rede und das beweise, dass erst dort darüber entschieden werde. Man sagt mir mit andern Worten, alles, was im Vollziehungsbeschluss stehe, sei neu; wenn also von etwas darin die Rede sei, so müsse es neu sein. Herr Gabuzzi schüttelt den Kopf, aber ich sage, das ist der Grundsatz, von dem er ausgeht, und der ist eben nicht richtig. In jedem Vollziehungsbeschluss stehen zwei Dinge. Das eine ist die Wiederholung dessen, was im Hauptgesetz steht und das andere ist Ergänzung der Lücken, die im Hauptgesetz sich finden und mit Bedacht dem Vollziehungsbeschluss vorbehalten bleiben. Wenn man so vorgehe, dass man erkläre, alles, was im Vollziehungsbeschluss steht, ist noch neu und unentschieden, trifft man beide Kategorien, und deshalb eben ist der Schluss falsch, dass, weil etwas im Vollziehungsbeschluss stehe, es im Hauptgesetz noch nicht gelöst sei. Man muss immer unterscheiden, man muss sich immer fragen: Ist die betreffende Bestimmung im Vollziehungsbeschluss etwas, das im Hauptbeschluss noch nicht entschieden ist, und das kann man nicht aus dem Vollziehungsbeschluss abnehmen, sondern man muss es dem Hauptbeschluss entgegenstellen und aus der Logik und dem Hauptbeschluss entscheiden. Das habe ich getan, ich habe die Logik angerufen und den Hauptbeschluss. In diesem da steht, dass jeder, der Vermögen besitzt, es auch versteuern muss, und zu meinem Vermögen gehören auch die Aktien, die ich besitze, und wenn ich sie besitze, so kann ich sie nicht abziehen, sondern muss sie versteuern. Der Satz im Vollziehungsbeschluss ist nur eine Wegleitung für den Steuerbezug.

Was den Antrag des Herrn Robert betrifft, so bezieht er sich, wenn ich ihn richtig verstanden habe, auf die Fälle, wo fremde Aktionäre oder Gesellschaften in Betracht fallen, und das ist ein schwieriges Gebiet, das wir dem Vollziehungsbeschluss vorbehalten haben. Wir haben bereits eine Formel dafür redigiert, es ist der Art. 14 im Vollziehungsbeschluss, und es kann dann unter Umständen dort noch dieses und jenes abgeändert werden. Darüber wollen wir nicht streiten. Ich habe die Meinung, es sei diese Partie der Sache noch des weiteren Studiums bedürftig, man wird noch nähere Berechnungen machen müssen, und es hat seinen guten Grund, dass man diese Details im Verfassungsartikel noch nicht ordnet.

Was das nicht einbezahlte Aktienkapital betrifft, so ist dies eben keine Kleinigkeit, der Ertrag macht für die Steuer 800,000 Franken aus. Ich möchte Ihnen beantragen, nun zur Abstimmung überzugehen und den Artikel zu liquidieren.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	26 Stimmen
Für den Antrag Robert	4 »

Absatz 4.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Der Abschnitt von den Genossenschaften hat uns in der Kommission sehr lange beschäftigt, wesentlich länger als der Artikel von den Aktiengesellschaften. Wir

haben dann aber nach reiflichen Erwägungen eine Lösung gefunden, die die Hauptschwierigkeiten, die dabei aufgetreten waren, in einer Weise beseitigt, von der wir glücklich sind, sagen zu können, dass diese Lösung von allen Seiten Zustimmung findet. Es wird mir deshalb auch möglich, hier kurz zu sein. An und für sich ist der Grundsatz aufgestellt, dass die Besteuerung nach dem Reinertrag stattfindet. Aber es wird nun mit Bezug auf die Berechnung des Reinertrages gegenüber denjenigen Genossenschaften — und es sind Gesellschaften von grosser wirtschaftlicher Bedeutung, die es hier angeht — die ihren Mitgliedern Rückvergütungen gewähren, ausgesprochen, dass ihnen die Rückvergütungen nur zur Hälfte als Reinertrag angerechnet werden. Das wirkt natürlich stark ein auf das Rechnungsergebnis und drückt die Steuer gegenüber dem ersten Antrag erheblich herab. Aber die Steuer ist doch immerhin eine solche, dass man nicht von besonderer Begünstigung sprechen kann. Auf der andern Seite hat sie beruhigt. Man hat uns erklärt, dass speziell die Konsumvereine nun ihre Vorstellungen fallen lassen. Von dieser Seite wollten die Rückvergütungen zuerst überhaupt nicht als Reinertrag behandelt werden. Wir haben die Sache halbiert.

Eine weitere Frage von grosser Tragweite entstand bei denjenigen Genossenschaften, die sich mit Versicherungsgeschäften abgeben. Es ist hauptsächlich eine einheimische Genossenschaft, die hier in Betracht fällt, nämlich unsere Rentenanstalt, und hier hat sich bei der Anwendung der Rechnungsformel, wonach die Steuer vom Reinertrag zu berechnen ist, und zwar zu 8% desselben, ein Resultat ergeben, an das niemand bei der Aufstellung der Rechnung dachte, und über das, als es vorlag, man nicht nur überrascht, sondern geradezu erschrocken war. Denn nach dieser Rechnung ergab sich für die Rentenanstalt das Resultat, dass sie nicht bloss mindestens so viel zu bezahlen hätte wie ihre Kolleginnen, die Versicherungsgesellschaften, sondern dass sie das Mehrfache dieses Betrages zu bezahlen hätte. Es war ungefähr das Fünffache. Da haben wir natürlich gesagt, das sei unmöglich, es zeige sich, dass in der Formel ein Fehler war. Die Frage stellte sich dann so: Sollen wir die Versicherungsgeschäfte überhaupt besonders behandeln und ihnen einen besonderen Artikel widmen, oder sollen wir die Aktiengesellschaften, welche die Versicherung betreiben, bei den Aktiengesellschaften belassen und nur die wenigen Fälle der Versicherungsgeschäfte mit Genossenschaftscharakter, also mit Gegenseitigkeit, besonders behandeln bei den Genossenschaften nach einer besondern andern Formel als bei den übrigen Genossenschaften. Wir haben bei der Beratung in der Kommission den eidgenössischen Direktor des Versicherungswesens beigezogen, und da waren wir bald im klaren, dass sich als richtige einfache und zweckerfüllende Formel diejenige finde, statt den Reinertrag bei diesen Genossenschaften die Prämieinnahme, und zwar die Einnahme im schweizerischen Prämiengeschäft, zugrunde zu legen. Dabei ergibt sich nicht vollständig dasselbe Resultat wie bei den Versicherungsaktiengesellschaften, aber die Differenz ist so geringfügig, dass man aus der Rechnung ersieht, dass diese Formel nun richtig ist. Sie hat den weiteren Vorteil, dass sie sofort gestattet, die Rechnung zur Hand zu haben gegenüber den verhältnismässig zahlreichen ausländischen Versicherungsgesellschaften, die das Geschäft mit Genossenschafts-

charakter betreiben. So sind wir zuletzt in der Kommission darüber zu einer einstimmigen Schlussnahme gelangt. Ich will nicht weiter auf diese Angelegenheit eintreten und beantrage Ihnen, den Artikel so anzunehmen, wie ihn die Kommission vorschlägt.

Angenommen. — (Adopté.)

Absatz 5.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Es ist lediglich darauf zu verweisen, dass wie bei den Aktiengesellschaften auch hier die Progression stillsteht.

Angenommen. — (Adopté.)

Absatz 6.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Hier kommen wir nun zur Frage der Steuerbefreiung. Es handelt sich nicht mehr um die Steuerbefreiung nach unten, die wir bereits gehabt haben, sondern um die Steuerbefreiung überhaupt. Wir sagen in erster Linie: «Von der Steuer sind ausgeschlossen der Bund und die Kantone und ihre Anstalten und Betriebe.» Man hat gefragt, wie es sich mit den Betrieben der Kantone verhalte, die in der Form von Aktiengesellschaften existieren. Für den Bund kommt nur unsere Nationalbank in Betracht und diese behandeln wir besonders. Aber diejenigen Betriebe, die durch die Kantone oder Gemeinden in Form einer Aktiengesellschaft vor sich gehen, sollen nach der Auffassung der Kommission und des Verfassungstextes von der Steuer an sich nicht ausgenommen sein. Ich denke an die Salinenvereinigung. Sie wissen, dass die Kantone sich hier zu einer Aktiengesellschaft vereinigt haben. Wir sind der Ansicht, dass solche Betriebe die Steuer zu bezahlen haben. Wir müssen uns überhaupt hiebei etwas vergegenwärtigen. An sich liegt kein rechter Grund vor, warum nur der Bürger in unserer Not und Drangsal leisten und Opfer bringen soll und warum nicht auch diejenigen Vermögensbestände, die sich in der Hand des Gemeinwesens selber befinden. Natürlich sind diese Vermögensbestände der Gemeinwesen in der Regel schon gewissen notwendigen öffentlichen Zwecken gewidmet und verfangen, und soweit das der Fall ist, kann man sie nicht besteuern. Aber soweit das nicht der Fall ist, sollen diese in öffentlicher Hand sich befindlichen Güter keineswegs frei ausgehen. Das dürfen wir nicht vergessen. Und wenn die Kantone oder Gemeinden in der kommerziellen Form von Aktiengesellschaften Geschäfte betreiben, so ist nicht einzusehen, warum man ihnen Steuerfreiheit gewähren solle. Dass die Steuer nicht zu hoch gehe, dafür ist gesorgt, erstens durch die Ermässigung der Progression und dann auch durch den Umstand, dass die Dividende massgebend bleibt und wo keine solche vorhanden ist, das Minimum eintritt.

Im weiteren möchte ich noch lit. c besprechen, wo von den Gemeinden die Rede ist, sowie von den andern öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten, für das Vermögen, dessen Ertrag öffentlichen Zwecken dient. Wir wollen die Ge-

meinden auch steuerpflichtig erklären, aber mit der Ausnahme, dass das Vermögen, das schon im öffentlichen Dienst verfangen ist, keine Steuer bezahlen soll. Es kommt aber dieser Gedanke, wenigstens im deutschen Text, nicht recht klar zum Ausdruck. Wenn man liest: «Die Gemeinden, sowie die andern öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten für das Vermögen, dessen Ertrag öffentlichen Zwecken dient», so glaubt man erst, die Gemeinden seien ganz steuerfrei. Wir sind der Meinung, dass jener Teil des Vermögens, dessen Ertrag für die Bürger Vergünstigungen bringt oder als Bürgernutzen ausgeteilt wird, zur Steuer herangezogen wird, deshalb wollen wir diejenige Form wählen, die ich vorschlage: die Gemeinden und andern öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Körperschaften und Anstalten, soweit das Vermögen nicht öffentlichen-rechtlichen Charakter besitzt.

Dann ist die Rede von dem Vermögen, «dessen Ertrag» öffentlichen Zwecken dient. Dieser Ausdruck wird auch besser ersetzt durch das Vermögen, «das» etc. Wir wollen die kirchlichen Gebäude nicht besteuern, sowenig wie die Schulhäuser, und bei solchen Gebäuden lässt sich von einem Ertrag nicht sprechen.

Hiebei möchte ich noch eine Frage streifen, die in der Presse besprochen worden ist. Man hat gesagt, warum man die Klöster leer ausgehen lassen, nicht besteuern wolle. Wir haben in der Kommission auch davon gesprochen und sind nicht der Ansicht, dass die Klöster leer ausgehen sollen. Wenn ein Kloster kein Vermögen hat, so wird es auch nichts bezahlen müssen. Aber es gibt Klöster in anderen Verhältnissen. Man befreit sie wie diejenigen Gegenstände, die dem Kultus dienen. Aber von dem, was darüber hinausgeht, werden sie die Kriegssteuer zu bezahlen haben. Ich sage zur Ehre der schweizerischen Klöster, dass sie je und je in gefährlichen Zeiten des Landes redlich ihren Teil solcher Opfer getragen haben. Man hat mir von gut katholischer Seite gesagt, dass auch für den gewöhnlichen Staatshaushalt die Kantone die Klöster besteuern, mit Ausnahme der Gegenstände, die dem Kultus dienen.

Bei lit. d schlage ich in Uebereinstimmung mit lit. c vor, dass wir statt «Vermögen, dessen Ertrag» sagen, «Vermögen, das».

Nun komme ich noch zu den konzessionierten Transportanstalten. Es sind nicht alle in derselben Lage. Aber sie haben kollektiv eine Eingabe an die Bundesversammlung gerichtet, die Ihnen gedruckt zugestellt wurde. Sie haben darin ausgeführt, dass sie dankbar seien für den Antrag unserer Kommission, aber der Antrag müsse noch weiter ausgeführt werden. Ich bin nicht bei jedem Punkt der Eingabe überzeugt worden, dass er begründet sei, und darüber rede ich hier nicht. Wo ich aber überzeugt geworden bin, möchte ich für die Gesellschaften ein Wort einlegen, und ich habe die Ueberzeugung, die Kommission wird mir da folgen. Es ist in erster Linie von diesen Anstalten bemerkt worden, es sei nicht recht, dass man den Erneuerungsfonds unter Steuer stelle, weil der Erneuerungsfonds nicht ein Vermögen sei, welches ihnen zur Verfügung stehe, sondern er diene einem ganz bestimmten Zweck. Das ist nun ein Detail, das im Verfassungsartikel nicht zu ordnen ist, sondern das beim Vollziehungsbeschluss zu besprechen sein wird. Ich stehe nicht an, zu sagen, dass meines Erachtens die Gesellschaften darin Recht haben; der

Erneuerungsfonds ist kein Reservefonds, er ist ein Abschreibungsfonds. Er stellt einen Minderwert ihres Vermögens dar und deshalb wäre es auch nicht billig, wenn man diesen Fonds besteuern wollte. Doch wie gesagt, darüber wird bei der Vollziehungsverordnung zu sprechen sein.

Dagegen über einen andern Punkt ist heute zu entscheiden. Unser Antrag berücksichtige, sagen die Petenten, nur die Gesellschaften, die von den Gemeinden oder den Kantonen Subventionen erhalten. Nun gebe es aber eine Reihe von dividendelosen Transportanstalten, die leider ohne solche Subventionen auskommen müssen. Diese seien nicht besser daran als die andern, sondern schlechter. Sie haben die Einnahmen, die in diesen Subventionen liegen, nicht. Ich glaube, da haben die Petenten wieder recht, und es ist ja zu konstatieren, dass diese Art Unternehmungen für die Oeffentlichkeit Opfer bringen. Sie dienen der Bevölkerung. Die Leute, welche das Geld dazu gegeben haben, betrachten es entweder schon als verloren oder sie sehen es noch ganz verloren gehen. Sie haben es ausgelegt und können es nicht zurücknehmen und lassen es arbeiten für den Nutzen unserer Bevölkerung. Und nun sollen wir diese Unternehmungen mit der Steuer belegen? Dann den Fall herbeiführen, dass sie die Steuer nicht bezahlen können und sich zum Konkurs betreiben lassen müssen von der Eidgenossenschaft? Das wollen wir nicht. Deshalb meine ich, wir sollten den Vorschlag der Kommission in lit. c noch etwas erweitern im entgegenkommenden Sinne und sagen: «Die konzessionierten Transportanstalten, sofern sie keine Dividende bezahlen». Es würde somit der Satz von den Subventionen aus öffentlichen Mitteln gestrichen.

M. Pettavel: Ayant avec d'autres collègues de la commission, collaboré aux dispositions renfermées aux lettres C et D, et qui diffèrent quelque peu de celles du projet du Conseil fédéral, vous me permettez un commentaire sur ces dispositions, afin d'expliquer le point de vue auquel nous nous sommes placés. Nous avons voulu dispenser de l'impôt de guerre les communes, les corporations et les associations ecclésiastiques pour toute leur fortune, ou tout le produit de leur fortune, hormis celui qui est affecté à leurs membres individuellement sous forme de répartitions ou de bénéfices spéciaux. Il est des cantons dans lesquels les répartitions communales sont abolies depuis longtemps. C'est le cas du canton que je représente ici. Mais il en est d'autres où contre le bon sens, ou contrairement à l'affectation première même des biens communaux, on continue à répartir le produit des biens amassés pour l'assistance publique et pour les services publics. Ce sont ces cantons, ce sont ces communes, qui ont encore cette répartition, que nous avons voulu imposer pour la partie de leurs biens dont le produit est affecté à ce but, mais nous n'avons pas voulu frapper les autres.

L'exonération de l'impôt de guerre doit s'étendre aux entreprises industrielles des communes et des entreprises industrielles de gaz, d'eau, d'électricité dont elles se sont chargées dans l'intérêt général. Les communes pour la plupart, pour ne pas dire toutes, ont dû recourir dans ce but au crédit et

contracter de lourds emprunts; heureusement que pour le plus grand nombre d'entre elles, ces entreprises marchent bien et leur donnent un bénéfice qui sert à d'autres services publics. L'emploi fait de ces bénéfices industriels suffit à justifier complètement l'exonération des entreprises industrielles communales de l'impôt de guerre.

M. le rapporteur de la commission propose que nous retranchions le mot «produit» et qu'au lieu de dire: «pour la partie de leur fortune dont le produit est affecté», nous disions: «pour la partie de leur fortune affectée». Je ne dis que je ne pourrai pas me ranger à la manière de voir de notre président, mais pour le moment j'éprouve encore des scrupules à entrer dans sa manière de voir, parce qu'il y a des communes et des associations qui possèdent certaines fortunes qui ne sont pas affectées aux services publics, mais dont le produit est affecté aux services publics. Une commune ou une corporation peut avoir un certain capital placé sur une entreprise quelconque et en verser le produit tout entier aux services publics. Ce produit, ce n'est pas le capital. En disant que nous exonérons cette commune ou cette corporation pour la fortune qui est affectée aux services publics, nous ne sommes pas dans la note vraie, nous devons dire: «pour la fortune dont le produit est affecté». Si vous vouliez n'exempter que la fortune affectée aux services publics, vous frapperiez la commune d'une façon absolument injuste. Le capital dont le produit est minime doit être absolument dispensé, exonéré de l'impôt. Quelle que soit la rédaction adoptée, dans l'application les choses se passeront comme je l'indique.

Voilà les quelques considérations que je tenais à vous exposer concernant les idées qui nous ont guidés dans la rédaction des dispositions indiquées. Je demande cependant pour plus de clarté le maintien du texte premier.

M. le président de la Confédération Motta: Mon intention n'est pas d'intervenir dans la discussion des points qui n'ont soulevé aucune objection et que chacun de vous approuve, mais d'en relever un, à titre individuel, en réponse à M. le rapporteur de la commission, ceci afin de préciser mon attitude. Je voudrais pouvoir être dès aujourd'hui à même de déclarer que le Conseil fédéral accepte la proposition du président de la commission, qui consisterait à accorder la faveur de l'exemption à toutes les entreprises de transport ne distribuant point de dividende, sans distinguer entre celles qui ont été subventionnées et celles qui n'ont pas été subventionnées. Je voudrais, je le répète, pouvoir adhérer à cette proposition, mais je ne le puis pas encore. Du tableau des différentes entreprises de transport, des sociétés de chemins de fer à voie normale à voie étroite et à cremailière, il ressort, en ce qui concerne les sociétés de transport à voie normale, que trois seulement n'ont pas été subventionnées, soit par des cantons, soit par des communes, soit par des districts. Je puis vous les nommer; ce sont les sociétés de Martigny-Orsières dont le capital actions est de 2 millions, de Seethalbahn dont le capital est de fr. 600,000

et l'Utlibergbahn dont le capital est de fr. 940,000. Dans les sociétés de transport par chemin de fer à voie étroite, j'en trouve, sauf erreur, 6 qui n'ont pas été subventionnées. Il s'agit des chemins de fer d'Aigle-Leysin avec un capital de fr. 1,050,000, de la société du Berner Oberlandbahn avec un capital de 5 millions, de la société de Genève-Veyrier avec fr. 900,000, de la Lauterbrunnen-Mürren, avec 1 $\frac{1}{2}$ million, de Martigny-Châtellard avec 4 millions et de Viège-Zermatt 3 millions. Toutes les autres ont été subventionnées, soit par les cantons, soit par les communes, soit par les districts ou d'autres corporations de droit public. Enfin, il y a la catégorie des chemins de fer à crémaillère qui se trouvent dans des conditions tout à fait différentes. Les seules de cette catégorie qui aient été subventionnées par une commune pour une somme de 10 millions sont la société de Glion-Rochers de Naye et la société de Brunnen-Morschach, subventionnées également par une corporation de droit public au montant de fr. 80,000. Toutes les autres ont été constituées exclusivement avec des capitaux privés. Cette question ne peut être étudiée aujourd'hui dans toute sa portée. Pour en mesurer les conséquences, il faudrait savoir, et je ne le sais pas dans ce moment, quelles sont parmi ces sociétés celles qui n'ont jamais pu distribuer de dividende et, d'autre part, celles qui en ont donné. Mais je crains qu'en acceptant sans réserve la proposition du président de la commission, vous n'apportiez aux prévisions de rendement d'impôt une modification qui ne peut être et ne sera pas d'une grande portée, mais qui doit être examinée pourtant de plus près et si vous étiez d'accord, je voudrais me permettre de vous faire la proposition de voter aujourd'hui à titre provisoire le texte de la commission tel qu'il est sorti de ses délibérations précédentes. La question doit être reprise au sein de la commission du Conseil national; elle doit être également discutée dans ce Conseil. Si donc la proposition tendant à exempter toutes les sociétés sans établir de distinction entre celles qui étaient ou n'étaient pas subventionnées, pourvu qu'elles n'aient pas donné de dividende, l'emporte, je crois bien alors que le Conseil des Etats pourra facilement se rallier à cette manière de voir. Mais je voudrais vous mettre en garde contre le danger de trancher aujourd'hui la question sans que tous les éléments du débat aient été complètement envisagés. C'est pourquoi je dois faire toute réserve sur la proposition de l'honorable président de la commission. Je regrette beaucoup d'être dans cette situation, puisque nous avons été jusqu'à l'heure actuelle en tous points parfaitement d'accord. Cette proposition laisse la question intacte; c'est une mesure de prudence que je vous conseille, sauf à prendre une résolution définitive dans le débat qui interviendra probablement en cas de divergence entre les deux Conseils.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Aus dem Votum des Herrn Bundespräsidenten ersehe ich, dass hier Missverständnisse obwalten. Wenn es heisst, «Transportgesellschaften, die keine Dividende bezahlen», so ist nicht etwa das gegenwärtige

Jahr, resp. das Jahr 1914, gemeint. Im Jahre 1914 haben eine ganze Reihe von Gesellschaften, die vorher reichlich Dividende bezahlt haben, nichts bezahlt. So konnte z. B. diejenige Bergbahn, die finanziell weitaus am besten steht, die Vitznau-Rigibahn, die seit Jahrzehnten immer 10 Prozent verteilt hat, 1914 keine Dividende verteilen. So ist natürlich die Sache nicht gemeint, sondern der Vollziehungsbeschluss geht von einer dreijährigen Periode aus und sagt, dass die Jahre 1912 bis und mit 1914 massgebend sein sollen. Von diesen drei Jahren fallen zwei noch vor den Krieg und durchaus in die den Dividenden günstige Zeit hinein. Somit würden vorab die genannten Gesellschaften alle zur Steuer herangezogen und es übt das Jahr 1914 nur den mildernden Einfluss, dass die Nichtauszahlung der Dividende im Jahr 1914 die Durchschnittsdividende, die zugrunde gelegt wird, etwas herabdrückt. Das ist auch gerechtfertigt durch das Wegbleiben der Fremden. Aber Steuerfreiheit führt diese Bestimmung nicht herbei, sondern nur diejenigen Gesellschaften würden auch nach dem gedruckten Antrag der Kommission steuerfrei bleiben, die während dieser drei Jahre keine Dividende bezahlt haben.

Mit Rücksicht darauf hat die Sache nur einen bescheidenen Umfang, den wir wohl verantworten können und von dem ich glaube, er sei auch wenn man die Rechnung anstellt, für das Steuerergebnis durchaus nicht gefährlich.

Im übrigen, was die Frage betrifft, ob man gleich definitiv beschliessen oder die Sache in suspenso lassen soll, so habe ich die Meinung, dass der Nationalrat auf den Beschluss wartet. Wenn der Bundesrat findet, mein Antrag gehe zu weit, für den Fall als Sie ihn gutheissen, dann kann er vom Nationalrat korrigiert werden. Ich würde diese Regelung vorziehen, sie wäre besser als die Erledigung, dass wir bezüglich eines Punktes sagen würden, er sei noch nicht definitiv.

Präsident: Der Herr Kommissionspräsident schlägt vor, in lit. c nach den Worten «die Gemeinden» das Komma und das Wort «sowie» zu streichen und zu ersetzen durch das Wort «und». Aus dem Stillschweigen der übrigen Mitglieder der Kommission entnehme ich, dass sie damit einverstanden sind. Der Antrag ist von seiten des Rates auch nicht angefochten, so dass ich auch Ihre Zustimmung annehme.

Ferner beantragt der Herr Berichterstatter in lit. c und d die Worte «dessen Ertrag» zu streichen und zu ersetzen durch das Wort «das».

M. Pettavel: J'avais demandé le maintien du texte de la commission.

Präsident: Sie haben keinen Antrag eingereicht.

M. Pettavel: Ma proposition me paraissait correspondre beaucoup plus à la réalité.

Präsident: Herr Pettavel beantragt, die Worte «dessen Ertrag» beizubehalten. Infolgedessen haben Sie abzustimmen.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission	23 Stimmen
» » Antrag Pettavel	10 »

Präsident: Bei lit. c beantragt der Herr Berichterstatter folgenden Wortlaut: «Die konzessionierten Transportanstalten, sofern sie keine Dividenden bezahlen». Herr Bundespräsident Motta beantragt, lit. c so anzunehmen, wie sie gedruckt vorliegt.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag Motta	9 Stimmen
» » » Isler	24 »

Absatz 7.

Angenommen — (*Adopté.*)

Absatz 8.

Angenommen. — (*Adopté.*)

B

Angenommen. — (*Adopté.*)

C

Angenommen. — (*Adopté.*)

D.

Angenommen. — (*Adopté.*)

Tabellen.

Isler, Berichterstatter der Kommission: Ich habe mich in meinem Eintretensvotum über die Tabellen ausgesprochen. Ich wiederhole nur, dass nach Ansicht der Kommission die Tabellen auch die Unterschrift der Bundesversammlung tragen sollen.

Angenommen. — (*Adoptés.*)

Gesamtabstimmung. — *Votation sur l'ensemble.*

Für Annahme des Beschlusses-	
entwurfes	37 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat
(Au conseil national)

**Kriegssteuer. Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42bis in die
Bundesverfassung. BB vom 15. April 1915**

**Impôt de guerre. Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42bis à insérer dans la
Constitution fédérale. AF du 15 avril 1915**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1915_002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	08.04.1915 - 08:30
Date	
Data	
Seite	39-57
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 339

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Amtliches
stenographisches Bulletin

der
schweizerischen Bundesversammlung



N^o 5

BULLETIN
STÉNOGRAPHIQUE OFFICIEL

DE
L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE SUISSE

Abonnement: Jährlich Fr. 2.— für die Schweiz, Fr. 6.— für das übrige Postvereinsgebiet. In der Schweiz kann nur bei der Post abonniert werden.

Abonnements: Un an: Suisse frs. 2.—, Union postale frs. 6.—. On s'abonne en Suisse **exclusivement aux offices postaux.**

Ständerat — Conseil des Etats

Sitzung vom 15. April 1915. vormittags 8¹/₂ Uhr — Séance du 15 avril 1915, à 8¹/₂ heures du matin

Vorsitz: }
Présidence: } Hr. Geel.

Tagesordnung: — *Ordre du jour:*

Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Artikels 42^{bis} in die Bundesverfassung

Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42^{bis} à insérer dans la constitution fédérale.

Differenzen. — *Divergences.*

(Siehe die Verhandlungen des Nationalrates Seite 47 ff. — Voir les débats du Conseil national page 47 et suiv.)

Isler, Berichterstatter der Kommission: Die Abänderungen, die der Nationalrat an unsern Beschlüssen seinerseits vornahm, sind unwesentlich und ich beantrage Ihnen, denselben durchweg zuzustimmen.

Die erste Abänderung betrifft den Vorbehalt zugunsten der erwerbslosen Witwen mit Kindern und der kinderreichen Familien ohne Vermögen in Absatz 2. Hier hat der Nationalrat das Alter der in Betracht fallenden Kinder auf 18 Jahre erhöht und sodann dem ganzen Vorbehalt kategorische Form gegeben, d. h. das «kann» in unserem Beschlusse in ein «wird» verwandelt.

Die zweite Abänderung betrifft die Befreiungen von der Kriegssteuer, d. h. Absatz 6. Hier ist vom Nationalrat für die lit. c und d der ursprüngliche Text unserer Kommission vorgezogen worden und lit. e, die von den notleidenden Transportanstalten handelt, hat die Fassung erhalten, dass die Steuerbefreiung auf das Aktienkapital beschränkt sein solle, für das keine Dividende verteilt worden ist. Das letztere ist eine Verbesserung unseres Beschlusses und spricht für sich selbst; wenn neben dem ordentlichen Aktienkapital, das ohne Dividende bleibt, noch ein Prioritätenkapital da ist, das eine erhält oder in den in

Betracht fallenden Jahren erhielt, so muss die Gesellschaft das Prioritätenkapital natürlich versteuern. Die Wiederaufnahme der ursprünglichen Fassung der lit. c und d bedeutet dagegen nur eine Aenderung der Redaktion, nicht des Sinnes.

Aber bei Behandlung der lit. c und auch schon der lit. a hat sich in der Kommission des Nationalrates und dann auch in der Berichterstattung ihrer Referenten über einen Punkt eine Meinungsverschiedenheit mit unserer Kommission und dem hierseitigen Referenten ergeben, die jetzt noch gehoben werden soll und die eigentlich der Grund war, warum der Nationalrat die frühere Fassung der lit. c und infolgedessen dann auch der lit. d vorzog. Es betrifft die Betriebe der Kantone und der Gemeinden. Ich hatte mich namens unserer Kommission dahin ausgesprochen, dass sie steuerfrei seien, wenn sie im Eigentum von Staat oder Gemeinden sich befänden und auf ihre eigene Rechnung geführt würden, nicht dagegen, wenn sie in dem kommerziellen Gewande von Aktiengesellschaften sich vollzögen. Dem wurde im andern Rate widersprochen und als für die Steuerbefreiung allein massgebende Voraussetzung dieser Betriebe aus Staats- oder Gemeindemitteln erklärt, dass ihr

Ertrag für die öffentlichen Zwecke der Kantone oder Gemeinden verwendet werde; der Umstand, dass da und dort sie in der Form von Aktiengesellschaften betrieben werden, ändere an diesem Kriterium nichts und beseitige, sobald nur der Ertrag in die Staats- oder Gemeindekasse falle, nichts. Demnach würde die Salinengesellschaft der Kantone, die ich als Beispiel eines steuerpflichtigen Betriebes nannte, auch der Steuerfreiheit geniessen. Ich denke nicht, dass deshalb eine Differenz noch zwischen den beiden Räten bestehen oder erzeugt werden soll, und stimme daher nunmehr der Auffassung des Nationalrates zu. Aber ich wollte Sie immerhin hierauf aufmerksam machen.

Ich beantrage demnach dem Rat, überall wo noch eine Abweichung seiner ersten Schlussnahme mit der des Nationalrates besteht, dieser zuzustimmen, so dass dann volle Uebereinstimmung herrscht.

M. Pettavel: J'enregistre avec plaisir le fait que M. le rapporteur de la commission renonce à sa première manière de voir au sujet de l'exonération des capitaux appartenant aux cantons, et qui se trouvent placés dans des sociétés anonymes par actions.

Cette opinion, qui est donc celle du Conseil national à laquelle M. le président de la commission propose d'adhérer me paraît absolument logique.

Il y a quelques jours, le Conseil des États a décidé d'exonérer complètement les capitaux placés par les communes et les corporations dans les entreprises industrielles de gaz, d'eau, d'électricité, alors même que la plupart de ces entreprises donnent des résultats financièrement très heureux pour les communes. Pourquoi, malgré le bénéfice réalisé par ces entreprises, avons-nous pris cette décision? Ce n'est pas parce que ces entreprises n'ont pas choisi la forme des sociétés par actions, mais surtout et essentiellement parce que les bénéfices de ces entreprises rentrent dans les caisses communales dont le contenu est employé aux services publics divers. Nous n'avons pas voulu que les communes qui, dans ce moment-ci, font de grands sacrifices pour venir en aide aux victimes du chômage industriel, soient obligées de participer à l'impôt de guerre. Les raisons qui nous ont dicté cette sage décision doivent nous engager à agir de même envers les entreprises cantonales, car à quoi sert le bénéfice que peuvent réaliser les capitaux qu'ils ont placés dans les entreprises industrielles par actions? Il va dans les caisses cantonales et subvient aux besoins de toutes espèces des services publics.

Etant donné l'exonération admise pour toutes les entreprises industrielles communales, il convenait d'en faire autant en ce qui concerne les capitaux placés dans les mêmes conditions par les cantons.

Nous pouvons donc adhérer sans réserve à la décision du Conseil national.

Abstimmung. — *Votation.*

Für den Antrag der Kommission 36 Stimmen
(Einstimmigkeit.)

Redaktionelle Bereinigung.—*Rédaction définitive.*

Isler, Berichterstatter der Kommission: Es hat mit der Redaktion etwas geeilt, und Sie sehen die Spuren der Eile auch in dem Produkt vorliegen. Ich mache auf folgende Druckfehler aufmerksam und spreche zunächst vom deutschen Text. Da muss auf Seite 2 im dritten Absatz «Von der Entrichtung der Kriegsteuer sind befreit» das Wort «befreit» gesperrt gedruckt werden, weil alle andern Stichworte auch gesperrt gedruckt sind.

Dann müssen auf Seite 2 natürlich die Unterschriften des Ständerates zuerst kommen und nicht die des Nationalrates, weil wir die Priorität hatten. Weiter ist auf Seite 5 oben bei den Vermögenssteuertabellen auf einmal das Wort «Erwerb» gebraucht, während es natürlich «Vermögen» heissen muss. Endlich sind die Unterschriften der Räte nicht unter die Tabellen gesetzt, während sie auch darunter gehören. In unserem Rate ist ausdrücklich gesagt worden, dass dies geschehen werde, und ich möchte das festhalten schon deshalb, weil einzelne Mitglieder mir deswegen bereits eine Bemerkung gemacht haben. Ich wünsche, dass es im Protokoll notiert wird: die Tabellen sollen die Unterschriften auch erhalten.

Dann werde ich noch auf einen Druckfehler aufmerksam gemacht auf Seite 5, wiederum beim Steuersatz. Da es sich um das Vermögen handelt, muss der Steuersatz «pro Mille» heissen und nicht «Prozent».

Was den französischen Text betrifft, so hat derselbe verschiedene Aenderungen erfahren, aber ich konstatiere, dass sie keine Aenderung des Sinnes bedeuten oder bedeuten sollen. Man hat sich nur bestrebt, der französischen Sprache etwas besser gerecht zu werden und mehr Uebereinstimmung zwischen dem deutschen und dem französischen Text herbeizuführen. Im übrigen enthalte ich mich weiterer Bemerkungen und empfehle Ihnen, diese endgültig revidierte Vorlage in der Schlussabstimmung anzunehmen.

Angenommen. — (*Adopté.*)

Schlussabstimmung — *Votation finale.*

Für Annahme des Bundesbeschlusses 34 Stimmen

An den Nationalrat.
(Au Conseil national.)

**Kriegssteuer. Bundesbeschluss betreffend Aufnahme eines Art. 42bis in die
Bundesverfassung. BB vom 15. April 1915**

**Impôt de guerre. Arrêté fédéral concernant un article additionnel 42bis à insérer dans la
Constitution fédérale. AF du 15 avril 1915**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1915_002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	15.04.1915 - 08:30
Date	
Data	
Seite	60-61
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 341

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.